

(A)

(C)

126. Sitzung

Bonn, den 2. Dezember 1992

Beginn: 9.00 Uhr

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Meine Damen und Herren, einen schönen guten Morgen. — Die Sitzung ist eröffnet.

Ich teile zunächst mit, daß interfraktionell vereinbart worden ist, von der in der Geschäftsordnung vorgesehenen Frist für den Beginn der Beratung bei Tagesordnungspunkt 1a und b sowie bei Tagesordnungspunkt 2a und b abzuweichen. Sind Sie damit einverstanden? — Ich sehe dagegen keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

- (B)
- a) aa) — Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union**
— Drucksache 12/3334 —
- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Andrea Lederer und der Gruppe der PDS/Linke Liste eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung eines Volksentscheids über die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in einer Europäischen Union und die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages über eine Europäische Union (**Europa-Abstimmungsgesetz**)
— Drucksache 12/3353 —
Beschlußempfehlung und Bericht des Sonderausschusses „Europäische Union (Vertrag von Maastricht)“
— Drucksache 12/3895 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Heidemarie Wieczorek-Zeul
Peter Kittelmann
Ulrich Irmer
Dr. Hans Modrow
Gerd Poppe
(Erste Beratung 110. Sitzung)

- bb) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Sonderausschusses „Europäische Union (Vertrag von Maastricht)“

zu dem Antrag der Fraktion der SPD

Wider den Rückfall in den Nationalismus — Für ein demokratisches Europa mit stabiler Währung

zu dem Antrag der Gruppe der PDS/Linke Liste

Maastrichter Vertrag über die Europäische Union

zu dem Antrag der Abgeordneten Gerd Poppe, Werner Schulz (Berlin), Dr. Wolfgang Ullmann, weiterer Abgeordneter und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stillstand führt zum Rückschritt — Hin zu einer demokratischen, ökologischen und sozialen Union Europa

zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament

Entschließung zum Europäischen Rat von Lissabon

zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament

Entschließung zu den Folgen des in Dänemark durchgeführten Referendums über den Vertrag vom 7. Februar 1992

— Drucksachen 12/3366, 12/3322, 12/3367, 12/3129, 12/3004, 12/3895 —

Berichterstattung:

Abgeordnete Heidemarie Wieczorek-Zeul

Peter Kittelmann

Ulrich Irmer

Dr. Hans Modrow

Gerd Poppe

- b) — Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes**

— Drucksache 12/3338 —

(Erste Beratung 110. Sitzung)

(D)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth

- (A) — Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Peter Kittelmann, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Dr. Franz Möller, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der CDU/CSU sowie den Abgeordneten Ulrich Irmer, Detlef Kleinert (Hannover), Jörg van Essen, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union**
— Drucksache 12/3614 —
(Erste Beratung 117. Sitzung)
- Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Unterrichtung und Mitwirkung des Deutschen Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union**
— Drucksache 12/3609 —
(Erste Beratung 117. Sitzung)
- Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union**
— Drucksache 12/3540 —
(Erste Beratung 115. Sitzung)
- Beschlußempfehlung und Bericht des Sonderausschusses „Europäische Union (Vertrag von Maastricht)“
- (B) — Drucksache 12/3896 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Dr. Friedrich Adolf Jahn (Münster)
Dieter Wiefelspütz
Ulrich Irmer
Detlef Kleinert (Hannover)
Dr. Renate Hellwig
Ludwig Stiegler
Dr. Hans Modrow
Gerd Poppe
- c) Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 2. Mai 1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen)**
— Drucksache 12/3202 —
Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)
— Drucksache 12/3743 —
Berichterstattung:
Abgeordneter Dr. Hermann Schwörer
(Erste Beratung 110. Sitzung)
- d) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Abkommens vom 2. Mai 1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum (**EWR-Ausführungsgesetz**)
— Drucksachen 12/3319, 12/3724 —
- aa) Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)
— Drucksache 12/3752 —
Berichterstattung:
Abgeordneter Dr. Fritz Gautier
- bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung
— Drucksache 12/3753 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Karl Diller
Hans-Werner Müller (Wadern)
(Erste Beratung 110. Sitzung)
- e) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
Von der Einheitlichen Europäischen Akte zu der Zeit nach Maastricht
Ausreichende Mittel für unsere ehrgeizigen Ziele
— Drucksachen 12/3407 Nr. 3.1, 12/3449 (Berichtigung), 12/3664 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Karl Diller
Hans-Werner Müller (Wadern)
- f) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament
Entschließung zu der Mitteilung der Kommission „Von der Einheitlichen Europäischen Akte zu der Zeit nach Maastricht: Ausreichende Mittel für unsere ehrgeizigen Ziele“
— Drucksachen 12/3003, 12/3666 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Karl Diller
Hans-Werner Müller (Wadern)
- g) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die öffentlichen Finanzen der Gemeinschaft in der Zeit bis 1997
— Drucksachen 12/3240 Nr. 3.4, 12/3665 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Karl Diller
Hans-Werner Müller (Wadern)
- h) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bericht der Kommission über das System der Eigenmittel
— Drucksachen 12/2774 Nr. 2.4, 12/3667 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Karl Diller
Hans-Werner Müller (Wadern)

Präsidentin Dr. Rita Süsmuth

- (A) i) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des EG-Ausschusses (24. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament
Entschließung zum Entwurf des Vertrags über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion
— Drucksachen 12/1788, 12/3792 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Peter Kittelmann
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Helmut Haussmann
- j) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
Beitrittsantrag Österreich — Stellungnahme der Kommission —
— Drucksachen 12/1339 Nr. 2.1, 12/3397 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Friedrich Vogel (Ennepetal)
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Ulrich Irmer
- k) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des EG-Ausschusses (24. Ausschuß) zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
zur Erklärung der Bundesregierung zur aktuellen Entwicklung in der Europapolitik
— Drucksachen 12/3311, 12/3849 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Peter Kittelmann
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Helmut Haussmann
- (B) l) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des EG-Ausschusses (24. Ausschuß) zu dem Entschließungsantrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zur Erklärung der Bundesregierung zur aktuellen Entwicklung in der Europapolitik
— Drucksachen 12/3310, 12/3850 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Peter Kittelmann
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Helmut Haussmann
- m) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des EG-Ausschusses (24. Ausschuß) zu dem Antrag der Fraktion der SPD
Perspektiven der europäischen Integration
— Drucksachen 12/2813, 12/3851 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Peter Kittelmann
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Helmut Hausmann
- n) Beratung der Unterrichtung durch das Europäische Parlament
Entschließung zur Europäischen Union und zur Ratifizierung des Vertrags von Maastricht
— Drucksache 12/3602 —

Überweisungsvorschlag:

EG-Ausschuß (federführend)
Auswärtiger Ausschuß l. mb
Ausschuß für Wahlprüfung,
Immunität und Geschäftsordnung
Rechtsausschuß
Ausschuß für Wirtschaft
Verteidigungsausschuß
Ausschuß für Verkehr
Ausschuß für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit

(C)

Interfraktionell wird vorgeschlagen, für die Aussprache zunächst fünf Stunden vorzusehen. Ich gehe davon aus, daß wir um etwa 15 Uhr mit den Abstimmungen beginnen. Es werden drei namentliche Abstimmungen durchgeführt: zum Vertragsgesetzesentwurf, zu einem Entschließungsantrag sowie zur Grundgesetzänderung.

Erklärungen nach § 31 unserer Geschäftsordnung sollen erst aufgerufen werden, nachdem alle Abstimmungen durchgeführt sind.

Sind Sie damit einverstanden? — Auch dagegen sehe ich keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Kittelmann.

Peter Kittelmann (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir stimmen heute über einen großen internationalen **Vertrag** ab, der heftig diskutiert wurde, der viele verunsichert hat und über den sehr viel Unzutreffendes berichtet wurde. Vor diesem Hintergrund haben wir im Sonderausschuß Europäische Union besonders intensiv und auch kontrovers diskutiert, eigene Bedenken formuliert, vor allem aber Sorgen und Ängste der Bevölkerung aufgenommen. Wir haben eine gewissenhafte Prüfung des Vertrages vorgenommen und natürlich auch Unwägbarkeiten des Vertragstextes herausgearbeitet.

(D)

Wir wissen aber, daß es gerade die enormen Chancen des Vertrages sind, die diese Unwägbarkeiten aufwiegen. Ich bin froh darüber, daß sowohl CDU/CSU als auch Sozialdemokraten und Freie Demokraten die Arbeit im Sonderausschuß mit einem überzeugten **Ja zu Europa** abschließen konnten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dieses Ja zu Europa ist ein Gewinn: ein Gewinn für unser Land, ein Gewinn für die Menschen.

Im Grundgesetz hat sich Deutschland das Ziel gesetzt — ich zitiere —, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Heute nun verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland in Fortführung dieses Auftrags auf eine Politik, die sich am Ziel einer Europäischen Union ausrichtet. Diese Zielrichtung dokumentiert sich im neugeschaffenen Europaartikel, der die Mitwirkung an der europäischen Integration als Staatsziel verankert — ein wichtiger und ein ernsthafter Schritt.

Wir sollten uns davor hüten, diese Verantwortung zu unterschätzen. Die Bürger unseres Landes verlangen nach Lösungen der anstehenden Probleme. Wenn die Mitarbeit an der **Europäischen Union** für uns zur Handlungsmaxime wird, dann muß sie auch einen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten, und sie tut

Peter Kittelmann

(A) dies, meine Damen und Herren: All das müssen wir vermitteln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Union beginnt mit einer gemeinsamen **Außen- und Sicherheitspolitik**. Danach verlangen die Menschen, denn sie erfahren die Hilflosigkeit der Gemeinschaft angesichts des fortdauernden Krieges im früheren Jugoslawien.

Die Union verstärkt die Zusammenarbeit in der **Innen- und Rechtspolitik**, um schließlich das Asylrecht zu harmonisieren und die Flüchtlingspolitik abzustimmen. Jeder weiß, wie dringend der Handlungsbedarf in dieser Frage ist.

Die Union verankert das **Subsidiaritätsprinzip**; Entscheidungen sollen bürgernah getroffen werden, so daß sie jeder nachvollziehen kann.

Nicht zuletzt unsere Verfassungsänderung und gesetzlichen Regelungen, die wir im Ausschuß erarbeitet haben, kommen einem **bürgernahen Europa** entgegen. Die Mitwirkung des Bundestages und des Bundesrates in Fragen der Europäischen Union, die Einrichtung des Regionalausschusses, daß Erfordernis der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates mit Zweidrittelmehrheit bei Übertragung von Hoheitsrechten, das erforderliche zustimmende Votum des Deutschen Bundestages vor Eintritt in die dritte Strophe

(Heiterkeit — Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: Peter, damit kommst du morgen in die Zeitung!)

(B)

— Strophe hätte auch gepaßt —, in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, all dies sind Aspekte einer föderalen, bürgernahen und transparenten Gesellschaft.

Wir schaffen das neue Europa vor allen Dingen für die **junge Generation**. Kritisch möchte ich anmerken, daß es uns nicht immer gelungen ist, die Jugend für unsere Ideen zu gewinnen und sie in unser politisches Handeln einzubinden. Die vielen Demonstrationen in denen sich die Ablehnung der gewalttätigen Ausschreitungen gegen unsere ausländischen Mitbürger zeigt, die Initiativen in Schulen und Universitäten, all dies dokumentiert überdeutlich, daß unsere Jugend nicht so unpolitisch ist, wie viele annehmen. Die meisten jungen Menschen haben einen genauen Sinn für Recht und Demokratie, für friedliches Miteinander und gemeinschaftliches Handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, erkennen wir doch, daß Europa dem Rechnung trägt und wir darum besonders die Jugend für Europa begeistern können und müssen!

Der Vertrag über die Europäische Union antwortet viel mehr auf die aktuellen Fragen, als viele es ahnen, weist viel mehr Wege auf, als viele meinen, und eröffnet sehr viel mehr Perspektiven, als viele glauben. Die Europäische Union ist die Zukunft, die sich für uns alle und vor allen Dingen für unsere Jugend lohnt. Einer der Gründungsväter, **Robert Schuman**,

wußte dies schon zu Anfang der Gemeinschaftsgeschichte. Er sagte:

Europa kommt es zu, einen neuen Weg aufzuzeigen durch das Akzeptieren einer Vielfalt von Zivilisationen, von denen jede der anderen mit gleicher Achtung begegnet.

Meine Damen und Herren, Robert Schumans Credo ist aktueller denn ja. Er sagte weiter:

Der Respekt vor dem Recht des anderen ist der Frieden für alle.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wenn wir doch alle erkennen, daß sich die europäische Idee durch Toleranz, Konsens und gemeinschaftliches Handeln definiert, heißt dies nicht, daß wir eigene Ansprüche und legitime **nationale Interessen** vergessen sollen. Keineswegs! Wir haben unsere eigenen Interessen, unsere Tradition, unsere Kultur. Die will Europa uns nicht nehmen, sondern garantieren. Wir sollten darum auch bereit und in der Lage sein, diese Interessen selbstbewußt zu vertreten.

Europa ist seit langem kein abstraktes Phänomen mehr. Wir leben längst in einem Europa der Tatsachen. Heute entwickeln wir mit dem Vertrag weiter, was unser tägliches Leben schon lange positiv bestimmt: in der Wirtschaft, in der Reisefreiheit, im kulturellen Austausch und in zahlreichen anderen Bereichen. Unser Wohlstand gründet sich auf der europäischen Zusammenarbeit. Ich habe den Eindruck, viele vergessen das häufig.

Unsere Ideale vom Frieden zwischen den Völkern und der Freiheit sind durch die Europäische Gemeinschaft im westlichen Europa seit langem Wirklichkeit geworden. Wir müssen das **Erreichte jetzt sichern** und über die Gemeinschaft hinaus **weiterführen**. Auch dieses Anliegen wird durch den Vertrag gesichert.

Wir müssen die europäische Frage vor allen Dingen den Menschen in den **neuen Bundesländern** vermitteln und sie an Europa heranführen. So sehr der Vertrag über die Europäische Union Gewinn und Chance ist, so sehr ist er Verpflichtung — besonders für uns Parlamentarier — zur Selbstdisziplin und dazu, sich viel mehr als bislang mit der europäischen Frage zu beschäftigen und in einen ständigen Dialog mit den Bürgern zu treten, Gemeinschaftsinteresse zu wahren und zugleich nationale Aufgaben zu vertreten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns durch die gemeinsame Zustimmung zum Vertrag unseren Partnern einen Impuls geben, um die Voraussetzung für die **Ratifizierung** dort zu schaffen, wo dies bisher nicht geschehen ist. Wir haben in den letzten Jahrzehnten erfahren, daß vieles überhaupt erst durch das gemeinsame Europa möglich wurde. Die großen Probleme des kommenden Jahrzehnts werden wir nur durch die Europäische Union bewältigen können. Nutzen wir heute diese historische Chance!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Als nächste ergreift die Abgeordnete Frau Wiczorek-Zeul das Wort.

(C)

(D)

(A) **Heidemarie Wieczorek-Zeul** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Beginn dieser Europadebatte steht unser Bekenntnis zu den **Grundsätzen der Aufklärung**, die für Europa Verpflichtung sind: der prinzipiellen Gleichheit und der Würde aller Menschen, gleich welcher Nationalität; steht unser Bekenntnis zu Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist kein „Verdienst“, daß wir als Deutsche geboren wurden, wie es auch nicht in der Verantwortung von Türken, Rumänen, Engländern, Franzosen oder Schweizern liegt, daß sie in ihre jeweilige Nationalität hineingeboren wurden. Uns alle aber eint die gleiche Würde des Menschseins und die Verantwortung für den Bruder oder die Schwester anderer Nationalität.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Deshalb richten wir uns gerade am Tag der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages an die Menschen anderer Nationalität in Deutschland und an unsere europäischen Nachbarn und sagen ihnen mit den Worten Willy Brandts: „Wir wollen ein Volk unter Nachbarn sein, im Inneren und nach außen.“

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir schämen uns der feigen **Mörder und Gewalttäter**. Sie zerstören mit ihren schrecklichen Taten die Substanz und die Grundlage menschlichen Zusammenlebens und das Ansehen unseres Landes. An die Adresse der Gewalttäter sagen wir: Wer Molotowcocktails wirft, ist ein Mörder und muß mit unnachsichtiger Verfolgung und Bestrafung durch den Staat rechnen.

(Beifall im ganzen Hause)

An die Adresse derjenigen, die vielleicht innerlich klammheimliche Freude empfunden oder daneben gestanden haben, sagen wir: Seht nicht weg, wo Unrecht geschieht! Wer sich nicht entschlossen der Gewalt entgegenstellt, muß damit rechnen, daß sie sehr schnell die eigene Türschwelle überschreitet.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland auf: Stellt euch den Steine- und Brandbombenwerfern entgegen, greift ein und verteidigt die demokratische Substanz unserer Gesellschaft, unseren **demokratischen Rechtsstaat**, wie die vielen Tausenden von Menschen, die in den letzten Wochen und Monaten zu Kundgebungen zusammengelassen sind.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als am 9. November 1989, am Tag des Falls der Mauer, junge Leute die Mauer stürmten und, Herr Kollege Kittelmann, statt des „Deutschland-Liedes“ sangen: „So ein Tag, so wunderschön wie heute . . .“, da war ich überzeugt, daß niemand in Europa vor diesen jungen Deutschen

wieder Angst zu haben brauchte. Vielleicht sind es nicht dieselben jungen Deutschen, die heute mit Sieg-Heil-Rufen durch die Straßen marschieren, Ausländer verprügeln oder Heime für Asylbewerber in Brand setzen; vielleicht aber auch doch. Der **Nationalismus**, den manche von uns nach der deutschen Einheit befürchteten, hat sich nicht nach außen gewandt. Er wendet sich nach innen.

Ob die stärkere Einbindung der Deutschen in Europa auf diesen gewalttätigen, primitiven Nationalismus nach innen Einfluß haben wird, weiß ich nicht. Aber ich weiß: Sollte die **europäische Integration** zurückfallen oder gar scheitern und Deutschland sich selbst überlassen bleiben, würde der alte Ungeist wieder in großem Umfang gesellschafts- und politikfähig werden. Die europäische Integration ist auch ein Anker für die politische Stabilität Deutschlands.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Dies ist der Hauptgrund, warum viele in meiner Fraktion, die Maastricht durchaus kritisch sehen, dem Vertrag und den notwendigen Verfassungsänderungen dennoch zustimmen werden. Unsere Fraktion macht mit der **Ratifizierung** des Maastricht-Vertrages deutlich: Deutschland ist ein verlässlicher Partner. Wir wollen klar und deutlich machen: Europa hat zur deutschen Einheit ja gesagt; wir sagen ja zur europäischen Einigung.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, das Beste — neben der Ratifizierung —, was wir in unserem Land in diesen Tagen für Europa tun können, ist dafür zu sorgen, daß die Situation in unserem Land wieder in Ordnung kommt. Das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Integrationsprozeß. Angesichts dieser letzten schrecklichen Ereignisse betonen wir in der Europadebatte des heutigen Tages die Idee der **kulturellen Gemeinsamkeit Europas**, die ich als einen Beitrag Europas zur Weltkultur verstehe. Wir setzen als Europäer auf das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen — eine Tradition, die friedlich macht —, auf die Idee der Toleranz, der Menschenrechte, der gewaltlosen Konfliktregelung.

Es hat Symbolwert, daß wir mit der Zustimmung zum Maastricht-Vertrag heute das **Kommunalwahlrecht** für Unionsbürger und Unionsbürgerinnen beschließen, die in unserem Land leben. Wir begrüßen, daß die Bundesregierung dies in Maastricht ausgehandelt hat. Meine Fraktion bedauert aber, daß der Vertrag nicht zum Anlaß genommen wurde, das Kommunalwahlrecht allen Bürgerinnen und Bürgern, gleich welcher Nationalität, die länger in einem anderen Land leben, einzuräumen.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Forderung der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung im 18. Jahrhundert lautete: „No taxation without representation“ — kein Steuern zahlen ohne politische Repräsentation. Wie lange sollen über

Heidemarie Wieczorek-Zeul

- (A) 4 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Nicht-EG-Staaten in unserem Land, die zum großen Teil schon in der zweiten Generation bei uns leben, die alle Pflichten teilen und Steuern zahlen, weiter vom Wahlrecht, selbst vom Kommunalwahlrecht, ausgeschlossen bleiben? Daß diese Menschen angeblich nur vorübergehend bei uns wohnen und arbeiten, ist die Lebenslüge einer verfehlten Ausländerpolitik. Diese Menschen sollen und müssen sich in unsere Gesellschaft integrieren. Dann müssen sie auch die **Mitspracherechte** erhalten, die für diese **Integration** notwendig sind.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir „Maastricht“ heute ratifizieren, so sei damit auch ein Rückblick auf die Stufen europäischer Integration in den letzten Jahrzehnten geworfen. Die Sozialdemokratie hat den **Römischen Verträgen** 1957 zugestimmt, obwohl wir daran kritisierten, daß sie nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit beinhalteten. Uns ging es bei unserer Forderung nach den **Vereinigten Staaten von Europa** schon 1924 immer um die Schaffung einer politischen Einheit Europas, einer gemeinsamen Außenpolitik. Ich erinnere daran, daß bereits im Jahre 1969 der damalige Bundeskanzler Willy Brandt auf dem Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs erste Vorschläge für eine derartige Politische Union unterbreitete.

(Zuruf von der CDU/CSU: Jetzt müßten Sie den Bundeskanzler zitieren!)

- (B) Damals wurden Vorstufen einer gemeinsamen Außenpolitik entwickelt. Es begann die Zusammenarbeit der Außenminister im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit.

Schon 1940 hatte Willy Brandt, der Deutsche, der sich als Europäer verstand, in Norwegen über das „neue Europa“ geschrieben und zur Überwindung des Nationalismus aufgerufen.

Willy Brandt hat mit seiner **Ost- und Entspannungspolitik**, die er westeuropäisch absicherte, die Voraussetzungen für den Wandel in Mittel- und Osteuropa geschaffen, der sich 1989 Bahn brach, und damit die deutsche Einheit, aber auch die Chance für die europäische Einheit vorgebracht. Deutsche Einheit und europäische Einheit gehörten für ihn zusammen. Wir danken dem deutschen Patrioten und großen Europäer Willy Brandt dafür, daß er die deutsche und die europäische Einheit entscheidend gefördert und Europa in seiner Person gelebt hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir heute den Maastricht-Vertrag ratifizieren, signalisieren wir nicht nur, daß wir uns einbinden wollen, sondern wir signalisieren — an die Adresse unserer dänischen und ebenfalls an die unserer englischen Nachbarn — auch: Wir wollen kein **Kleines Europa** und kein **Europa der zwei Geschwindigkeiten**. Das Votum des Deutschen Bundestages heute sollte in Dänemark und in Großbritannien so verstanden werden, daß wir wollen, daß sie mit zur Europäischen

- Union gehören. Wir möchten sie ermutigen, den Schritt mit uns gemeinsam zu tun und „Maastricht“ zu ratifizieren. (C)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hartmut Koschyk [CDU/CSU])

Maastricht ist — die Präambel macht es deutlich — ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem vereinten Europa. Wenn wir dem Vertrag heute zustimmen, dann stimmen wir beidem zu: dem Vertrag, wie er vor uns liegt, aber auch dem Ziel einer immer engeren Integration. Dies machen wir — der Kollege Kittelmann hat das vorhin betont — durch die Einfügung eines Europaartikels in unsere Verfassung deutlich.

Es muß deutlich werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß nur ein stärker miteinander verbundenes Europa die weltwirtschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre bestehen und seine eigenen sozialen Traditionen und die Ziele einer ökologischen Marktwirtschaft bewahren und entwickeln kann. Der zunehmende **Wettbewerb** und der wachsende **Austausch** mit anderen Wirtschaftsregionen in Amerika und in Asien bleiben für Europa nicht ohne Folgen, das gilt auch für unsere sozialen Traditionen.

Sie haben, wie Jacques Attali es ausgedrückt hat, in der Gesellschaft den Typ des „modernen Nomaden“ geschaffen, der — von dem Band der Nation und Familie befreit — die Effizienz entfaltet, die für das Bestehen in einem Wettbewerb nötig ist. Sie haben aber auch viele Menschen ratlos zurückgelassen, die sich durch den rasanten Wandel in allen Lebensbereichen überfordert fühlen und die sich ins gesellschaftliche Aus gedrängt sehen. (D)

Die Diskussion über Maastricht hat gezeigt: Die Menschen haben Angst vor dem Verlust ihrer eigenen kulturellen und sozialen **Identität**. Sie haben Angst, daß sich die Politik ihnen immer mehr entzieht und daß ihnen die demokratische Kontrolle entgleitet.

Dabei wird **Europa**, wird der Binnenmarkt zu Unrecht für Probleme haftbar gemacht, die durch **Weltmarktentwicklungen** verursacht werden. Europa ist vielmehr notwendig, um Weltmarktentwicklungen gestalten zu können, damit dieser Prozeß nicht gegen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und gegen Bürger und Bürgerinnen läuft.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere daran: In den 70er Jahren handelten viele einzelne EG-Mitgliedstaaten nach den Ölpreisschocks nach dem Prinzip: „Rette sich, wer kann!“ Die Konsequenz war hohe Arbeitslosigkeit in allen EG-Mitgliedsländern. Wir dürfen heute den Fehler des Rückfalls in die Desintegration aus politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht wiederholen. Die Gefahr, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist groß: Stichwort GATT, Stichwort Veto, Stichwort EWS. Deshalb ist heute unser Appell, deutlich zu machen, daß wir in dem von uns geschaffenen Europa der Arbeitslosigkeit gemeinsam entgegenwirken und einen neuen Aufschwung für unsere gemeinsame Region Europa schaffen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Der deutsche Arbeitnehmer, die dänische Angestellte, der französische Bauer und der walisische

Heidemarie Wieczorek-Zeul

- (A) Bergmann werden ihren Arbeitsplatz, ihr Einkommen, ihre Lebensweise und ihren Ruhestand nur sichern können, wenn es den Europäern gelingt, ihr Modell einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft auch in den nächsten Jahrzehnten politisch und wirtschaftlich zu verteidigen und zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Gemessen an diesen Zielen, liebe Kolleginnen und Kollegen, fehlt es dem Maastricht-Vertrag an der Verankerung des Ziels einer **Sozialunion** und einer **Umweltunion**. An dieser Stelle muß sich auch Premierminister John Major sagen lassen, daß der Labour Party die Zustimmung zum Vertrag sicher leichter fiel, wenn sich seine Regierung nicht aus der gemeinschaftlichen Sozialpolitik ausgeklügel hätte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

So ist das Abkommen über die Sozialpolitik wegen der britischen Verweigerungshaltung nur unter elf Mitgliedstaaten zustande gekommen. Deshalb appellieren wir in einem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD und F.D.P. heute aus Anlaß der Ratifizierung des Maastricht-Vertrags an das zwölfte Mitgliedsland Großbritannien, sich diesem Abkommen über die Sozialpolitik anzuschließen und damit dazu beizutragen, daß die Sozialpolitik, die Sozialunion Europa eine Chance hat.

Wichtig ist, daß die Möglichkeiten, die der EG-Vertrag bereits vor Maastricht bot, voll ausgeschöpft werden und daß wir die Fortschritte im Kreis der elf Mitgliedstaaten auch in dieser Übergangsphase nutzen. Es geht um die Gestaltung der Sozialunion auf höchstem Niveau. Vorschläge für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen dürfen nicht länger in den Schubladen liegen. Sie müssen politische Wirklichkeit in Europa werden.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Die Regierungskonferenz von Maastricht hat sich leider nicht dazu durchringen können, die **Umweltunion** mit der nötigen Klarheit in den Zielkatalog des Vertrages aufzunehmen. Gerade hier hätte eine Europäische Union große Chancen. Sie hätte den großen Markt und die Instrumente der Rechtsetzung dazu. Sie könnte — dafür engagieren wir uns — Innovationen schaffen, weltweit ein Beispiel setzen und in der Ökologie Vorbildliches für ihre Bürger und Bürgerinnen sowie für die Länder des Südens leisten.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Ziel muß in der weiteren Umweltpolitik der EG und in einem revidierten Vertrag bei der nächsten Nachfolgekonzferenz dringend verankert werden

Zu den zentralen Kritikpunkten am Maastricht-Vertrag zählt, daß die Balance zwischen **Politischer Union** und **Europäischer Wirtschafts- und Währungsunion** nicht ausreichend hergestellt, daß die Politische Union unzureichend entwickelt ist. Vor allem aber, liebe Kolleginnen und Kollegen — da sind wir alle gefordert —, sind die europäischen Gesetzgebungsprozesse nicht ausreichend durchschaubar; sie geben dem **Europäischen Parlament** bisher noch nicht das letzte Wort in der Gesetzgebung.

Wir konnten den Vertrag von Maastricht nicht nachträglich ändern. Aber wir haben uns in den Beratungen im Sonderausschuß Europäische Union, als wir den Vertrag bewertet haben, dafür engagiert, den Bundestag stärker in die Kontrolle der europäischen Gesetzgebung und der Rolle der Bundesregierung im Ministerrat einzubringen. Wir verabschieden heute gemeinsam ein **Rechtsstellungsgesetz** für den Bundestag, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung künftig vor entsprechenden Festlegungen im Ministerrat auf eine bestimmte Linie verpflichten will. — Dann kann es z. B. nicht mehr passieren, daß die Bundesregierung im EG-Ministerrat der Mehrwertsteuererhöhung auf 15 % zustimmt und anschließend nach Hause kommt und behauptet, ursächlich dafür sei das vorrangige EG-Recht, während sie in Wirklichkeit selber diese Linie vertreten hat. —

(Beifall bei der SPD)

Dazu haben wir im Grundgesetz einen Europaausschuß verankert, der der Bundesregierung künftig auch in diesen Fragen stärker auf die Finger schaut.

Darüber hinaus fordern wir, daß **Ministerratsitzungen** endlich öffentlich stattfinden, damit Bürger und Bürgerinnen selber beurteilen können, wie europäische Gesetzgebung zustande kommt.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich bin überzeugt: Wenn die Bürger und Bürgerinnen zusehen könnten, wäre die Regelungswut im Ministerrat, wofür die nationalen Regierungen verantwortlich sind, eingedämmt.

(D)

Vor allem aber haben wir Art. 23 im Grundgesetz eingefügt. Er legt fest, daß die Europäische Union „demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen“ entsprechen muß. Gleichzeitig legen wir in Abs. 1 dieses Artikels fest, daß **Hoheitsrechtsübertragungen** künftig nur noch mit einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat möglich sein werden. Damit ist der bisherigen — ich sage — undemokratischen Praxis ein Ende gesetzt, mit der nach dem Art. 24 und mit einfacher Mehrheit zentrale Kompetenzen auf die EG übertragen wurden, ohne daß dort gleichzeitig ausreichend parlamentarische Kontrolle und Entscheidung beim Europäischen Parlament vorhanden gewesen wären. Auf diese Art und Weise ist ein **Demokratiedefizit** in der Europäischen Gemeinschaft entstanden.

Für uns ist klar: Wenn die Demokratisierung auf EG-Ebene nicht vorankommt, wenn das Europaparlament nicht volle Entscheidungsrechte in der Gesetzgebung erhält, dann ist eine weitere Übertragung von Hoheitsrechten der Bundesrepublik Deutschland auf die EG nicht mehr zu akzeptieren.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt für so sensible Bereiche wie die Innenpolitik, die Rechtspolitik und ganz besonders die Verteidigungspolitik. Diese Bereiche verbleiben nach dem Maastrichter Vertrag in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und dürfen nicht vergemeinschaftet werden. Für uns als sozialdemokratische Bundestagsfraktion war wichtig, daß unabhängig vom Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags der Art. 23 Abs. 1 gilt,

Heidmarie Wieczorek-Zeul

- (A) d. h. künftige **Hoheitsrechtsübertragung** nur mit Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat. Entweder die EG wird demokratischer, oder es gibt keine weitere Übertragung von Hoheitsrechten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb, der Demokratisierung wegen, muß die nächste Regierungskonferenz vorgezogen werden. Auch das sagen wir in einer Gemeinsamen Erklärung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Drängen nach der Verankerung eines Parlamentsvorbehalts beim Übergang in die dritte Stufe zu Wirtschafts- und Währungsunion hat Erfolg gehabt. Wir haben immer gesagt, es darf keinen Automatismus beim Übergang von der zweiten Stufe zur dritten Stufe der Europäischen Währungsunion geben. Mit diesem **Parlamentsvorbehalt** — ich habe es in der ersten Lesung am 8. Oktober gesagt — wollten wir eine Sperre setzen, mit der die Aufweichung der harten D-Mark verhindert werden kann.

Die CDU — die CSU nicht — und die F.D.P. haben sich unserer Forderung nach einer erneuten Entscheidung des Deutschen Bundestages lange widersetzt. Sie haben sich im Sonderausschuß jetzt unserer Position angeschlossen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P. — Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Wer war denn in der Vergangenheit der große Bremser?)

Wir begrüßen das.

- (B) Mit der heutigen Erklärung des Deutschen Bundestages zur Wirtschafts- und Währungsunion wird die Bundesregierung aufgefordert, diesen Parlamentsvorbehalt einer erneuten Entscheidung des Deutschen Bundestages zu respektieren und ihn den EG-Partnern sowie der EG-Kommission mitzuteilen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Frau Wieczorek-Zeul, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kittelmann?

Heidmarie Wieczorek-Zeul (SPD): Ja, wenn es nicht von der Zeit abgeht.

Peter Kittelmann (CDU/CSU): Frau Kollegin, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß sich die CDU/CSU und die F.D.P. nie dagegen gewandt haben und immer wieder gesagt haben, daß wir gemeinsam wollen, daß der Deutsche Bundestag vor Eintritt in die dritte Stufe die Entscheidung der Bundesregierung überprüft, und daß genau dies jetzt von uns gemeinsam verabschiedet worden ist, und daß Ihre Vorstellung von dem Parlamentsvorbehalt und von einer Art Opting-out niemals Wirklichkeit geworden ist und auch in der Resolution nicht zum Ausdruck kommt?

Heidmarie Wieczorek-Zeul (SPD): Verehrter Herr Kollege Kittelmann, der Unterschied zwischen Ihrer Position — der Position der CDU-Fraktion, sage ich ausdrücklich — in dieser Frage aus der letzten Debatte und der Position von F.D.P., SPD und CSU — muß man

ja sagen — ist der zwischen Befassung — ich erinnere daran, in der letzten Debatte hat Kollege Lambsdorff gesagt, wenn es nur Befassung ist, dann können wir gleich Kaffee trinken gehen — und der Tatsache, daß wir jetzt im Text die Forderung haben, daß die Bundesregierung ein zustimmendes Votum des Deutschen Bundestages braucht, damit der Übergang in die dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wirklich erfolgt, und daß sie dieses respektieren muß.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Stabilitätskriterien 1996 und 1999 nicht stimmen, wird der Deutsche Bundestag **keinem Übergang in die dritte Stufe** zustimmen. Das heißt, die Wirtschafts- und Währungsunion in der dritten Stufe kommt nur, wenn die ökonomischen und die stabilitätspolitischen Kriterien stimmen.

Der Bundesrat wird am 18. Dezember eine gleichlautende Resolution verabschieden.

Frankfurt muß der **Sitz der Europäischen Zentralbank** sein. Auch dies betont die gleichlautende Erklärung. Wir erwarten vom anstehenden Gipfel in Edinburgh eine entsprechende Entscheidung. Sie könnte in der Bundesrepublik das Vertrauen zu einer künftigen europäischen Währung eindeutig stärken. Deshalb ist eine solche Entscheidung für uns so wichtig und notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir begrüßen die breite öffentliche Debatte über Demokratie, Föderalismus, Subsidiarität und Bürgernähe auch zu der heute vorliegenden Resolution. Diese Debatte ist eine Debatte über unsere Verfassung Europas. Sie hätte im Vorfeld von Maastricht stattfinden müssen, um in den Vertrag einzufließen.

Ob letztlich der Vertrag von Maastricht in Kraft tritt, ob ihn auch die Partner Dänemark und Großbritannien noch ratifizieren, steht augenblicklich dahin. Jenseits dieser Entscheidung sollten wir diese Debatte über eine künftige europäische Verfassung führen und deutlich machen, daß wir die Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen an diesen Entscheidungen brauchen.

An die Adresse der Bundesregierung sei die Warnung gerichtet: Wenn Maastricht im Laufe des nächsten Jahres nicht zustande kommt, dann sind jedenfalls keine kleuropäischen Lösungen angesagt. Vor allem werden wir uns allen Versuchen widersetzen, die Ziele, die im Vertrag stehen, in Form zwischenstaatlicher Zusammenarbeit zwischen Regierungen zu verwirklichen, die sich weitgehend der parlamentarischen Kontrolle entzieht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa — das ist in diesen ganzen Diskussionen in den letzten Wochen und Monaten ein wenig in Vergessenheit geraten — ist eine **Chance für junge Menschen**. Es eröffnet ihnen Möglichkeiten neuer Kontakte, Erfahrungen anderer Länder, Regionen, Lebensweisen, Sprachen. Ihre Eltern haben davon nur träumen können. Daß es keines äußeren oder inneren Feindes bedarf, um

Heidemarie Wieczorek-Zeul

(A) selber stark zu sein, das müssen wir ihnen als unsere Erfahrung vermitteln. Daß Zusammenleben mit anderen Nationalitäten Chance und nicht Gefährdung bedeutet, müssen sie selber erfahren.

Daß es dabei Konflikte gibt, ist klar. Daß sie zivil ausgetragen werden müssen, muß unsere Gesellschaft sicherstellen. Willy Brandts Versprechen „Wir wollen **ein Volk guter Nachbarn** sein, im Inneren und nach außen“ ist für uns eine Verpflichtung von ungeheurer Aktualität.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Als nächster spricht der Abgeordnete Irmer.

Ulrich Irmer (F.D.P.): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Draußen vor dem Wasserwerk weht neben der deutschen Fahne die **Europafahne** mit zwölf goldenen Sternen auf blauem Grund. Ich vermisse sie in diesem Saal. Vielleicht können wir sie demnächst auch hier hissen.

Gleichwohl, die Fraktion der F.D.P. wird dem Vertrag von Maastricht zustimmen.

(B) Wir kennen die Bedenken, die aus Fachkreisen, aber auch bei Bürgern gegen das Vertragswerk vortragen werden. Leider, muß ich sagen, hat die Bundesregierung hier die Chance einer **besseren Information** vertan. Es wäre nützlich und notwendig gewesen, daß man nach Abschluß des Vertrags an die Öffentlichkeit gegangen wäre und versucht hätte, die Bedenken, die zum Teil berechtigt sind, zu zerstreuen.

Wir haben bei der Arbeit des **Sonderausschusses** alle Befürchtungen und Sorgen sehr ernst genommen und sorgfältig geprüft. Der Bericht des Sonderausschusses ist deshalb kein Jubelepos. Er ist eine nüchterne Bestandsaufnahme dessen, was ist, dessen, was sein wird, und auch dessen, was bei dem Vertrag noch fehlt. Der Bericht erwähnt auch, wo Maastricht Mängel hat und wo nach Maastricht eine Weiterentwicklung stattfinden muß.

Daß es Mängel gibt, ist im übrigen nicht Schuld der Bundesregierung. Ganz im Gegenteil: Die Bundesregierung hat bei den Verhandlungen getan, was sie konnte, um auch das durchzusetzen, was wir heute noch vermissen,

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

z. B. eine stärkere Ausgestaltung der Rechte des Europäischen Parlaments als eines der wichtigsten Elemente.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei Herrn Bundeskanzler Kohl und bei Herrn Bundesfinanzminister Waigel. Ich bedanke mich bei Hans-Dietrich Genscher, dem früheren Bundesaußenminister, dessen Verdienste um das europäische Einigungswerk bereits in die Geschichte eingegangen sind.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneter der CDU/CSU)

(C) Seine Rolle ist von Klaus Kinkel übernommen worden, der ebenfalls als leidenschaftlicher Europäer versucht, die Einigung voranzutreiben.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit besonderen Dank der Staatsministerin Ulla Seiler-Albring aussprechen, die das Alltagsgeschäft in den europäischen Räten zu erledigen hat und dies mit großem Geschick und Engagement tut.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ich sprach von den Sorgen und Bedenken der Bevölkerung. Ich rede nicht von Ängsten; ich vermeide dieses neumodische Wort. Angst ist Angst; da braucht es keinen Plural. Wenn aber von Sorgen und vielleicht sogar von Angst die Rede ist, dann richtet sich dies in erster Linie auf die Gefahr, die Deutsche Mark könne verlorengehen.

Zum Thema Wirtschafts- und Währungsunion wird nachher mein Kollege Helmut Haussmann in Einzelheiten Stellung nehmen. Ich möchte nur eines sagen: Der Vertrag von Maastricht schreibt die **härtesten Stabilitätskriterien** für die gemeinsame europäische Währung fest. Gegen die Befürchtung, diese Kriterien könnten aus politischen Gründen ausgehöhlt werden, haben wir im Ausschuß Vorkehrungen getroffen.

Wir haben zweierlei getan. Wir haben zum ersten gesagt, daß sich der Deutsche Bundestag vorbehalten wird, das Vorliegen der Kriterien vor Eintritt in die dritte Stufe noch einmal zu überprüfen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

(D) Dies ist entgegen dem, was Sie, Frau Kollegin Wieczorek-Zeul, hier soeben gesagt haben, nicht die Möglichkeit, politisch zu entscheiden: „Wir wollen nicht“, sondern es ist die objektive Überprüfung, ob die Kriterien vorliegen oder nicht. Dies ist eine objektive Feststellung, die wir allerdings unabhängig von der Bundesregierung noch einmal vornehmen werden.

Wir haben noch ein Weiteres getan: Wir haben in unserem Grundgesetz die Stabilität verankert. Der neue Art. 88 des Grundgesetzes spricht von der Europäischen Zentralbank, die unabhängig und dem vorrangigen Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist.

Damit hat die Geldwertstabilität auf europäischer Ebene bei uns nationalen Verfassungsrang. Das halte ich für ganz entscheidend.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden also auch hier weiterhin sehr wachsam sein und können deshalb unseren Bürgern versprechen: Zur Währungsunion kommt es nur, wenn die europäische Währung, die Euro-Mark, so stabil sein wird, wie wir es von unserer Deutschen Mark gewöhnt sind.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gibt des weiteren Befürchtungen, die sich mit der Bürokratie in Brüssel beschäftigen. Man fürchtet den Zentralismus, man fürchtet Regelungswut anonymer Instanzen, man fürchtet den Verlust nationaler und regionaler Identität.

Ulrich Irmer

- (A) Diese Gefahren bestehen in der Tat. Wir sollten sie nicht als klein darstellen. Aber wer jetzt sagt, diese Gefahren würden durch Maastricht vergrößert, der unterliegt einem gewaltigen Mißverständnis; denn gerade der Vertrag von Maastricht ist der erste ernsthafte Versuch, derartigen Fehlentwicklungen nachhaltig entgegenzuwirken.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Fehlentwicklungen werden durch Maastricht korrigiert.

Ich erinnere an das **Subsidiaritätsprinzip**. Was bedeutet das? Der Ausdruck ist unverständlich. Viele Bürger wissen gar nicht, was sie damit anfangen sollen. Die Briten haben es neulich einmal so definiert, daß sie gesagt haben: Die EG soll sich nicht in Dinge einmischen, die sie nichts angehen. Ich möchte es auf die gute deutsche Formel bringen: Subsidiarität ist die Forderung: Laßt die Kirche im Dorf; regelt die Dinge dort, wo sie geregelt gehören, wenn sie überhaupt geregelt werden müssen!

Ich meine, daß wir auch nach Einführung des Subsidiaritätsprinzipes sehr sorgfältig darauf achten sollten, daß nicht infolge einer wohlgemeinten Deregulierung die Regulierungswut möglicherweise noch größer wird, als es bisher der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Subsidiarität regelt die Dinge dort, wo sie geregelt gehören. Das bedeutet praktisch: Macht um Gottes willen in Brüssel keine Schulpolitik und keine Familienpolitik! Das heißt aber ebenso: Laßt um Gottes willen in München die Finger von der Außenpolitik! Das ist nämlich ausschließlich Sache des Bundes.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU/CSU — Dr. Karl-Heinz Hornhues [CDU/CSU]: Herr Goppel, das war ein sehr guter Satz!)

Vieles, was unsere Bürger bedrängt, wird in Maastricht beantwortet. Wir schaffen den Einstieg in eine **Zusammenarbeit in der Innen- und der Rechtspolitik** auf der europäischen Ebene. Es ist dringend erforderlich, daß wir in den Flüchtlings- und Asylfragen zu gemeinsamen europäischen Regelungen kommen.

(Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Dies wird durch Maastricht ermöglicht.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Der Kampf gegen die organisierte Kriminalität und die Drogenmafia — das Drogenunwesen breitet sich in unseren Städten wie die Pest aus — kann demnächst europäisch in Angriff genommen werden. Allein schaffen wir es ja nicht.

Wir erreichen durch Maastricht die **Unionsbürgerschaft**. Jetzt will ich, Frau Wiczorek-Zeul, eines sagen: Natürlich müssen Nicht-EG-Bürger, die seit langen Jahren bei uns hier leben, besser integriert werden; das ist gar keine Frage. Das sollte dadurch geschehen, daß wir ihnen anbieten, nach einer Reihe von Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit zu

erwerben, auch unter Inkaufnahme von Doppelstaatsangehörigkeiten. (C)

(Beifall bei der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich meine aber, daß **Wahlrecht** nach wie vor etwas mit Staatsangehörigkeit zu tun hat. Das hat auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Dies hat zur Konsequenz, daß wir die Unionsbürgerschaft auf Unionsbürger beschränken müssen. Für das Wahlrecht hat das allerdings die Konsequenz, daß wir auf längere Sicht den Unionsbürgern die Wahlrechte auch auf anderen Ebenen geben müssen, nämlich das Wahlrecht für die Landtage und für den Deutschen Bundestag.

(Beifall der Abg. Günter Verheugen [SPD] und Heidemarie Wiczorek-Zeul [SPD])

abhängig von ihrem Wohnsitz — dies natürlich unionsweit auf Gegenseitigkeit.

Sie sind mit mir alle einig, daß die **Demokratisierung** der Union weitergetrieben werden muß. Was Maastricht zum Europäischen Parlament sagt, ist noch unbefriedigend. Inzwischen müssen wir Mitwirkungsrechte und Kontrollrechte von Bundestag und auch von Bundesrat verstärken. Dies geschieht, obwohl wir uns darüber klar sein müssen, daß all dies natürlich die Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments nicht ersetzen kann.

Die **Beteiligung des Bundesrats** nach den von uns vorgeschlagenen Verfassungsänderungen ist im übrigen in keiner Weise unproblematisch. Durch die Grundgesetzänderungen wird das Verfassungsgefüge unseres Staates nachhaltig zugunsten des Bundesrats verschoben. Ich sage hier ganz eindeutig, daß wir von seiten des Bundesrates bei den Verhandlungen unter einem erheblichen Druck standen, nämlich der Drohung, Maastricht gegebenenfalls nicht zu ratifizieren, wenn wir nicht bereit gewesen wären, über das hinauszugehen, was wir von uns aus zuzugestehen bereit waren. (D)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie der Abg. Anke Fuchs [Köln] [SPD])

Daß dies so war, bürdet dem Bundesrat in Zukunft eine besondere Verantwortung auf.

Erstens. Die Handlungsfähigkeit des Bundes und der Bundesregierung darf nicht blockiert werden. Der Bundesrat muß jeder Versuchung in dieser Richtung energisch widerstehen.

Zweitens. Das Subsidiaritätsprinzip gilt auch im Verhältnis der Länder zu den Städten und Gemeinden. Das muß ernstgenommen werden.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Das Demokratiedefizit, das wir alle beklagen, wird durch diese Regelungen im Bereich der Länder erweitert; denn Rechte haben nach den Neu-

Ulrich Irmer

(A) Regelungen nur die Regierungen der Bundesländer, nicht die Landtage.

(Dr. Karl-Heinz Hornhues [CDU/CSU]: So ist das! Demokratie für Niedersachsen!)

Ich fordere die Kollegen in den Landtagen auf, Druck zu machen, damit sich dieses ändert.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Glaubwürdigkeit des Bundesrates in Sachen Demokratie, Föderalismus und Subsidiarität stehen auf dem Prüfstand. Wir werden dies sorgfältig beobachten.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Wir jubeln nicht zu Maastricht und den Grundgesetzänderungen. Aber wir sind trotz aller Bedenken für Maastricht; denn ich sage Ihnen eines: Der Vertrag von Maastricht ist auch ein **Bollwerk gegen die Angst**. Rings um uns herum brechen vertraute Strukturen zusammen. Das Gespenst der Apokalypse ist zwar gebannt, aber plötzlich stellen wir fest: Krieg in Europa ist wieder möglich.

Da kann doch unsere Antwort nur die sein: Halten wir an dem Erreichten, an dem Erstrittenen, an dem Bewährten fest, und bauen wir es zu noch größerer Stabilität, zu noch größerer Verlässlichkeit aus.

Die Vereinigung Deutschlands war nur durch den Verzicht auf deutsche Alleingänge möglich. Maastricht ist auch und gerade für die Rolle des vereinten Deutschlands unverzichtbar; denn Maastricht schafft die **unwiderrufliche Einbindung** unseres Landes in überstaatliche Strukturen. Dies ist das beste Mittel auch **gegen übersteigerten Nationalismus**.

(B)

Was wir heute Tag für Tag, Nacht für Nacht in unserem Lande erleben, ist schandbar. Wir müssen die Antwort geben, natürlich die Täter zu verfolgen und alle rechtsstaatlichen Mittel einzusetzen. Aber wir müssen auch die politische Antwort geben, daß wir unsere Integration in Europa verstärkt vorantreiben.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir alle beobachten mit Erschütterung und Trauer die Ereignisse in **Jugoslawien**. Hier ist der EG vielfach vorgeworfen worden, sie hätte versagt. Ich sage Ihnen: Sie konnte nicht viel mehr tun, weil sie nicht die Instrumente und nicht die Strukturen zu ihrer Verfügung hatte. Dem dient das Kapitel über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik inklusive der Perspektive einer europäischen Verteidigungspolitik mit auf längere Sicht auch einer gemeinsamen europäischen Verteidigung.

Gegen den Vertrag von Maastricht ist vielfach gesagt worden, er sei das Papier nicht wert, auf dem er steht. Auch bei der Schlußakte von Helsinki hat man das gesagt — und Helsinki hat sich als der Treibsatz für die Umwälzungen in Europa in Richtung Freiheit und Demokratie entwickelt. Maastricht kann und wird dieselbe Wirkung haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Lassen Sie mich mit zwei Zitaten schließen. Hans-Dietrich Genscher hat immer Thomas Mann zitiert,

und **Thomas Mann** hat gesagt: Wir wollen kein deutsches Europa, wir wollen ein **europäisches Deutschland**. (C)

(Dr. Peter Struck [SPD]: Thomas Mann hätte gereicht; da hätten Sie den Genscher weglassen können!)

Hans-Dietrich Genscher selber hat gesagt: Deutsche Politik ist um so nationaler, je europäischer sie ist.

Handeln wir in diesem besten Sinne heute national, und handeln wir in diesem besten Sinne heute deutsch! Ratifizieren wir den Vertrag von Maastricht!

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der F.D.P. — Beifall bei der CDU/CSU)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Als nächster spricht der Abgeordnete Dr. Modrow.

Dr. Hans Modrow (PDS/Linke Liste): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch die PDS/Linke Liste will die europäische Einigung.

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Na, na!)

Gerade deshalb wird sie dem Vertrag von Maastricht nicht zustimmen; denn unser Ziel ist ein friedliches, nicht militaristisches, demokratisches, rechtsstaatliches, soziales und ökologisches Europa. Wenn wir „Europa“ sagen, meinen wir Europa und nicht nur einen Teil davon, einen Kontinent, auf dem die Staaten, Völker und Regionen freiwillig und gleichberechtigt zusammenarbeiten. Dabei kann und soll man in diesem Sinne die EG verändern, soll sie eine Rolle spielen. (D)

Wir sind gegen den Vertrag nicht zuletzt wegen des Verfahrens, mit dem er zustande kam und das allzu sehr an das Modell des Zusammennagelns erinnert, das deutsche Einheit genannt wird. So etwas können und dürfen wir uns schon gar nicht leisten, wenn es um Europa geht.

In kaum einer anderen Sache sind die Meinungen in Europa so gegensätzlich wie zu Maastricht. Verantwortungsvolle Politiker sollten das ernst nehmen, statt zu versuchen, trickreich darüber hinwegzutäuschen. Es ist mehr als kurzsichtig, diejenigen, die Bedenken anmelden, zu verunglimpfen und als Europa-Gegner abzustempeln, statt sich mit ihren Argumenten auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Ich denke, eine der wichtigsten Ursachen ist, daß viele Menschen Grund haben, zu glauben, Maastricht schaffe einen **bürokratisch-zentralistischen Überstaat**, der ihre demokratischen Rechte abbaut, ihre soziale Lage verschlechtert, ihre kulturelle Identität zerstört, Europa, selbst Westeuropa, eher spaltet, statt es zu integrieren.

Genau das ist doch der Punkt. Zu viel spricht dafür, daß Maastricht Europa gleich mehrfach spaltet: zwischen Ost und West, Nord und Süd, Arm und Reich, zwischen den Regierungen und den Bürgerinnen und Bürgern. Genaugenommen gilt das schon jetzt. Mehr noch wird das bei der nächsten Stufe der Integration

Dr. Hans Modrow

(A) gelten, deren Bedingungen mit Sicherheit nicht von allen Ländern erfüllt werden können, nicht einmal von allen Gründungsmitgliedern.

So verstehen viele Millionen Menschen sehr gut, daß Maastricht über die offene Marktwirtschaft der freien Konkurrenz den Weg für die Stärksten und dabei insbesondere für eine **Vorherrschaftsrolle** des größer gewordenen **Deutschlands** freimachen soll.

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Das ist wohl noch eine alte Rede, die Sie da vorlesen!)

Der beängstigende Rechtsruck in unserem Land, der um sich greifende Rassismus und Neofaschismus, zügelloser Fremdenhaß und Antisemitismus machen den Stimmungsumschwung, die Ablehnung von Maastricht in anderen Ländern um so verständlicher.

Was in der bisherigen Ratifizierungsdebatte und auch heute hier im Bundestag geschieht, ist eigentlich paradox: In den vergangenen Wochen wurde der Vertrag mit Ernst zu nehmenden Argumenten so richtig auseinandergenommen. Das gilt auch für den größeren Teil der Arbeit im Sonderausschuß. Sein Bericht liest sich in beträchtlichen Passagen wie die Aufzählung **gravierender Mängel** des Vertrags. Eigentlich hätte er mit der Beschlußempfehlung schließen müssen, den Vertrag abzulehnen und Neuverhandlungen zu fordern. Aber keine der Parteien mit Ausnahme der PDS, die Ihnen dazu einen Antrag vorlegt, konnte sich zu einer solchen Schlußfolgerung durchringen.

(B) (Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Weil sie auch dumm ist!)

— Das wird sich zeigen, wie dumm die Dinge sind. Sie leben heute tief genug in Konflikten und Problemen. Über manche Dummheit, über Fehler, die Sie gemacht haben, sprechen Sie heute ja schon offen genug.

Zumindest an die SPD muß die Frage gestattet sein, worin sie ihre Oppositionsrolle sieht, wenn sie ihre ernstesten und sehr berechtigten Bedenken zu Protokoll gibt, aber schon zuvor erklärt, sie werde zustimmen.

Das Mindeste, was bei einem solchen für das Leben der Bürger so entscheidenden Vertrag verlangt werden muß, ist, vor dessen endgültigem Inkrafttreten das Volk demokratisch nach seinem Willen zu fragen. Schließlich soll sich die Bundesrepublik laut Vertrag zu einem Gliedstaat eines supranationalen Gemeinwesens entwickeln, das weitaus mehr als eine zwischenstaatliche Organisation ist. Selbst wenn man das so oder so bewertet, zielt es auf eine grundsätzliche Umgestaltung der deutschen Staatlichkeit, über die nur **das Volk selber entscheiden** kann. Wir haben einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Ihm zufolge sollen die Bürgerinnen und Bürger über eine Europäische Union frei entscheiden können.

Zugleich sind wir dafür, daß in einer zweiten Frage über den Weg dorthin entschieden wird. Die Menschen wollen kein Europa des bürokratischen Zentralismus, der politischen Eliten, sondern ein Europa schöpferischer Vielfalt und regionaler Identität, ein Europa der Bürger und der Demokratie.

(C) Es gibt noch andere gewichtige Gründe, Maastricht abzulehnen. Das damit vorgelegte Integrationskonzept beschränkt sich auf Kriterien der finanziellen Rentabilität, auf einen **währungspolitischen Kernbereich**, dem sich alle anderen Politikbereiche unterzuordnen haben. Die Gemeinverträglichkeit der sich vollziehenden Prozesse wird in wesentlichen Bereichen grob verletzt. An eine Wirtschaftsunion ist längst nicht zu denken. Die Sozialunion wird gänzlich ausgeklammert. Umweltschutzmaßnahmen stehen hinten an. Hat denn die deutsche Einheit nicht deutlich genug gezeigt, welche kolossalen Schwierigkeiten vor allem für die Bürgerinnen und Bürger entstehen, wenn die Währungsunion aus politischen Gründen an den Anfang gestellt wird?

Der Abstand zwischen reicheren und ärmeren Regionen wächst, statt sich zu verringern. Strukturpolitik und Sanierung haben keine Chance. Maastricht mag die Stärksten in Westeuropa für den Konkurrenzkampf mit den USA und Japan wappnen, wird aber in Westeuropa mehr ärmere Regionen entstehen lassen, zur Lateinamerikanisierung Osteuropas beitragen und die Ausbeutung der Dritten Welt verstärken.

(D) Es ist ein Täuschungsmanöver zu behaupten, daß die EG für die Bereiche Sozialpolitik und Arbeitsrecht und bezeichnenderweise auch für den Umweltschutz ja Mindestvorschriften erlassen werde und jedes Mitglied selbst höhere Standards verwirklichen könne. Unter Berufung auf ebendiese **Mindeststandards der EG** und die Notwendigkeit der Bewahrung des Industriestandorts Deutschland werden schon heute sogenannte Abschmelzbewegungen vollzogen bzw. in Aussicht genommen, die sich letztlich auf dem untersten Niveau einpendeln sollen. Man braucht doch bloß zu erklären, daß der **Wirtschaftsstandort Deutschland** nicht zu halten, die Produktion nicht mehr absetzbar und die Arbeitslosenheere die Folge seien, wenn die sozialen und die demokratischen Standards nicht reduziert würden. Wer das verhindern möchte — wer will das nicht? —, muß dem Sozial- und Demokratieabbau dann zustimmen.

Wir negieren nicht, daß dem europäischen Parlament mit Maastricht ein paar Rechte mehr als bisher zugebilligt werden. Aber das Entscheidende ist, daß die Zuständigkeiten für wichtige Bereiche der Politik abgegeben werden sollen, ohne dafür auf der **Europaebene demokratische Entscheidungsstrukturen** und eine hinreichende Kontrolle zu schaffen. Die Bundesregierung kann damit über den Umweg von Brüssel immer mehr zu ihrem eigenen Gesetzgeber werden. Das aber widerspricht selbst dem neuen Art. 23 des Grundgesetzes, den die Koalitionspartner gemeinsam mit der SPD vorschlugen und der voraussetzt, daß die Europäische Union demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtet ist.

So positiv gegenüber der bisherigen EG die Aufnahme des **Subsidiaritätsprinzips** an sich sein mag, mit seinen verschwommenen Formulierungen kann man alles und nichts begründen. Kollege Irmer, wenn Sie von der Kirche im Dorf sprachen, sage ich: Wo die Glocken klingen und wie sie klingen, ist mit dem

Dr. Hans Modrow

- (A) Subsidiaritätsprinzip überhaupt nicht geklärt und festgelegt.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Auch der vorgesehene Regionalausschuß kann nur beratend tätig werden.

Für besonders gefährlich an Maastricht halten wir, daß die Bundesregierung sicherheitspolitisch die Grundlagen dafür schaffen will, weltweit eine militärische Rolle zu spielen. Trotz des Fehlens jeder militärischen Bedrohung der EG-Länder wird nicht die schrittweise Reduzierung der Rüstungen und eine Demilitarisierung Europas, sondern die Schaffung einer **gemeinsamen Militärmacht** in den Mittelpunkt gerückt. Dabei ist doch völlig zweitrangig, ob dies unmittelbarer Bestandteil des Vertrages ist oder nur als Ziel anvisiert wird.

Auch eine **gemeinsame Polizeipolitik** ist doch nicht etwa darauf gerichtet, die Rechtsstaatlichkeit zu erhöhen und Bürgerrechte zu entfalten. Unter dem Vorwand der Kriminalitätsbekämpfung lassen sich sehr wohl polizeistaatliche Methoden durchsetzen, läßt sich der Datenschutz verletzen, und man kann sich dabei noch mit dem Hinweis auf Brüssel herausreden.

- (B) Wer Maastricht ablehnt, muß sich natürlich die Frage gefallen lassen: Wie dann? Werden nicht die bisherigen Integrationsergebnisse in Frage gestellt? Werden nicht die Tendenzen des Nationalismus, Rechtsextremismus und des Fremdenhasses zusätzlich Auftrieb erhalten? Ich wiederhole: Auch aus unserer Sicht gibt es zu einem vereinten Europa keine ernst zu nehmende Alternative. Wie oft wurde vom europäischen Haus gesprochen, in dem alle friedlich zusammenleben wollen? Es besteht aber die Gefahr, daß eben die überstürzten Entscheidungen von Maastricht solche dramatischen Fehlentwicklungen einleiten können, die langfristig zu schweren Belastungen, wenn nicht sogar zu Schlimmerem führen werden. Wir fordern deshalb für die europäische Einigung einen anderen Ansatz.

Erstens sollen die grundlegenden Probleme der Entwicklung in Europa in einer vorwärtsweisenden, jeweils am fortschrittlichsten Standard ausgerichteten gesamteuropäischen Perspektive und unter Ausschluß jeglichen Vorherrschafts- und Dominanzstrebens gelöst werden. Im Kern zielt das auf ein **Europa der Staaten, Völker und Regionen**, die schrittweise eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Angleichung auf einem hohen Niveau ohne Verlust der jeweiligen Identität anstreben, auf ein Europa, das die **ost- und südosteuropäischen Staaten** wirklich einbezieht und auf den Ausgleich mit der Dritten Welt gerichtet ist. Diese Prozesse der Angleichung müssen auf eine realistische Weise angegangen und durch eine unterstützende Umlenkung von Ressourcen gefördert werden.

Zweitens müssen die Interessen der großen Mehrheit der arbeitenden Menschen Europas in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Einwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Lohnabhängigen dürfen nicht an den bisherigen Landesgrenzen haltmachen. Parallel zur Vertiefung der Zusammenarbeit und Integration — nicht erst als weit in der Zukunft

liegendes Ziel — muß eine **Sozialunion** geschaffen werden. An die Stelle des Protokolls von Maastricht müssen europaweit gültige, völkerrechtlich verankerte Grundrechte und garantierte Ansprüche treten, ohne die die europäische Zusammenarbeit nicht realisiert werden darf.

Ein besonderer Schwerpunkt jeglichen europäischen Vorgehens muß drittens die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** sein. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, in der EG die Verpflichtung durchzusetzen, daß im Falle des Überschreitens einer bestimmten Schwelle der Arbeitslosigkeit — z. B. von 3% — staatliche Beschäftigungsprogramme aufzulegen sind, die aus Sonderabgaben der großen Unternehmen und Kapitalgruppen bzw. aus der Friedensdividende zu finanzieren sind. Gleiches könnte erreicht werden, wenn ein europäischer Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschaffen würde.

Viertens müssen nichtmilitärische, im wahrsten Sinne des Wortes friedensstiftende Rahmenbedingungen und Strukturen für die Entscheidungsmechanismen eines vereinten Europas festgelegt werden. Auch das **Flüchtlings- und Asylantenproblem** löst man nicht durch die Errichtung neuer Mauern, schon gar nicht mit Polizei und Militär, sondern nur durch eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung, die das Elend und den Hunger in der Dritten Welt beseitigt und die sozialen Probleme in Osteuropa lösen hilft.

In diesem ganzheitlichen Ansatz bei der Gestaltung Europas sollten sich sowohl gesamteuropäische als auch globale Aspekte in einer vernünftigen Synthese vereinen. Es geht um ganz Europa, nicht um Europa als europäischer Superstaat, auch nicht als zentralistisch geführte EG, sondern um eine freiwillige und gleichberechtigte Zusammenarbeit der Staaten, Völker und Regionen. Diese Zusammenarbeit muß sowohl über Verträge gewährleistet als auch durch gemeinsame Organisationen und Einrichtungen, die demokratisch zustande kommen und die kontrolliert werden, vorangebracht werden.

Wir wissen sehr wohl, daß solche Forderungen angesichts der heutigen Lage und um so mehr dann, wenn Maastricht Realität würde, beinahe einer Utopie gleichkommen. Sie müssen aber dennoch erhoben werden, denn sie entsprechen nicht nur einer moralischen Pflicht, sondern sie sind auch lebensnotwendig für die Völker.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Als nächster spricht der Abgeordnete Poppe.

Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Prager und Budapester Intellektuelle Mitte der 80er Jahre den Begriff **Mittleuropa** wiederbelebten, der nach zwei Weltkriegen fast vollständig aus dem Sprachgebrauch verschwunden war, geschah dies wohl nicht nur in Auflehnung gegen 40jährige sowjetische Herrschaft, sondern erinnerte den Westen zugleich an seinen allzu nachlässigen Umgang mit dem Wort **Europa**, was damals — und leider ist es bis heute so — ausschließlich auf die **EG-Staaten** angewandt wurde.

Gerd Poppe

(A) Wenig später kam es — bemerkenswerterweise im Westteil Berlins — zu einer Begegnung von Schriftstellern und Intellektuellen aus jenem „fernen“ Mitteleuropa — sofern sie reisen durften oder emigriert waren — und aus Westeuropa. Die Veranstaltung hatte den Titel „Ein Traum von Europa“. Wieder etwas später, nach den revolutionären Ereignissen von 1989/90, sollte nun darangegangen werden, den Traum in die Realität zu verwandeln: ein friedliches und freiheitliches Europa zu schaffen, eine zivile Gesellschaft. Jene nun etwas näher gerückten Mitteleuropäer verkündeten die „Rückkehr nach Europa“.

Das Resümee nach drei Jahren: Statt des ersehnten Friedens herrscht Krieg in Europa. Statt erhoffter schneller gesamteuropäischer Integration wird diese auf eine ferne Zukunft verschoben. Der Westen hat mit zum Teil selbstgeschaffenen Krisenerscheinungen zu kämpfen. Mitteleuropa, der ersehnte Ort der Zivilisation, ist nach Morden und Brandanschlägen in Deutschland und anderswo erneut in Gefahr geraten, zum Ort der Barbarei zu werden. Wir sind aus unserem Traum von Europa erwacht und haben Maastricht bekommen.

Immerhin, so könnte man sagen.

(Zuruf von der SPD: Einen Alptraum!)

(B) Aber Skepsis ist allemal angebracht. Und so wird die große Mehrheit in diesem Hause, wenn sie heute für die Ratifizierung des Vertrages von Maastricht stimmt, dies wohl nicht mit großer Begeisterung tun, sondern eher trotz aller Bedenken. Es ist schon eine merkwürdige Situation: Man ist sich einig, daß dieses Werk sehr kritisch zu bewerten ist, meint aber, ihm als dem kleineren Übel die Zustimmung nicht entziehen zu können.

Die Bundesregierung hat sich ohne Wenn und Aber auf dieses Ergebnis festgelegt und hat die Parole ausgegeben: „Ohne Maastricht stirbt Europa.“

Damit hat sie einen Mechanismus in Gang gebracht, den man eine sich selbst erfüllende Prophezeiung nennen könnte. Zwar weiß niemand, ob und wieso sie eintreffen sollte, aber es genügt der Glaube daran und der Druck, den er erzeugt. Glaubensbekenntnisse werden übrigens von allen Seiten verbreitet, von Befürwortern und Gegnern des Vertrages.

Bemerkenswert ist die **Hektik**, mit der die Bundesregierung und der Bundestag auf die Tatsache reagierten, daß der Vertrag nach den **dänischen und britischen Entscheidungen** nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt in Kraft treten kann, die fieberhafte Eile, mit der der Sonderausschuß gearbeitet hat, die heutige Sondersitzung.

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Wenn Sie immer da gewesen wären, hätten Sie bemerkt, daß das nicht richtig ist!)

Müssen wir uns Mut machen angesichts der bestürzenden Ereignisse? Oder wollen wir unseren Nachbarn signalisieren, daß wir zu einer noch festeren Einbindung in internationale Zusammenhänge entschlossen sind und sie uns nicht zu fürchten haben? Oder wollen wir nur die eigenen Zweifel am Erfolg von Maastricht überspielen? Wohl von allem etwas.

(C) Zweifel sind in der Tat angebracht. Für eine kritische Sicht gibt es genügend Anlaß. Was heute verabschiedet werden soll, dient der Kontinuität der **wirtschaftlichen Integration Westeuropas** zu Lasten seiner Demokratisierung. Es ist der Zusammenschluß des reichen Teils Europas ohne und im ungünstigen Fall auch gegen seinen ärmeren Teil. Wenn das Ziel die Schaffung einer demokratischen Union, einer Umwelt- und Sozialunion und deren Erweiterung auf ganz Europa sein soll, dann ist zu fragen, ob die Besitzstandswahrung eines reichen Kerns in Westeuropa oder gar der Ausbau seiner Großmachtstellung als Mittel dafür tauglich ist.

Der Vertrag von Maastricht formuliert weder die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen als gleichrangiges Ziel neben dem Gemeinsamen Markt, noch gibt er den Einstieg in die dringend notwendige ökologische Steuerreform. Er bietet auch sozialpolitisch keine strukturgestaltende Dimension. Statt sich z. B. in Richtung auf eine existenzsichernde Grundversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger der Union und eine für alle Mitgliedstaaten rechtsverbindliche Konvention sozialer Grundrechte hin zu bewegen, kommt der Vertrag nicht über die traditionelle **Umverteilungspolitik** hinaus.

(D) Zu viele Kompetenzen sind der Exekutive vorbehalten, zu wenige erhält das Europäische Parlament. Die Einwanderungs- und Asylpolitik gehört z. B. zu den Bereichen, die innerhalb der **Regierungszusammenarbeit** verbleiben und damit legislativen Beratungen entzogen sind, wodurch die Gefahr besteht, daß die europäischen Regierungen ohne **Korrekturmöglichkeiten** seitens des **Europäischen Parlaments** Vereinbarungen treffen, die unter der euphemistischen Überschrift der „Harmonisierung“ die Vorzüge einer bisher offenen Gesellschaft in Frage stellen. Nicht zuletzt aber an der humanen und rechtstaatlichen Lösung der Probleme, die die aktuellen Wanderungsbewegungen aufwerfen, wird die Qualität europäischer Demokratie gemessen werden müssen.

Einen meiner grundsätzlichen Kritikpunkte habe ich durch meine Eingangsbemerkung schon angedeutet: den Begriff von Europa, der diesem Vertrag zugrunde liegt. Die andere Hälfte Europas wird in vielen Kommentaren zum Vertrag von Maastricht als Sicherheitsrisiko bezeichnet — zwar aus zugegebenermaßen guten Gründen, aber dennoch zu kurz greifend —, dem der Stabilitätsanker Europäische Union entgegengestellt werden soll. **Stabilität** wird aber nur dann erreichbar sein, wenn den ehemals sowjetisch dominierten Staaten eine klare Perspektive gegeben wird, wie sie ihrerseits eine stabile Entwicklung erreichen. Weder der Maastrichter Vertrag noch die bisherigen Regierungskonferenzen, noch die Assoziierungsabkommen bieten dafür eine ausreichende Konzeption.

Deshalb erneuere ich unsere Forderung nach deutlichen Signalen für die Eröffnung einer langfristigen Perspektive der **Einbindung**, die der „Gemeinsamen Erklärung der Außenminister der EG und der“ — sogenannten — **„Visegrad-Länder“**, also Polens, der Tschechischen und Slowakischen Republiken sowie Ungarns, vom 5. Oktober diesen Jahres entspricht: unverzügliche Einbeziehung dieser Staaten in die

Gerd Poppe

(A) Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und Herstellung eines Beobachterstatus im Europäischen Parlament.

Natürlich erstreckt sich diese Forderung auch auf die **Sicherheitspolitik**. Dazu sollten die gemeinsame Sicherheitspolitik und die längerfristig erwogene gemeinsame Verteidigungspolitik perspektivisch auf die **KSZE** als ein über die EG hinausreichendes Instrument bezogen werden, statt sie als Vehikel zum Ausbau der WEU zu benutzen. Die WEU-Option verweist doch zu sehr auf die traditionelle Vorstellung von einem westeuropäischen Militärbündnis gegen potentielle Feinde, aus welcher Himmelsrichtung sie auch kommen mögen. Die Alternative wäre ein kollektives Sicherheitssystem für ganz Europa, wie es mit der KSZE im Keim vorhanden und mit dem entsprechenden Willen ausbaufähig ist.

Der harte Kern des Unionsvertrages ist unstrittig die **Wirtschafts- und Währungsunion**. Auch hier und besonders hier erscheint als tragendes Element der Stabilitätsgedanke. Wir zweifelhaft diese Stabilität ist, zeigt der Umstand, daß schon die Bundesrepublik die vereinbarten **Konvergenzkriterien** für den Beitritt der Währungsunion gegenwärtig nicht erfüllen könnte. Nichts spricht dafür, daß sie dies in ein paar Jahren kann, am allerwenigsten die Haushaltspolitik der Bundesregierung.

Wenn die Währungsunion also schon vor ihrem Inkrafttreten an Unglaubwürdigkeit krankt, dann muß doch die Frage gestellt werden, welche Möglichkeiten diejenigen Staaten haben, die — wie schon jetzt abzusehen ist — außerstande sein werden, diese Kriterien zu erfüllen. Das wird eine Reihe jetziger EG-Mitglieder betreffen, erst recht aber die ostmitteleuropäischen Beitrittsanwärter. Erstere sind mittels **Kohäsionsfonds** noch einigermaßen abgesichert, letztere aber haben außer gutgemeinten Ratschlägen und vielen Absichtserklärungen wenig zu erwarten.

(B) Es gibt, meine Damen und Herren, also gute Gründe, mit Maastricht unzufrieden zu sein. Wer die Ratifizierung ablehnt, muß nicht gegen Europa sein. Den Umkehrschluß jedoch — wer für Europa ist, muß gegen den Vertrag stimmen — halte ich für unzutreffend und irreführend. Wer so argumentiert, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, das beklagene Defizit an öffentlicher Auseinandersetzung und Mitentscheidung sowie den daraus ableitbaren Akzeptanzmangel von Teilen der Bevölkerung auf billige Weise für die eigenen Ziele zu benutzen. Dies ist nicht weniger fragwürdig als der Versuch, Unsicherheit und Schweigen vieler Menschen als Zustimmung zu werten.

Geboten sind weder Schönfärberei noch Schwarzmalerei, sondern Transparenz und öffentlicher Diskurs. Wir bleiben bei unserer Auffassung, daß an dessen Ende ein **Volksentscheid** stehen sollte. Deshalb haben wir unseren diesbezüglichen Antrag aufrechterhalten und außerdem einen Gesetzentwurf zur Verankerung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz eingebracht.

Es ist richtig, daß die bisherigen EG-Regelungen bestehenbleiben, falls Maastricht scheitert. Dies würde jedoch nicht zwangsläufig bedeuten, daß die

EG auf lange Sicht so bliebe, wie sie ist, und daß beliebige Zeit für Neuverhandlungen zur Verfügung stünde. Ablehnung könnte zum Rückschlag führen, zur Rückkehr zu einer einseitigen Betonung nationalstaatlicher Politik innerhalb der EG. Sie würde darüber hinaus nationalistischen Kräften in Europa Auftrieb geben. (C)

Angesichts des Völkermords in Bosnien und neonazistischer Mordbrennereien in der Bundesrepublik benötigen wir jedoch eindeutige Signale, Entscheidungen von großer Tragweite, die belegen, daß **Nationalismus** und **Rechtsextremismus** in Deutschland keine Chance haben. Die feste Einbindung in eine internationale, europäische Ordnung ist ein solches Signal. Sie ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung. Die heutige Ratifizierung ist nur der Beginn, die Absichtserklärung, sich auf die große historisch-politische Aufgabe einer gesamteuropäischen Union einzulassen. Weitere Verträge, die die soziale und ökologische Ausgestaltung, die Demokratisierung und die perspektivische Einbeziehung der ostmitteleuropäischen Staaten betreffen, müssen bald folgen. Nur eine demokratische, ökologische und soziale Union, die von der breiten Mehrheit der Europäer getragen wird, kann ein entscheidendes Gegengewicht gegenüber den nationalistischen Gefahren bilden.

Ich habe durchaus Zweifel daran, daß der Maastrichter Vertrag tatsächlich in die beschriebene Richtung führen wird. Mit ebenso großer Wahrscheinlichkeit kann er dem auf längere Sicht sinnlosen Unterfangen des Ausbaus einer westeuropäischen Wohlstandsfestung dienen. (D)

Der Abschlußbericht des Sonderausschusses, der heute im Falle einer Ratifizierung von Ihnen, meine Damen und Herren, mit bestätigt wird, überspielt die Schwächen des Maastrichter Vertrages nicht und verweist an vielen Stellen auf Möglichkeiten seiner Fortschreibung. Diesen Konsens der großen Bundestagsmehrheit vorausgesetzt, überwinde ich — im Gegensatz zu einigen meiner Kolleginnen und Kollegen — meine Skepsis und stimme der Ratifizierung zu in der Hoffnung, es eines Tages nicht bereuen zu müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Es spricht jetzt der Bundeskanzler.

Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als die Verfassungsväter und Verfassungsmütter unser **Grundgesetz** von 1949 endgültig formulierten, nahmen sie in die **Präambel** aus ihrer persönlichen Lebenserfahrung und aus der Erfahrung unseres Volkes bei den Heimsuchungen der Geschichte den Satz auf, daß das deutsche Volk „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt“ dienen wolle. Bei aller Skepsis, bei all den Befürchtungen, die ich durchaus sehe, und bei all dem, was man an Kritik an dem Vertrag von Maastricht üben kann — er ist ein Kompromiß —, bin ich sicher, daß wir mit diesem Vertragswerk von Maas-

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

(A) tricht dem Ziel der Präambel unseres Grundgesetzes ein entscheidendes Stück näher kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie der Abg. Heidemarie Wiczorek-Zeul [SPD])

Ich glaube, es ist wichtig, daß wir in dieser Stunde — und es ist in der Tat eine historische Stunde — an die Bemühungen einer ganzen Generation erinnern, die zu dieser Europäischen Union führen. Wir setzen damit eine Politik fort, die alle meine Amtsvorgänger und alle Bundesregierungen seit 1949 immer als einen wichtigen Auftrag deutscher Politik gesehen haben. Wir verwirklichen eine Vision — wir werden ja oft nach Visionen gefragt —, die von den großen Europäern der Nachkriegszeit — ich nenne für viele Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Paul-Henri Spaak und Konrad Adenauer — entworfen worden ist. Es waren Männer und Frauen, die aus der **leidvollen Geschichte Europas** — vor allem in diesem Jahrhundert — mit Mut, mit Weitsicht und mit großem persönlichen Engagement die Konsequenzen gezogen haben.

Man muß schon die Spanne der Geschichte dieses Jahrhunderts durchschreiten, um sich einmal darüber klar zu werden, was diese Stunde auch für uns, die Deutschen, bedeutet. Ich spreche bewußt die Resolution der sozialdemokratischen Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg an. Sie können das bei **Bebel** nachlesen. Sie können es bei dem ersten Gefallenen des Reichstags, dem Mannheimer Abgeordneten Frank, nachlesen. Sie können es in den Briefen gefallener Soldaten des Ersten Weltkriegs nachlesen. Sie finden es in vielen Zeugnissen der Zeit zwischen 1918 und 1933. Sie finden es in eindrucksvoller Weise in den Dokumenten des 20. Juli; wenn Sie etwa das nachlesen, was im **Kreisauer Kreis** gedacht und entworfen wurde.

(B)

All die, die Europa auf diesen Weg bringen wollten und jetzt endgültig bringen, wollten einen neuen Weg beschreiten. Sie haben — ich glaube, das darf man sagen — die Grundlage für eine beispiellose Erfolgsgeschichte gelegt; denn bei allen Notwendigkeiten, über europäische Agrarpolitik, über europäische Zölle, über die Probleme des Alltags zu reden, sollten wir eines nicht vergessen: daß wir heute in **Westeuropa** in der **längsten Friedensperiode** seit Mitte des 19. Jahrhunderts leben. Nur 21 Jahre nach dem Ende des Ersten begann der Zweite Weltkrieg. 43 Jahre nach der Reichsgründung 1871 brach der Erste Weltkrieg aus. Wir, die Heutigen, leben schon seit 47 Jahren in Frieden, und wir haben die sichere Gewißheit, daß dies auch weiterhin so bleiben kann. Das ist eine großartige Sache.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist nicht zuletzt auch das **Verdienst der Europäischen Gemeinschaft**. Sie hat mit dazu beigetragen, alte Feindschaften und nationale Rivalitäten, die es natürlich bis zum heutigen Tag gibt und immer geben wird, in Partnerschaft, ja sogar in Freundschaft zu überwinden. Sie hat uns die Chance gegeben, zu einer immer enger werdenden wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zu kommen. Sie hat uns

— darüber wird fast nie gesprochen — auch unter den Zwang gestellt, uns in die Vorstellungen unserer Partner hineinzudenken. Das gibt uns in Deutschland auch die — nicht von allen genutzte — Möglichkeit, darüber nachzudenken, was man dem anderen zumuten kann, dem Nachbarn, dem Partner. (C)

Wir, die Deutschen, sollten vor allem eines nie vergessen: Ohne die feste Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die europäische Integration wäre auch die friedliche Vereinigung unseres Vaterlandes so schnell nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Ich erinnere mich an manches Gespräch im Jahre 1990, wenn Hans-Dietrich Genscher von den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zurückkehrte, wo unsere Argumente nicht immer die stärksten waren und wo unsere europäischen Partner geholfen haben, weil wir längst auf einem gemeinsamen Weg in Europa waren. Die deutsche Einheit und die europäische Einigung sind, so verstanden, zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Meine Damen und Herren, wir alle brauchen dieses Europa, wie alle in Europa, aber für uns Deutsche ist Europa die Schicksalsfrage schlechthin. Wer die Geschichte unseres Landes im letzten Jahrhundert, vor allem im Zeitalter des nationalstaatlichen Denkens, kennt, weiß, daß auf Grund unserer geographischen und geopolitischen Lage mehr als in allen anderen europäischen Ländern in der Mitte Europas unsere Probleme immer auch die Probleme Europas sind. Das, was hier geschieht — wir erleben es in diesen Tagen in einer leidvollen Weise — findet mehr Wiederhall in der Welt und damit auch in Europa als das, was in irgendeinem anderen Land geschieht. Deswegen ist es uns nicht gleichgültig, sondern es ist schicksalhaft, welchen Weg Europa geht, ob wir, die Deutschen, uns unwiderruflich auf den wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß festlegen oder ob wir unsere Hand reichen zu einem Rückfall in vergangene Zeiten, in nationale oder gar machtpolitische Rivalitäten. (D)

Dies ist in Wahrheit die Kernfrage der jetzigen Diskussion über die Europapolitik und über den Vertrag von Maastricht.

Angesichts des dramatischen Umbruchs in Mittel-, Ost- und Südosteuropa braucht unser Kontinent mehr denn je einen festen Anker der Stabilität und damit auch eine starke Europäische Gemeinschaft.

Die Aufgaben, vor die uns die internationale Lage stellt, können wir, auch wenn es manche immer noch glauben, nicht mehr mit den herkömmlichen Mitteln nationaler Politik lösen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneter der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer sich einbildet, den **deutschen Interessen**, den Interessen unseres Volkes sei mit einer Rückkehr zu einer klassischen nationalen Politik am besten gedient, versteht nichts von der Gegenwart und verspielt die Zukunft. Kein europäisches Land ist mehr für sich allein imstande — obwohl viele in ihren Büros das

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

(A) noch nicht begriffen haben —, Frieden und Freiheit, wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Stabilität zu sichern. Wir alle in Europa und vor allem die Deutschen brauchen aus ureigenstem Interesse die Einigung Europas.

Meine Damen und Herren, die konsequente **Fortsetzung der Politik der europäischen Integration** ist zugleich eine zukunftsweisende Antwort auf den immer wieder zu beobachtenden Nationalismus in Europa, auf Entwicklungen des Zerfalls in Teilen Europas. Es soll doch niemand — auch in Deutschland — glauben, das Gespenst des Nationalismus in Europa sei endgültig tot oder vagabundiere lediglich noch auf dem Balkan. Auch das westliche Europa ist nicht ein für allemal vor den bösen Geistern der Vergangenheit, vor nationalisticem Denken, vor Intoleranz oder Chauvinismus, gefeit.

Gerade deshalb ist es schlicht falsch, wenn hier und da behauptet wird, im Jahre 1992 oder generell in den 90er Jahren sei die Zeit noch nicht reif für eine Weiterentwicklung, wie sie der Vertrag von Maastricht vorsieht. Wenn wir jetzt nicht die Europäische Union schaffen, versagen wir vor der Zukunft,

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.
sowie bei Abgeordneten der SPD)

und wir setzen leichtfertig aufs Spiel, was wir bisher erreicht haben.

(B) Die Bundesregierung steht daher fest zu den **Ver- einbarungen und der Grundkonzeption des Vertrags von Maastricht**. Es ist die jetzt mögliche Antwort — ich formuliere es so: die jetzt mögliche gemeinsame Antwort — auf die Veränderungen in Europa. Ich bin ganz sicher, daß wir mit dem Vertrag von Maastricht, auf den wir uns gerade vor einem Jahr beim Europäischen Rat verständigten, einen guten und **tragfähigen Kompromiß** gefunden haben.

Ich bekenne auch, daß an diesem Kompromiß das eine oder das andere ist, was ich mir sehr viel anders hätte vorstellen können. Manches ist erreicht worden, manches ist nicht erreicht worden. Aber, meine Damen und Herren, die ganze Dimension des Weges kann man erst erkennen, wenn man einen Moment innehält und sich die Frage stellt: Wäre ein solcher Vertrag vor 40, vor 30, vor 20 Jahren denkbar gewesen? Wenn man das bedenkt, kann man eigentlich nur dankbar dafür sein, daß das, was jetzt möglich ward, erreicht werden konnte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.
sowie des Abg. Dr. Hans-Jochen Vogel
[SPD])

Mit dem Maastrichter Vertrag haben wir ein aus- baufähiges Fundament für die Fortentwicklung gelegt. Ich sehe dieser Zukunft mit großem realisti- schen Optimismus entgegen. Vieles von dem, was wir heute beklagen, was wir heute für nicht ausreichend halten, wird sich dank der Kräfte des Faktischen verändern.

Da dies in den verfassungsrechtlichen Bereich geht, sage ich, meine Damen und Herren: Wie sehr sich die lebende **Verfassung** verändert, können Sie am besten erkennen, wenn Sie die Frühgeschichte unserer Bun- desrepublik betrachten, wenn Sie sich noch einmal

überlegen, wie beispielsweise im Jahre 1949 die (C) Prognosen über die Bedeutung der Rolle von Bundes- tag und Bundesrat gelauret haben. Ich komme auf dieses Thema gleich noch einmal zu sprechen. Wir wissen, wie sich das im praktischen Leben zusammen- gefügt hat. Wir sind hier mitten im Strom der Entwick- lung. Deswegen, so finde ich, haben wir nach all dem, was wir in 40 Jahren an Höhen und Tiefen auch der europäischen Politik erlebt haben, allen Grund zum Optimismus. Wer glaubt, er muß jetzt jeden Buchsta- ben gedruckt nach Hause tragen, der weiß nichts von der europäischen Geschichte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Beide Teile des Vertrags — die **Politische Union** wie die **Wirtschafts- und Währungsunion** — haben glei- ches Gewicht. Jeder sollte sich bewußt sein, daß wir die Vorteile der wirtschaftlichen Integration, die ins- besondere auch uns Deutschen zugute kommen, auf die Dauer nur bewahren können, wenn wir sie poli- tisch absichern. Es gibt kräftige Stimmen in Europa — ich denke an eine besonders kräftige Stimme in Großbritannien —, die aus dieser Europäischen Gemeinschaft eine Art gehobene europäische Frei- handelszone machen möchten. Wer dies will, will ein ganz anderes Europa. Eine wirtschaftliche Einigung in Europa ohne eine politische Einbettung ist mit abso- luter Sicherheit zum Scheitern verdammt, und genau dies wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.
sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D) Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf ein paar wesentliche Punkte des Maastrichter Ver- trags eingehen.

Erstens. Der Vertrag über die **Europäische Union** bindet die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft noch enger zusammen und schafft damit auch zusätzliche Sicherheit für uns alle. Zu den wesentlichen Errun- genschaften des Maastrichter Vertrags gehört der **Ausbau der außen- und sicherheitspolitischen Hand- lungsmöglichkeiten Europas**. Gerade in den letzten 24 Monaten haben wir mehr als andere empfunden, daß Europa dringend eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik braucht, um Krisen vorbeugen zu können, um aktiver auf Ereignisse in unserem unmit- telbaren Umfeld Einfluß nehmen zu können. All diejenigen, die die EG beschimpfen, sie täte im ehemaligen Jugoslawien nicht genug, sollten daran denken, daß die EG die notwendigen Mittel dazu bisher gar nicht hat. Gerade die Erfahrungen der letzten zwei Jahre sind ein Beweis für die Notwendig- keit einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspoli- tik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Eine Politische Union muß auf Dauer auch über die Mittel verfügen, sich selbst zu schützen. Deshalb hat sich die Bundesregierung nachdrücklich dafür einge- setzt, im Vertrag von Maastricht auch das Ziel einer künftigen **gemeinsamen Verteidigungspolitik** festzu- legen. Für uns ist es dabei ebenso selbstverständlich wie unverzichtbar, daß eine europäische Verteidi- gungspolitik in enger Verbindung und Zusammenar-

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

(A) beit mit der Atlantischen Allianz und vor allem auch den Vereinigten Staaten von Amerika steht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Mancher, der diesen Weg zunächst mit Unverständnis oder auch mit Kritik aufgenommen hat, sieht sich jetzt Tag für Tag vor die Tatsache gestellt, daß auch in Amerika immer mehr Menschen diesen Weg mit Sympathie begleiten. Hier geht es doch nicht um eine Politik des Entweder-Oder, sondern, wie immer in den transatlantischen Fragen, um eine Politik des Sowohl-Als-auch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Im Vertrag war es eine wichtige Weichenstellung, die **Westeuropäische Union** als integralen Bestandteil der Europäischen Union festzuschreiben. Als europäischer Pfeiler im Atlantischen Bündnis wird die WEU die NATO nicht schwächen, sondern ergänzen und stärken.

Zweitens. Von besonderer Bedeutung ist für uns Deutsche die **Wirtschafts- und Währungsunion**. Wer wie Deutschland rund ein Drittel seines Bruttosozialprodukts im Außenhandel erwirtschaftet, allein drei Viertel davon im Export nach Europa, kann auf die enge Verknüpfung mit den europäischen Märkten nicht verzichten. Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland sind auf das Allereingste mit der Entwicklung in Europa verbunden.

(B) Die Wirtschafts- und Währungsunion ist die logische Ergänzung und Weiterentwicklung des Europäischen Binnenmarkts, der in wenigen Tagen, ab dem 1. Januar 1993, einheitliche Wettbewerbsbedingungen und Chancen für alle Unternehmer und Arbeitnehmer in allen Ländern der Gemeinschaft garantieren wird.

Viele Menschen in unserem Land — das sollten wir verstehen und auch ernst nehmen — machen sich Sorgen, die künftige Europäische Währungsunion könne die **Geldwertstabilität** gefährden.

Ich habe in den Diskussionen in den europäischen Gremien meine Kolleginnen und Kollegen immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß diese Frage für uns Deutsche deswegen von besonderer Bedeutung ist, weil die noch lebende ältere Generation in Deutschland zweimal in ihrem Leben durch Inflation ihren Arbeitsertrag und ihr Ersparnis verloren hat und weil unter vielen anderen Faktoren beim Aufkommen des Nationalsozialismus der Zusammenbruch der Währung nach dem Ersten Weltkrieg ein ganz wesentlicher Grund war. Weil die Deutschen hier besonders sensibel sind, erwarten wir das Verständnis unserer Nachbarn. Auch andere Völker haben zum großen Teil ihre eigenen Erfahrungen mit Geldentwertung machen müssen. Es ist auch deswegen wichtig, daß wir dieses Argument ganz ernst nehmen.

Ich will deutlich sagen: Wir haben in Maastricht durchgesetzt, daß die künftige europäische Währung eine sichere Stabilitätsgrundlage erhält. Eine zentrale Vorbedingung für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ist, daß sich die teilnehmenden Mitgliedstaaten in ihrer wirtschaftlichen Ent-

(C) wicklung weitgehend einander annähern. Das ist noch ein langer Weg, aber auch hier muß man fairerweise bekennen: Das gleiche Argument vor zehn Jahren ausgesprochen, hätte Hohngeächter erweckt. Wenn Sie heute beispielsweise nur die Politik etwa Frankreichs oder Spaniens in dieser Hinsicht betrachten, werden Sie feststellen, daß die Gemeinsamkeit hier viel weiter vorangeschritten ist, als viele in Deutschland wahrhaben wollen.

Die **Kriterien für die Qualifikation der einzelnen Länder zur Wirtschafts- und Währungsunion** sind auf unser Betreiben so streng gefaßt worden, daß nur diejenigen Mitgliedstaaten an der Währungsunion teilnehmen können, die den Willen und die Fähigkeit zu einer strikten Stabilitätspolitik bewiesen haben. Die Länder müssen dies im einzelnen nachweisen; wir haben oft in diesem Kreis darüber gesprochen

Diese Stabilitätskriterien sind nicht nur vage Vorgaben; an ihnen werden alle konsequent gemessen. Nur diejenigen Länder werden Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion, die diese Kriterien erfüllen. Es muß klar sein — ich will das hier für die Bundesregierung aussprechen, weil es für uns eine Selbstbindung ist —: Ein Aufweichen der Stabilitätskriterien kann und darf es nicht geben. Das ist eine unverrückbare Position, an der wir gerade wegen deutscher geschichtlicher Erfahrung festhalten müssen.

(D) Ich halte es in diesem Zusammenhang für besonders wichtig, daß wir gemeinsam — Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung — in den kommenden Jahren die Entwicklung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft anhand dieser Stabilitätskriterien genau verfolgen. Ich möchte hinzufügen: Die im Vertrag von Maastricht formulierten Stabilitätskriterien, voran die Haushaltsdisziplin, werden maßgeblich für die spätere Politik in der Wirtschafts- und Währungsunion sein.

Meine Damen und Herren, was ich für einen besonderen Erfolg deutscher Politik halte, will ich hier herausstellen: In der Frage der **Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank** konnten wir unsere Position entgegen manchen Erwartungen durchsetzen. Wer das vor fünf Jahren hier im Saal gesagt hätte, wäre ausgelacht worden. Auch das gehört zu den Erfahrungen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir haben die künftige Europäische Zentralbank vorrangig auf das Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet. Darüber hinaus ist die für eine effektive Stabilitätspolitik der Europäischen Zentralbank entscheidende Unabhängigkeit von politischen Vorgaben in Wahrheit besser abgesichert, als dies für die Deutsche Bundesbank gewährleistet ist. Die Wirtschafts- und Währungsunion wird eine Union der Stabilität sein. Unser Ziel muß sein, daß diese Währung genauso sicher sein wird wie die Deutsche Mark

Erleichterungen wie der Wegfall von teuren Umtauschverfahren und die entscheidend verbesserte Kalkulationssicherheit für Investoren werden allen in Europa Vorteile bringen. Mit dem gemeinsamen Währungsraum braucht dieses Europa für die

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

- (A) Zukunft einen internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Wir werden damit für den härter werdenden internationalen Wettbewerb besser gerüstet sein als heute.

Dank der Maastrichter Vereinbarung ist die gemeinsame europäische Währung — ihre innere Stabilität und ihre große weltwirtschaftliche Bedeutung gehören in diesen Bereich — als ein Beitrag zu verstehen, das Weltwährungssystem zu stabilisieren.

Drittens. Wir müssen sicherstellen, daß die europäischen Institutionen einer effektiveren demokratischen **Kontrolle durch das Europäische Parlament** unterliegen. Wir können nicht ständig die mangelnde demokratische Kontrolle von Kommission und Rat beklagen, wenn wir in Europa insgesamt nicht bereit sind, dem Parlament mehr Rechte zu geben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Eigenartige an dieser Diskussion ist, daß es zu einem großen Teil nicht mehr um Rechte geht, über die die nationalen Parlamente noch verfügen, sondern um Kompetenzen, die längst auf die europäische Ebene übergegangen sind, dort aber der parlamentarischen Kontrolle entzogen sind. Es ist auf diese Weise eine Art parlamentsfreier Raum entstanden. Ich halte es für absolut unverzichtbar, daß wir diesen nichtakzeptablen Zustand Schritt für Schritt überwinden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Wir haben diese Position bei den Verhandlungen mit großer Entschiedenheit vertreten. Wir haben dabei — das ist einer der Punkte, wo wir uns nicht durchsetzen konnten — keine Mehrheiten gefunden. Aber, meine Damen und Herren, ich bin ziemlich sicher, daß noch in diesem Jahrzehnt, ungeachtet der Termine, die im Vertrag vorgegeben sind, deutlich werden wird, daß der jetzige Zustand so nicht bleiben kann und daß wir zu einem früheren Zeitpunkt, als viele meinen, zu einer Veränderung kommen werden. Ich möchte fast die Behauptung aufstellen: Wenn wir in dieser Woche über diese Frage den Vertrag auszuhandeln hätten, kämen wir zu anderen Mehrheiten, weil die Diskussionen der letzten Monate auch bei den Referenden ihre Wirkung getan haben.

Trotzdem ist festzuhalten, daß auch für das **Europäische Parlament** im Vertrag von Maastricht eine ganze Reihe von **zusätzlichen Kompetenzen** vereinbart wurde. Dies sind wichtige Mitentscheidungsrechte bei der Gesetzgebung, bei der Haushaltskontrolle und bei der Benennung der Kommissionsmitglieder. Darüber hinaus konnten wir bei der Verankerung des parlamentarischen Untersuchungsrechts, des Petitionsrechts und der Einrichtung eines Bürgerbeauftragten eine ganze Reihe von Fragen voranbringen. — Dies sind richtige und wichtige Schritte. Ich füge aber hinzu: Es sind aus meiner Sicht nicht ausreichende Schritte. Deswegen müssen wir weiterhin die notwendige Überzeugungsarbeit leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, dazu gehört auch, daß wir selbst die **Position des Europäischen Parlaments in der deutschen Öffentlichkeit** positiv beurteilen. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Kolleginnen und Kollegen leisten dort nach meiner festen Überzeugung gute Arbeit. Ich wünsche mir beispielsweise, daß diese Arbeit von den deutschen Medien besser und intensiver dargestellt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Vielleicht könnten wir alle auch einen ganz persönlichen Beitrag leisten — ich sage das auch als Vorsitzender meiner Partei —, wenn wir in den Parteien dazu übergangen, auch die Arbeit der Abgeordneten im Europäischen Parlament besser zu würdigen, und wenn der gelegentliche Soupçon aufhörte: „Der geht nach Straßburg“, mit all den Konsequenzen im innerparteilichen Betrieb: Wer geht nach Straßburg? Wer sollte nach Straßburg gehen, damit er weder in Bonn noch in einer Landeshauptstadt anderen in die Quere kommt? Dies sollte offen ausgesprochen werden: Wer so denkt und so handelt, darf sich nicht wundern, wenn die Öffentlichkeit eine entsprechende Reaktion zeigt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Für die Bundesregierung ist es im übrigen selbstverständlich — —

(Zurufe von der SPD)

— Ich denke, meine Damen und Herren, Sie alle haben das verstanden, was ich gesagt habe. (D)

(Weitere Zurufe von der SPD)

Alle Anwesenden haben sich nie an einer solchen Überlegung beteiligt; wir können unbefangen über andere reden.

(Zurufe von der CDU/CSU und der SPD)

— Herr Kollege Klose, wir müßten meine Redezeit um eine Stunde verlängern, wenn wir die Namen aufzählen wollten.

Meine Damen und Herren, für die Bundesregierung — ich denke, für das ganze Haus — ist es selbstverständlich, daß die 18 Abgeordneten aus den neuen Bundesländern mit der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament im Jahre 1994 das volle Stimmrecht erhalten werden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die dazu notwendige Entscheidung muß in Edinburgh auf alle Fälle getroffen werden;

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sie duldet keine Verschiebung. Der Ehrlichkeit halber möchte ich aber hinzufügen: Abgesehen von dieser Frage bin ich mir nicht sicher, ob die anderen Fragen, die in **Edinburgh** mit Blick auf die zu vergebenden Sitze — Thema „Europäische Zentralbank“ — anstehen, zur Abstimmung kommen.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

(A) Ich will aber sagen, daß unsere Position im Blick auf Frankfurt und die **Europäische Zentralbank** eindeutig ist und daß Ideen, von denen ich gelegentlich höre, daß man sich am Beispiel der USA orientieren könnte, wo der Sitz der FED in Washington ist und die Geschäfte in New York gemacht werden, man also den Sitz in Deutschland haben und die Geschäfte in einer anderen schönen, großen Stadt, die an einem Fluß gelegen ist, machen könnte, für uns nicht akzeptabel sind.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Viertens. Es gibt viele Fragen, die nur in einem europäischen Rahmen in unserem Sinne geregelt werden können — ich nenne als ein Beispiel den **Umweltschutz**. Die Umweltverschmutzung macht eben nicht an den Grenzen halt. Wenn wir in ganz Europa einheitliche und strenge Bestimmungen einführen, können wir die Probleme besser lösen.

Als ein weiteres Beispiel nenne ich eine gemeinsame **Asyl- und Einwanderungspolitik**. Die Wanderungsbewegungen aus dem Osten und Südosten Europas sowie aus dem südlichen Mittelmeerraum stellen uns alle in Europa vor schwierige Situationen. Niemand in Europa soll glauben, daß sei die Sache des Nachbarn. Ein solches Denken gibt es jetzt auch in der EG im Blick auf Deutschland. Nein, was hier geschieht, wird auch andere betreffen.

(B) Es ist zwar wahr, daß sich die Wanderungsbewegungen im Augenblick vor allem hierher konzentrieren, aber auf die Dauer wird dies in einem Europa offener Grenzen ein gemeinsames Problem. Deswegen brauchen wir eine gemeinsame, eine abgestimmte europäische Asyl- und Einwanderungspolitik. Dafür müssen wir hier in Deutschland die entsprechenden Voraussetzungen schaffen. Wir dürfen hier nicht so handeln, daß wir dadurch europäischen Entscheidungen im Wege stehen.

Wir brauchen auch eine gemeinsame **europäische Politik der inneren Sicherheit**. Das ist ein Thema — ich muß das ganz offen bekennen —, bei dem ich den Stand der Diskussion überhaupt nicht begreifen kann. Es gibt wenige Fragen, hinsichtlich derer wir uns in den letzten Jahren so schwer getan, ein Stück nationaler Souveränität, wie es manche verstehen — ich nicht —, aufzugeben. Die Bekämpfung des internationalen Verbrechens, des Drogenhandels — der Mafia — kann in keiner Weise erfolgreich sein, wenn sie in der nationalen Dimension erfolgt. Wer die Gefährdung in ihrem ganzen Umfang sieht, wer die Berichte aus den USA oder aus Südamerika wirklich einmal zur Kenntnis nimmt, der kann nur den Kopf darüber schütteln, wenn manche glauben, jeder in Europa könne das noch für sich selbst lösen.

Wenn der amerikanische Präsident in seinem diesjährigen Drogenbericht schätzt, daß der weltweite Drogenhandel 300 Milliarden Dollar beträgt, dann kann sich doch jeder denken, daß diese 300 Milliarden Dollar nicht in die wirtschaftlich schwächeren Länder Europas gehen, sondern dorthin, wo die Hartwährungen zu Hause sind — und jeder weiß, wo das ist.

(C) Ich fürchte immer noch, daß sehr, sehr viele die wahre Dimension dieser Gefahr unterschätzen. Wir haben, weil in Maastricht eine Zusammenarbeit in Gemeinschaftskompetenz nicht durchsetzbar war, eine europäische Polizeibehörde beschlossen, deren Aufbaustab jetzt in Straßburg seine Arbeit aufgenommen hat. Aber ich erkläre hier ausdrücklich meine Unzufriedenheit mit dieser Lösung. Es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber es ist ein Schritt, der zu schwach ist. Wir müßten hier wesentlich schneller vorankommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Fünftens. Diese **Europäische Union** kann nur entstehen, wenn sie von den **Bürgern** mitgetragen wird. Das müssen wir den Bürgern verständlich machen können. Das hat Konsequenzen für die Sprache — übrigens auch für die Sprache des Europäischen Parlaments und der Reden —, das hat aber auch für unsere eigene Diskussion zu diesem Punkt Konsequenzen. Wir müssen die Fähigkeit aufbringen, den Menschen klarzumachen, daß es ihr Europa ist, das hier entsteht, und nicht das von irgendwelchen Bürokraten, die machtbesessen sind.

Die Debatten der letzten Monate haben etwas anderes gezeigt, und ich finde, es ist gut, daß das deutlich geworden ist, nämlich daß die Menschen Sorgen um ihre **nationale Identität** haben, daß sie eben nicht einen europäischen Superstaat haben wollen, sondern daß sie als Deutsche oder als Franzosen, als Niederländer oder als Italiener dieses Europa bauen wollen. Deswegen müssen wir diese Vorbehalte und Besorgnisse ernst nehmen.

(D) Ich persönlich bin überzeugt: Wenn wir zu dieser Frage in Maastricht noch bessere Formulierungen und Auskünfte gefunden hätten, wäre auch das eine, nicht positiv verlaufene Referendum anders ausgefallen.

Wir werden uns jetzt in Edinburgh und in der nachfolgenden Zeit intensiv mit diesem Thema beschäftigen müssen. Es muß deutlich sein — ich erhoffe das auch von den Überlegungen in Birmingham —, daß dieses Mißverständnis aus der Welt geschafft wird. Maastricht steht nicht für ein zentralistisches Europa, einen Überstaat, sondern für ein demokratisches und bürgernahes Europa, das die nationale Identität und die Kultur sowie die Traditionen der Regionen und der Mitgliedstaaten achtet. Wir wollen diesen Überstaat nicht. Wir wollen die **Einheit in Vielfalt**, übrigens einem Verfassungsverständnis und einem Verfassungsprinzip folgend, das doch auch weitgehend die Geschichte unserer Bundesrepublik bestimmt hat. Es war doch eine glückliche Entwicklung, die wir hier nach 1949 erlebt haben.

Im vereinten Europa wollen wir in Zukunft die Heimatregionen verwurzeln; ich sage es noch einmal. Gerade in einer Zeit, in der moderne Technologie und Technik den Menschen, den Staat und die Gesellschaft immer kälter erscheinen läßt, ist es ganz wichtig, daß sich der Begriff „Heimat“ — ein unübersetzbares deutsches Wort — auch hier wiederfindet und daß Heimat und Europa nicht in einen Gegensatz geraten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

(A) Das heißt, die Menschen müssen sich in ihrer Weise mit dem Weg nach Europa identifizieren können. Dazu gehört natürlich vor allem auch, daß wir das, was wir immer verlangt haben, auch wirklich durchsetzen, nämlich die **Anwendung des Subsidiaritätsprinzips**. Natürlich ist dieses Wort dem Verständnis dessen, worum es geht, nicht gerade förderlich. Deswegen müssen wir versuchen, es für die Praxis zu übersetzen.

Wir haben in Lissabon beschlossen, zur Ausfüllung des Prinzips Leitlinien und Kriterien auszuarbeiten, die in ein paar Tagen in Edinburgh, wie ich hoffe, nicht nur besprochen, sondern auch verabschiedet werden, um sie in eine feste Vereinbarung mit Kommission und Europäischem Parlament einzubringen. Ich bin sicher, daß wir hier die notwendigen Beschlüsse fassen.

In den Leitlinien muß klar und deutlich festgelegt werden, daß auf der europäischen Ebene nur das geregelt werden darf, was unabweisbar auf dieser Ebene geregelt werden muß, daß Entscheidungen von Verwaltungen und Regierungen so bürgernah wie möglich fallen, daß sie nachvollziehbar sind und daß auch der Sachverstand der jeweils unteren Ebenen — „untere Ebene“ bedeutet hier keine Qualifikation — mit eingebracht werden kann.

(B) Ich will hier übrigens etwas hinzufügen, was meistens nicht gesagt wird — vielleicht aus Respekt, aber vielleicht auch, weil ein Mißverständnis vorliegt —: Wenn wir über die europäischen Institutionen und über das reden, was sich zum Teil etwas bürgerfern gestaltet hat, muß ich auch den **Europäischen Gerichtshof** erwähnen. Auch dort fallen nicht wenige Entscheidungen, die beispielsweise tief in das soziale Leben unseres Landes eingreifen. Das ist eine Frage, die aus gutem Grunde die Gewerkschaften bei uns beschäftigt; sie haben dabei meine volle Unterstützung. Ohne die Souveränität des Gerichtes angreifen zu wollen, möchte ich hier diese Bemerkung machen: Man kann nicht nur über Kommission und Rat und Parlament reden, sondern wir haben auch auf dem Gebiet der sogenannten Rechtsfindung Entwicklungen zu registrieren, die ganz erhebliche Konsequenzen haben — in manchen Fällen wesentlich größere Konsequenzen als alles das, was das Parlament oder die Kommission beschließen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will jetzt hier kein Klagelied anstimmen. Wenn aber über die europäische Entwicklung und einen Überstaat geklagt wird, sind wir, finde ich, nach dem Gebot der Fairneß dazu verpflichtet einzuräumen, daß ein Großteil der Initiativen, die dann anschließend nicht akzeptiert werden, nicht in Brüssel entstanden ist, sondern von nationalen Administrationen, von nationalen Interessengruppen — auch über Parlamente — nach Brüssel getragen wurde. Ich kenne nicht wenige Beispiele — übrigens auch aus Deutschland —, wo Interessen, die sich im Lande selbst nicht durchsetzen konnten, auf dem Umweg über Brüssel wieder ins Land gekommen sind. Fairerweise sollte man das in diesem Zusammenhang auch mit einbringen.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit **Fehlentwicklungen** sollte man in der Gemeinschaft

jetzt auch ernsthaft überprüfen, ob nicht bereits ergangene Entscheidungen nicht nur überprüft werden, sondern, wenn es sinnvoll ist, auch zurückgenommen werden sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es würde die Glaubwürdigkeit europäischer Politik verstärken, wenn die zuständigen Stellen — ich sage das auch für den Rat — den Mut aufbrächten zu sagen: In diesem Punkt haben wir uns schlicht und einfach geirrt.

Meine Damen und Herren, es wird die Ratifikation des Maastrichter Vertrags in Großbritannien erleichtern und es auch der dänischen Regierung ermöglichen, ihren Bürgern bei einem neuen Referendum das Ja zu empfehlen, wenn wir in diesem Zusammenhang die notwendigen Entscheidungen treffen. Wir wollen — dazu stehen wir — den Vertrag gemeinsam mit all unseren Partnern in der Gemeinschaft in Kraft setzen, und zwar noch im ersten Halbjahr 1993. Zu **Vertragsänderungen** oder zu **Sonderregelungen** sind wir nicht bereit.

(Beifall des Abg. Ulrich Irmner {F.D.P.})

Ein Europa à la carte ist jedenfalls mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Bei aller Bereitschaft zur Rücksicht auf die einzelnen Interessen kann auch nicht der Satz gelten, daß dieses Europa sich nach dem Tempo des langsamsten Schiffs im Geleitzug ausrichtet.

(D) Meine Damen und Herren, die Vertiefung der **Gemeinschaft** muß aber auch durch ihre **Erweiterung** ergänzt werden. Das ist in ein paar Tagen ein wichtiges Thema. Die Europäische Gemeinschaft war nie als geschlossene Gemeinschaft zu verstehen, und wir waren immer der Meinung, daß wir offen sein müssen für weitere Erweiterungen, die das Konzept vervollkommen.

Wir werden uns deshalb jetzt in Edinburgh mit Nachdruck dafür einsetzen, daß die **Beitrittsverhandlungen mit den EFTA-Ländern** nicht verschoben werden, bis der Vertrag wirksam wird, sondern ab Januar beginnen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, daß die Länder, die einen Antrag gestellt haben, dann 1995 Mitglieder der Europäischen Union werden können. Der Beitritt dieser Länder — ob das Österreich, Finnland, Norwegen oder Schweden ist oder ob das möglicherweise die Schweiz ist — wird die Gemeinschaft ganz wesentlich stärken. Er wird ihre Leistungsfähigkeit nach außen steigern und nicht zuletzt — das ist eine wichtige Hoffnung, die ich damit verknüpfe — die Möglichkeiten beim **Aufbau und der Stabilisierung Mittel- und Osteuropas** verstärken. Aber auch Polen, Ungarn, Tschechen, Slowaken und andere Völker Mittel-, Ost- und Südosteuropas setzen

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

(A) ihre Hoffnung auf die Gemeinschaft, und wir dürfen diese Hoffnung nicht enttäuschen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerade bei den eben genannten Ländern darf es nicht um eine ferne und vage Chance gehen, sondern um eine klare Beitrittsperspektive, die nach meiner Vorstellung, wenn sich alles so entwickelt, wie wir hoffen, zu Beginn des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts liegen kann. Ich füge hinzu — ich hoffe, daß dies unsere gemeinsame Meinung ist —, daß es für die Bundesrepublik Deutschland völlig inakzeptabel ist, daß die Ostgrenze Deutschlands auf Dauer die Ostgrenze der Europäischen Union sein könnte.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Polen liegt eben nicht — wie manche auch bei uns gedankenlos formulieren — in Osteuropa, sondern Polen ist ein Teil Mitteleuropas.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht nur aus geographischen Gründen steht Polen uns nahe.

Meine Damen und Herren, ich bin auch fest davon überzeugt, daß die **europäische Integration** unsere **bundesstaatliche Grundordnung** nicht schwächen oder gar in Frage stellen wird. Der Vertrag von Maastricht stärkt die **Rolle der Regionen** — Regionen sind bei uns die Bundesländer —, und innerstaatlich tragen wir dem durch die angestrebte Grundgesetzänderung Rechnung. Mit dem künftigen Art. 23 des Grundgesetzes haben wir dafür gesorgt, daß die **Interessen und Befugnisse der Länder** gesichert werden und zugleich wichtige Grundlagen unserer gesamtstaatlichen Ordnung auch innerhalb der Europäischen Union fortgelten. In der Debatte der letzten Monate — das war ja auch in den letzten Stunden spürbar — gab es immer wieder eine Neuauflage jenes leichten Mißtrauens zwischen den beiden gesetzgebenden Körperschaften, zwischen Bundesrat und Bundestag.

Meine Damen und Herren, die einen befürchten, daß jetzt die Zentralgewalt entscheidend geschwächt wird, und die Damen und Herren auf dieser Seite des Hauses sagen, daß sie befürchten, daß ihre Position geschwächt wird. Ich verstehe — ehrlich gesagt — dies alles nicht. Wer die Geschichte der Bundesrepublik kennt, weiß, daß man im Alltag der Politik — und das ist gut so — vernünftige Lösungen und vernünftige Kompromisse gefunden hat. Sie mögen noch so viele Deklarationen abgeben — die Praxis des Lebens geht ganz andere Wege. Die parteipolitische Zusammensetzung und die Kombinationen der Koalition auf der Seite der Bundesregierung und die parteipolitischen Konstellationen auf der Seite des Bundesrates ändern sich.

Die, die meinen, daß sie ganz fest auf ihrem Stuhl sitzen, wissen gleichwohl, daß sie ihn zu irgendeinem

Zeitpunkt räumen müssen; das ist das Wesen von Demokratie. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So bleibt dem einen für eine ungewisse Zeit das Prinzip Hoffnung und dem anderen die Gewißheit, daß er für eine begrenzte Zeit noch in seinem Amt verbleibt. Also warum, meine Damen und Herren, sollen wir das nicht sehr viel entspannter miteinander betrachten?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich finde allerdings — ich füge das hinzu —, wer jetzt, da wir uns gegenüber Europa öffnen und auch verfassungspolitische Fragen diskutieren, die Gelegenheit nutzt, die Frage neu aufzuwerfen, ob die **Bundesrepublik ein Bundesstaat oder ein Staatenbund** ist, der handelt falsch. Diese Frage ist endgültig entschieden, und an der Entscheidung ist auch in gar keiner Weise zu rütteln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Als gelernter Föderalist — ich habe einen wichtigen Teil meines Lebens in einem unserer Bundesländer gelebt und habe in jener Zeit auch gelegentlich mit Landespolitik zu tun gehabt, meine Damen und Herren —

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

möchte ich doch darauf hinweisen, daß **Föderalismus** sich ja nicht nur auf die Beziehungen von Bund und Ländern beschränken kann. Es ist völlig in Ordnung, daß zwischen Düsseldorf und Bonn und zwischen München und Bonn und zwischen Wiesbaden und Mainz und Bonn gerungen wird. Aber da gibt es halt auch die Beziehungen zwischen Düsseldorf und Köln und zwischen München und Nürnberg und zwischen Mainz und Ludwigshafen und — Herr Ministerpräsident, weil ich Sie gerade sehe — zwischen Wiesbaden und Kassel. Ich könnte die Liste beliebig fortsetzen. (D)

(Heiterkeit)

Es ist wahr, es ist eine Lebenserfahrung — ich habe es ja auch gelernt —, daß sich mit der Veränderung der Position und dem Platznehmen auf anderen Stühlen auch der Betrachtungswinkel verändert. Aber, Herr früherer Bürgermeister von Hamburg, Herr Kollege Klose, unser gemeinsames Verständnis sollte doch sein, daß Föderalismus in Deutschland und Föderalismus in Europa nur funktionieren kann, wenn eben nicht nur auf den Bund und die Länder als die Regionen abgestellt wird, sondern auch die **Gemeinden** in das europäische Einigungswerk einbezogen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie wollen wir eigentlich das Europa der Bürger schaffen, wenn wir nicht erreichen, was wir beispielsweise in der Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich erreicht haben, daß Hunderte von Städten, Gemeinden und Kreisen **partnerschaftliche Beziehungen** mit französischen Gemeinden haben? Da

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

(A) nützt eben der Besuch des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz aus Mainz in der Partnerstadt Dijon und in den Departements, die dort die Partnerschaft tragen, allein nichts. Die Dörfer und die Gemeinden, die Sportvereine und die Schulen — das ist alles gemeindliches Leben — müssen zueinanderkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine — das ist keine fixe Idee von mir —, daß unter 24 Mitgliedern, die aus Deutschland für diese Aufgabe bereitstehen und die die Regionen vertreten, drei Repräsentanten der gemeindlichen Ebene ihren sicheren Platz haben sollten. Das ist kein Anschlag auf das Verfassungsdenken, sondern das ist lebende Verfassung unseres Landes. Wir sollten das vernünftig regeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Es ist das Ziel der Bundesregierung, daß wir bei dem Kompromiß, von dem ich eben sprach, immer zwei Dinge im Auge behalten: die Länder angemessen an europäischen Entscheidungen zu beteiligen — „angemessen“ heißt: mit voller Überzeugung, nicht aber: mit kleinlichem Feilschen; letzteres hielte ich nicht für eine gute Politik, denn ohne die Mitwirkung von Ländern und Regionen wird dieses Europa nichts werden — und zugleich die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung nach innen und nach außen zu erhalten.

(B) Meine Damen und Herren, bei all dem, was wir diskutieren, sollten wir, glaube ich, von der Geschichte und der **geschichtlichen Erfahrung** ausgehen. Aber beim Betrachten der Geschichte sollten wir die junge Generation in Europa nicht vergessen. **Vaclav Havel** hat uns in diesen Tagen die Mahnung mit auf den Weg gegeben, die europäische Integration als Teil der gesamteuropäischen Verantwortung der Staaten Westeuropas nach vorne zu bringen. Er sagte:

Europa steht jetzt an einem historischen Kreuzweg: beide Hälften sind wie miteinander kommunizierende Röhren. Ob Desintegration oder Integration — es trifft uns alle. Maastricht ist eine große Prüfung.

Wer von uns im Sommer dieses Jahres unterwegs war, der konnte bei Treffen junger Leute in Europa dieses lebendige Europa überall erkennen. Ich habe das auf der Karlsbrücke in Prag erlebt. Es waren dort junge Russen und junge Ukrainer, Italiener, Deutsche, Briten und viele andere. Ich habe mich bei ihrem Anblick gefragt — auch bei Gesprächen mit jungen Leuten in unserem Land frage ich mich das immer wieder —, ob wir nicht hinter einer Entwicklung herlaufen, die die **junge Generation in Europa** längst vollzogen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dieses Lebensgefühl kennzeichnet die riesige Mehrheit der jungen Generation — nicht die paar Rabauken, die uns jetzt Sorgen machen und Abscheu erregen — in den europäischen Ländern seit langem.

(C) Es ist wichtig, daß die Verträge in Ordnung sind. Es ist wichtig, daß die Akten und die Dossiers in den Ministerien gut geordnet sind. Es ist aber noch wichtiger, meine Damen und Herren, daß die in der Politik Verantwortlichen — das sind besonders wir, Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung — erkennen, wie die Zeichen der Zeit stehen. Die Zeichen der Zeit werden heute mehr als je zuvor von jungen Leuten gegeben. Sie bestehen auf der politischen Einigung Europas und darauf, daß wir in einem vereinigten Europa auch zukünftig unsere Heimat haben, daß Deutschland unser Vaterland und Europa unsere Zukunft ist. Diesem Ziel dient der Maastrichter Vertrag. Ich bitte um Ihre Unterstützung.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie Beifall des Abg. Günter Verheugen [SPD])

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Als nächster spricht der Abgeordnete Verheugen.

Günter Verheugen (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ereignet sich hier heute morgen etwas Wichtiges und auch Seitenes. Es zeigt sich nämlich, daß es für unser Land eine ganz grundsätzliche Orientierung gibt, die über das normale Gegeneinander von Regierung und Opposition und über die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen politischen Parteien und Gruppen weit hinausreicht. Ich glaube, es ist wichtig, daß diese **gemeinsame Orientierung Europa** gerade heute hier so deutlich zum Ausdruck kommt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Schmidt) (D)

Ohne dieses — das will ich bei dieser Gelegenheit bemerken — hätten wir es in dem **Sonderausschuß** gar nicht geschafft, Ihnen heute Beschlußempfehlungen vorzulegen. Die Bundesregierung hat uns da ein ganz schönes Stück Arbeit auf den Tisch gelegt. Daß wir das in so wenigen Wochen hinbekommen haben, war nur deshalb möglich, weil wir das gemeinsame Ziel gehabt haben, ein deutliches und überzeugendes Signal von dieser Debatte vor dem Gipfel in Edinburgh ausgehen zu lassen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich möchte all denjenigen herzlich danken, die am Erfolg der Arbeit dieses Sonderausschusses mitgewirkt haben, und ich möchte etwas tun, was vielleicht ein bißchen ungewöhnlich, in diesem Falle aber angemessen ist, nämlich im Plenum des Deutschen Bundestages ausdrücklich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu danken, die dem Sonderausschuß zur Verfügung gestellt wurden und uns in Tag- und Nachtarbeit zur Seite gestanden haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, schon bevor der Vertrag in Kraft getreten ist, hat er positive Wirkungen entfaltet; denn endlich ist in Europa Europa wieder zu einem großen Thema geworden. Bei unseren Nachbarn und bei uns findet eine Debatte statt, in der es einmal nicht um die Widrigkeiten des politischen Alltags in Europa

Günter Verheugen

- (A) geht, sondern um die ganz fundamentalen Fragen. Die Krise, in der Europa steckt, kann sich so vielleicht als heilsam erweisen. Wir sind in einer Lage, in der für Europa gekämpft werden muß. Wenn auch der Debatte Stil heute etwas ruhiger ist als gewöhnlich, so heißt das ja nicht, daß weniger Leidenschaft oder weniger Überzeugungskraft dabei am Werke wären; denn Leidenschaft, Gestaltungskraft und ein Stück europäische Utopie sind verlangt. Mit einem in festen Ritualen erstarrten Mechanismus kommen wir nicht mehr weiter. Wir sollten **Kritik am Vertrag von Maastricht**, Zweifel an der Haltbarkeit dieser Konstruktion nicht als lästige Begleiterscheinungen dieser neuen Integrationsstufe betrachten, sondern als Herausforderung, die europäische Idee gegenüber einer oftmals zweifelnden Öffentlichkeit überzeugend zu begründen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich halte es für ganz verkürzt, zu sagen: Es gibt keine **Alternative zu Europa**. Es gibt immer eine Alternative,

(Beifall des Abg. Otto Schily [SPD])

sie muß auch benannt werden. Sie muß deshalb benannt werden, weil sie rückwärtsgewandt ist, weil sie gefährlich ist und weil sie unhistorisch ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P. und des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Die Alternative zur europäischen Einigung heißt Auflösung und Zerfall, Rückkehr zum Egoismus der Nationalstaaten, Wiederkehr von Hegemoniebestrebungen und Achsenbildungen. Die Alternative, meine Damen und Herren, zum vereinten Europa ist das nicht vereinte Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn es die Idee der europäischen Einigung nicht schon gäbe, müßte sie spätestens jetzt nach der Auflösung der Blockkonfrontation und nach der Überwindung der europäischen Teilung erfunden werden. Denn gerade die Völker Europas, die ihre endgültige Ordnung noch nicht gefunden haben und autoritäre und totalitäre Systeme losgeworden sind, brauchen doch jetzt eine andere Perspektive als die des klassischen Nationalstaates, der in Krisensituationen immer in der Gefahr schwebt, nationale Identität durch einen rabiaten Nationalismus zu ersetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie sollte Europa anders als mit vereinten Kräften auf die gewaltigen Aufgaben reagieren können, die das Armutsgefälle, die ökologische Belastung und die Entfesselung jahrelang aufgestauter Konfliktpotentiale mit sich bringen. Für **Deutschland** als das Land in der Mitte Europas ist **Europa** die **Schicksalsfrage** schlechthin. Ein starkes, geeintes Deutschland kann leicht — die Geschichte lehrt es — eine Gefahr für sich selbst und für andere werden. Ein schwaches, zer-

rissenes Deutschland war jahrhundertlang der (C) Schauplatz der Kriegsführung fremder Mächte.

Die für Deutschland richtige Antwort auf dieses historische Dilemma ist die Einbindung in eine größere europäische Staatengemeinschaft. Auch wenn die **Einigung Europas** mit der Wirtschaft anfang, so war doch nicht ökonomischer Zwang das Leitmotiv. Die **Grundidee** war vielmehr die **Sicherung des Friedens**. Daran muß jetzt, wo der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist, erinnert werden. Wenn die europäische Einigung bisher schon nicht mehr bewirkt hätte als vier Jahrzehnte Frieden in unserem Teil Europas, allein dadurch hätte sie sich schon tausendfach bewährt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Erschütterungen nach dem Abschluß des Vertrages über die Europäische Union müssen in ihren Ursachen und Auswirkungen sehr genau beobachtet werden. Wenn es wahr ist, daß viele Menschen in Europa fürchten, sie könnten in einem europäischen Superstaat ihre nationale Identität verlieren, dann muß man das **Verhältnis zwischen europäischer und nationaler Identität** neu durchdenken. Es wäre ganz falsch zu verlangen, ein guter Europäer müßte seine nationale Eigenart aufgeben. Ich glaube eher, daß das Gegenteil richtig ist. Wer seine nationalen Wurzeln verleugnet, kann nur ganz schwer ein guter Europäer sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(D) Der Gegensatz zwischen nationaler und europäischer Identität ist künstlich. Warum können wir denn nicht Deutsche und Europäer, Franzosen und Europäer, Holländer, Spanier, Italiener und Europäer zugleich sein? Wir sind es, und wir wollen es bleiben.

Ich rate zu etwas Vorsicht bei dem Versuch, endgültige europäische Ziele zu definieren. Was bei uns ganz harmlos und friedlich gemeint ist, wenn wir z. B. vom **europäischen Bundesstaat** reden, kann andernorts Angst und Mißtrauen auslösen. Gerade die kleineren europäischen Staaten fürchten, in einer Superstruktur völlig unterzugehen. Ich kann mir ohne weiteres ein Europa vorstellen, in dem die Nationalstaaten noch für lange Zeit sinnvolle Aufgaben erfüllen.

Das **Europa der Regionen** ist ein anderer Begriff, der unschuldsvoll gebraucht wird, aber ganz unterschiedliche Gefühle weckt. Hier sind es die traditionellen Nationalstaaten, die fürchten, nach Art des früheren deutschen Partikularismus zerlegt und zergliedert zu werden.

Ich meine, wer dem Nationalismus keine Chance bieten will, darf die Nation nicht verachten.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr gut!)

Die **Europäische Union** beantwortet die Frage nach dem Endziel des europäischen Einigungsprozesses nicht. Eine immer engere Union der Völker Europas wird angestrebt. Darunter kann und soll man sich wohl auch sehr Verschiedenes vorstellen. Wahrscheinlich ist die Zeit noch nicht reif, verbindlich zu

Günter Verheugen

- (A) sagen, in welcher Form sich die Einigung eines Tages vollenden wird. Man muß einem so ungeheuren, einmaligen Experiment wie der europäischen Einigung auch Zeit lassen, ihre bewußtseinsbildende und identitätsstiftende Kraft zu entwickeln.

Wir sollten uns deshalb nicht auf einen einzigen Zukunftsentwurf für Europa festlegen, sondern die Einigung als einen dynamischen Prozeß begreifen, der aus sich selbst heraus immer wieder neue Entwicklungskräfte freisetzt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Über **europäische Optionen** nachzudenken, dazu haben wir allerdings Anlaß genug. Es hat ja keinen Sinn, so zu tun, als sei schon garantiert, daß die Union von Maastricht Wirklichkeit wird. Was überall ausgesprochen und hin und her gewendet wird, verdient wohl auch im Deutschen Bundestag beim Namen genannt zu werden: Das **Risiko des Scheiterns** ist groß. Heute weiß niemand, ob Bedingungen geschaffen werden können, die auch in Dänemark die Ratifizierung ermöglichen. Ungewiß ist auch der Ausgang der Beratungen in Großbritannien. Unklar ist die zukünftige Finanzierung der Gemeinschaft. Auch GATT erweist sich als ein Thema mit Sprengwirkung.

Der Bundeskanzler ist darüber — bei all dem vielen Bemerkenswerten, was er heute morgen gesagt hat — ein bißchen leicht hinweggegangen und hat versucht, das mit reinem Optimismus zu überspielen. Ich hoffe, daß es nicht nur Zweckoptimismus ist.

- (B) Wenn Maastricht scheitert, kann man ja verschiedene Optionen diskutieren. Man kann sagen: Wir machen es doch; dann aber mit Zehn oder Elf. Man kann auch sagen: Wir entwickeln die Union in einer Politik der kleinen Schritte, klein genug, daß immer alle den jeweils nächsten Schritt mitmachen können. Man kann auch sagen: Wir kehren zur Ursprungsidee zurück; die Länder, die es können und wollen, bilden eine politische Union und vertrauen auf dieselbe Sogwirkung, die schon die Wirtschaftsgemeinschaft ausgelöst hat.

Der Punkt ist für uns heute der: Welche Option schließlich gewählt wird, sollte kein Europäischer Rat hinter verschlossenen Türen diskutieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

sondern diese Entscheidung muß in einem offenen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden. Ich will über keine der Möglichkeiten heute entscheiden müssen. Wir brauchen heute eine andere Entscheidung, nämlich die, daß es keinen Stillstand geben darf und daß der Rückwärtsgang nicht eingelegt werden darf.

Wenn der **Einigungsprozeß** seine **Dynamik** verliert, dann zerbröseln er, dann zerfasert er. Dann droht das, was der Bundeskanzler soeben mit Recht „Europa à la carte“ genannt hat: Jeder sucht sich aus, was ihm an Integration gefällt, und allem anderen verweigert er sich. Ein solcher Integrationsstil könnte nicht von Dauer sein.

Für die deutsche Sozialdemokratie war es ein Leitgedanke bei ihrer Bewertung des Vertrages von Maastricht, daß die Dynamik der Einigung nicht aufgehoben werden darf. Ich bin in den letzten Wochen mehr als einmal — auch aus den Reihen der Regierungsparteien — gefragt worden, warum die SPD so früh und so entschieden ihr Ja zur Europäischen Union gesagt hat. Die Defizite des Vertrages sind uns sehr wohl bewußt. Wir verkennen auch nicht, daß die Union von Maastricht eher die europapolitische Philosophie der 80er Jahre ausdrückt, als daß sie eine Antwort auf die revolutionären Umwälzungen in Europa wäre.

(Dr. Nils Diederich [Berlin] [SPD]: Sehr richtig!)

Die **Detailkritik am Maastrichter Vertrag**, die wir geleistet haben, ist notwendig, nicht aus Beckmesserei, sondern um sichtbar zu machen, welche Aufgaben noch gelöst werden müssen. Es hat aber wenig Sinn, einen mit Mängeln behafteten Vertrag kaputtzureden, wenn man das eigentliche Ziel bejaht.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein solcher Vertrag ist naturnotwendig ein Kompromiß. Er enthält das, wozu die Vertragspartner beim Abschluß gemeinsam in der Lage waren. Daß einige mehr wollten — wir z. B. — und andere weniger, ist doch klar. Aber wir können an internationale Verträge nicht nach dem Motto herangehen: Wenn es nicht genau nach unserer Mütze geht, dann machen wir eben nicht mit. Darauf hätten alle anderen gerade noch gewartet, daß wir sagen: Ganz Europa hört auf unser Kommando. — Ein Vertrag unter Gleichen kann kein Diktat sein.

Wir hatten also nicht zu bewerten, ob der Vertrag in allen Einzelheiten perfekt ist, sondern ob er Europa nach vorn bringt oder nicht. Wir glauben, die Europäische Union bringt eine neue Qualität der Einigung.

Die **europäische Tradition der Sozialdemokratie** ist alt und bewährt. Hätte sie sich früher durchgesetzt, Europa wäre viel erspart geblieben.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein so reiches historisches Erbe verrät man nicht. Es mag für einen ganz kurzen Augenblick reizvoll sein, sich vorzustellen, wie die Lage wäre, wenn die SPD den Vertrag von Maastricht heute als eine innenpolitische Waffe gegen die Bundesregierung verwenden würde. Überlegen Sie es einen kleinen Augenblick. Ein solches rein machtpolitisches Denken hätte furchtbare Folgen für Deutschland, für Europa und auch für uns selbst. Deshalb kann man wirklich nur einen ganz kleinen Augenblick daran denken.

In einem historischen Moment wie diesem kann man nicht mit einem „nicht so“ oder „nicht jetzt“ argumentieren. Die CDU/CSU hat das an einer anderen entscheidenden Wegmarke unserer Politik einmal erfahren müssen.

Ein wohlbegründetes **Nein zu Maastricht** ist denkbar, aber es würde zu einem Nein zu Europa umge-

Günter Verheugen

- (A) deutet werden. Es würde als ein Signal verstanden, daß das vereinte Deutschland die europäische Einbindung verlassen und Politik wieder auf eigene Rechnung betreiben will. **Mißtrauen und Isolierung** wären die Folgen.

Die nationale und internationale Verantwortung, die wir als Opposition genauso zu beachten haben wie die Regierung, läßt uns keine andere Wahl. Ich achte und respektiere die Motive derjenigen, die dennoch nein sagen werden. Man muß deshalb kein schlechter Europäer sein. Aber hier ging es nicht um eine individuelle Entscheidung. Hier ging es um die Frage, ob die Europäische Union in Deutschland oder an Deutschland scheitern darf. Das darf sie eben nicht.

Es kommt noch etwas hinzu: **Rechtsradikaler Terror** läßt bei unseren Nachbarn alte Ängste wieder aufleben. Gewiß, Gewalttaten gegen Ausländer gibt es auch anderswo, aber nur bei uns weckt das Erinnerungen an Massenmord. Darüber sollten wir nicht jammern, dem haben wir uns zu stellen. Ein klares Bekenntnis zu Europa ist für mich ein Bekenntnis zu seinen Grundwerten, zu Humanität, Toleranz und Brüderlichkeit und damit ein ebenso klares Bekenntnis gegen Nationalismus und Gewalt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich bedaure es, daß der Bundeskanzler heute morgen die Chance verpaßt hat, in diesem Zusammenhang das notwendige klare und deutliche Wort gegen den rechtsradikalen Terror in unserem Lande zu sagen.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es wäre auch — an die Adresse unserer europäischen Partner gerichtet — notwendig gewesen, dies hier an dieser Stelle und gerade im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht zu tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, unsere Beratungen heute zeigen zwei Seiten derselben Medaille, die außenpolitische und die innenpolitische. Dabei hat uns in den letzten Wochen und Monaten die innenpolitische Seite mehr, vielleicht sogar über Gebühr beschäftigt. Mit der Ratifizierung des Vertrages von Maastricht sind **Verfassungsänderungen** verbunden, die nicht ohne Berechtigung als qualitativ vergleichbar mit der Wehrverfassung, der Notstandsverfassung und der Einheit betrachtet werden. Im Grundsatz ging es darum, unser nationales Verfassungsrecht vor dem Hintergrund eines europäischen Qualitätssprungs zu überprüfen.

Wir haben die europäische Integration bisher auf der Grundlage der Ermächtigung des **Art. 24 Abs. 1** Grundgesetz verfassungsmäßig abgesichert. Diese Ermächtigung zur Übertragung von Hoheitsrechten durch Gesetz auf zwischenstaatliche Einrichtungen reicht für „Maastricht“ nicht mehr aus. Ich nenne die Gründe:

Erstens. Die Europäische Union mit ihren weitreichenden Gestaltungsmöglichkeiten und mit ihren eigenen Organen, vor allen Dingen mit ihren Recht-

setzungsbefugnissen, ist keine zwischenstaatliche Einrichtung mehr. (C)

Zweitens. Das bisher praktizierte Verfahren der Übertragung von Hoheitsrechten hat **Verfassungsdurchbrechungen** in großem Ausmaß erlaubt, jedenfalls ermöglicht, die bis in den absolut geschützten Kernbereich unseres Grundgesetzes vorgedrungen sind. Aus dem Verfassungstext jedenfalls läßt sich keine Ermächtigung mehr herauslesen, Teile unserer Gesetzgebungshoheit auf europäische Ebene zu transferieren, ohne daß auf dieser Ebene das **Demokratieprinzip** dieselbe Gültigkeit hätte wie hier.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Drittens. Die bisherige innerstaatliche Gestaltung des Integrationsprozesses hat die nach dem Grundgesetz ausgewogene **Balance zwischen den Verfassungsorganen** Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung empfindlich und nachhaltig gestört. Betroffen sind der Bundestag und die Länder. Sie geben Kompetenzen ab. Selbst die Gesetzgebungskompetenz wird dann auf europäischer Ebene von der Exekutive, der Bundesregierung, wahrgenommen. Gleichzeitig wird so der **föderative Staatsaufbau** ausgehöhlt, weil Länderrechte ohne durch Mitwirkungsrechte kompensiert zu werden nach Europa wandern.

Deshalb stellen die in der Gemeinsamen Verfassungskommission und im Sonderausschuß gefundene Problemlösungen einen wirklichen Durchbruch dar. Ich wehre mich dagegen, Herr Kollege Irmer, daß Sie hier darstellen, dies sei in der Art eines armenischen Teppichhandels unter unzulässigem Druck der Länder geschehen. Ich sage Ihnen für die sozialdemokratische Fraktion: Wir haben das getan, weil unser Grundgesetz das von uns verlangt, und aus keinem anderen Grund. (D)

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der F.D.P.:
Papperiapapp!)

Ich bedaure es, daß es uns bei unseren Überlegungen nicht gelungen ist, die Tendenz zum reinen **Regierungsföderalismus** zurückzudrängen. Auf Länderebene sind es die Landtage, die Teile ihrer Gesetzgebungskompetenz verlieren. Die Mitwirkungsrechte werden aber durch den Bundesrat wahrgenommen und fallen allein den Landesregierungen zu. Dasselbe Problem des **Machtzuwachses der Exekutive** zu Lasten der Gesetzgebungsorgane, das wir auf europäischer Ebene beklagen, haben wir auf nationaler Ebene auch. Hier konnte der Bundesgesetzgeber keine Abhilfe schaffen. Die Landtage müssen sich ihre Rechte selbst holen, wozu ich sie auffordere.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Es sind besorgte Fragen laut geworden, ob die neuen Bestimmungen dazu führen könnten, daß die Bundesregierung in Brüssel verhandlungsunfähig wird. Diese Gefahr besteht nicht. Die Bundesregierung wird vom Bundestag am Beginn eines Verhandlungsprozesses und nur politisch gebunden. Das den Ländern eingeräumte Beteili-

Günter Verheugen

(A) gungsverfahren steht unter der Einschränkung der gesamtstaatlichen Verantwortung. Ich glaube nicht, daß etwas mehr **Einfluß der nationalen Parlamente** auf Entscheidungen ihrer Regierungen in Brüssel schädlich sein wird. Im Gegenteil, mancher europäische Irrweg wäre vermieden worden. Der Vorwurf der Bürgerferne wäre nicht so massiv erhoben worden, wenn sich die nationalen Parlamente stärker eingeschaltet hätten. Dies bedeutet keine Renationalisierung der europäischen Demokratie. Die Forderung nach mehr **Rechten des Europäischen Parlaments** bleibt vorrangig. Aber auch wenn diese Rechte geschaffen werden, sollten Bundestag und Bundesrat nicht auf ihre Rechte verzichten. Zuviel Demokratie kann es in Europa gewiß nicht geben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, noch nicht gelöst. Es wird notwendig sein, daß wir für die Zustimmung unserer Wählerinnen und Wähler zur Europäischen Union kämpfen. Das haben wir bisher nicht getan. Ich bin sicher, daß wir die Deutschen von Europa überzeugen können. Aber dies geschieht nicht von allein. Dieser Aufgabe haben wir uns noch über diesen Tag hinaus zu stellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Das Wort hat der Bundesminister des Auswärtigen, Herr Dr. Kinkel.

(B) **Dr. Klaus Kinkel,** Bundesminister des Auswärtigen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute ist zweifellos ein sehr wichtiger Tag für dieses Parlament. Die Entschließung, die Bundestag und Bundesrat feierlich fassen wollen und die von den großen demokratischen Kräften über die Grenzen von Koalition und Opposition hinweg getragen wird, dokumentiert: Wir sind entschlossen, die bewährte Politik der europäischen Einigung gemeinsam fortzusetzen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ich möchte — wie es Herr Verheugen vor mir getan hat — allen Beteiligten sehr herzlich danken. Der Bundestag hat in grundlegenden, schwierigen Fragen dieses Staates schnell, effizient und zukunftsorientiert gearbeitet. Der Sonderausschuß Europäische Union und die mitberatenden Ausschüsse haben das umfassende Regelwerk rasch und engagiert aufgearbeitet und aufbereitet.

In der Exekutive waren und sind es aber vor allem zwei Personen, über die heute in diesem Zusammenhang gesprochen werden muß. Die eine Person ist der **Bundeskanzler** und die andere Person war und ist **Hans-Dietrich Genscher**, der 18 Jahre lang die deutsche Außenpolitik gestaltet hat und sich ungeheuer — genauso wie der Bundeskanzler — für dieses Europa und natürlich zuletzt auch für die Maastrichter Verträge eingesetzt hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ich kann beurteilen, was es bedeutet, so etwas unermüdlich, zäh und ohne sich durch Rückschläge beirren zu lassen, durchzudrücken. Beide haben dies

getan. Ich hätte es meinem Vorgänger — ich bin (C) sozusagen erst spät ins Spiel eingewechselt worden — gegönnt, daß er heute an diesem wichtigen Tag das Land als Außenminister von diesem Pult aus hätte vertreten können. Ich muß es jetzt sozusagen für ihn versuchen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Der Bundeskanzler hat am 17. Oktober dieses Jahres **Willi Brandt** zitiert, der heute schon mehrfach zu Recht zitiert wurde:

Wir haben die Einheit Deutschlands im Inneren zu vollenden, die Einigung Europas voranzubringen und unserer gewachsenen Mitverantwortung in der Welt gerecht zu werden.

Ja, Herr Bundeskanzler, Sie haben es vorher nochmals gesagt: Der Vertrag von Maastricht ist ein Stück Verwirklichung dieser Vision.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Deutschland hat zusammen mit Frankreich unsere Partner in der Gemeinschaft für diese Politik gewonnen, getreu der Verpflichtung der Gründungsverträge einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen. Die deutsche und die europäische Einigung sind Teile eines einzigen Prozesses. Wir verankern die europäische Ausrichtung der deutschen Politik heute in unserer Verfassung. Die neue **Staatszielbestimmung Europa** tritt mit Verfassungsrang an die Stelle des alten **Art. 23** des Grundgesetzes, der auf die deutsche Einigung zielte. Sinn der neuen Bestimmung ist es, die europäische Einigung im Einklang mit unserer Verfassung voranzubringen. An der Entwicklung der Europäischen Union wirken künftig der Bundestag und verstärkt auch die (D) Länder über den Bundesrat mit.

Gewiß, der **Bundesrat** muß dem Vertrag zustimmen. Aber Sie werden es dem Bundesaußenminister nicht übelnehmen, wenn er fragt: Waren die Länder wirklich gut beraten, diese Lage zu benutzen,

(Heidemarie Wiczorek-Zeul [SPD]: Was?)

um ihre **Beteiligungsrechte** über das notwendige Maß hinaus auszudehnen?

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU
sowie des Abg. Karsten D. Voigt [Frankfurt]
[SPD])

Ich bin jedenfalls nicht sicher.

Die neuen Beteiligungsrechte werfen in der Praxis schwierige Probleme auf; diese Probleme können nur kooperativ, flexibel und vor allem gemeinschaftstreu bewältigt werden. Ich vertraue darauf, daß uns dies gemeinsam gelingt. Unser Wille zur Fortsetzung europäischer Integrationspolitik muß sich auch in Zukunft im konkreten Handeln bewähren.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Herr Minister Kinkel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Conradi?

Dr. Klaus Kinkel, Bundesminister des Auswärtigen: Bitte.

Peter Conradi (SPD): Herr Minister, wären Sie so freundlich zu präzisieren, daß es sich hier nicht um

Peter Conradl

- (A) Länderrechte handelt, sondern um **Rechte der Länderregierungen**, die einhergehen mit einer weiteren Schwächung der Länderparlamente?

(Lachen bei der CDU/CSU)

Dr. Klaus Kinkel, Bundesminister des Auswärtigen: Ich habe den Eindruck, daß dieses Hohe Haus und auch die Bundesratsbank sehr wohl verstanden haben, was ich präzis sagen wollte.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich darf wiederholen: Im Bundesstaat, wie wir ihn in Deutschland haben, gilt der **Grundsatz der Bundes-treue**. Dazu bekennen sich ja Bund, Länder und Gemeinden. In der Gemeinschaft gilt der **Grundsatz der Gemeinschaftstreue**. Er ergibt sich aus dem Vertrag über die Europäische Union und aus der Staatszielbestimmung des Grundgesetzes. Das bedeutet eben Rechte und Pflichten — meint erhöhte Mitverantwortung auch für die Länder.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit der politischen Grundentscheidung für Maastricht kann Deutschland zum Europäischen Rat nach **Edinburgh** gehen. Wir werden das tun, um Europa für seine großen Zukunftsaufgaben weiter zu stärken. Wir werden zu den zehn Mitgliedstaaten gehören, die vor Ende des Jahres ratifiziert haben.

Wir wollen — ich sage das auch noch einmal — alles tun, damit wir letztendlich zu zwölf durchs Ziel gehen.

(B)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Wir sind durchaus bereit, Besorgnissen in **Dänemark** Rechnung zu tragen. Aber — der Herr Bundeskanzler hat es bereits angedeutet — das, was da kommen kann, eventuell kommen muß, muß unterhalb der Vertragsänderung liegen. Die Botschaft von Edinburgh muß sein: Die europäische Einigung schreitet voran, und Dänemark und Großbritannien sind dabei.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die geschichtliche Weichenstellung, meine Damen und Herren, nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs für die Westintegration und die europäische Einigung hat zu einer beispiellosen Erfolgsgeschichte geführt. Das wird leicht vergessen. Sie hat nicht nur einen unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung ausgelöst, sondern nach 40 Jahren auch die Auflösung der Blöcke und die deutsche Einigung unter einem europäischen Dach gebracht.

Die Europäische Gemeinschaft hat uns seit Ende des Zweiten Weltkriegs 47 Jahre des Friedens, des Wohlstands und der wirtschaftlichen Stabilität gebracht — die längste Periode des Friedens der Neuzeit im alten Kontinent. In unmittelbarer Nähe unserer Grenzen herrscht leider erneut ein menschenverachtender Krieg. In unserem eigenen Lande gibt es Gewalt von Menschen, die ihren Mitmenschen das Daseinsrecht bestreiten und vor Verbrechen nicht zurückschrecken. Ich finde, das gerade macht deut-

lich: Die europäische Idee hat ihren Dienst noch längst nicht vollständig getan. (C)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vieles bleibt zu tun; gerade angesichts der Instabilitäten im östlichen Teil unseres Kontinents und der kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen **Jugoslawien**, aber auch eben im Hinblick auf die Ereignisse in unserem Land.

Die europäische Einigung hat sich in Stufen entwickelt. Der große Binnenmarkt, der mit dem neuen Jahr beginnt, ist ein wichtiger Teil dieses Stufenprozesses. Weitere evolutive Schritte sind im Vertrag über die Europäische Union angelegt; am deutlichsten im stufenweisen Aufbau der **Wirtschafts- und Währungsunion**, einem Kernstück des Vertrages.

Schon jetzt müssen die Mitgliedstaaten mit aller Kraft an der notwendigen Konvergenz arbeiten, strikte Haushaltsdisziplin üben und ihre Finanzpolitik auf die Entwicklung zur Währungsunion hin ausrichten. Wie wichtig das ist — ich nehme an, daß der Kollege Waigel darauf noch eingehen wird —, haben die Unruhen der letzten Monate und die notwendigen Anpassungsschritte im europäischen Währungssystem wahrhaftig gezeigt.

Aber gerade als früherer Bundesjustizminister weise ich darauf hin, daß Europa eben nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion ist, sondern auch eine **Rechts-, Handlungs- und politische Gemeinschaft**. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik — der Herr Bundeskanzler hat darauf hingewiesen — setzt Europa künftig nicht nur in den Stand, mit einer Stimme zu sprechen, sondern eben auch gemeinsam zu handeln. Es kann damit seiner gewachsenen Verantwortung in der Welt besser gerecht werden und die europäischen Kräfte sinnvoll bündeln, um die Handlungsfähigkeit der Union zu stärken. (D)

Aber — das sage ich als Außenminister — auch, wenn wir den Blick in den Nahen Osten, den Maghreb, das Horn von Afrika, Angola, Südafrika oder andere Teile der Welt richten, zeigt sich, daß diese Gemeinschaft das Instrumentarium für eine **gemeinsame Außenpolitik** dringendst braucht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Neuland betritt der Vertrag mit der Perspektive einer **gemeinsamen Verteidigungspolitik**, die — wie es im Vertrag heißt — zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen soll. Vorerst wird die **Westeuropäische Union** als Verteidigungskomponente der Europäischen Union tätig werden, solange die Europäische Union selbst keine entsprechenden Befugnisse hat. Das wird zur Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz beitragen.

Die Bundesregierung wird die Möglichkeiten zu evolutiver Fortentwicklung, die der Vertrag bietet, entschlossen nutzen und gegebenenfalls die Zustimmung des Parlaments einholen. Schon jetzt ist für das Jahr 1996 eine **Revisionskonferenz** fest vereinbart.

(Zuruf von der CDU/CSU: Möglichst früher!)

Bundesminister Dr. Klaus Kinkel

(A) Meine Damen und Herren, das **Europäische Parlament** steht an vorderster Stelle derjenigen Kräfte, die mit uns für eine demokratische und transparente Gemeinschaft eintreten. Durch den Vertrag von Maastricht erhält das Europäische Parlament einen Zuwachs an Befugnissen, die schrittweise weiter ausgebaut werden müssen. Wir haben ja von der Bundesrepublik aus versucht, dies stärker voranzutreiben. Leider haben wir uns nicht durchgesetzt.

Die Europäische Union, um die wir uns bemühen, die wir mit dem Vertrag von Maastricht schaffen wollen, muß die gemeinsame Sache aller Bürger sein. Europa ist eben nicht nur ein Europa der Verträge; es muß aus dem Herzen und dem Verstand der Menschen kommen. Das wird nur der Fall sein, wenn wir die Sorgen, die allenthalben aufgetaucht sind, tatsächlich auch ernst nehmen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich weiß ganz genau, daß das **Vertrauen unserer Bürger** in eine gemeinsame europäische Zukunft mit Erklärungen der Europäischen Räte allein nur schwer zu gewinnen ist. Worum geht es eigentlich? Es ist vorher schon angesprochen worden: Es geht darum, daß wir diese Union ganz einfach deshalb brauchen, weil kein europäischer Staat allein — auch wir nicht, die wir relativ stark sind — mehr in der Lage ist, die auf uns alle zukommenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu bewältigen. Die Zeit nationaler Politik ist vorbei.

(B) In Edinburgh wird auch über das Delors-II-Paket zu entscheiden sein. Wir müssen dabei einen Kompromiß finden zwischen engen nationalen Haushaltszwängen und der Notwendigkeit, der Gemeinschaft die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir müssen uns natürlich jetzt auch endgültig zum GATT durchringen.

(Beifall des Abg. Ulrich Imer [F.D.P.] sowie des Abg. Karsten D. Voigt [Frankfurt] [SPD])

Ich hoffe sehr, daß uns das gemeinsam mit unseren Partnern gelingt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr wahr!)

Wir müssen uns vor allem auch bewußt bleiben, daß die **Veränderungen in Mittel- und Osteuropa** im Vertrauen darauf eingeleitet worden sind, daß die Reformstaaten — zumindest langfristig — an den politischen und wirtschaftlichen Werten und Fortschritten Westeuropas teilhaben werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vor allem: Nur der Aufbau einer neuen, besseren Gesellschaft in diesen Staaten ist eine Garantie für die Unumkehrbarkeit der in Gang gekommenen Prozesse, hin zu rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Strukturen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie des Abg. Karsten D. Voigt [Frankfurt] [SPD])

Für die Festigung dieser jungen Demokratien bleibt Europa eine entscheidende Perspektive.

(C) Manche meinen, mit dem Wegfall der Ost-West-Auseinandersetzung sei auch die europäische Einigung sozusagen zweitrangig geworden. Aber der Zusammenschluß Europas war eben nicht eine Reaktion auf den Eisernen Vorhang, er war vor allem die Reaktion auf jahrhundertelange **Bruderkämpfe hier in Europa**.

Meine Damen und Herren, wir erleben zur Zeit eine Welle von **Fremdenhaß und Gewalt** in unserem Land. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, obwohl es an anderer Stelle angebracht wäre, als Außenminister zu sagen, daß alle Demokraten in diesem Lande zusammenstehen müssen, um mit diesem Phänomen fertig zu werden. Es ist nicht allein Aufgabe der Regierung, es ist nicht allein Aufgabe des Parlaments, es ist vor allem auch Aufgabe der Medien und aller gesellschaftlichen Kräfte, wie Kirchen, Gewerkschaften, Schulen und Universitäten, dafür zu sorgen, daß wir das, was wir mühsam in langen Jahren an demokratischen Strukturen in diesem Lande aufgebaut haben, nach drinnen, ich sage aber als Außenminister: vor allem aber auch nach draußen um Gottes willen jetzt nicht vom rechten Pöbel zerschlagen lassen.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: Von überhaupt keinem Pöbel!)

Ich habe große Sorge vor allem auch, was unser Ansehen im Ausland anbelangt. Bitte, helfen Sie alle mit, daß das Bild Deutschlands nach drinnen und draußen wieder unbefleckt erscheint!

(Detlev von Larcher [SPD]: Nicht nur das Bild!)

— Es geht in der Tat nicht nur um das Bild, es geht darum, daß wir nach drinnen und draußen unbefleckt sind, nicht nur im Bild, aber auch im Bild.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die Probleme der **Flüchtlingsströme** aus dem ehemaligen Jugoslawien und dem Osten Europas, wo uns unsere europäischen Partner — ich sage das von diesem Pult aus — doch in mancher Beziehung sehr im Stich gelassen haben, aber auch der **krisenbedingte Zuwanderungsdruck** aus Nachbarregionen wie Maghreb sind nicht auf Deutschland begrenzt. Wir Europäer müssen gemeinsam handeln. Unseren eigenen Interessen ist von jeher am besten durch die Verwirklichung der europäischen Einigung gedient worden. Mit der Europäischen Union, die in einer europäischen Verfassung münden sollte, streben wir Einheit in Vielfalt an, europäische Gemeinsamkeit und Achtung der nationalen Identität.

Zwei Sätze zum Schluß: **Jean Monnet**, einer der Gründerväter der Gemeinschaft, hatte erkannt, daß die Menschen nicht gern auf neue Ideen hören, solange sie die Hoffnung haben, die Dinge könnten gleich bleiben. Aber die Dinge bleiben nicht gleich. Der Vertrag von Maastricht ist das Konzept für die neue Situation. Er ist das unverzichtbare Korrelat der deutschen Einigung für die Fortsetzung der Friedenspolitik in Europa und in der Welt. Er ist, wie schon **Walter Hallstein** über den EWG-Vertrag sagte, ein

(D)

Bundesminister Dr. Klaus Kinkel

- (A) Unterpfeiler für unsere politische Freiheit, ja für die Existenz unseres Volkes.

(Anhaltender Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Abgeordnete Karsten Voigt das Wort.

Karsten D. Voigt (Frankfurt) (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Recht steht heute der Maastricht-Vertrag im Mittelpunkt unserer Beratungen. Aber ich möchte am Eingang meiner Bemerkungen doch sagen, daß der **Vertrag über den Einheitlichen Europäischen Wirtschaftsraum** in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Maastricht-Vertrag steht und daß er nicht in den Hintergrund unserer Debatte rücken darf.

Denn die Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft hin zur Europäischen Union, die wir heute ratifizieren wollen, ist sozusagen die Voraussetzung für die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Union um die Mitgliedstaaten, die aus den **EFTA-Staaten** der Europäischen Union beitreten wollen. Insofern ist die Ratifizierung des Vertrages über den Einheitlichen Europäischen Wirtschaftsraum eine wichtige Ergänzung zu dem Vertrag von Maastricht selbst.

Ich hoffe übrigens, daß in Edinburgh die dort versammelten Regierungschefs die Kraft haben, nicht nur den Mitgliedstaaten der EFTA, soweit sie es wollen, Verhandlungen ab Januar anzubieten, sondern gleichzeitig den **Polen, den Tschechen, den Slowaken und Ungarn** ein klares Signal zu geben, daß sie, wenn auch nicht sofort, doch schließlich über mittlere Frist die Perspektive einer **Vollmitgliedschaft** in der Europäischen Gemeinschaft haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Beratung über die Außen- und Sicherheitspolitik einer künftigen Europäischen Union unterscheidet sich insofern von den Beratungen über andere Aspekte des Maastricht-Vertrages, als es hier nicht nur Konsens, sondern auch Dissens gibt. Es gibt Konsens über die gemeinsame **Außen- und Sicherheitspolitik**, so wie sie in Maastricht vereinbart worden ist. Wir sind für diese stärkere Integration und Koordinierung der Außen- und Sicherheitspolitik, besonders beim KSZE-Prozeß, bei der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik, bei vertrauensbildenden Maßnahmen. Wir sind dafür, daß insbesondere auch stärkere Restriktionen beim Rüstungsexport gemeinsam eingeführt werden. Aber wir sagen auch dort, daß wir wünschen, daß unsere osteuropäischen Nachbarn, wenigstens von Fall zu Fall, frühzeitig bei den Beratungen der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union beteiligt werden sollen.

Der Dissens bezieht sich nicht auf das, was in Maastricht vereinbart worden ist. Deshalb ratifizieren wir auch. Der Dissens bezieht sich auf zwei Aspekte der Perspektiven oder möglicher Perspektiven der künftigen Außen- und Sicherheitspolitik einer Europäischen Union. Das ist die Frage der **Weiterentwicklung der Westeuropäischen Union**, und das ist die Frage einer demokratischen **Kontrolle** einer mögli-

chen, künftig **integrierten europäischen Verteidigungspolitik**. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Unser Vorbehalt gegen die Europäische Union wendet sich nicht gegen die Westeuropäische Union als solche. Soweit die Westeuropäische Union verteidigungspolitischen Zwecken dient und ein europäischer Pfeiler in einem transatlantischen Bündnis sein soll, um eine wirkliche transatlantische Partnerschaft von Gleichberechtigten zu ermöglichen, findet sie unsere Zustimmung.

Wogegen wir aber nicht nur unseren Vorbehalt, sondern unser Nein wenden, ist ein Westeuropa, das mit den Mitteln der Westeuropäischen Union zu einer **europäischen Interventionsmacht** werden will. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb haben wir Wert darauf gelegt, daß das Protokoll zur WEU und die **Petersberger Erklärung der Westeuropäischen Union** nicht Gegenstand der Ratifizierung sind. Die Petersberger Erklärung wird unsere Zustimmung nicht finden. Wir danken dem Bundesaußenminister — aber wir haben es auch für nötig gehalten —, daß er in einem Brief an den Fraktionsvorsitzenden festgestellt hat, daß die gemeinsame Erklärung der WEU-Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit Maastricht nicht Teil des zu ratifizierenden Vertrages sind. In dem Schreiben, das ich ausdrücklich verlesen möchte, heißt es:

Die deutsche Zustimmung zum Vertrag über die Europäische Union erstreckt sich nur auf die WEU-Mitgliedstaaten. Die beiden Erklärungen der WEU-Mitgliedstaaten sind als solche nicht Gegenstand der parlamentarischen Zustimmung. (D)

Ich sage noch einmal: Auf diesen Hinweis haben wir Wert gelegt, nicht aus Kritik an der WEU selber, nicht aus einer Kritik an europäischen Pfeiler in der NATO, aber aus Sorge, daß die Bundesregierung über nicht-ratifizierte Verfahren und Erklärungen der Westeuropäischen Union durch die Hintertür bei uns parlamentarische Beratungen über **„Out-of-area“-Einsätze** zu umgehen versucht und versucht, schrittweise einen Druck auf eine parlamentarische Gruppierung auszuüben, nämlich die SPD, wo in Wirklichkeit aus verfassungspolitischen Gründen ein Konsens zwischen Regierung und Opposition, ein innerparlamentarischer Konsens erforderlich ist. Den Mangel an innerparlamentarischem Konsens und Kompromißfähigkeit bei uns im Parlament kann man nicht durch Hinweis auf solche Erklärungen wie die Petersberger WEU-Erklärung umgehen, um über die Zustimmung von Regierungen zu dieser Erklärung bei uns einen parlamentarischen Prozeß zu vermeiden. Das lehnen wir ab.

Der zweite Vorbehalt — und der ist noch wichtiger — bezieht sich auf die Frage der parlamentarischen Kontrolle. Über Jahre hinweg haben wir bei jeder **Kompetenzübertragung auf die Europäische Gemeinschaft**, jetzt auf die Europäische Union, gesagt: Wir hoffen, daß die Übertragung von nationalen Kompetenzen begleitet wird von einem Mehr an

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

(A) **parlamentarischen Rechten für das Europäische Parlament.** Dies ist bisher noch völlig unzureichend geschehen.

Ich sage für die SPD, daß eine Übertragung von verteidigungspolitischen Kompetenzen auf die WEU oder auf eine Europäische Union, die nicht verbunden ist mit parlamentarischen Kontrollrechten in bezug auf den verteidigungspolitischen Bereich, wie sie bei uns im Bundestag gelten, für uns nicht zustimmungsfähig wäre.

Die SPD hat seit ihrer Gründung — seit August Bebel —, später über den Magdeburger Parteitag 1929, dann mit Fritz Erler und Helmut Schmidt immer darauf gedrungen, daß die Bundeswehr voll mit der demokratischen Gesellschaft versöhnt ist und daß sie voll durch das Parlament kontrolliert wird. Deshalb die Institution des Wehrbeauftragten, das Recht des Verteidigungsausschusses, sich jederzeit in einen Untersuchungsausschuß umzuwandeln, und die starke parlamentarische Kontrolle des Haushalts des Bundesverteidigungsministeriums.

Wenn man nicht in der Lage ist, auf europäischer Ebene zu vereinbaren, daß die Rechte, die wir jetzt im Bundestag haben, künftig durch das Europäische Parlament ausgeübt werden, dann werden wir nicht um einer **europäischen Verteidigungspolitik** willen auf die **demokratische Kontrolle** bei uns verzichten. Dieser Einwand ist nicht ein Einwand gegen eine Europäisierung. Er ist aber ein Einwand gegen ein Europa, das mit einer Verminderung an Demokratie in der Verteidigungspolitik verbunden sein würde.

(B) Ich möchte diesen Punkt ganz deutlich in den Vordergrund unserer Diskussion bringen. Ich bitte, daß unsere Nachbarstaaten diesen Vorbehalt deutlich verstehen. In dieser Frage lassen deutsche Sozialdemokraten mit sich auf Grund der deutschen Geschichte nicht handeln.

(Beifall bei der SPD)

In dieser Frage wird es keine faulen Kompromisse geben.

Das bedeutet, daß Sie, nachdem Art. 23 so eindeutig festgelegt hat, daß solche Kompetenzübertragungen nur mit einer Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat möglich sind, von vornherein bei den Verhandlungen und bei der Definition von Positionen unserer eigenen Regierung den Nachbarstaaten sagen müssen, daß sie eine europäische Verteidigungspolitik in der integrierten Form nur mit einem **Mehr an Demokratie für das Europäische Parlament** bekommen, was gleichzeitig ein Mehr an Demokratie bedeutet, als die meisten Nachbarstaaten in bezug auf Verteidigungspolitik bei sich zu Hause haben. Aber es wird nicht mit einem Weniger an Demokratie gehen, als wir es heute im Bundestag nach langem heftigen Streit in einem wehrpolitischen Konsens Anfang der 50er Jahre mühsam errungen haben.

Zum Schluß: Entschuldigen Sie etwas meine rauere, heisere Stimme. Ich bin verschluckt, aber nicht über Sie und nicht über Maastricht, wohl aber durch das Wetter, das meine Gesundheit angeschlagen hat.

Vielen Dank.

(C)

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Bundesminister der Finanzen, Dr. Theo Waigel, das Wort.

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst darf ich dem Kollegen Voigt eine gute Besserung auch für die Stimme wünschen, vor allen Dingen, weil er klar erklärt hat, er sei nicht über Maastricht und nicht über den Vertrag verschluckt.

Mit der heutigen zweiten und dritten Lesung des **Vertrages von Maastricht** im Deutschen Bundestag und der abschließenden Erklärung im Bundesrat am 18. Dezember 1992 setzen wir ein wichtiges Signal für die wirtschaftliche und politische Stabilität in Deutschland und Europa.

Die Ratifizierung des Vertrages von Maastricht und der zuletzt erzielte Kompromiß in der Uruguay-Runde des GATT sind auch Antworten auf weltweite Wachstumsverlangsamung und die unverändert drängenden Entwicklungsprobleme in der Dritten Welt und im früheren kommunistischen Machtbereich. Was, wenn nicht Europa, wenn nicht der Binnenmarkt, wenn nicht die Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft, wenn nicht ein stabiles, auf Stabilität ausgerichtetes Europa soll sonst einen Wachstumssprung, soll sonst Wachstumsspielräume in Europa und damit auch für die deutsche Volkswirtschaft eröffnen?

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Vereinbarung von Maastricht liegt jetzt rund zwölf Monate zurück. Wir haben diese Zeit für eine intensive, auch kontroverse, aber doch vor allem konstruktive Debatte genutzt. Jeder Deutsche hatte die Chance, sich über die Vorteile und die sich ergebenden Veränderungen durch die **Europäische Währungsunion** zu informieren. Natürlich hätte man vieles noch intensiver und besser machen können. Nur, wenn aus dem Bereich der Publizistik und der Presse immer wieder die Klage kommt, wir hätten zu wenig getan, ist dem entgegenzuhalten: Seit es den Delors-Bericht gibt und auch zuvor haben wir bei jeder Konferenz und bei jeder Verhandlungsrunde die Presse informiert. Man mußte Bescheid. Jetzt, nach drei, vier Jahren, so zu tun, als wäre man darüber nicht informiert gewesen, ist schlichtweg nicht richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Debatte über den Vertrag von Maastricht hat die Verantwortung der demokratischen Parteien bei der Lösung entscheidender Zukunftsfragen unseres Landes unter Beweis gestellt. Auch im Verhältnis von Bund und Ländern hat die Aussprache über zunächst strittige Fragen der Vertragsratifizierung zu positiven Ergebnissen geführt. Der deutsche Föderalismus hat damit gerade vor dem Hintergrund der europäischen Integration seine Vitalität erneut bewiesen. Die Verbände der deutschen Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Kirchen und wichtige andere gesellschaftliche Gruppen haben ebenfalls ihre Zustimmung und ihre

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

- (A) Unterstützung zum **europäischen Einigungswerk** unterstrichen.

Mit den abschließenden Entscheidungen von Bundestag und Bundesrat ist allerdings die Debatte über die Zukunft Europas nicht beendet. Es bleibt noch viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten. Aber die Diskussion ist auf dem richtigen Weg, und unser intensives Werben für die europäische Idee beginnt, sich auszuzahlen.

Der Vertrag von Maastricht gewinnt gerade durch die derzeitige **weltweite Wachstumsverlangsamung** an zusätzlicher Aktualität; denn die Wachstumschwäche zeigt, wie verletzlich jedes unserer Länder für sich genommen ist.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir alle sind auf offene Weltmärkte, auf das Wachstum in anderen Ländern und auf die Stabilität der Finanzmärkte angewiesen. All dies wird durch eine Gemeinschaft der Zwölf sichergestellt, eine Gemeinschaft, die sich auch nach außen noch weiter öffnet und die Zusammenarbeit mit den anderen großen Wirtschaftsregionen ausbaut und festigt.

Meine Damen und Herren, wenn schon die **Abstimmung in Dänemark** und die knappe positive **Abstimmung in Frankreich** zu solchen Problemen und Turbulenzen auf den Märkten geführt haben, was würde erst in Europa und weltweit passieren, wenn dieser Prozeß grundsätzlich in Frage gestellt würde? Das sollten sich alle Kritiker gut überlegen, wenn sie diese Dimensionen miteinander vergleichen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Schon jetzt sind die europäischen Staaten durch den Vertrag von Maastricht enger zusammengerückt. Die Übereinstimmung in den grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Zielen und in der Auswahl der Instrumente ist weit fortgeschritten. Kaum ein Land fordert noch kreditfinanzierte Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme. Die aktuellen Wachstumsstrategien beziehen sich vielmehr auf angebotsseitige Verbesserungen, die Begrenzung der Lohn- und Gehaltskosten, den Abbau der strukturellen Staatsdefizite, auf Privatisierung und den Abbau bürokratischer Regulierungen sowie auf die Förderung von Infrastruktur und Mittelstand.

Eine **gemeinschaftliche Wachstumsinitiative** muß vor allem auf den nationalen Eigenanstrengungen beruhen. Gezielte Initiativen auf EG-Ebene, z. B. bei der Förderung privater Investitionen, können eine wichtige Ergänzung der nationalen Eigenanstrengungen sein. Aber sie sind kein Instrument, fehlende nationale Expansionspielräume auf der Ausgaben-seite zu ersetzen.

In den veränderten wachstumspolitischen Leitlinien zeigt sich die feste **Verankerung des marktwirtschaftlichen Gedankens** im Europäischen Einigungswerk. Diese Entwicklung sollte all denjenigen zu denken geben, die fälschlicherweise im Vertrag von Maastricht den marktwirtschaftlichen Sündenfall sehen. Tatsächlich haben wir durch den Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion ein hohes Maß an ordnungspolitischer Verlässlichkeit gewonnen.

Ein bekannter Journalist, den ich sehr schätze, hat in seinem Kommentar damals vor der Unterzeichnung in Maastricht die Frage gestellt, ob dem Theo Waigel angesichts dessen, was er unterschreibt, nicht die Feder zittern müsse. Nein, meine Damen und Herren, die Feder hat mir nicht gezittert, weil ich mit voller Überzeugung und mit Freude und in dem Bewußtsein, etwas Wichtiges für Deutschland unterschrieben zu haben, diese Unterschrift geleistet habe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

In Deutschland beruht die Soziale Marktwirtschaft auf einer Reihe von Grundrechten und Einzelgesetzen. Demgegenüber steht in Art. 3a des Vertrages über die Europäische Union konzentriert und klar:

Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft im Sinne des Artikels 2 umfaßt (. . .) die Einführung einer Wirtschaftspolitik, die auf einer engen Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, dem Binnenmarkt und der Festlegung gemeinsamer Ziele beruht und dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist.

Das ist eine eindeutige Abmachung.

Ich halte es für unzutreffend, eine solche Vereinbarung als unwesentlich oder unzureichend abzuwerten; denn wer völkerrechtlich bindenden Verträgen nicht traut, lehnt gleichzeitig jede Form der internationalen Zusammenarbeit ab.

Man muß wissen, daß die Konstitution und die Unabhängigkeit z. B. der Deutschen Bundesbank und ihr Auftrag auf einfachem Bundesgesetz beruht. Wenn wir jetzt die Unabhängigkeit, die Verpflichtung auf Geldwertstabilität und alle anderen Konvergenzkriterien in einem völkerrechtswirksamen Vertrag — für uns wirksam, aber auch für andere bindend — verankern, dann verleihen wir der **Unabhängigkeit und der Stabilitätsausrichtung der Deutschen Bundesbank und einer künftigen europäischen Zentralbank** ein größeres Gewicht, als es jetzt die Konstitution in Deutschland auszeichnet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

In mindestens vier Bereichen haben wir unsere Wirtschafts-, Währungs- und Sozialverfassung in den Vertrag von Maastricht hineingeschrieben. Einmal: Der bereits zitierte Art. 3a des Vertrages definiert die Wettbewerbsfreiheit. Die Konvergenz- und Stabilitätskriterien legen eindeutig fest, in welchem Umfang **Budgetdisziplin und Preisstabilität** erreicht sein müssen, bevor der Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion überhaupt möglich ist.

Finanzdisziplin und Stabilitätspolitik sind also nicht erst Aufgabe der zukünftigen Europäischen Union, sondern klare Zugangsvoraussetzungen für alle, die von Anfang an dabei sein wollen.

Auch die Unabhängigkeit der nationalen Notenbanken muß bis zur Währungsunion sichergestellt sein. Die Souveränität der Bundesbank wird entsprechend der ausdrücklichen Klarstellung durch den Sonderausschuß Europäische Union nur auf eine völ-

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

- (A) lig unabhängige und auf Preisstabilität verpflichtete europäische Zentralbank übertragen.

Ein weiteres Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft, die **Subsidiarität**, wurde ebenfalls im Maastrichter Vertrag, Art. 3b, fest verankert. Schließlich wurde im Vertrag auch die **soziale Dimension** vereinbart.

Mancher befürchtet, die klaren vertraglichen Vereinbarungen würden schließlich durch einen politischen Kompromiß in Frage gestellt, der möglichst allen Mitgliedstaaten den frühzeitigen Beitritt zur Union ermöglichen sollte. Tatsächlich ist der Zugang aber nur von der Einhaltung der **Stabilitätskriterien** abhängig.

Die Europäische Gemeinschaft wird in ihrem Zusammenhalt nicht gefährdet, wenn die Integration der einzelnen Mitgliedsländer in die enger werdende Zusammenarbeit Schritt für Schritt erfolgt; denn durch die Annäherung neuer Mitgliedsländer — zunächst aus dem EFTA-Raum, dann aus Mittel- und Osteuropa — muß die Gemeinschaft ohnehin organisch zusammenwachsen.

Ebenso wie die vorangehende Assoziierung neuer Mitgliedstaaten keine Diskriminierung darstellt, bedeutet auch der spätere Eintritt in die Währungsunion keine Abwertung im Verhältnis zu anderen Mitgliedsländern.

Natürlich ist der möglichst frühzeitige Beitritt zur Währungsunion auch eine Frage des nationalen Prestiges. Aber darin liegt ja gerade der Wert des Maastrichter Vertrages; denn schon lange vor der Verwirklichung der Union erreichen wir große Stabilisierungserfolge in allen Mitgliedsländern, die sich den Beitritt zum Ziel gesetzt haben.

(B)

(Dr. Renate Hellwig [CDU/CSU]: Bis auf Italien!)

Für diejenigen, die die Stabilitätskriterien kurzfristig nicht erreichen, ist es auch aus wohlverstandener Eigeninteresse besser, der Wirtschafts- und Währungsunion erst später beizutreten; denn bei festen Wechselkursen und übernational bestimmter Geldpolitik gibt es keine Chance mehr, lohn- oder finanzpolitische Sünden durch Abwertung oder eine laxere Geldpolitik unter Inkaufnahme inflationärer Konsequenzen kurzfristig zu bereinigen.

Nicht die Geldpolitik, sondern die Lohnpolitik wird künftig unter massiven Druck geraten. Keine Tarifpartei wird künftig noch auf die Alimentierung überzogener Lohnabschlüsse durch eine expansive Geldpolitik rechnen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch darin liegt einer der entscheidenden Vorteile der europäischen Stabilitätsgemeinschaft, die wir in Maastricht vertraglich vereinbart haben.

Das beantwortet auch die Frage: Was passiert denn, wenn sich ein Land aus der Stabilität verabschieden sollte? Es schadet sich selber: Seine Löhne werden niedriger sein, seine Wettbewerbsfähigkeit wird geringer, seine Arbeitsplätze wandern woandershin. Darum wird kein Land, wenn es diese Erfolge der Stabilität erreicht hat, um beitreten zu können, diese Stabilität noch einmal in Frage stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Herr Minister, (C)
gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ullmann?

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen:
Bitte schön.

Dr. Wolfgang Ullmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Bundesminister, wie bewerten Sie die Tatsache, daß die Sozialpolitik Bestandteil nur des Protokolls und nur unter Zustimmung von elf Vertragsstaaten Teil des Maastricht-Vertrages ist?

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen:
Das hängt damit zusammen, daß ein Teil der Mitgliedstaaten noch nicht so weit wie z. B. das soziale Netz in der Bundesrepublik Deutschland ist, weil die das noch nicht finanzieren können und wir auf der anderen Seite nicht bereit sind, von unserem Niveau nach unten zu gehen. Insofern sind solche differenzierten Lösungen unumgänglich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

In der künftigen Gemeinschaft wird sich auch niemand darauf verlassen können, tarif-, wirtschafts- und finanzpolitische Fehlentscheidungen über den Haushalt der EG ausgleichen zu können. Es gibt ausdrücklich keine Haftung der Gemeinschaft für die Finanzen der einzelnen Mitgliedstaaten. Der EG selber fehlt es selbst bei überproportionalem Anstieg des Gemeinschaftshaushaltes bei weitem an Mitteln, um die massive regionale Subventionierung, zu hohe Löhne oder zu geringe Strukturflexibilität auch nur annähernd ausgleichen zu können. (D)

Es ist erstaunlich, wenn einige der Kommentatoren, die sonst besonders kritisch unsere Finanz- und Haushaltspolitik begleiten, zugleich um den Verlust deutscher Stabilitätskultur in der künftigen Europäischen Gemeinschaft fürchten. Denn wenn wir so stabil sind, wie es die Kommentatoren sagen — und das ist richtig —, dann braucht man auf der anderen Seite unsere Stabilitäts- und Finanzpolitik nicht anzugreifen. Insofern, glaube ich, sind wir auf einem ganz guten Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. —
Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Daran merkt man das Irrationale der Kritik!)

Tatsächlich wissen wir alle: Auch Deutschland wird vor dem Hintergrund der unverändert hohen Investitionen in die deutsche Einheit nur mit großen Anstrengungen die von uns selbst mit errichteten **Hürden vor der Europäischen Union** überwinden können. Wir werden sie vor allem nur dann überwinden können, wenn alle, die wirtschafts- und finanzpolitische Verantwortung tragen, am gleichen Strang ziehen.

Als einziges Mitgliedsland der Gemeinschaft ist die Bundesrepublik Deutschland ein wirklicher Bundesstaat. Die Bundesregierung allein kann deshalb die vereinbarten Referenzwerte einer niedrigen Neuverschuldung und einer vertretbaren Gesamtverschuldung nicht sicherstellen.

Wir haben in Art. 2 des Gesetzes zum Vertrag über die Europäische Union eine tragfähige Grundlage geschaffen, um die alle öffentlichen Haushalte betref-

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

(A) fende Verpflichtung zur Einhaltung der Budgetdisziplin wirksam zu erfüllen.

Wir alle — das ist heute klar zum Ausdruck gekommen — wollen **Frankfurt als Sitz der Europäischen Zentralbank**. Aber dann müssen wir auch gemeinsam die Voraussetzungen zur Stabilität erfüllen, mit der allein wir unseren Standortwunsch durchschlagend und erfolgreich begründen können.

Meine Damen und Herren, die Währungsunion ist ein wichtiger Schritt, der tiefgreifende Veränderungen mit sich bringt. Deshalb wird sich die Bundesregierung, bevor dieser Schritt vollzogen wird, der Rückendeckung der gesetzgebenden Gremien versichern. Das haben auch Bundestag und Bundesrat in ihren übereinstimmenden Entschlüssen gefordert, in denen von einem zustimmenden Votum gesprochen wird. Das ist keine zweite Ratifizierung. Aber unser Verfahrensvorschlag, den ich auch unseren Partnern in der Gemeinschaft mitteilen werde, schafft Klarheit und Vertrauen für alle Beteiligten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sollten uns nicht vor künftigen Veränderungen fürchten, sondern die europäische Integration als große Zukunftschance begreifen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vor uns liegt eine schwierige Wegstrecke. Wir müssen unsere innere Einheit und den inneren Frieden finden. Wir müssen auch noch unsere Beziehungen zu unseren Nachbarn endgültig ordnen, um den Platz einzunehmen, der uns in Europa durch Geschichte und Geographie zugewiesen ist. Wir brauchen gerade jetzt gute Freunde und verlässliche Partner.

(B)

Die schrecklichen **Ereignisse in Mölln** liegen erst wenige Tage hinter uns. Wir werden alles tun, damit sich Mord und Brandstiftung gegen unschuldige Mitbürger nicht wiederholen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Staat ist jetzt gefordert. Er muß seine Stärke zeigen — nach rechts und nach links.

(Hans-Ulrich Klose [SPD]: Nicht nur der Staat!)

— Nicht nur der Staat, wir alle. Aber der Staat, Herr Kollege Klose, kann nicht gegen sich selber demonstrieren. Der Staat muß handeln. Das ist meine Meinung und mein Grundverständnis.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich wiederhole: Der Staat ist jetzt gefordert, denn Toleranz gegen **Feinde der Demokratie** ist lebensgefährlich und unverantwortlich. Darum kämpfen wir für einen starken Rechtsstaat und für die wehrhafte Demokratie.

Wir können die zugrunde liegenden Probleme lösen. Wir werden die wirtschaftlichen Anpassungsprozesse in Ostdeutschland bewältigen und die viel zu hohe Zuwanderung in den Griff bekommen. Aber um erfolgreich zu sein, brauchen wir Zeit und Solidarität. Nichts wäre für das wiedervereinigte Deutschland

gefährlicher als schleichende Isolation und zunehmendes Mißtrauen in der Welt. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Europa kennt uns. Wir sind seit über 40 Jahren verlässlicher Partner und Verbündeter. Wir sind Produzent und Empfänger von Waren, Gast und Gastgeber im internationalen Tourismus. Tausende, ja, Millionen Freundschaften haben den Graben der letzten Kriege überwunden und dauerhafte Verständigung bewirkt.

Wenn wir in diesen Wochen den Vertrag von Maastricht endgültig ratifizieren, dann beweisen wir unsere Treue zu Europa. Wir beweisen: Deutschland bleibt durch die Wiedervereinigung der friedliche Nachbar und der kooperative Partner. Niemand braucht sich vor uns zu fürchten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Was wir gemeinsam mit Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Italien vor über 30 Jahren begonnen haben, werden wir in der größer werdenden Gemeinschaft zu Ende bringen. Darüber stimmen wir ab, und das ist der entscheidende Beitrag, den wir heute zum europäischen Einigungswerk leisten.

Robert Schuman, mit Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer einer der Gründungsväter der Gemeinschaft, hat einmal formuliert:

Europa sucht sich und weiß, daß seine Zukunft in seinen eigenen Händen liegt. Noch niemals war es dem Ziel so nahe. Gott gebe, daß es seine Schicksalsstunde, die letzte Chance seines Heils, nicht verpaßt (D)

Meine Damen und Herren, wir werden das **Verhältnis der europäischen Gründungsväter** erfüllen — im Interesse der Menschen, die sich mit großer Hoffnung nach einer besseren Zukunft sehnen.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun spricht der Kollege Norbert Wieczorek zu uns.

Dr. Norbert Wieczorek (SPD): Meine Damen und Herren! Es ist zu Recht gesagt worden, daß die **Ratifizierung der Maastrichter Verträge** und ihre Verwirklichung nach der Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der wichtigste Integrations-schritt für uns ist. Mit der Ratifizierung machen wir klar, daß wir die Zukunft Europas in weiterer Integration sehen und uns gegen wiedererwachende Nationalismen stemmen. Ich glaube, daß das in der gegenwärtigen Situation der Bundesrepublik sehr wichtig ist. Dies liegt im Interesse der Sicherung des Friedens, aber auch im Interesse der Sicherung des Wohlstands. Damit schaffen wir aber auch die Möglichkeit, insbesondere unseren östlichen Nachbarländern den Zugang zu einer besseren Zukunft zu eröffnen. Es sind diese Zielsetzungen, die — bei aller Kritik und Wach-samkeit im Detail — den Schritt zu einer Wirtschafts- und Währungsunion rechtfertigen.

Dr. Norbert Wieczorek

(A) Die **Wirtschafts- und Währungsunion** ist ohne Zweifel das Kernstück der Maastrichter Verträge. Es hat seit den frühen fünfziger Jahren immer wieder Versuche gegeben, von Jacques Rueff angefangen, zu einer engeren währungspolitischen Zusammenarbeit in der EG zu kommen. Viele dieser Versuche sind an den politischen und ökonomischen Realitäten gescheitert. Selbst der Erfolg des EWS wurde in den letzten Wochen in Frage gestellt. Dies ist in den zugrunde liegenden, lange voraussehbaren, aber ignorierten Verwerfungen und den Folgen, die an den Märkten daraus resultierten, begründet. Es kann aber keinen Zweifel daran geben, daß das EWS ein wertvolles Instrument war und ist und daß es wieder voll funktionsfähig werden wird. Nur so kann ich die gestrigen Äußerungen von Bundesbankpräsident Schlesinger verstehen, die wir heute in der Zeitung lesen konnten. Aber festzuhalten ist auch, daß die Verpflichtung zu einer Wirtschafts- und Währungsunion hier und heute eines besonderen Engagements für die europäische Zusammenarbeit bedarf.

Als 1988 beim Gipfel in Hannover die Idee der Wirtschafts- und Währungsunion geboren wurde, wurde sie als logische Fortsetzung des Binnenmarktkonzepts 1992 betrachtet. Es ist daher auch kein Zufall, daß sich zunächst mehr die Zentralbanker als die Politiker damit beschäftigt haben.

(B) Der **Delors-Bericht** ist dafür ein klares Beispiel. Aber es war auch der Delors-Bericht, der auf den unauflösbaren Zusammenhang zwischen einer Wirtschafts- und Währungsunion und einer **Politischen Union** hinwies. Bis wenige Tage vor Maastricht konnten auch wir im Deutschen Bundestag davon ausgehen, daß beide Unionen — die Wirtschafts- und Währungsunion und die Politische Union — im Gleichschritt weiterentwickelt würden. Dies haben Sie, Herr Bundeskanzler, wenn ich mich recht entsinne, in der letzten Debatte vor Maastricht am 6. Dezember 1991 zugesagt. Wir, die SPD-Fraktion — ich glaube, auch die Kollegen aus den anderen Fraktionen — bedauern, daß die Fortschritte in der Politischen Union in Maastricht weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind

(Zustimmung bei der SPD)

und wir jetzt nur noch auf die Folgekonferenz 1996 hoffen können, von der wir allerdings wünschen, daß sie vor dem Jahr 1996 stattfindet.

Weil dies so ist, ist die Wirtschafts- und Währungsunion jetzt nicht mehr nur eine Fortsetzung des Binnenmarktkonzepts, sondern sie ist auch zu einem Symbol für den weiteren politischen Einigungswillen in der Gemeinschaft geworden. Dies ist Chance und Risiko zugleich.

Die Chance liegt darin, daß der feste Wille zur wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit die Differenzen über die Vorstellungen zu einer Politischen Union und das Zögern bei der Übertragung von Hoheitsrechten auf die Gemeinschaftsebene zu überwinden hilft. Das kann helfen, die Politische Union zu befördern.

Das Risiko liegt darin, daß die Wirtschafts- und Währungsunion ohne politischen Überbau und ohne politische Basis bleibt, daß die bei den Bürgerinnen

und Bürgern vorhandene Skepsis, die wir ja nicht leugnen können, nicht in Akzeptanz umgewandelt wird und zum Sprengstoff für den erreichten Grad der Integration werden kann. Wer dies vermeiden will, muß den weiteren Maastricht-Prozeß realistisch betrachten. Unsere Aufgabe wird es sein, nach der Ratifizierung auch für die Verwirklichung die richtigen Weichen zu stellen. Wenn von manchem gesagt wird, der Vertrag solle ratifiziert werden, und dann gehe es schon irgendwie weiter, dann glaube ich nicht, daß das eine seriöse Haltung ist.

Wir müssen zunächst dafür sorgen, daß die **wirtschaftliche und politische Konvergenz in der EG** nicht ein Schlagwort bleibt oder daß man sich in Diskussionen über Haushaltsmittel der EG verzettelt. Dabei ist richtig: Konvergenz kann nicht über einen Finanzausgleich erreicht werden. Der Kohäsionsfonds darf und kann nicht mehr als eine Hilfe zur Selbsthilfe sein. Wir haben das im Finanzausschuß deutlich gemacht.

Hier muß auch einem Mißverständnis vorgebeugt werden: **Konvergenz und Kohäsion** haben zwar das Ziel einer Annäherung der Wirtschaftskraft und des Wohlstands in den Regionen der Gemeinschaft, aber dies ist ein Ideal, das nie völlig erreicht werden wird. Es gibt ja auch bei uns in der Bundesrepublik — das galt auch schon für die alte, kleinere Bundesrepublik — durchaus erhebliche regionale Unterschiede, die auch ein Finanzausgleich nie ganz beseitigt hat und beseitigen wird. Das gilt erst recht für ein so wenig homogenes Gebilde wie die Gemeinschaft. Hier sind eher die USA als Vergleichsmaßstab heranzuziehen, wo es zwischen den Einzelstaaten und in ihnen ein ganz erhebliches Wachstums- und Wohlstandsgefälle gibt. Trotzdem kann eine einheitliche Währungs- und Geldpolitik gemacht werden, wenn und weil es eine starke politische Klammer und eine gleichgerichtete wirtschaftspolitische Grundauffassung gibt. Das ist der Kern von Konvergenz.

Deshalb ist die eigentliche Gefahr nicht die Reichtumsdifferenz, sondern die eigentliche Gefahr liegt hier und heute darin, daß in einer Zeit schwacher Konjunktur und wachsender Arbeitslosigkeit die realen wirtschaftlichen Entwicklungen zwischen und in den Partnerländern auseinanderlaufen.

(Zuruf von der SPD: Sehr wahr!)

Daraus müssen wir in der Bundesrepublik die Konsequenz ziehen, unsere Haushaltspolitik zu ordnen. Das ist vor allen Dingen Aufgabe des Finanzministers. Bisher hat er das ja wohl nicht geschafft, wie wir in der letzten Woche gesehen haben.

(Beifall bei der SPD — Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Und der SPD-regierten Länder!)

Wir müssen ferner den **Wiederaufbau Ostdeutschlands** über Investitionen zu einem Konjunkturmotor nicht nur für die gesamte Bundesrepublik, sondern auch für Europa insgesamt und für die Gemeinschaft machen. Wir müssen zuerst unsere eigenen Hausaufgaben machen. Darin werden Sie mir zustimmen, Herr Kollege Falthäuser.

Strukturelle und konjunkturelle Maßnahmen könnten und sollten in Absprache mit unseren Partnern in

Dr. Norbert Wiecek

(A) der Gemeinschaft erfolgen. Die Idee einer **abgestimmten Konjunkturförderung** für die Gemeinschaftsländer und in den Gemeinschaftsländern macht bei der gegebenen Verflechtung unserer Wirtschaften viel Sinn. Sie sollte und muß mit Leben erfüllt werden. Wenn ich Sie, Kollege Waigel, richtig verstanden habe, haben Sie so etwas im Sinn. Es gilt dann aber auch, dieses in die Tat umzusetzen.

Zudem gilt: Was wir nach dem Regierungswechsel in den USA bisher über die neue Wirtschaftspolitik gehört haben und was in Japan von der Regierung auf Grund der dortigen schwierigen Situation angekündigt wurde, läßt hoffen, daß ein gemeinsamer Ansatz zur **Wiederbelebung der Weltwirtschaft** Aussicht auf Erfolg hat. Das ist nicht selbstverständlich. Denn wenn wir die gegenwärtige französische Haltung zum GATT als Warnsignal begreifen, dann wissen wir auch, daß es anders kommen könnte. Hier sind Koordination und Kooperation angesagt.

(Beifall bei der SPD)

Eine solche Kooperation in der Wirtschaftspolitik im Rahmen der Gemeinschaft muß durch engere **politische Zusammenarbeit** gesichert werden. Es ist richtig — dies wird nicht nur von der Bundesbank gesagt —, daß es in der Geschichte aller Münz- und Währungsunionen noch nie einen dauerhaften Erfolg gegeben hat, wenn es nicht zu einer politischen Union gekommen ist. Erst sie ermöglicht gleichgerichtete Wirtschafts-, Fiskal- und Beschäftigungspolitik. Vertreter nationaler Regierungen im Ministerrat können dies auf Dauer weder garantieren noch durchsetzen. Es ist zwar richtig, daß eine Vergemeinschaftung für diesen Bereich hier und heute zu früh wäre. Aber die Wege dahin müssen geebnet werden.

(B)

(Dr. Renate Hellwig [CDU/CSU]: Werden sie ja!)

Der Grund hierfür ist, daß mit der durch den Vertragstext geforderten Stabilität bei den Wechselkursen im EWS als Voraussetzung für den Eintritt in die Währungsunion und erst recht nach der Bildung der Währungsunion realwirtschaftliche Differenzen nicht mehr durch Wechselkursanpassungen aufgefangen werden oder werden können. Die nationalen Regierungen sind aber abhängig vom Wählerwillen. Und es wird doch hier im Hause wohl niemand daran zweifeln, daß bei einer schlechten wirtschaftlichen Entwicklung die **Rücksichtnahme auf die eigenen Wähler** in jedem Land im Zweifel zunächst größer sein wird als die **Rücksichtnahme auf das Gesamtinteresse der Gemeinschaft**. Ich darf nur noch einmal das gegenwärtige französische, aber auch das britische Beispiel erwähnen.

Nach dem Eintritt in die **Währungsunion** wird das neue Zentralbanksystem ohne politische Konvergenz gegenüber den Regierungen der Mitgliedsländer entweder übermächtig — und deshalb wegen mangelnder demokratischer Legitimation in Frage gestellt werden —, oder aber es wird das Ziel der Preisstabilität nicht effizient verfolgen können. Dies liegt daran, daß die nationalen Regierungen versuchen werden, die Lasten in ihren Ländern über ihre Budgetpolitik — und dann mittelbar über die Geldpolitik — auf die Partnerländer zu verschieben.

Der wesentliche Anpassungsfaktor wird dann die Haushaltspolitik, vor allem aber die Einkommens- und Lohnpolitik sein. Diese drückt sich jedoch nicht nur in Tarifabschlüssen aus, sondern auch in den Sozialeinkommen und dem Stand der Beschäftigung, was für jede politische Stabilität besonderen Sprengsatz bedeutet. Hier liegt der zentrale Punkt der Forderung nach engerer politischer Verknüpfung in einer **Politischen Union**. Hier ist auch die Warnung begründet, den sehr ehrgeizigen Zeitplan des Maastrichter Vertrages nicht wichtiger zu nehmen als die Sache selbst.

(C)

Dies führt zu der logischen Schlußfolgerung, daß der Deutsche Bundestag und — nach unserem Verhandlungsergebnis — auch der Bundesrat den Prozeß bis hin zur Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion positiv, aber kritisch begleiten werden. Dies hat zu der vorliegenden Resolution geführt, an der wir, die SPD, maßgeblich beteiligt waren. Sie begründet unsere gemeinsame Forderung, daß die **Bundesregierung** uns ab 1994 über die tatsächliche Konvergenzentwicklung regelmäßig **unterrichtet** soll. Konvergenz ist ein Prozeß, der sich nicht nur in nackten statistischen Daten niederschlägt. Es handelt sich vielmehr auch und gerade um einen Gleichlauf der Politikansätze und ihrer Realisierung.

Dies hat außerdem zu der wichtigen Forderung geführt, daß wir innerhalb der Bundesrepublik — ich betone: innerhalb der Bundesrepublik — und im Innenverhältnis mit und zu der Bundesregierung bei der endgültigen Entscheidung über den Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion ein eigenständiges **Entscheidungsrecht** beanspruchen. Ich freue mich, daß die Bundesregierung dies inzwischen akzeptiert. Das war nicht immer so.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU — Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Das ist nichts Neues! — Zuruf des Abg. Dr. Kurt Faltthäuser [CDU/CSU])

— Kollege Faltthäuser, Sie waren hilfreich dabei. Ich darf mich dafür bedanken. — Es darf weder am Wortlaut noch am tatsächlichen Gehalt der **Konvergenzkriterien** und damit an einem Kernstück des Vertrages gezweifelt und gerüttelt werden. Dies ist nicht nur Voraussetzung, um mehr Akzeptanz für den Inhalt des Vertrages in der deutschen Bevölkerung zu finden — so groß ist sie ja noch nicht —, sondern das ist auch Voraussetzung dafür, daß die Wirtschafts- und Währungsunion tatsächlich funktionieren wird.

Es ist also nicht Sturheit, wenn die strikte Erfüllung der Kriterien eingeklagt wird. Dies wird auch deshalb notwendig sein, weil der Druck, politische Bewertungen vorzunehmen, stark sein wird. Dies gilt nicht nur für das eine oder andere Kriterium — etwa den Anteil der Gesamtverschuldung am Bruttoinlandsprodukt —, sondern gerade auch dann, wenn Länder aus ihrer Geschichte heraus gern dabei sein wollen, aber die Kriterien nicht erfüllen. — Das wird deutlich, wenn wir südlich der Alpen schauen. — Denn es geht letzten Endes auch darum, daß sich ein Kern der wirtschaftlich erfolgreichen Länder in der Gemeinschaft — nämlich die, welche die WEU als Anfangsmitglieder gründeten — durch die Kriterien von den anderen Ländern auch formal abheben wird. Es muß deshalb in diesem

Dr. Norbert Wleczorek

(A) Zusammenhang deutlich davor gewarnt werden, die Kriterien und den Maßstab ihrer Erfüllung zu mißbrauchen, um in der Gemeinschaft ein Kerneuropa zu bilden, das politisch nicht trägt.

Das lose Gerede — ich bezeichne es bewußt so — über eine kleine Wirtschafts- und Währungsunion als Ersatz für einen an Dänemark oder England scheiternden Maastricht-Vertrag gibt Anlaß zu dieser Warnung. Man kann eine kleine **Kerngemeinschaft** wollen. Nur, dann soll man das klar sagen und sie nicht durch die Hintertür der Währungspolitik herbeiführen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Für uns muß der Vertrag von Maastricht und der Prozeß von Maastricht ein Integrationsfaktor der gesamten Gemeinschaft bleiben; beides darf im weiteren Verlauf nicht zum Sprengsatz werden. Unabhängig von diesen Kriterien gilt es daher für uns alle, den politischen Prozeß der weiteren Integration zu betrachten. Dies bezieht sich darauf, wie das Spannungsverhältnis zwischen Subsidiarität einerseits und Harmonisierung andererseits in der Praxis tatsächlich gelöst wird.

(Dr. Renate Hellwig [CDU/CSU]: Das stimmt!)

Da sieht es etwas schwieriger aus, als man so allgemein hört.

Wir werden daran arbeiten müssen, die Gemeinschaft stärker zu demokratisieren. Die neuen Rechte des Bundestages und des Bundesrates verlagern einen Teil der demokratischen Kontrolle in den innerstaatlichen Bereich. Dies ist aber kein Ersatz für die **Demokratisierung der Gemeinschaftsinstitutionen**.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Zielsetzung muß bleiben, eine demokratische Kontrolle auf gemeinschaftlicher Ebene zu schaffen. Nach meiner Auffassung verlangt dies allerdings eine Reform der EG-Institutionen: Kommission, Parlament und Rat. Statt über Brüssel und Straßburg zu lamentieren, sollte Energie darauf verwendet werden, die Institutionen so zu reformieren, daß sich die Staaten und Völker mit ihnen identifizieren können.

(Beifall bei der SPD)

Von daher ist auch die Forderung nach einer **europäischen Verfassung** wohlbegründet. Diese Forderung entspricht nicht nur unserer Zielsetzung einer stärkeren europäischen Integration, sie ist auch und gerade notwendige Voraussetzung, um die Wirtschafts- und Währungsunion mit Leben zu erfüllen und sie — um es klar und deutlich auszudrücken — dauerhaft machbar zu machen. Es ist richtig: Die Politik kann nicht ohne ökonomische Basis leben. Aber die ökonomische Basis und die unterschiedlichen und zum Teil gegensätzlichen ökonomischen Interessen lassen sich auf die Dauer nur dann zum Ausgleich bringen, wenn eine starke politische Klammer vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem der Ost-West-Konflikt beseitigt ist, kann diese Klammer nicht mehr in der gemeinsam empfundenen

Bedrohung liegen, sondern nur im positiven **Integrationswillen** aller Partnerländer. Hierin liegt unsere Zustimmung zum Vertrag wesentlich mitbegründet. (C)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Uta Wüfel [F.D.P.]

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Kollege Dr. Kurt Falthäuser das Wort.

Dr. Kurt Falthäuser (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine große Tageszeitung hat vor einiger Zeit formuliert, die Politik habe bei Maastricht überstürzt gehandelt und „das Resultat den Menschen übergestülpt“. Überstürzt? —

Richtig ist, daß sich gerade die Währungsunion mindestens bis zum Jahre 1962 zurückverfolgen läßt, daß bereits vor zwanzig Jahren mit dem Werner-Plan ein erster Anlauf gewagt wurde, der nur durch das Scheitern von Bretton Woods abrupt abgebrochen werden mußte. Nein, die **Währungsunion**, so wie sie nach dem Maastrichter Vertrag angelegt worden ist, ist weiß Gott nicht aus der Hosentasche gezaubert, ist nicht über Nacht gekommen, sondern ist das **Ergebnis** eines langen — wenn auch sicherlich nicht immer leicht zu verfolgenden — **Diskussionsprozesses**. Und ich füge hinzu: Es ist ein sorgfältig formuliertes Ergebnis. Theo Waigel hat in Maastricht exzellente Arbeit geleistet. Wir sollten dies am heutigen Tag der Ratifikation anerkennen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Der Finanzausschuß des Deutschen Bundestages hat das Ergebnis von Maastricht sehr sorgfältig in seinem währungspolitischen Teil geprüft. Der Bericht wurde gemeinsam formuliert und praktisch einstimmig — nur die PDS hat sich der gemeinsamen Sachbeurteilung entzogen — verabschiedet. Wir waren uns nicht nur in den Grundsätzen, sondern auch in der Vielzahl der fachlichen Einzelbeurteilungen einig.

Ich hätte mir gewünscht, daß die **Gemeinsamkeit** zwischen den **Fraktionen** am heutigen Tag eine Ergänzung in der Gemeinsamkeit von Bundestag und Bundesrat gefunden hätte. Ich persönlich empfinde es als einen Mangel der heutigen Sitzung, daß der Präsident des Bundesrates oder zumindest sein Vertreter an diesem wichtigen Tag nicht präsent ist —

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. — Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Das ist unglaublich!)

und dies nach den Diskussionen über Art. 23!

Ich will aus den Einzelpunkten, die wir diskutiert haben, drei herausgreifen.

Erstens die **Konvergenzkriterien:**

Die in Zahlen zu messenden Maßstäbe für die wirtschafts- und finanzpolitischen Stabilitätserfolge der einzelnen Vertragspartner — offenbar zur besseren Verständlichkeit für den Mann auf der Straße mit dem Kunstwort „Konvergenzkriterien“ verschleiert — sind nach unserer Auffassung nicht grober Orientierungsrahmen, sondern feste Grundlagen für das Fort-

Dr. Kurt Falthäuser

- (A) schreiten des Integrationsprozesses. Wir sollten durch die Turbulenzen im Europäischen Währungssystem gewarnt sein. Politische Festlegungen am grünen Tisch können die Unerbittlichkeit der ökonomischen Grunddaten nicht negieren. Deshalb heißt es richtigerweise auch in unserer Entschließung, die wir heute verabschieden wollen, daß diese Kriterien beim Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion „eng und strikt“ auszulegen sind.

Dabei erscheint uns wichtig, daß die Prüfung der Stabilitätskriterien nicht auf eine Momentaufnahme abstellt. In der Entschließung weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß die Entscheidung für den Übergang zur dritten Stufe nur auf der Grundlage erwiesener Stabilität, des Gleichlaufs bei den wirtschaftlichen Grunddaten und erwiesener **dauerhafter haushalts- und finanzpolitischer Solidität** der teilnehmenden Mitgliedstaaten getroffen werden darf. Gerade weil einzelne Kriterien in gewissem Umfang kurzfristig manipulierbar sind, z. B. Wechselkursrelationen oder die Zinsen, muß auf eine dauerhafte Erfüllung des Konvergenzprozesses abgestellt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU — Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Das ist richtig und wichtig!)

Die Maßstäbe, die für eine stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik im Maastrichter Vertrag zugrunde gelegt worden sind, sind sicherlich nicht bis ins letzte perfekt — es gibt keine mechanistisch perfekte Urteilsmaschinerie —, aber die vorgelegten Kriterien sind eine gute Urteilsbasis.

- (B) Unterstrichen werden muß dabei, daß beim Kriterium der **Verschuldung** auch **Sonder- und Nebenhaushalte** mit einfließen müssen. An dieser Stelle muß erneut an die Länder und Kommunen appelliert werden, sich in gleicher Weise wie der Bund zu bemühen. Es kann nicht angehen, daß der Bund seine Ausgaben auf 2,5 % beschränkt — jetzt im Haushalt 1993 wieder dokumentiert — und eine ganze Reihe von Großkommunen mehr als 10 % drauflegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich frage mich, wie wir den **Gleichklang der Konsolidierungsbemühungen** herstellen können, ohne Art. 109 des Grundgesetzes zu ändern. Hier kann die Diskussion am heutigen Tag nicht beendet sein. Im Gegenteil: Die Diskussion zu diesem Problem muß erst beginnen.

(Heidemarie Wiecek-Zeul [SPD]: Warum haben Sie das im Ausschuß nicht beantragt, Herr Falthäuser?)

Zweitens zur Beteiligung des Bundestages: Es entspricht praktischer Lebenserfahrung, daß einfache und überschaubare Sachverhalte Vertrauen geben können, Sachverhalte von komplexer Unübersichtlichkeit aber Anstoß für Mißtrauen geben. Und wenn sich komplexe Sachverhalte dann noch über einen langen Zeitraum prozeßhaft entwickeln, dann wächst Vorsicht zur Angst, wird Zurückhaltung zur Ablehnung.

So ist es auch mit dem höchst kompliziertesten Prozeß der Europäischen Währungsunion. Daß sich in einem Zeitraum von sieben Jahren, in vorweg festgelegten

Prozeduren, in einem umfänglichen Vertragswerk niedergelegt, ein ökonomisches Verfahren vollziehen soll, das scheinbar automatisch ablaufen soll — das muß Widerwillen bei denen hervorrufen, die nicht selbst politische Mechaniker im Maschinenraum des europäischen Schiffes sind. Die Bürger in unserer demokratischen Gesellschaft wollen, daß politische Prozesse nicht irreversibel sind. Sie wollen Automatismus nicht für viele Jahre, sondern wollen die Verantwortlichen zeitnah kontrollieren und beeinflussen. Deshalb ist die legitimierende **Beteiligung des Deutschen Bundestages** nicht auf die heutige Zustimmung zum Maastrichter Fahrplan zu beschränken, sondern dieses Votum muß sich auf den gesamten ökonomischen **Weg in die dritte Stufe der Währungsunion** beziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Es ist nicht nur legitim und unerläßlich, sondern zur Stützung der dann entscheidenden Regierungschefs auch nützlich, daß sich der Deutsche Bundestag 1996 und ein zweites Mal 1998 eine eigenständige Beurteilung der ökonomischen Situation zutraut und sie auch umsetzt. Das ist kein Vorbehalt gegenüber dem Vertragstext. Das ist keine Option für Neuverhandlungen, wie der Finanzminister bereits deutlich gemacht hat. Das ist kein Mißtrauen gegenüber der Qualität des Vertrages, sondern die eigenständige Beurteilung der ökonomischen Situation an Hand der in diesem Vertrag festgelegten Urteilsmaßstäbe. Es ist eine eigenständige Beurteilung, wie sie jedem freien Parlament zusteht. Und, Frau Wiecek-Zeul: Das ist kein „Parlamentarvorbehalt“. Dieser Begriff würde das Mißtrauen unserer Partner zu Recht wecken. Wir wollen unsererseits eine Beurteilung vornehmen, wir wollen keine Opting-out-Klausel!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Weil wir die Befürchtungen der Bevölkerung dadurch einigermaßen dämpfen können, sollten wir diese Haltung auch heute dokumentieren. Wir tun es mit unserem Entschließungsantrag.

Lassen Sie mich noch zu einem dritten Punkt etwas sagen: zum **gemeinsamen Geld**.

Die Lehrbücher der Volkswirtschaftslehre beschreiben drei unabdingbare Elemente einer Währungsunion: erstens uneingeschränkt konvertible Währungen, zweitens vollständig liberalisierten Kapitalverkehr und drittens irreversible Fixierung der Wechselkursparitäten.

Nicht zu den unabdingbaren Elementen einer Währungsunion gehört das einheitliche Geld. Genaugenommen wäre eine Union nur mit den erstgenannten drei zwingenden Elementen eine Wechselkursunion. Diese aber hat die gleichen ökonomischen Effekte wie eine Währungsunion mit gemeinsamem Geld, wenn man einmal die Transaktionskosten beiseite läßt.

Diese Beleuchtung der theoretischen Grundlagen ist deshalb wichtig, weil die Bevölkerung gegen den Maastrichter Vertrag nichts mehr eingenommen hat als die Aussicht auf den **Verlust** des eigenen Geldes, **der D-Mark**. Dabei wird für das einheitliche Geld im

Dr. Kurt Falßhauer

- (A) Vertrag weder ein Termin fixiert, noch drückt der Vertrag dazu einen klaren Wunsch aus.

Der Finanzausschuß hat sich dazu verstanden, daß diese Frage vor allem auf Art. 16 der Satzung des europäischen Systems der Zentralbanken abstellen soll. Dort heißt es ausdrücklich, daß das europäische Zentralbankensystem „soweit wie möglich die Gepflogenheiten bei der Ausgabe und der Gestaltung der Banknoten“ berücksichtigt. Diese Regelung gibt die Möglichkeit, bei der Frage des gemeinsamen Geldes sowohl zeitlich als auch in der technischen Ausgestaltung sehr viel variabler zu verfahren, als es in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Wir stellen auf den **Vorrang der Konvergenzentwicklung** ab und nicht auf die Technik gemeinsamer Münzen und gemeinsamer Banknoten. Kurz gesagt: Die Währungsunion muß kommen, die D-Mark muß nicht verschwinden.

Der Weg der D-Mark ist eine Erfolgsgeschichte, meine Damen und Herren: vom „Besatzungschild“ des Jahres 1948 zur weltweit anerkannten, harten Währung und zum finanziellen Anker der Europäischen Gemeinschaft. Mit dem Maastrichter Vertrag wird diese Erfolgsgeschichte nicht beendet, sondern fortgesetzt. Wir geben nichts auf, sondern gewinnen etwas hinzu. Die **Stabilität der D-Mark** wird **Meßlatte und Fundament** in einer **Währungsunion** sein. Deshalb sagen wir nicht nur ja zu Europa, sondern auch ja zur Europäischen Währungsunion in dem Vertrag von Maastricht.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

(B)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Kollege Dr. Helmut Haussmann das Wort.

Dr. Helmut Haussmann (F.D.P.): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird kein gutes **Europa** werden, wenn es von uns nicht mit wirklich ehrlicher **Grundüberzeugung** getragen wird. Leider stelle ich bei einigen Kollegen fest, daß sie diesem Europavertrag nach dem Motto zustimmen: Ich stimme zwar zu, aber doch mit sehr vielen Aber — Ich empfinde es als einen Mangel, daß wir in dieser international wichtigen Diskussion hier allzusehr die Vorbehalte der nationalen Fachpolitiker — die im Sonderausschuß ihren Sinn haben — vortragen, so daß manchmal der Eindruck entsteht, als hätten wir nur Vorbehalte und als sei es im Grunde nur außenpolitisch notwendig, jetzt ja zu Europa zu sagen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Jeder weiß, daß die europäischen Vorteile die vielen nationalen Nachteile weit überwiegen.

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Hoffentlich wird heute jedem Deutschen klar, daß wir gerade angesichts der aktuellen innenpolitischen Lage ein solches Angebot zur Mitarbeit, zur Integration in Europa mit diesen Konditionen nicht mehr bekommen würden.

(Dr. Renate Hellwig [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Das ist meine Überzeugung. Das zeigen auch viele Diskussionen in Dänemark und in anderen Ländern.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Als Ökonom möchte ich folgendes sagen: Wir Abgeordneten brauchen der **Wirtschafts- und Währungsunion** nicht mit schlechtem Gewissen zuzustimmen. Der Vertrag ist auch hier sehr viel besser, sehr viel langfristiger, sehr viel weiser, als viele provinzielle Kritiker sowohl in den Parteien — leider — als auch in den Medien, u. a. bei führenden Zeitungen, zugeben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU — Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Die meisten haben ihn gar nicht gelesen!)

Denn die von uns Deutschen ersonnenen und auch durchgesetzten **Konvergenzkriterien**, von denen man nicht geglaubt hat, daß elf andere Länder ihnen zustimmen, werden heute von uns mit einem klaren Ja belohnt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Es ist eben so, wie Theo Waigel ausgeführt hat: Dieser Vertrag belohnt die zustimmenden Regierungen, aber auch die entsprechenden Parlamente in ihrer Haushaltspolitik mit dem Aufstieg in die **Euroliga der Stabilität** und mit allen Vorteilen der Mehrbeschäftigung, der sozialen Stabilität und zusätzlicher ausländischer Direktinvestition.

(Dr. Renate Hellwig [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

(D)

Der Vertrag bestraft all diejenigen Parlamente und Regierungen mit dem Abstieg in die **Regionalliga der Instabilität**, die ihre Hausaufgaben nicht lösen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Was die **Mitwirkung** von uns **Parlamentariern** beim Eintritt in die **dritte Stufe** angeht, so ist völlig klar: Ohne unser Ja läuft dies nicht. Jede Regierung wäre verrückt, wenn sie sagte: Trotz des negativen Votums stimmen wir dem zu.

(Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: So ist es!)

In der Realität Ende der 90er Jahre wird sich die Lage so darstellen: Lösen wir im deutschen **Parlament** und in den **Länderregierungen** nämlich nicht unsere **Hausaufgaben** der Deregulierung, der Privatisierung und der Wachstumsstabilisierung, dann werden wir nicht dabeisein. Das ist die Realität.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU — Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Sehr gut! Genauso ist es!)

Die Auswirkungen wären in doppelter Hinsicht negativ: Wir hätten dann unsere heute noch gute nationale D-Mark auch ohne Europäische Währungsunion instabil gemacht. Zweitens hätten wir dem vereinigten Europa wirklich einen Bärendienst erwiesen, denn ohne die D-Mark fehlt in Europa die Ankerwährung. Es käme damit durch unser Verschulden zu keiner echten Eurowährung.

Täuschen wir uns nicht, meine Damen und Herren: Im internationalen **Wettbewerb** kann man auf Dauer

Dr. Helmut Haussmann

(A) nicht mit einer gehobenen **Freihandelszone** bestehen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU —
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Sehr gut!)

Wir machen uns viel zuwenig klar, daß wir es in Amerika mit 240 Millionen Menschen zu tun haben, die seit Jahrzehnten in einer Wirtschafts- und Währungsunion leben.

(Dr. Renate Hellwig [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Dasselbe gilt für Japan. Dort leben 120 Millionen tüchtige und sparsame Menschen seit Jahrzehnten in einer Wirtschafts- und Währungsunion. Wir haben angesichts dieser Triade gar keine andere Wahl, als diese Freihandelszone zu einer wirklichen Wirtschafts- und Währungsunion weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU —
Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Sehr gut, das werden wir auch tun!)

Ich möchte Herrn Wieczorek, aber auch Herrn Barbier von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zurufen: Verabschieden wir uns auch von der Illusion, daß wir Deutschen in einer Welt der offenen Grenzen, der offenen Güter- und Kapitalmärkte, der sich international finanzierenden Konzerne unsere D-Mark ausschließlich mit nationaler Geld- und Kreditpolitik schützen können.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU —
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Sehr gut!)

(B) Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Es macht Sinn — das liegt im deutschen Interesse —, wenn wir uns mit gleichgerichteten stabilen Währungen im Zentrum Europas zu einer wirklichen dauerhaften **Stabilitätsgemeinschaft** verbünden, was auch außenpolitisch von allergrößter Bedeutung ist.

Lassen wir auch bitte den erhobenen deutschen Zeigefinger unten! Ein Land, das derzeit auf Platz sechs der Euro-Stabilitätsliga rangiert, hat andere im Moment nicht zu belehren.

Deshalb auch ein Wort zu den **Sozialdemokraten**. Sie pochen — völlig zu Recht — auf Ihre **Mitsprache beim Eintritt in die dritte Stufe**. Tun Sie aber jetzt auch Ihre Pflicht, um diese dritte Stufe zu erreichen!

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Machen Sie mit im Solidarpakt! Wirken Sie auf Ihre Ministerpräsidenten ein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ohne den Abbau der hohen Staatsverschuldung in den Ländern, ohne konsequenten Subventionsabbau, ohne eine flexible Tarif- und Arbeitszeitpolitik wird Deutschland die Stabilitätsliga nicht erreichen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Nein, meine verehrten Kollegen, wir brauchen kein schlechtes Gewissen zu haben, wenn wir der Wirtschafts- und Währungsunion zustimmen. Im Gegenteil: Wir haben jetzt unsere Chance zu nützen.

Ein Letztes: Antworten wir heute europäisch auf die Herausforderung auch des neuen Amerikas unter Clinton und ebenso auf die ökonomische Herausfor-

derung aus Japan. Geben wir der **Jugend Europas** eine europäische **Vision**, lassen wir nicht die alten europäischen Zweifel aufkommen, übernehmen wir **Europäer** endlich den Teil an **Mitverantwortung**, der von uns erwartet wird und der uns auch zusteht!

Die F.D.P. wird daher diesem Vertrag aus Überzeugung zustimmen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Und nun hat der Ministerpräsident des Landes Hessen, Hans Eichel, das Wort.

Ministerpräsident **Hans Eichel** (Hessen): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Deutsche Bundestag will heute den **Vertrag von Maastricht**, die dazu notwendigen Grundgesetzänderungen und -ergänzungen und die dazu wiederum erforderlichen einfachen Gesetze verabschieden. Der Bundesrat wird sich mit diesem Fragenkomplex am 18. Dezember beschäftigen.

Was ist zu dieser Zeit in **Europa** los? — Ethnische Konflikte und Bürgerkriege in Jugoslawien, die Tschechoslowakei aufgelöst, Konflikte in den Nachbarstaaten der Sowjetunion, die zu harten Kriegen werden können, und — der Bundeskanzler hat Recht — ein Wiederaufflackern nationalistischer und auch separatistischer Tendenzen in Westeuropa.

Was ist in **Deutschland** los? — Menschen aus anderen Ländern, auch Menschen aus jenen Ländern, mit denen wir jetzt die Europäische Union begründen wollen, leben in unserem Lande nicht mehr sicher, werden in diesem Lande gejagt, verfolgt und auch zu Tode gebracht.

Wir haben Anzeichen der Desintegration, eines rückwärtsgewandten Nationalismus und auch des Separatismus — allenthalben in Europa.

Die Antwort darauf kann nur eine offensive Politik der Integration nach innen und nach außen sein.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Ulrich Irmer [F.D.P.])

Die deutschen Länder — ich sage das völlig unabhängig von den parteipolitischen Positionen der Landesregierungen — sind — ich wünschte mir, auch der Bundesaußenminister hörte das — nachdrücklich für eine solche „Politik der offensiven Integration“. Sie sind trotz mancher Bedenken, die es zum Vertragswerk von Maastricht gibt, die auch im Bundestag vorhanden sind und die sich in der Entschließung niederschlagen, die sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat verabschieden werden, ausdrücklich für die Verabschiedung des Vertragswerks von Maastricht, weil sie der Meinung sind: Der **Prozeß der europäischen Integration** darf nicht gestoppt, sondern muß — im Gegenteil — vorangetrieben werden.

(Dr. Renate Hellwig [CDU/CSU]: Auch bei Europol!)

— Ich komme gleich auf Einzelheiten zu sprechen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg)

Ministerpräsident Hans Eichel (Hessen)

- (A) Deswegen möchte ich dem Bundesaußenminister zunächst eine Angst nehmen: Wenn die **Bundesländer** künftig am Prozeß der europäischen Integration stärker beteiligt sein werden, so werden sie im Sinn des Vorantreibens, nicht etwa im Sinn einer Bremse davon Gebrauch machen.

(Dr. Renate Hellwig [CDU/CSU]: Die Botschaft hör' ich wohl!)

Allerdings — auch das sage ich dem Bundesaußenminister — wollen wir über Kulturfragen, über Fragen der Bildungspolitik, über Fragen der Medienpolitik, über Fragen der Gesundheitspolitik oder gar des Fremdenverkehrs, was nach unserem Willen nicht in Brüssel geregelt werden soll und vernünftigerweise dort vielleicht nicht geregelt würde, nicht den Bundesaußenminister entscheiden sehen; denn das sind Angelegenheiten der Länder. Wenigstens in diesen Bereichen wollen wir sagen, was gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage das an einige aus der F.D.P.: Von einer Außenpolitik der Länder und von der Umwandlung des Bundesstaates in einen Staatenbund war zu keiner Zeit die Rede. Wir wollen aber dezidiert nicht, daß auf dem Altar der europäischen Einigung Kompetenzen, die vernünftigerweise bei den Ländern liegen, geopfert werden. Weil man die großen Fragen Europas noch nicht lösen kann, bedient man sich bei den Kompetenzen der Länder. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD — Bundeskanzler

Dr. Helmut Kohl: Das machen wir doch nicht!)

(B)

— Herr Bundeskanzler, wir sind gar nicht unterschiedlicher Meinung. — Das macht Europa bürgerferner. Es ist gerade der Beitrag, den die deutschen Länder leisten können, daß Europa näher bei den Bürgern ist.

(Ulrich Irmer [F.D.P.]: Wir sind gespannt!)

Damit bin ich bei der **Zusammensetzung des Regionalausschusses**. Es gibt zwei Konfliktpunkte, die noch nicht ausgeräumt sind.

(Dr. Franz Möller [CDU/CSU]: Vermittlungsausschuß! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Ich rate, in Ruhe darüber zu reden.

Der Regionalausschuß — ich denke, jeder, der Föderalist ist, versteht das — ist aus der Sicht der Länder die Option dafür, unterhalb der nationalen Ebene ein Europa mit starken Regionen zu bauen.

(Karl Lamers [CDU/CSU]: Einverstanden!)

In den Regionen gibt es und wird es, wenn der Föderalismus überhaupt funktioniert, eine starke kommunale Selbstverwaltung geben.

Eines aber ist klar: Diesen Regionalausschuß mit der Option der Beteiligung an der Gesetzgebung in Europa werden Sie nicht erreichen, wenn er aus verschiedenen Ebenen zusammengesetzt ist. Das ist das eigentliche Problem, mit dem wir es zu tun haben. An dieser Stelle weiß ich mich mit den Vertretern aller Regionen Europas einig; denn die Vereinigung der

Regionen Europas hat diese Position dezidiert formuliert. (C)

Dies sagt nun nicht, Herr Bundeskanzler, daß es keinen Weg gibt, wie die Länder **Vertreter auch aus den Kommunen** in den Kommunalausschuß bringen. Es ist aber eine Wahrheit — das sage ich gerade an die F.D.P. —, daß sich die Länderebene um die kommunale Selbstverwaltung schon deswegen viel mehr bekümmert, weil das Wohlergehen oder Nichtwohlergehen der Kommunalhaushalte unmittelbare Folgen für die Landeshaushalte hat, während ich das Entsprechende nicht immer auf der Seite des Bundes entdecken kann. Ich könnte eine Reihe von Beispielen aus der Finanzgesetzgebung nennen.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Herr Ministerpräsident, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage zu beantworten?

Ministerpräsident **Hans Eichel** (Hessen): Gern.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Bitte sehr.

Dr. Renate Hellwig (CDU/CSU): Herr Ministerpräsident, können Sie mir zustimmen, daß beim Vorläufer des Regionalausschusses, von der Kommission eingerichtet, ursprünglich nur die Kommunen vertreten waren und sie den Ländern aus Mitgefühl einen Platz gegeben haben

(Lachen bei der SPD)

und daß sie im Europaausschuß darüber geklagt haben, eine vergleichbare Bereitschaft, ihre Standpunkte jetzt in den Regionalausschuß hereinzunehmen, hätte eigentlich selbstverständlich sein sollen? (D)

Ministerpräsident **Hans Eichel** (Hessen): Es war Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz — darüber habe ich auch mit Herrn Delors geredet, und er hat die Zusage gegeben —, daß der Regionalbeirat künftig nur aus Vertretern der kommunalen Selbstverwaltung besetzt wird, weil wir die kommunale Selbstverwaltung in Europa — da hat Deutschland übrigens auch etwas einzubringen — wollen.

Ich sage aber noch einmal — dazu gibt es eine dezidierte Position der Ministerpräsidenten, die in Deutschland übrigens verfassungsrechtlich abgesichert ist —: Die entscheidende Frage ist, was der Regionalausschuß künftig eigentlich sein soll. Soll er nur ein Beratungsgremium sein — das ist nicht unsere Position —, dann können Sie so argumentieren, wie Sie es soeben getan haben. Wenn er aber künftig in die europäische Gesetzgebung eingebaut werden soll, um auch die regionale Ebene zu sichern, dann allerdings wird man über die Zusammensetzung anders nachdenken müssen. Ich sage Ihnen nur, was die einvernehmliche Position der Ministerpräsidenten in dieser Frage ist.

Im übrigen sage ich Ihnen mit aller Zurückhaltung: Die kommunale Selbstverwaltung — ich wiederhole das — wird von den Ländern schon aus Eigeninteresse nachhaltig gefördert, soweit es überhaupt möglich ist. Wir könnten das hier intensiv diskutieren; ich will es aber nicht vertiefen.

Ministerpräsident Hans Eichel (Hessen)

(A) Zur Beteiligung der Länder an der innerstaatlichen Willensbildung im Zusammenhang mit **Art. 23 GG**: Ich möchte ausdrücklich herzlichen Dank all denen sagen, die daran mitgewirkt haben. Ich sage ausdrücklich, Herr Bundeskanzler, daß wir sehr wohl zur Kenntnis genommen haben, daß Sie überzeugter Föderalist sind.

Ich sage großen Dank an die SPD-Fraktion, an meine eigene Partei, die hier eine föderalistische Position bezogen hat, was wir in der Ministerpräsidentenkonferenz sehr gern zur Kenntnis genommen haben. Ich danke auch den Damen und Herren in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Ihnen, Herr Professor Scholz, die Sie diesen Weg mit eröffnet haben.

Ich sage noch einmal: Die Länder haben begriffen — das allerdings bitte ich auch Sie alle zu sehen —, daß es ein Ausweis des enormen Fortschritts der Europapolitik ist, daß **Europapolitik Innenpolitik** geworden ist. Dann aber muß auch gelten, daß, wenn Kompetenzen übertragen werden, die im innerdeutschen Recht nicht nur an die Zustimmung der Länder, sondern an Zweidrittelmehrheiten gebunden sind, dieses Quorum auch in Europa gilt. Das ist der qualitative Sprung.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen finde ich die Fortentwicklung unseres Grundgesetzes erfreulich, daß ein neuer Art. 23 an die Stelle des bisherigen gesetzt wird. Ich bekenne mich ausdrücklich dazu.

(B) Ich bedauere, daß das, was wir ursprünglich gemeinsam wollten, nämlich daß am 1. Januar dieses Jahres das neue Bund-Länder-Verhältnis in Sachen Europa in Kraft tritt, nicht ganz so verwirklicht wird. Wir haben uns aber einvernehmlich darüber verständigt, wie es geschehen soll.

Ich kündige ausdrücklich an, daß bei Art. 6 des **Beteiligungsgesetzes** des Bundestages, soweit es um die Frage geht, welches Votum entscheidend ist, noch kein Einvernehmen, so vermute ich, mit dem Bunderrat besteht. Das werden die Diskussionen der nächsten Tage zeigen.

Wir jedenfalls halten uns an die Absprachen, die am 13. November dieses Jahres zwischen Bund und Ländern getroffen worden sind. Ich wäre sehr dankbar, wenn das überall in diesem Hause geschähe. Dann würden wir diesbezüglich keine Probleme bekommen, auf die wir keinen Wert legen.

Zum Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die **europäische Integration** muß offensiv vorangetrieben werden. Ich sage noch einmal ausdrücklich: In diesem Punkt gibt es überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten, jedenfalls nicht mit den deutschen Ländern.

Ich bin nicht sicher, ob die Diskussion der letzten Monate, die eher auf Rückzug zielte, Brüssel solle nicht so viel machen, schon hinreichend war, um die neue Offensive einzuleiten. Ich glaube, daß die Diskussionen über die Ausgestaltung einer europäischen Verfassung, um die Beseitigung des Demokratiedefizits — Themen, die der Bundeskanzler vorhin in seiner

Regierungserklärung sehr intensiv angesprochen hat — uns weiter voranbringen werden. (C)

Was Integration nach außen notwendig macht, macht ebenso **Integration nach innen** notwendig. Wir werden nicht europafähig sein, wenn wir nicht fähig sind, in unserem Lande mit den Europäern gleichberechtigt zusammenzuleben.

(Beifall bei der SPD)

Ganz unabhängig von Maastricht — es gibt eine Reihe europäischer Länder, die z. B. das Kommunalwahlrecht für Ausländer lange vorher eingeführt haben — wird es aus Gründen unseres inneren Friedens und auch um uns europafähig zu machen, notwendig, daß wir endlich alle Menschen, die im Staatsgebiet Deutschland auf Dauer und zu Recht leben, gleichberechtigt als Bürger in diesem Land ansehen,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

daß wir ihnen über den Weg des Ausbaus zur europäischen Staatsbürgerschaft Wahlrechte geben, daß wir über den Weg der Doppelstaatsbürgerschaften und über erleichterte Einbürgerungen auch anderen die Möglichkeit geben, sich vollberechtigt zu beteiligen, da zu Recht auch davon die Rede war, Europa dürfe seine Grenze nicht an der Oder-Neiße-Linie finden.

Deswegen müssen wir unseren **Begriff der Nation und des Staatsvolks** — das ist, glaube ich, ein Zukunftsprojekt, das wir noch leisten müssen — für die Zukunft noch einmal überprüfen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der romantische Begriff der Nation — soweit Kulturation, z. B. mit einer einzigen Sprache gemeint war — ist so lange unproblematisch, als daraus nicht die Forderung abgeleitet wird, das müsse dann auch ein einziges Staatsgebiet sein. Das ist in Europa grundsätzlich unmöglich, war aber auch in der Vergangenheit nicht der Fall; es kann in Deutschland, das in der Mitte Europas liegt und auf das natürlich viele Wanderungsströme gerichtet sind, in Zukunft überhaupt nicht der Fall sein.

Also müssen wir den Begriff des Staatsvolks von diesem Nationenbegriff befreien. Wir werden dazu kommen müssen, wie übrigens auch andere Länder in Europa, daß zum Staatsvolk der gehört, der auf Dauer in unserem Staat lebt;

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

sonst werden wir, fürchte ich, keinen inneren Frieden haben.

Gute Nachbarn anderer Völker in Europa können wir nur dann sein, wenn wir gute Nachbarn der Angehörigen dieser Völker — nebenan in derselben Straße, auch hier bei uns — sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P., der PDS/Linke Liste und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(A) **Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Das Wort hat der Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich nicht gern zur Legendenbildung beitragen möchte, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Zunächst einmal komme ich zu den Punkten, in denen wir völlig übereinstimmen. Ich denke, eines sagen wir alle aus Überzeugung: Dieses Europa muß eine **föderale Ordnung** haben, denn ohne sie kann es nicht gedeihen. Wer einen stringenten europäischen Zentralstaat wünscht, muß wissen: Er will etwas unternehmen, was gegen den Sinn und die Lehre der Geschichte spricht.

Es ist nicht denkbar — wenn ich die Entwicklung etwa bis Ende 1996 bedenke —, daß wir von Stockholm oder Helsinki bis nach Palermo oder Edinburgh auf dem weiten Feld aller politischen und gesellschaftlichen Gebiete, die die Menschen bewegen, eine Einheitsform schaffen; das wäre — um das klar und deutlich auszusprechen — ein schlimmes Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das heißt, ich bin völlig mit Ihnen einverstanden, daß wir beispielsweise die kulturelle Dimension Europas — die ich sowieso sehr viel lieber weiter vorn in der Sprache unseres Europadenkens und -handelns und -redens sähe — nicht von dem trennen, was kulturelle Tradition von Regionen, von überschaubaren Größen ausmacht, wie es in den letzten Jahrzehnten unsinnigerweise auch schon geschehen ist. In der Kulturlandschaft Deutschlands herrscht keine völlige Einmütigkeit, Gott sei Dank. Das ist eine breite Palette, denken Sie an Schleswig-Holstein, an Mecklenburg-Vorpommern oder an Bayern; das alles ist ein Stück Deutschland. Wir sind glücklich, daß sich diese Farbigkeit erhalten hat.

Das ist auch der Schatz der föderalen Ordnung, die viel mit unserer Geschichte zu tun hat und die während der Verfassungsgebung in den Jahren 1948 und 1949 von einem Teil der damaligen Besatzungsmächte zur Schwächung Deutschlands gedacht war.

In diesen Tagen ist ein hochinteressantes Buch erschienen, das den amerikanischen Hochkommissar jener Zeit würdigt. Da kann man sehr genau nachlesen, warum der eine oder andere den Verfassungsvätern und -müttern damals aufgegeben hat, daß die föderale Ordnung möglichst ausgeprägt sein sollte. Das, was als Schwächung gedacht war, hat sich als Stärke erwiesen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich kann nur sagen: Wer das ändern will, ist schlicht und einfach ein Narr oder ein Tor. Das kann nicht unsere Politik sein.

Wir haben es in Europa mit vielen ausgeprägten **Nationalstaaten** zu tun. Italien beispielsweise ist heute in einer starken Weise stolz auf seine nationalstaatliche Tradition. Trotzdem haben die Wahlen der letzten zwei Jahre gezeigt, daß sich nicht nur in

Südtirol, sondern auch in anderen Gebieten Italiens regionale Tendenzen offenbaren, die den Nationalstaat zwar nicht zerstören wollen, die aber die Farbigkeit der einzelnen Provinzen und Regionen deutlicher werden lassen.

Charles de Gaulle hat das Wagnis eines Referendums über die **Regionalisierung** unternommen und ist daran gescheitert. Das hat auch etwas mit der Entwicklung des Regionalbewußtseins zu tun gehabt. Probleme haben auch die Spanier.

Ich bin kein Prophet; aber wenn Sie die latenten Konflikte, die sich im Raum Großbritanniens und auch in der Nachbarschaft entwickelt haben und die wir dauernd zur Kenntnis nehmen müssen, lösen wollen, müssen Sie sie regional lösen.

Daß das Südtirol-Paket zustande gekommen ist, hat etwas damit zu tun, daß man endlich begriffen hat, mit einem nationalstaatlichen Denken der 20er und 30er Jahre nach der Völkerwanderung, die man dort erzwungen hatte, keine befriedende Lösung finden zu können. Das ist die Lehre der Geschichte. Deswegen müßten wir wirklich Narren sein, wenn dieses Europa nicht eine föderale Ordnung hätte. Föderale Ordnung heißt auf unsere Verhältnisse bezogen, daß die Regionen durch die Bundesländer verkörpert werden.

Im übrigen, Herr Ministerpräsident, gibt es in anderen EG-Ländern nichts, was mit unseren Bundesländern vergleichbar ist. Aber ich bin ziemlich sicher, daß sich die Regionen und die Länderordnungen einander annähern werden. Ich glaube, in Europa ist ein Prozeß in Gang gekommen, und wir können ihn nur begrüßen, in dem wir uns auch in solchen staatsrechtlichen Formationen einander annähern, die vor 20 bis 30 Jahren in den betreffenden Ländern für völlig undenkbar gehalten wurden. Ich glaube, in dem Punkt sind wir einig.

Ich sage noch einmal verbindlich für die Bundesregierung — Sie haben in dem Punkt völlig zu Unrecht den Bundesaußenminister angesprochen, meine Damen und Herren —: Wir haben eine klare Position. Wir wollen die föderale Ordnung in unserem eigenen Land.

Sie werden erleben, daß sich der Bundesaußenminister — genauso wie ich jetzt — in Edinburgh und in der Zeit danach nicht zuletzt an diesem Gesichtspunkt ausrichtet, wenn es darüber zu reden gilt, ob bestimmte Richtlinien der EG, die wir für unnötig, auch für töricht halten, zurückgenommen werden.

Die EG hat auf Vorschlag vieler Richtlinien erlassen — das ist nicht nur eine Schuld von Brüssel —, die auf deutsche Verhältnisse übertragen, in Deutschland sehr viel besser auf Länderebene ergangen wären.

Ich bin im übrigen bei einer Reihe dieser Richtlinien der Meinung, es hätte überhaupt keiner Richtlinie bedurft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich könnte mir vorstellen, daß es viele Landräte und Oberbürgermeister in Deutschland gibt, die das sehr viel besser machen können als beispielsweise Brüssel, Bonn, Wiesbaden oder München.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

(A) Ich finde, das, was wir hier brauchen, ist doch ein neuer Aufbruch zu einer Art **Dezentralisierung**. Es geht dabei um Bürgernähe im besten Sinne des Wortes und im übrigen auch um ein Stück Machtdezentralisation. Daß die Geschichte der Bundesrepublik alles in allem glücklich verlaufen ist, hat doch etwas damit zu tun — das kann man doch aussprechen —, daß es zwar auf dieser Seite des Hauses — sprich: auf der Regierungsbank — unterschiedliche Koalitionen gab, aber daß das nie dazu führte, daß durch entsprechende neue Mehrheiten in den Ländern und im Bundesrat über Nacht eine völlig uniforme Situation wie in einem Zentralstaat eingetreten ist.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das war eben auch nicht so wie in Großbritannien mit seinem Mehrheitswahlrecht. Die Dezentralisation von Macht hat sich doch bei uns gut ausgewirkt.

Also, wir sind uns, wie ich denke, einig. Jetzt öffnen wir das Tor weit für Europa; wir nehmen einen neuen Anfang. Ich sprach — und es ist so — von einer geschichtlichen Stunde. Jetzt streiten wir uns, ob bei 24 Sitzen im Regionalausschuß drei dieser Sitze von **Vertretern der Gemeinden** besetzt werden können. Wir schließen hier, Herr Ministerpräsident, nicht den Westfälischen Frieden von Münster ab, und es geht auch nicht um die Frage, ob wir acht-, sechs- oder vierspännig vorgehen. Wir leben im Jahr 1992. Daher frage ich Sie, den langjährigen verdienten Oberbürgermeister von Kassel, und alle Ihre Kollegen —

(B) (Ulrich Irmer [F.D.P.]: Er wurde nie wiedergewählt!)

— ich sage das jetzt sehr ernst —: Ist das wirklich ein Europa der Bürger, wenn wir jetzt darüber streiten? Die Länder haben 21 Sitze, nach Größenordnungen verteilt. Man kann auch darüber reden, ob das der richtige Schlüssel ist. Sie haben ohnedies einen Nachholbedarf auf Grund der deutschen Einheit. Sie haben sich da nämlich durch einen kleinen Streich die Stimmenverteilung anders zurechtgelegt, als sie seit 1949 im Bundesrat waren. Das ist hier eine gute Gelegenheit, dies einmal anzubringen. Das liegt mir seit langem auf der Seele.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt komme ich zu meinem Vorschlag, daß wir nicht darüber streiten sollten, wer die 24 Vertreter im Regionalausschuß vorschlägt; das sollen die Länder tun. Dem Denken entsprechend dem Protokoll des Friedens von Münster/Westfalen ist also Rechnung getragen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Ich sage als Zweites dazu: Unser Wunsch ist ein Europa der Bürger, und zu dem Europa der Bürger gehört die **kommunale Dimension**.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sehen Sie, Herr Ministerpräsident: Hier sind jetzt die großen demokratischen Parteien versammelt, und jeder von uns hat ein Parteiprogramm. Wenn ich jetzt

nicht so freundlich gesinnt wäre, würde ich die Parteiprogramme vorlesen. Da steht alles drin, was wir von der Gemeinde halten: daß sie den Bürger an die Aufgaben heranführt. Man bekommt die richtige Feiertagsstimmung, wenn man diese Texte liest, und über dem Raum schwebt der Geist des Freiherrn von Stein.

Aber sehen Sie, meine Damen und Herren: Es geht jetzt doch darum, drei Mandate an diese Gemeinden zu vergeben. Der Vorschlag lautet, daß die deutschen Gemeinden mit ihren Spitzenverbänden — und ich habe das Vertrauen, daß die das können; auch dazu muß ich nichts sagen — dann je einen Landrat, einen Bürgermeister und einen Oberbürgermeister vorschlagen. Sehen Sie, es kann ja sogar sein, daß der Oberbürgermeister gestern Minister war und morgen wieder Minister ist; es kann ja hin und her gehen. Es sind ja Leute, die das können.

Mein weiterer Vorschlag war, daß sie das nicht direkt an die Bundesregierung zur Weitermeldung geben, sondern an die Ministerpräsidentenkonferenz, die dann den Gesamtvorschlag macht. Den, der darin jetzt ein verfassungsrechtliches Problem sieht, verstehe ich beim besten Willen nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Herren vom Bundesrat, ich war ja lange genug Mitglied dieses Gremiums und weiß sehr wohl den Sachverstand und das Bemühen um die gesamstaatliche Entwicklung zu schätzen. Ich sage das ohne jeden Unterton. Ich weiß, wie wichtig das alles ist. Aber überlegen Sie bitte doch einmal die Proportionen. Wir verabschieden den Vertrag von Maastricht. Es ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat geben eigens aus diesem Anlaß eine Art feierliche Erklärung, eine Deklaration dazu ab, daß das ein wichtiger Punkt ist. Und wir streiten uns am Ende im Vermittlungsausschuß womöglich, ob drei Leute aus dem kommunalen Bereich, die doch Bürgernähe praktizieren, dabei sein dürfen oder nicht. Meine Bitte ist nur: Tun wir uns das gegenseitig nicht an!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Ich erteile dem Ministerpräsidenten des Landes Hessen, Eichel, das Wort.

Ministerpräsident **Hans Eichel** (Hessen): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bundeskanzler, ich glaube, Sie haben jetzt mit Ihrer Intervention der Sache ein größeres Gewicht gegeben, als ich gemeint habe. Ich habe mich zurückblickend auf das geäußert, was es an Gesprächen zwischen Bund und Ländern gegeben hat.

Jedes Land muß das für sich entscheiden; da kann ja keines für das andere entscheiden. Wie der Bundesrat am 18. Dezember entscheidet, werden wir sehen. Ich kann mir aber vorstellen — viele meiner Kollegen können es sowieso, wie ich weiß —, daß wir uns da ganz glatt verständigen.

Eines geht nicht: im Gesetz eine Regelung zu treffen, die dies wider die Verfassungsordnung in

Ministerpräsident Hans Eichel (Hessen)

- (A) Deutschland festlegt. Das ist das Problem: Wir haben den Bund, wir haben die Länder, und die kommunale Seite wird durch die Länder vertreten.

(Dr. Franz Möller [CDU/CSU]: Klagen Sie doch!)

— Das wäre ja ein Weg.

Wir haben ansonsten praktisch möglicherweise gar nicht den Streit, Herr Bundeskanzler. Aber dann wird es verfassungsrechtlich in der Tat interessant, und dann geht es um sehr tiefgreifende Fragen des **deutschen Verfassungsverständnisses**.

(Dr. Franz Möller [CDU/CSU]: Es geht um drei Leute!)

Da werden dann die Länder, vermute ich, ihre Position insgesamt zu wahren wissen. Praktisch — ich sage das, weil Sie vorhin darüber gesprochen haben — hätten wir, glaube ich, eine gute Chance, zusammenzukommen. Ich jedenfalls werde dafür werben, daß das geschieht.

Weil ich da ein paar Zwischenrufe gehört habe, meine sehr verehrten Damen und Herren, sage ich: Ich finde es sehr schön, daß hier aus der Mitte des Bundestages der **Verfall der Rechte der Landesparlamente** beklagt wird. Ich sage Ihnen für die weiteren Diskussionen in der Verfassungskommission: Lassen Sie uns uns einmal darüber verständigen, ob und wo wir Mischtatbestände auflösen und ob und wo wir wirklich wieder originäre Länderrechte herstellen. Dann haben wir etwas für die Landtage getan.

(Beifall bei der SPD — Dr.-Ing. Dietmar Kansy [CDU/CSU]: Da müssen Sie aber die Verantwortung übernehmen und dürfen nicht immer nach Bonn rufen! — Eduard Oswald [CDU/CSU]: Verantworten und zahlen!)

(B)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Es spricht der Minister für Europa- und Bundesangelegenheiten des Freistaates Bayern, Thomas Goppel.

Staatsminister **Dr. Thomas Goppel** (Bayern): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Präsident! Ich bedanke mich für die Gelegenheit, daß ich aus der Sicht des Bundesrats eine zweite Stimme laut werden lassen darf. Es ist ja außerordentlich schwierig, bei aller leisen Zuhörbereitschaft von über vier Stunden in fünf Minuten alles aufzuarbeiten, was Sie allein an Zwischenrufen in fünf Minuten zu leisten imstande sind. Aber lassen Sie mich sagen, daß ich glaube, an einem Tag wie heute beschränkt sich für den Bundesrat, der selbst entscheiden wird, alles auf drei Gesichtspunkte.

Wir müssen gemeinsam **das Verbindende** unterstreichen, Herr Bundeskanzler. Wir müssen die Umorientierung, die mit Maastricht verbunden ist, vorantreiben — das ist unsere gemeinsame deutsche Aufgabe —, und wir sollten das Trennende beseitigen.

Das Verbindende zu unterstreichen bedeutet aus meiner Sicht erstens die Verpflichtung, daß wir gemeinsam anerkennen, daß der Art. 23 und die Begleitgesetze ein **Paket** sind, das vom inneren

Zusammenwirken her in Richtung Europa unsere neue Zusammenarbeit formiert und formuliert. (C)

Das zweite ist, daß wir konstatieren müssen, Herr Bundesaußenminister — und das allein war jetzt wiederholt Gegenstand einer Diskussion, zum Teil in Ihrer Abwesenheit —, daß **Europapolitik** in Teilen **Innenpolitik** ist oder wird.

(Dr. Franz Möller [CDU/CSU]: Wird!)

— Ist oder wird; es gibt ja im wirtschaftspolitischen Bereich längst schon solche Elemente.

Wenn sich mit dem 1. Januar 1993 und den nächsten sechs Jahren Konstellationen ergeben, in denen die **Länder** plötzlich kräftig in ihren **Zuständigkeiten** betroffen sind, dann sollte nicht schon von vornherein in der Diskussion vermutet werden, sie wollten mehr. Diese Diskussion war gelegentlich leider doch so angelegt, daß man die Vermutung hatte, daß der sonst überhaupt nicht zu schmälernde Charme der Bundestagsabgeordneten zu Hause gelassen worden ist. Das war im Sonderausschuß ab und zu durchaus ein Thema.

(Karl Lamers [CDU/CSU]: Das war eine Reaktion!)

Wenn in einem Haus, in dem wir zusammenleben, das Herrenzimmer auf gemeinsamen Beschluß zum Eßzimmer verändert wird, dann mag zwar im Herrenzimmer in Zukunft all das andere festgelegt werden, im Eßzimmer aber hat die Köchin mitzureden. Wenn Sie erlauben, dann sind die Länder so etwas wie die Köche in Deutschland. Ganz sicher haben sie im Herrenzimmer nichts verloren, jedenfalls nicht, wenn sie nicht eingeladen sind. Sie machen das ja durch die Redeordnung an einem solchen Tag deutlich: Die Köchin ist nur dann hochwillkommen, wenn Sie sie ausdrücklich einladen. Im Eßzimmer hat sie aber mitzubestimmen, wann serviert wird. (D)

(Ulrich Irmer [F.D.P.]: Aber der Bund darf bezahlen!)

Herr Bundesaußenminister, das gilt für alle Entwicklungen der Zukunft; und dabei sollte man nicht nur vorsichtig, sondern auch ein Stück entgegenkommend sein.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede heute sehr ausführlich über das Entgegenkommen gesprochen, und dafür bin ich sehr dankbar. Ich will das unterstreichen, weil es vorhin zu kurz gekommen ist. Sie haben eine so offene und so positive Definition der **Subsidiarität** in diese Diskussion eingebracht, daß sie den Ländern nur recht sein kann, wenn sie denn das Bundespresseamt auch in allen Anzeigen aufnimmt. Wenn Sie die heutige lesen, steht dort, es bleibe bei der alten „Besser“-Klausel; das ist jedenfalls so formuliert. Ich bin überzeugt: Da ist lediglich das unterblieben, was Sie heute hier im Bundestag drei- oder viermal anders formuliert haben; dafür bin ich dankbar.

Was die Tätigkeit des **Regionalausschusses** angeht, sind wir uns ja einig, daß er einen Anfang darstellt. In dieser Phase des Anfangens ist es unsere gemeinsame Überlegung, wie wir ihn bestmöglich bestücken, auf daß er eines Tages wirklich im födera-

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Bayern)

(A) len Konzept Europas eine entscheidende Rolle spielen kann.

Sie wissen, Herr Bundeskanzler, daß wir in dieser Diskussion ein innerstaatliches Verhältnis haben, in dem die Kommunen den Ländern zugeordnet sind. An dieser Stelle ist die Frage für uns gemeinsam lediglich: Wie sind in den zurückliegenden 30 Jahren Bund und Länder hier miteinander umgegangen? Herr Bundeskanzler, die Gelassenheit, mit der Sie das gesagt haben, hat mir mein ganzes Taschentuch verhauen. Es ist pitschnaß, weil ich natürlich auch die Tränen weine, die den Kommunen hinterherzuweinen sind.

Aber Sie gestatten auch, daß ich hinzufüge: Es ist interessant, daß in den letzten 30 Jahren bei Wünschen, die die Länder geäußert haben, sehr häufig die ablehnende Begründung gegeben wurde: Das ist verfassungsrechtlich nicht möglich, ihr bleibt schön brav draußen, obwohl es eigentlich einen guten Grund gäbe, etwas zu tun. Im Rat könnte längst jemand mitreden bzw. könnte in der Diskussion berücksichtigt werden, was aus deutscher Sicht mit zehn Stimmen eingebracht werden darf. Es war nie die Rede davon, hat es nie gegeben.

Im Blick auf die Diskussion, die Herr Irmer heute früh geführt hat, könnten wir ohne weiteres darüber diskutieren, daß der **Bundestag** ein Stück jener **Mitbestimmung** in der Diskussion des Bundes gegenüber Europa haben könnte, die Sie für die Landtage reklamiert haben. Es ist nie geschehen. Ich muß Ihnen sagen, daß ist es, was den Herrn Ministerpräsidenten Eichel ad personam und mich heute stellvertretend für andere ein wenig stört: daß Sie uns in einem Bereich, in der die Länder Zuständigkeit besitzen, Vorschläge unterbreiten, die Sie selber in der Praxis der Vergangenheit so großzügig nicht gehandhabt haben.

(Zustimmung des Abg. Ludwig Stiegler [SPD] — Widerspruch des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl)

— Nein, Herr Bundeskanzler, das ist nicht wahr. Die Länder haben in den zurückliegenden Jahren von der Großzügigkeit der letzten Monate, die ich nicht bestreite, von einer offenen Diskussion nie etwas verspürt. Sie erwarten von uns einen Lernprozeß in wenigen Minuten, für den die Bundesregierung und der Bundestag in dieser Diskussion viele Jahre gebraucht haben.

Ich meine, wir sollten sehen, daß wir unseren jeweiligen Part in der Diskussion zu Ende führen — Sie heute und wir am 18. Dezember 1992 — und daß wir gemeinsam sehen, daß das Verbindende im Vordergrund steht, daß die Umorientierung unsere Aufgabe ist und wir uns wegen des uns Trennenden nicht aufreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Conradi.

Peter Conradi (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es fällt mir nicht leicht, anders zu reden und anders abzustimmen als meine Fraktion.

Wer den Vertrag von Maastricht kritisch beurteilt und sich nach reiflicher Prüfung zu einem Nein entscheidet, muß damit rechnen, daß einige der Befürworter des Vertrags ihn in eine rechtsnationale Ecke abschieben wollen. Freundlichere Kolleginnen und Kollegen warnen mich vor dem Beifall von der falschen Seite. Enzensberger hat vor 30 Jahren geschrieben, man mache mit dem Argument des Beifalls von der falschen Seite in Wirklichkeit den Gegner zum Schiedsrichter des eigenen Denkens und Redens. Es geht dann nicht mehr um die Sache, es geht dann nur darum: Was dem Gegner nützt, ist verboten, was der eigenen Seite nützt, ist erlaubt. Solches Argumentieren ist totalitär, sagt Enzensberger.

Ich habe nichts zu tun mit jenen, die unser Land unter dem Motto „Deutschland den Deutschen“ aus der Gemeinschaft gesitteter Völker in eine Festung einmauern wollen, seien das deutschnationale Intellektuelle oder sei das der braune Mob auf der Straße. Ich will die Vereinigten Staaten von Europa, ich will ein Europa der guten Nachbarn, ich will europäische Zusammenarbeit. Aber ich will ein **demokratisches Europa**; denn ohne Demokratie wird es die Europäische Union nicht geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer meine Haltung in der Nähe der Gauweilers, Lammers oder gar Schönhubers rücken will, der handelt unredlich.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das nehmen Sie sofort zurück!)

Wer in der EG das Sagen hat, ist nicht vom Volk gewählt, und wer vom Volk gewählt ist, hat in der Gemeinschaft nichts zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dazu ein Zitat:

Demokratie bedeutet, daß Gesetze von der Volksvertretung und nicht von den Regierungen gemacht werden, wie das in der EG noch weitgehend der Fall ist. . . . Es ist keine Demokratie, wenn der Bürger einen Privatdetektiv beschäftigen muß, um herauszufinden, wer für welche Entscheidung in der Europäischen Gemeinschaft verantwortlich ist. Dies ist keine Demokratie, denn es gibt keine Möglichkeit abzuwählen.

So der SPD-Abgeordnete Gerhard Schmid vor dem Europäischen Parlament im April dieses Jahres. Klarer kann man das **demokratische Defizit der EG** nicht beschreiben.

Drei bedeutende ehemalige Verfassungsrichter — Ernst Benda, Konrad Hesse und Helmut Simon — finden die Demokratiemängel des Vertrags „gefährlich, beunruhigend“. Von Rätediktatur ist die Rede, von einem „undemokratischen Oberstaat“. Helmut Simon:

Ich halte die Übertragung von Hoheitsrechten, welche die EG-Behörden ermächtigen, in Grundrechtsbereiche unserer Staatsbürger einzureifen, ohne parlamentarischen Unterbau für verfassungswidrig.

Peter Conradt

(A) Es ist erstaunlich, daß weder die Verfassungskommission noch der Sonderausschuß diese ehemaligen Verfassungsrichter angehört haben.

Im Kern geht es um die **Übertragung von Hoheitsrechten der Legislative auf die Exekutive**, von Rechten des Parlaments auf die Regierung. Hoheitsrechte sind nicht schrankenlos; sie sind gebunden an die Verfassung, an Recht und Gesetz, an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, an das Gleichheitsprinzip, an das Bestimmtheitsgebot und natürlich an den Grundsatz der Gewaltenteilung.

Kann man Hoheitsrechte, z. B. unsere Gesetzgebungsbefugnisse, ohne diese Bindungen übertragen? Das kommt mir so vor, als wollten wir ein Grundstück ohne die darauf lastenden Hypotheken und Grunddienstbarkeiten verkaufen. Aber das habe ich von den Juristen gelernt: Niemand kann mehr Rechte übertragen als er hat.

Meine Frage ist: Haben wir als Abgeordnete, die das Volk als seine Volksvertreter gewählt hat, damit sie die Gesetze unseres Zusammenlebens beschließen, das Recht, unsere Gesetzgebungsbefugnisse einem Ministerrat zu übertragen?

(Günther Verheugen [SPD]: Haben wir nicht getan!)

Würden wir das im Inland machen, würden wir unser Recht, Gesetze zu beschließen, einem Rat aus Bundes- und Landesministern — der dann auch noch geheim tagt — übertragen mit der Maßgabe, wir wollen frühzeitig informiert werden, wir wollen Stellung nehmen, und der Bundesminister solle dann unsere

(B) Stellungnahme „berücksichtigen“ — so haben Sie das in dem neuen Artikel 23 des Grundgesetzes formuliert —, dann wäre das ohne jeden Zweifel ein Bruch unserer Verfassung.

Das Parlament hat nicht das Recht, das Verfassungsprinzip der **Gewaltenteilung** aufzuheben; es würde sich damit selber aufgeben. Wenn das im Inland verfassungswidrig ist, warum sollte es gegenüber einer überstaatlichen Institution, die ja erst auf dem Weg zur Staatlichkeit ist, zulässig sein? Ich sehe jedenfalls als Abgeordneter keine Möglichkeit für mich, die mir von den Wählern übertragenen Rechte und Pflichten an Dritte abzugeben.

(Zustimmung des Abg. Konrad Weiß [Berlin]
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun sagen mir gute Freunde — deren Urteil mir wichtig ist —, wir müßten den Maastrichter Vertrag trotz aller schweren Mängel, die ja niemand ernsthaft bestreiten kann, jetzt ratifizieren, um damit ein Zeichen gegen den an vielen Stellen in Osteuropa und auch bei uns wieder aufbrechenden **Nationalismus** zu setzen, ein Zeichen auch für den Frieden in Europa. Das sind ernsthafte, gewichtige Argumente, zumal auch bei uns die Ewiggestrigen mit ihrem tumulen Nationalismus wieder sichtbar und hörbar werden.

Zwei Argumente will ich dagegensetzen. Erstens, die Antwort auf einen drohenden Rechtsruck, auf das Abrutschen weiter Teile Europas in einen neuen Nationalismus kann doch nicht ein Abbau von Demokratie sein. Unsere gemeinsame Zukunft in Europa liegt darin, daß wir nationale Souveränität abgeben.

Aber wo immer diese Souveränität hingeht, sie muß **Volksouveränität**, Volksherrschaft bleiben, **Demokratie**. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wir machen doch unseren Wählern etwas vor. Da mag der Herr Außenminister noch so tapfer im europäischen Walde pfeifen, der Maastrichter Vertrag werde in Dänemark und England dann doch noch ratifiziert. Herr Kinkel, in allen europäischen Hauptstädten pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß dieser **Vertrag gescheitert** ist. Mit diesem halbtoten Vertrag, der schwerwiegende Mängel hat, wollen wir den aufkommenden Rechtsnationalismus in Europa eindämmen? Das kommt mir so vor, als wollte man ein Feuer, das zu einem Großbrand werden kann, mit einem löchrigen Eimer ohne Henkel und Boden löschen. Nein, der Vertrag von Maastricht ist die falsche Antwort auf Rechtsradikalismus und neuen Nationalismus.

Wenn dieser Vertrag endgültig gescheitert ist, ist Europa nicht am Ende. Dann müssen die Mitgliedstaaten der EG einen neuen Anlauf nehmen. Es wäre sinnvoller, statt sich mit diesem mißratenen Vertrag hier herumzuplagen, über die Grundlage für diesen neuen Anlauf zu diskutieren.

Die Europäische Gemeinschaft braucht jetzt den Entwurf einer **europäischen Verfassung**, und die muß zwei Fragen beantworten: Erstens. Wie wird das **Subsidiaritätsprinzip** inhaltlich und verfahrensmäßig ausgestaltet? Was muß zwingend europäisch und was national geregelt werden? In der Sprache des Godesberger Programms meiner Partei: so viel europäisch regeln wie notwendig, so viel national regeln wie möglich. Ohne eine ausgeformte, gesicherte Subsidiarität wird es keine Union geben. Zu Recht wehren sich nicht nur Engländer und Dänen gegen das Ausmaß bürokratischer Fremdbestimmung, das ihnen Maastricht eröffnet. (D)

Zweitens. Wie wird die Demokratie, d. h. **Volks-herrschaft** durch Wahlen und Abstimmung in Europa gesichert? Wir wollen keine Rätediktatur geheim tagender Minister. Das zu große Europäische Parlament allein wird das nicht schaffen. Möglicherweise brauchen wir eine kleinere erste europäische Kammer, einen europäischen Senat, in dem jedes Land dieselbe Anzahl von Sitzen hat. Darüber müssen wir reden, denn die politische Union Europas wird eine demokratische und föderalistische Union sein, oder sie wird nicht sein.

Aus einer solchen Verfassungsdiskussion könnte der Schwung für einen neuen Aufbruch in Europa kommen. Unser Motto sollte sein: Maastricht ist tot, aber es lebe das demokratische Europa!

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und bitte um Verständnis dafür, daß ich diesem Vertrag nicht zustimmen werde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der PDS/
Linke Liste und des BÜNDNISSES 90/DIE
GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Nunmehr hat die Abgeordnete Ingrid Köppe das Wort.

(A) **Ingrid Köppe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch aus unserer Gruppe wird es nicht nur Zustimmung zum Maastrichter Vertrag geben. Vier von uns, nämlich Frau Schenk, Herr Weiß, Herr Feige und ich, werden gegen den Vertrag stimmen. Ich möchte Ihnen im folgenden unsere Ablehnungsgründe nennen.

Erstens. Bei diesem Vertrag handelt es sich um die Errichtung eines Bollwerks westeuropäischer Staaten, die sich anmaßend als Europäische Union bezeichnen, Osteuropa aber dabei ignorieren. Das klassische **militärische Blockdenken** wird mit dem Maastrichter Vertrag wirtschaftspolitisch fortgeschrieben. Gerade weil wir aus dem Osten kommen, ist das für uns besonders schmerzlich.

Zweitens. Der Vertrag als Ausdruck eines wirtschaftlich und politisch starken Staatenbundes — stark gegen wen? — beinhaltet kein Programm, mit dem eine Verantwortung für die Wirtschafts- und Armutsprobleme der Welt übernommen wird. Darum wird die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** nach innen den Effekt haben, Grenzwälle gegen die Ökonomien der sogenannten **Dritten Welt** zu errichten.

Drittens. Die beabsichtigte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die in eine **gemeinsame Verteidigungspolitik** münden soll, ist in dem Kontext gemeinsamer deutsch-französischer Streitkräfte und der geplanten Grundgesetzänderung zum internationalen Einsatz der Bundeswehr zu sehen. Eine solche Verteidigungspolitik kann keinen internationalen Frieden bringen.

(B) Viertens. Der Prozeß von Maastricht ähnelt dem Vereinigungsprozeß beider deutscher Staaten. Weder werden die davon betroffenen Bürgerinnen und Bürger inhaltlich beteiligt noch die geforderte Volksabstimmung zur Willensbildung und Legitimierung durchgeführt. Es werden wie beim deutsch-deutschen Währungsvertrag eine **Stichtagsregelung** und ein Modus für die **Konvertibilität der Währungen** vereinbart, ein Gemeinsamer Markt hergestellt, eine spezifische Freizügigkeit vereinbart usw. mit dem Ergebnis, daß die wirtschaftlich Schwachen noch schwächer werden und die wirtschaftlich Starken noch stärker.

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Alles nicht wahr!)

Fünftens. Der Superstaat Westeuropa bleibt trotz geringfügiger Korrekturen ein **Westeuropa der Regierungen**. Es wird kein demokratisch, über die Parlamente kontrolliertes und gestaltetes Westeuropa, geschweige denn ein Westeuropa der Bürger- und Bürgerinnenkontrolle. Dieses **demokratische Defizit** ist für uns unerträglich.

Sechstens. Der rechtliche Status der Bürgerinnen und Bürger dieses Westeuropas ist nach einem Dreiklassenwahlrecht konstruiert: weitestgehende Rechtlosigkeit der nichtwesteuropäischen Ausländer, wie z. B. der Türken, ein Minimalstandard, z. B. kommunales Wahlrecht für die EG-Bürger und Bürgerinnen, und die Privilegierung nach bekanntem Muster für Bürger und Bürgerinnen der jeweiligen Nationalstaaten. Dieses **Dreiklassensystem** wird in Zukunft für neuen politischen Sprengstoff sorgen.

Siebtens. Schließlich finden die innenpolitischen Normierungen dieses Vertrages, hier vor allem der Aufbau eines europäischen Kriminalamtes Europol, nicht unsere Zustimmung. Durch das in den Vertragsstaaten sehr unterschiedliche Datenschutzniveau entsteht hier auch ein Eldorado für den Einbruch in die Intimsphäre von Bürgern und Bürgerinnen, was mit den bei uns mühsam erreichten **Schutzrechten** unvereinbar ist.

Die Hoffnung all jener, die trotz inhaltlicher Bedenken — oft schwerer Bedenken — heute den Vertrag unterstützen werden, können wir nicht teilen. Der Maastrichter Vertrag ist für uns eine entscheidende Weichenstellung, allerdings aber unserem Anspruch auf ein demokratisches, antimilitaristisches, ausländerfreundliches Europa gleichberechtigter Menschen genau entgegengesetzt. Deshalb lehnen wir diesen Vertrag ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dieter Schloten.

Dieter Schloten (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir ratifizieren heute das Maastrichter Vertragswerk. Ab morgen liegt es an uns, dem Einigungsprozeß in Europa die neue Qualität zu verleihen, die der Vertragstext ermöglicht. Wir werden dabei auf dasselbe Problem stoßen, das wir mit unserem Grundgesetz haben: Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit sind nicht immer identisch, sondern klaffen zuweilen auseinander. Obwohl der Vertrag ein Fortschritt auf dem Wege zu einem demokratischeren — ich sage nicht: demokratischen — Europa ist, findet es bisher bei den Bürgern nicht die entsprechende Akzeptanz.

Nun hat das Maastrichter Vertragswerk selbst erstmals zwei Gegenstände zu Gemeinschaftsaufgaben erklärt, die auf dem Wege zu einer wirklichen **Unionsbürgerschaft** eine wichtige Rolle spielen, und zwar Kultur und Bildung. Dabei ist die geplante Förderung der **kulturellen Vielfalt** Europas gewiß bedeutsam. Genauso wichtig dürfte es jedoch sein, daß wir Politiker, daß unsere öffentlichen und privaten Verwaltungen und Behörden in ihrer Informationspolitik und vor allem im Umgang mit den Bürgern zu einer überzeugenden politischen Kultur finden.

Aber auch die Bürger der zukünftigen Europäischen Union sollen die Chance haben, sich in dieses Europa zu integrieren. Der Vertragstext sieht hier in erster Linie die **Förderung von Sprachen** vor. Sprachkenntnisse dienen der Verständigung, der Überwindung von Grenzen sowie der Verbesserung der beruflichen Chancen. Aber das reicht nicht aus. Der bildungspolitische Sprecher des Deutschen Industrie- und Handelstages, Jörg Feuchthoven, äußerte sich am 28. Oktober dieses Jahres in einer Sendung des Deutschlandfunks folgendermaßen dazu:

Ich sage es ganz hart: Allein mit dem Lernen von ein, zwei oder drei Fremdsprachen ist es hier bestimmt nicht getan. Das zeigen ja die jüngsten Entwicklungen — soweit es hier um den Umgang mit Ausländern geht — in unserem eigenen Staat.

Dieter Schloten

- (A) Was wir brauchen, ist der Bildungsauftrag der allgemeinbildenden Schulen über einen längeren Zeitraum, der mühsame Prozeß, eines eher weltbürgerlichen Denkens zu vermitteln, Toleranz, Offenheit gegenüber Andersdenkenden, anderen kulturellen Gegebenheiten.

Befragungen und Untersuchungen an zahlreichen deutschen Schulen in verschiedenen Bundesländern zeigen aber ein Riesendefizit an europäischen Kenntnissen und an europäischem Bewußtsein. Das kann man nur zum geringen Teil den Lehrern anlasten. Sie haben seit Jahrzehnten hervorragende Arbeit zur **Integration von ausländischen Schülern** geleistet.

(Beifall bei der SPD)

Aber sie beklagen zu Recht, daß sie zur Behandlung der jüngsten Geschichte zuwenig Zeit im Lehrplan haben. Da fällt das Thema Europa aus unterrichtsökonomischen Gründen allzuoft unter den Tisch.

(Otto Schily [SPD]: Deshalb sollten Sie Ihren Lehrplan autonom gestalten!)

Dieselben und viele andere Lehrer unternehmen jedoch mit ihren Schülerinnen und Schülern Studienfahrten ins europäische Ausland, und unzählige deutsche Schulen pflegen einen entsprechenden **Schüleraustausch**. Das sind wichtige Veranstaltungen, aber sie tragen kaum zur Bildung eines **europäischen Bewußtseins** bei. Ich zitiere als Beispiel eine Schüleräußerung aus der soeben erwähnten Sendung des Deutschlandfunks. Der Schüler sagt:

- (B) Bei einem Austauschschüler aus England denke ich nicht an Europa, weil für mich der Schüleraustausch mit Wolgograd genauso war wie mit den Engländern.

(Karsten D. Voigt [Frankfurt] [SPD]: Wolgograd ist auch Teil Europas!)

Diese Äußerung läßt erkennen, daß unsere politische Konstruktion des **EG-Europas** zur Zeit noch ein abstraktes, **bürgerfernes Gebilde** ist, mit dem viele nichts anfangen können.

Unsere Kultusminister, die Bildung und Kultur fest im föderalen Griff wännen, sollten sich mit den mageren Ergebnissen ihrer europäischen Dimension im Unterricht intensiver beschäftigen. Sie sagen — ich zitiere aus der Kultusministerkonferenz —, „daß die in den Ländern genehmigten Schulbücher wesentliche Aspekte der europäischen Thematik ausführlich behandeln“. Wenn nicht einmal genügend Zeit für den Unterricht über europäische Themen vorhanden ist, wird diese Behauptung der Kultusminister als Schönfärberei entlarvt.

Es ist allerdings zur Entwicklung europäischer Lernziele kontraproduktiv, wenn Harald Kästner, stellvertretender Leiter der Schulabteilung der Kultusministerkonferenz, fordert — ich zitiere —, guter Unterricht über Europa müsse zu europäischer Loyalität erziehen. Soweit, so gut. Aber er fährt fort: Dazu gehörten eine deutliche Abgrenzung des Europas der Gemeinschaft gegenüber den Nichtmitgliedstaaten sowie „die Bereitschaft zur militärischen Reaktion und

Intervention“. Hier wird ein neuer Nationalismus unter europäischer Flagge propagiert.

(Günter Verheugen [SPD]: So ist es!)

Wir brauchen keine **Festung Europa**. Polen gehört genauso zu Europa wie Deutschland und Frankreich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Deshalb hat der Sonderausschuß Europäische Union in seinem Bericht hervorgehoben, daß die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas in die Gemeinschaftsprogramme für Bildung und Kultur einbezogen werden sollen.

Die Gustav-Heinemann-Schule in meiner Heimatstadt Mülheim an der Ruhr, eine typische Ruhrgebietschule mit zeitweise Kindern aus 20 Nationen, leistet im Rahmen eines vom nordrhein-westfälischen Kultusminister geförderten Schulversuchs „Lernen für Europa“ praktische Arbeit zur **Akzeptanz von Fremdheit und Andersartigkeit**. Hier wird nicht der Versuch gemacht, eine Wir-Identität mit einem institutionalisierten Europa pädagogisch zu konstruieren. Vielmehr werden im Geographiekurs der 11. Klasse gemeinsam mit einer Partnerklasse aus dem niederländischen Nijmegen Wasseruntersuchungen an der Maas und an der Ruhr durchgeführt. Schülerinnen und Schüler waren bei Befragungen von Bauern, in Betrieben, bei der Auswertung von Untersuchungsergebnissen, bei der Abfassung des Berichtes sowie bei Übernachtungen in Gastfamilien sprachlich, sachlich und menschlich aufeinander angewiesen. Es gibt ferner jedes Jahr ein gemeinsames Betriebspraktikum in Deutschland und in Frankreich.

Das tägliche Miteinander im Praktikum und bei der Projektarbeit fördert die sozialen und die sprachlichen Fähigkeiten. Unterschiede werden verglichen, Vorurteile werden abgebaut. Grenzüberschreitendes, gemeinsames praktisches Lernen, die Lebenswirklichkeit der europäischen Mitbürger kennenzulernen, auch die Erfahrung zu machen, selbst Ausländer zu sein, sind wichtige Elemente der europäischen Dimension von Bildung und Kultur.

(Beifall bei der SPD)

In den Mitgliedstaaten der Union sollten sich die Bürger Europas unter Wahrung ihrer regionalen und nationalen Identitäten auf die Notwendigkeit und die Chance einlassen, auf der Grundlage von Maastricht zusammen ein gemeinsames Europa zu bauen. Meine Damen und Herren, damit muß man von unten anfangen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Lamers.

Karl Lamers (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Bundeskanzler hat heute morgen gesagt, daß es vor allen Dingen zwei Bereiche gibt, derentwegen wir den Vertrag von Maastricht, derentwegen wir eine gemeinsame europäische Politik brauchen. Er hat die Innenpolitik, insbesondere Asyl und Zuwanderung, und die Außen-

Karl Lamers

- (A) politik genannt. Ich möchte gern einige Worte zu dem letzteren sagen und gebe zu Beginn gerne zu, daß auch dieser Bereich im Vertrag von Maastricht nicht so geregelt ist, daß — wie soll ich sagen? — die schönsten europäischen Blüenträume in Erfüllung gegangen wären. Aber es ist ohne Zweifel ein Fortschritt gegenüber der sogenannten GASP.

Wer hätte das vor einiger Zeit für möglich gehalten: Zwar gibt es nur einstimmige Entscheidungen, wenn es darum geht, was gemeinsam behandelt werden soll, aber es gibt immerhin die Möglichkeit von **Mehrheitsentscheidungen** bezüglich der Durchführung solcher Maßnahmen. Das ist ein Fortschritt.

Ich meine aber, Herr Außenminister, daß das Instrumentarium insgesamt noch nicht annähernd ausreichend ist und daß wir beispielsweise — ich bitte Sie, dies einmal zu überlegen, weil wir dazu keinen neuen Vertrag brauchen — einmal vorschlagen und mit unseren Partnern überlegen sollten, ob wir nicht einen gemeinsamen Planungsstab einrichten. Die **gemeinsame Außenpolitik der Gemeinschaft** sollte ja nicht nur in der Reaktion bestehen, sondern sollte ganz dezidiert auch in der Vorbeugung bestehen. Daß es genügend Fälle gibt, die sich für die Untersuchung durch einen solchen Planungsstab anbieten, brauche ich nicht näher auszuführen.

- (B) Außenpolitik ist ganz gewiß mehr als Sicherheitspolitik, und Sicherheitspolitik ist ganz gewiß mehr als Verteidigung. Aber wir haben eine geradezu absurde und beängstigende Lage in Europa. Die unmittelbare **Bedrohung** vor allen Dingen der westlichen Länder unseres Kontinents gibt es nicht mehr. Wir haben das alle oft gemeinsam festgestellt. Gleichzeitig hat der **militärische Faktor** jedoch an Bedeutung gewonnen. Es gibt heute Krieg in Europa. Es drohen weitere gewaltsame Konflikte.

Verteidigung ist heute für die westlichen Nationen auf unserem Kontinent weniger Notwehr als Nothilfe. Dieses Europa muß sich überlegen, wie es denjenigen, die Opfer solcher Entwicklungen werden, helfen kann. Die dringende Notwendigkeit hat sich durch die Entwicklung im früheren Jugoslawien mehr als deutlich gezeigt. Hier ist die Lage in der Tat so, daß auch die Deutschen noch — um mit dem Bundeskanzler zu reden — ihre Hausaufgaben machen müssen.

Herr Kollege Voigt, ich bin Ihnen wirklich sehr dankbar, daß Sie den Dissens zwischen Ihrer Fraktion und den anderen, die im Sonderausschuß zusammengearbeitet haben, deutlich markiert haben. Es gibt einen Dissens. Dieser lautet im Grunde, daß Sie die gemeinsame europäische Verteidigung zu Ihren, zu den Bedingungen der SPD wollen. Das wird es nicht geben.

Frau Kollegin Matthäus-Maier hat sehr hübsch und zutreffend gesagt: Es wird etwas dauern, bis Europa auch den letzten Spiegelstrich des letzten SPD-Bezirksparteitags angenommen haben wird. Das wird nicht nur etwas dauern, das wird es nie geben.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das könnte den Abgeordneten Voigt zu einer Zwischenfrage veranlassen. Herr Kollege Lamers, Sie beantworten die auch? — Bitte.

Karsten D. Voigt (Frankfurt) (SPD): Herr Kollege Lamers, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß es einen Unterschied gibt zwischen der gemeinsamen Verteidigung — auch der gemeinsamen Verteidigung Europas, die wir bejahen — und einer **Interventionspolitik**, die wir so, wie Sie sie sich vorstellen, nicht bejahen und die Sie erst recht nicht am Deutschen Bundestag vorbei durch irgendwelche internationale Vereinbarungen erzwingen können, ohne daß es hier eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit dafür gibt?

Karl Lamers (CDU/CSU): Für diese Zwischenfrage bin ich Ihnen wirklich ausgesprochen dankbar, Herr Kollege Voigt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das hatte ich erwartet!)

Daß Sie mir und meiner Fraktion unterstellen, wir seien an einer Interventionspolitik interessiert, ist nicht das eigentlich Interessante, sondern das Interessante ist, daß Sie befürchten, unsere europäischen Partner könnten uns Deutsche zu einer solchen Politik veranlassen. Ich erinnere mich sehr gut daran, was Sie von dieser Stelle aus im Blick auf Frankreich und Großbritannien gesagt haben. Sie haben gesagt, diese könnten insofern für Deutschland kein Vorbild sein. Ich frage Sie ganz ernsthaft: Was eigentlich veranlaßt Sie zu glauben, daß unsere engsten Partner, daß diejenigen, mit denen wir so etwas wie eine politische Ehe eingehen wollen, uns zu irgendwelchen Abenteuern veranlassen könnten? Wenn Sie das glauben, müßten wir allerdings den Prozeß der europäischen Integration noch einmal gründlich überdenken.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die Sozis befürchten alles!)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Herr Abgeordneter Lamers, der Abgeordnete Voigt erhält jetzt das Wort, um eine Frage zu stellen, aber nicht, um die Ihre zu beantworten. Sonst wird das zu kompliziert. Bitte schön.

Karsten D. Voigt (Frankfurt) (SPD): Herr Kollege Lamers, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß bei aller Solidarität mit Frankreich und Großbritannien oder auch, soweit es außereuropäische Mächte betrifft, mit den USA das Suez-Abenteuer der Briten und Franzosen und die Tschad-Intervention nicht gerade die geglücktesten Beispiele für eine nicht aggressive Interventionspolitik sind?

Karl Lamers (CDU/CSU): Wenn ich die Zeit dafür hätte, würde ich gerne einen gewissen Unterschied zwischen dem Suez-Abenteuer und der Tschad-Intervention machen. Die Tschad-Intervention war eine Maßnahme, die von der großen Mehrheit der arabischen Staaten unterstützt wurde, Herr Kollege Voigt. Das kann sehr wohl als im europäischen Interesse gelegen angesehen werden.

(Karsten D. Voigt [Frankfurt] [SPD]: Suez! Suez!)

— Suez, in der Tat. Aber, Herr Kollege Voigt, nun möchte ich Sie doch mit allem Nachdruck bitten: Wer würde uns denn für den denkbar unwahrscheinlichen Fall, daß eine solche Maßnahme noch einmal von

Karl Lamers

- (A) europäischen Nationen ins Auge gefaßt würde, zwingen, daran teilzunehmen? Es ist doch völlig klar, daß wir nicht automatisch, d. h. gezwungenermaßen, an solchen Aktionen teilnehmen würden. In Wirklichkeit steckt hinter Ihrer Position der Versuch, immer eine oberste Instanz zu haben, irgend etwas zu haben, das Ihnen die Entscheidung abnimmt:

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]:
Das erleichtert den Populismus!)

sei es die Verfassung, sei es die jetzige Interpretation der Verfassung, sei es eine neue verfassungsrechtliche Bestimmung, sei es die reformierte UNO, das Gewaltmonopol oder wer auch immer. Sie wollen sich selber vor Entscheidungen drücken.

Ich sage Ihnen: Das geht nicht. Wir müssen bereit sein, ja oder nein, nein oder ja in jedem Einzelfall zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Sie wissen sehr gut, daß wir, die Deutschen, unbeschadet einiger Nuancierungen, die es bei uns geben mag,

(Karsten D. Voigt [Frankfurt] [SPD]: Dann ist das keine Integration mehr!)

immer diejenigen sein werden, die mit Abstand am zurückhaltendsten sein werden, wenn es um den Einsatz militärischer Mittel geht. Aber wir können keine grundsätzlich andere Position einnehmen als alle unsere Verbündeten. Darum geht es. Wenn wir das tun, dann werden wir nie eine gemeinsame europäische Verteidigung haben.

- (B) Wissen Sie, es mutet mich schon merkwürdig an, wenn Sie unter anderem hier heute morgen Sorge vor der **Entwicklung der europäischen Verteidigung** begründet haben mit der Sorge um die Zukunft der Allianz, um die Rolle der Vereinigten Staaten in Europa. Abgesehen davon, daß gerade die jüngste Entwicklung mit dem Eurokorps, das Sie ja auch heftig befehdet haben, zeigt, daß diese Besorgnis absolut unzutreffend ist, daß es im Gegenteil so ist, wie der Bundeskanzler gesagt hat, daß das auch die Allianz stärkt, mutet es wirklich sehr merkwürdig an, wenn Sie auf der anderen Seite im Zusammenhang mit Ihrer Forderung nach einer Reform der Vereinten Nationen Ihr tiefes Mißtrauen gegenüber den Vereinigten Staaten zum Ausdruck bringen, indem Sie sagen: Diese Supermacht mißbraucht die UNO.

(Karsten D. Voigt [Frankfurt] [SPD]: Haben wir nicht gesagt!)

Ich frage Sie, übrigens im Zusammenhang mit der jüngsten Entwicklung in Somalia: Was hätten wir denn ohne diese Supermacht? Dann würde auch in Somalia nichts geschehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im übrigen darf ich Sie darauf hinweisen, daß das ja schon ein in jeder Hinsicht interessanter Vorgang ist, meine verehrten Kollegen. In Europa engagieren sich die Vereinigten Staaten bei solchen Konflikten wie jetzt im früheren Jugoslawien nur äußerst zurückhaltend, aus mir verständlichen Gründen, während sie nach Somalia 20 000 bis 30 000 Soldaten zu entsenden bereit sind.

(C) Zeigt das denn nicht mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit, daß wir eine **gemeinsame europäische Streitmacht** bekommen, die in der Lage ist, mit solch schrecklichen Konflikten eher fertigzuwerden, als das bislang der Fall ist? Nein, es führt kein Weg daran vorbei: Wir müssen eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben, die eben auch die Verteidigung einschließt. Eine gemeinsame europäische Verteidigung gibt es nicht nach deutschem Gusto. Es wäre ja auch mehr als merkwürdig, wenn man sich vor Augen führt, daß die Position, die wir und die vor allem die verehrten Kollegen und Kolleginnen von der SPD einnehmen, eine weltweit einzigartige ist. Niemand, aber ausnahmslos niemand in der ganzen Welt, nimmt eine solche Position ein. Wieso eigentlich sollten sich unsere europäischen Partner nach dieser in der Tat abwegigen, um nicht zu sagen bizarren Einstellung zu Fragen der Verteidigung richten? Es wird schon so sein müssen, daß wir uns bequemen; aber selbstverständlich. Das ist doch ganz klar. Das heißt nicht, daß wir automatisch an allem teilnehmen, wo wir meinen, es sei nicht angebracht. In jedem Einzelfall müssen wir uns entscheiden, ja oder nein zu sagen. Ich fordere uns auf, daß wir endlich mal den Mut dazu haben und uns nicht hinter irgendwelchen juristischen Konstruktionen oder hinter einer Schimäre einer Weltregierung verstecken.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Ortwin Lowack.

(D) **Ortwin Lowack** (fraktionslos): Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag! Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst eine Bitte an die Protokollanten, mich nicht immer als „fraktionslos“ zu bezeichnen. Fraktionslos klingt so ähnlich wie heimatlos. Das bin ich nicht. Vielleicht wäre die Bezeichnung „frei und unabhängig“ besser;

(Lachen bei der CDU/CSU)

denn das Grundgesetz spricht ja vom freien und unabhängigen Abgeordneten.

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Jahrzehntlang haben Sie es aber hingenommen, als Sie noch nicht fraktionslos waren! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Es spricht nicht, lieber Kollege Kittelmann, von der Fraktion. Das kommt nicht ein einziges Mal im Grundgesetz vor, und die Fraktionen sind Gott sei Dank auch nicht immer der Maßstab aller Dinge.

Vor allem halte ich es für wichtig, darauf hinzuweisen, nachdem dieses Parlament ja dabei ist — vielleicht ist das einigen noch gar nicht so bewußt —, auf Dauer auf Rechte zu verzichten, die leider nicht zu mehr **parlamentarischer Kontrolle von Entscheidungsprozessen in Europa** führen, sondern im Gegenteil zu mehr Zentralismus und Bürokratie.

Ich bin manchmal schon erstaunt darüber, daß wir schon wieder in einer Epoche sind, die sich leider nicht nur durch Selbstgeißelungssucht auszeichnet, sondern offenbar auch hier beim Parlament — ich bedaure, das sagen zu müssen — in eine Art parlamentarische Selbstkastration ausartet.

Ortwin Lowack

(A) Ich lehne Maastricht ab und kann leider nur einige Argumente dazu vortragen, aber ich möchte es versuchen.

Zur Währungsunion: Kolleginnen und Kollegen! Die **Währungsunion** enthält einen festen Zeitplan. Ich halte das bei der mangelnden Koordinierung der Stabilitätspolitik der Mitgliedsländer für Unsinn. Schon der Termindruck kann Prozesse auslösen, die wir überhaupt nicht mehr unter Kontrolle haben. Wir erleben doch gerade in Deutschland die Probleme aus der deutschen Währungsunion. Die Probleme werden sich in und mit Europa — ich behaupte: unnötig — dramatisieren. Wir haben in Deutschland eine große Stabilitätskultur. Das ist einer der wichtigsten Faktoren unserer wirtschaftlichen Kraft. Wir sind kein reiches Land mehr. Mit dem Verlust auch nur eines kleineren Teils unserer Stabilität gehören wir weltweit zu den Hauptverlierern.

Wenn die Europäische Kommission immer härter die **Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa** verlangt, dann wird doch eines Tages der Metallarbeiter bei Daimler-Benz oder sonstwo — vielleicht in Madrid oder in Lissabon — das gleiche Einkommen haben wollen wie sein Kollege in München. Dann werden wir die Probleme, die wir heute in Deutschland haben, in einem viel größeren Maßstab in Europa zu Lasten Deutschlands haben. Hier kommen erneut riesige Zahlungen auf gerade die Generation in Deutschland zu, die sich ohnehin schon wegen den Lasten, die sich in ihre Zukunft auf türmen, kaum noch bewegen kann.

(B)

Ich bin ein bißchen erstaunt, daß hier der Bundeskanzler so auftreten kann, als komme er mit den Argumenten der Vergangenheit und sehe nicht, was unmittelbar vor uns liegt.

Zu der Behauptung, wir würden in Europa eine unabhängige **europäische Zentralbank** bekommen, frage ich Sie: Warum haben die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft, wenn sie davon überzeugt sind, nicht längst den Weg zu einer entsprechenden Unabhängigkeit ihrer eigenen nationalen Zentralbanken gemacht? Das wäre doch ein Signal für Stabilitätspolitik. Wo ist hier die deutsche Intervention?

Ich frage: Wo hat sich der Herr Bundeskanzler mit Vehemenz, wie das notwendig wäre, gegen die Äußerung von Mitterrand gewandt, die Europäische Zentralbank habe die Aufträge des Europäischen Rates durchzuführen, d. h. gerade nicht eine unabhängige Rolle zu spielen? Wenn man schon die Europäische Zentralbank unter Abänderung unseres Grundgesetzes beschließen will, müßte dann nicht wenigstens festgelegt werden, daß, wenn man Stabilitätspolitik gleichzeitig braucht, damit das funktioniert, das Geldmengenziel an der Produktivität orientiert sein muß?

Ich frage weiter: Wo ist denn das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft in Maastricht verankert? Wiederholen wir nicht mit der Zentralisierung der

Industriepolitik und der Planung schwere geschichtliche Fehler? (C)

(Zurufe des Abg. Peter Kittelmann [CDU/CSU] sowie der Abg. Heidemarie Wiczorek-Zeul [SPD])

Was ist das für ein **Subsidiaritätsprinzip**, das keinerlei klare Zuordnungen kennt und die Kompetenz der Brüsseler Zentrale allein an die Behauptung knüpft, die Europäische Gemeinschaft könnte etwas besser machen? Wer entscheidet denn darüber, wer etwas besser machen kann — etwa der Europäische Gerichtshof? Hier haben wir unsere Erfahrungen gemacht. Gerade das würde ich dem Gerichtshof nicht überlassen wollen.

Warum gibt es kein Mitwirkungsrecht des Parlaments bei der Feststellung der **Konvergenzkriterien**? Es ehrt ja Sie alle, die heute einen leidenschaftlichen Appell dafür abgegeben haben, daß das deutsche Parlament noch einmal entscheiden solle, wenn es denn soweit wäre. Aber im Vertrag steht doch überhaupt nichts drin. Wir haben im Vertrag den Automatismus anerkannt.

Und noch etwas, liebe Kolleginnen und Kollegen: Glaubt denn ein einziger hier im Saal, der einigermaßen die Dinge kennt, es würde in diesem Zeitpunkt in Deutschland noch jemanden geben können, der sich darauf berufen könnte, daß wir Deutschen nicht die Konvergenzkriterien erfüllen? Da wäre doch genau wieder der große Krach in Europa los nach dem Motto: Schaut, die Deutschen wollen mit Europa gar nichts zu tun haben. Diese Diskussion wird niemand durchstehen. Das ist eine Alibi-, eine Scheindiskussion, die wir hier führen. (D)

Maastricht ist ein Unrechtsvertrag, ich habe daran nie einen Zweifel gelassen. Und ich frage: Wie oft wird die Bundesregierung noch gegen das Prinzip der Gerechtigkeit im Inneren wie im Äußeren verstoßen?

(Zuruf des Abg. Peter Kittelmann [CDU/CSU])

— Peter Kittelmann, du kannst mich ja gerne widerlegen, das wird dir nicht gelingen.

Maastricht verstößt gegen das Leistungsprinzip. Es treibt die Inflation an. Wir werden es erleben. Und es treibt die deutschen Aktienkurse in den Keller, auch das werden wir erleben müssen.

Und was wird eigentlich aus dem **Europäischen Binnenmarkt**, der viel wichtiger als Maastricht wäre? Wie steht es mit der Erfüllung der etwa 282 noch ausstehenden konkreten Maßnahmen, die bis zum Jahresende beschlossen werden sollen? Was ist mit den gleichen rechtlichen Rahmen-Marktbedingungen in Europa, die die Wirtschaft so dringend brauchte? Was ist mit dem Versprechen der Deregulierung, wenn mit Maastricht völlig neue zentralistische Regulierungsmechanismen eingeführt werden? Was ist mit der mit dem Europäischen Binnenmarkt versprochenen Steuerharmonisierung? Wo ist sie denn?

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ortwin Lowack

(A) Wer dringt denn darauf, daß sie sich endlich entwickelt?

Das Grundgesetz schreibt in Art. 29 zwingend vor

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Das ist ein positives Zeichen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Sie werden sich noch wundern, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer in Zukunft recht bekommt. Ihr denkt zu kurzfristig, das ist mir klar.

Das Grundgesetz schreibt in Art. 29 zwingend vor, daß jede Neugliederung des Bundesgebietes — ich zitiere — „der Bestätigung durch Volksentscheid bedarf“. Muß das nicht viel mehr gelten, wenn die **rechtliche Stellung des Bundesbürgers** unabänderlich und unkündbar schlagartig verändert wird, ohne daß der Bürger jemals dazu gehört wurde und auch keinerlei Gelegenheit hatte, bei Wahlen, bei denen das bisher nie thematisiert war, darauf Einfluß zu nehmen?

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Sie müssen eine Volksabstimmung machen!)

Ich sage voraus: Das Ratifizierungsgesetz wird als ein Maastricht-Machtmißbrauchsgesetz in die Geschichte eingehen. Auch hier werden Sie sich noch wundern.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Wenn vorhin darauf hingewiesen wurde, daß wir eine **gemeinsame Außenpolitik** brauchten, daß dadurch vielleicht die Entwicklung in Bosnien hätte verhindert werden können — liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hätten genauso eine gemeinsame Außenpolitik machen können, wenn Europa im Innern dazu in der Lage gewesen wäre. Die Konflikte zwischen Deutschland und Großbritannien und Frankreich liegen doch ganz woanders als darin, daß man zu keiner gemeinsamen Außenpolitik, etwa wegen Maastricht und weil es noch nicht verabschiedet war, hätte kommen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Statt des unbezahlbar teuren Vertrags von Maastricht brauchen wir weniger Protektionismus, Zentralismus und Leistungstransfer und viel mehr Offenheit, Regionalisierung, lebendige Konkurrenz und Einsatz der Ressourcen in den Köpfen und Herzen der Menschen, nicht in Institutionen.

Vor allem brauchen wir ein Europa des Rechts und des Rechtsbewußtseins, der Bereitschaft zur Verteidigung unserer Wertvorstellungen und der geistigen Freiheit. Maastricht enthält darüber nichts. Maastricht, das ist für mich ein Europa der Regierungen und der Bürokratie. Vielleicht haben deswegen die Regierungsvertreter so eine besondere Affinität dazu.

Wenn Sie schweren Schaden vermeiden wollen, stimmen Sie heute mit Nein oder enthalten Sie sich der Stimme.

Ich möchte es in Versform beenden:

Kolleginnen und Kollegen,

mit Maastricht bauen wir Europa nicht,
mit Maastricht verbauen wir noch mehr die Sicht

auf die Ziele, die einst Europäer vereinten, die Europa sagten und Grundrechte meinten.
Europa braucht Freiheit, nicht Bürokratie.
Vergeßt mit Maastricht Eure Pflichten nicht!

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Hartmut Koschyk.

Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nicht alles, was man sagt, lieber Ortwin Lowack, hat gleich den Anspruch, ein Gedicht zu sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf von der SPD)

Ich glaube, wir sollten uns bei dieser Debatte — das sage ich denjenigen, die Maastricht nicht zustimmen können — vor deutscher Hybris hüten.

(Beifall des Abg. Peter Kittelmann [CDU/CSU])

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zwei Völker in Europa haben nach leidenschaftlichen Debatten und Volksabstimmungen Ja zu Maastricht gesagt. Zehn Parlamente werden mit dem Deutschen Bundestag, wenn er heute ratifiziert, ja sagen. Wenn wir heute meinen, daß unsere Bedenken und unsere Kritik an dem einen oder anderen, was wir uns in Maastricht anders gewünscht hätten, Maßstab aller Dinge sei, dann halte ich dies für ein Stück deutschen Hochmuts, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie der Abg. Ingrid Matthäus-Maier [SPD] — Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Maastricht war das, was unter zwölf Regierungen, auch unter zwölf politischen Klassen in Europa momentan zu erreichen war. Ich wundere mich eigentlich, daß diejenigen, die das heute als Ergebnis ablehnen, mit keinem Wort darüber sprechen, daß nur, wer jetzt an diesem Prozeß teilnimmt, auch die Chance hat, im Hinblick auf die **Revisionskonferenz** 1996 bereits heute darüber nachzudenken, um einbringen zu können, was man an diesem Prozeß verbessern kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich finde es auch nicht gut — ich will dies zu Frau Köppe sagen —, daß sie sich bei ihrem Nein zu Maastricht auf die Empfindungen unserer **Nachbarn in Mittel- und Osteuropa** beruft. Ich war an dem Wochenende des französischen Referendums, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Polen. Ich habe gemerkt, daß diejenigen, die in Polen zu Anfang der Revolution für Freiheit, Menschenrechte und Bürgerrechte in Europa gewesen sind und die heute dort politische Verantwortung tragen, Angst hatten, daß die Franzosen nein zu Maastricht sagen, weil sie genau gespürt haben, daß ein französisches und — ich sage jetzt auch — ein deutsches Nein ihnen den Weg in die Europäische Gemeinschaft verbaut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hartmut Koschyk

(A) Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen unser Ja, das wir heute sagen, jetzt natürlich auch in unserer Bevölkerung offensiv vertreten. Wir müssen auch ein Stück dafür sorgen, daß Europa nicht mehr mies gemacht und — ich sage das auch an die Adresse der schreibenden Zunft — nicht mehr mies geschrieben wird.

Meine Damen und Herren, wir können auch als Abgeordnete des Deutschen Bundestages dadurch einen Beitrag hierzu leisten, daß wir Schluß damit machen, daß alles das, was vielleicht Unvermögen nationaler Politik ist, auf Europa geschoben wird. Ich sage das auch im Hinblick auf die Identitätsdiskussion. Wer sich über seine **Identität** als Deutscher in Europa und der Welt nicht im klaren ist, der wird am Schluß nur noch die Deutsche Mark als Zeichen seiner Identität haben. Ich sage, es wäre eine schwache deutsche Identität, die allein auf die Deutsche Mark gebaut wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU —
Zuruf von der SPD)

Natürlich gibt es auch eine Reihe von anderen Dingen, neben aller Gemeinsamkeit, die wir heute haben. Es ist sehr gut und es ist Vertrauen erweckend, daß es mit einer großen Gemeinsamkeit auch unter Zustimmung der Sozialdemokraten zu diesem Ja zu Maastricht kommt, aber wir werden uns über eine Reihe von Dingen zu streiten haben, die über die **Europafähigkeit der Deutschen** entscheiden.

Wir können unseren Bürgern nicht länger sagen, ein Europa ohne Grenzen schafft weniger Sicherheit vor illegaler Zuwanderung und vor dem organisierten Verbrechen, wenn wir nicht bereit sind, in Europa unsere Hausaufgaben in diesem Zusammenhang zu machen. Dasselbe gilt natürlich auch für eine sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Europas in dem Sinne, in dem der Kollege Lamers das gerade beschrieben hat.

(B) Wenn wir heute aus dem Parlament herausgehen, sollten wir den Mut haben, uns zu unserem Ja zu diesem Europa nach Maastricht zu bekennen, denn nur wer Mut hat, macht auch anderen Mut. Ich sehe die Diskussion heute im Parlament auch als Chance, das europapolitische Defizit, das Defizit an tiefgreifender europäischer Diskussion über die Stellung Deutschlands in Europa und der Welt, über die Stellung der Deutschen in Europa und der Welt zu beseitigen, aber auch als Chance, diesen europapolitischen Dialog jetzt ins Volk zu tragen und dort offensiv zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Fritz Gautier.

Dr. Fritz Gautier (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit wurde mir nahegelegt, mich etwas kürzer zu fassen, als vorgesehen ist. Ich möchte das gerne machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte zu einem Punkt reden, der heute ebenfalls auf der Tagesordnung steht und der neben der

Maastricht-Debatte vielleicht etwas vergessen wird, nämlich zu den Gesetzentwürfen, die wir zur Ratifizierung des **Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum** und die Umsetzung des Abkommens in nationales Recht vorliegen haben. Dies ist ein wichtiges Abkommen.

(Beifall des Abg. Karsten D. Voigt [Frankfurt]
[SPD])

Worum geht es dort? Wir haben nach 1985 mit der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte und der Zielsetzung Binnenmarkt bis 1992 und in den Folgejahren der erklärten Zielsetzung, die Politische Union Europas herbeizuführen, was heute in der Maastricht-Vertragsratifizierung kulminiert, auch die Diskussion gehabt: Wie gehen wir eigentlich mit den restlichen **EFTA-Staaten** um? Wie regeln wir das Verhältnis zu Island, zu Norwegen, zu Schweden, zu Finnland, zu Österreich und zu der Schweiz?

Noch 1988 und 1989 konnten weder Österreich noch die Schweden gedanklich dem Konzept, der Gemeinschaft beizutreten, nahetreten, bezogen auf ihre eigene Positionsbestimmung hinsichtlich der Neutralität ihres Landes. Die Geschichte hat sich mit einer solchen rasanten Geschwindigkeit über die damaligen Probleme hinweggesetzt, nämlich daß die Neutralität heute für die Länder keine Rolle mehr spielt, weil sie durch die geschichtlichen Ereignisse einfach überflüssig geworden ist, daß alle diese Länder bis auf Island, also Schweden, Österreich, die Schweiz, Finnland und Norwegen, Anträge auf Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft gestellt haben. Ich glaube, wir sollten dies alles begrüßen.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke
Liste)

Es wurde schon heute morgen, auch von Regierungsseite, gesagt, daß wir die Verhandlungen über die Aufnahme der Mitgliedstaaten so zügig wie möglich in Angriff nehmen sollten, so daß wir wirklich Mitte der neunziger Jahre diese Länder als Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft begrüßen können.

Wir erledigen heute hier im Deutschen Bundestag einen sehr wichtigen Zwischenschritt, nämlich die Beratung über das Abkommen über den sogenannten Europäischen Wirtschaftsraum. Wir verstehen das jetzt als Zwischenschritt, obwohl es 1988/89 in der Konzeption als dauerhaftes Kooperationsmodell gedacht war.

Was soll hier heute beschlossen werden? Wir wollen mit dem Abkommen über einen Europäischen Wirtschaftsraum die jetzigen **EFTA-Länder** und, hoffentlich, zukünftigen Mitglieder der Gemeinschaft rechtlich so stellen, als wenn sie vollwertige **Teilnehmer am Europäischen Binnenmarkt** wären. Das heißt, die gesamten Binnenmarktvorschriften der Europäischen Gemeinschaft werden auf diese Länder ausgedehnt.

Wir haben zweitens in diesem Abkommen den Grundsatz, daß auch die **Wettbewerbsregeln** der Europäischen Gemeinschaft von den EFTA-Staaten akzeptiert werden und wir ein funktionsfähiges Wettbewerbsrecht in den Staaten haben.

Wir haben drittens in dem Abkommen — das begrüße ich außerordentlich — auch gemeinsame

Dr. Fritz Gautier

- (A) Vorschriften zur **Umweltkooperation**. Ich glaube, daß die Gemeinschaft insgesamt von den positiven Erfahrungen insbesondere der nordischen Länder im Bereich ihrer Umweltpolitik her befruchtet werden kann. Ich meine, daß dies eine sinnvolle Erweiterung der Politik der Gemeinschaft mit den EFTA-Staaten ist.

Last but not least leisten die Staaten des EFTA-Blocks einen wichtigen Beitrag zur **Regionalpolitik der Gemeinschaft**, weil sie erkannt haben, daß die Teilhabe an den Vorteilen des Europäischen Binnenmarktes auch damit verbunden sein muß, daß sie finanziell ihren Beitrag dazu leisten, die Unterschiede in den Regionalentwicklungen auszugleichen — eine außerordentlich begrüßenswerte Sache, die in dem Vertragswerk niedergelegt ist, daß wir nicht nur aus dem Bereich des Haushalts der Europäischen Gemeinschaft, sondern auch aus Sonderfinanzmitteln von Schweden, von Norwegen, von Finnland, von Österreich und der Schweiz die Südregion der Gemeinschaft finanziell stärker unterstützen können.

Von daher sehen wir dieses Abkommen, das heute hier zur Abstimmung ansteht, als einen positiven Beitrag an. Wir denken, daß dies ein Zwischenschritt ist, damit die Staaten 1995 vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch ein letztes Wort zu den **osteuropäischen Staaten** sagen. Auch diese wurden heute morgen häufig erwähnt. Es ist völlig klar, daß weder Polen noch Ungarn, noch die Tschechoslowakei auf die Dauer außerhalb der Gemeinschaft stehen können.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es ist völlig klar — heute morgen hat der Bundeskanzler Prag und die Karlsbrücke erwähnt; auch ich war einmal da —, daß Prag natürlich im Zentrum Europas liegt und selbstverständlich zur Europäischen Gemeinschaft gehören soll.

Hier ist die Frage der Zeitperspektive zu nennen. Ich möchte in dieser Diskussion anregen, ob nicht das, was wir jetzt in dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum mit Schweden und mit Norwegen machen, ein Modell sein kann, wie wir die Staaten wie Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei über die jetzigen Assoziierungsabkommen hinaus näher an die Gemeinschaft heranführen können, nämlich für eine vertiefte Zusammenarbeit, und zwar auf einer ausreichenden juristischen Grundlage.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich halte dies für eine Überlegung, die man anstellen sollte, damit die Frage der längerfristigen Perspektive des Beitritts dieser Länder zur Europäischen Gemeinschaft sich vertraglich entsprechend darstellt.

Meine Damen und Herren, ich möchte es bei diesen kurzen Bemerkungen bewenden lassen und noch einen kurzen Satz als Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses zu diesem ganzen Thema sagen. Es wird sehr viel über Bürokratie, die immer nur in Brüssel stattfindet, in diesem Hause geredet. Wenn Sie sich

einmal das EWR-Abkommen und das Umsetzungsge-
setz anschauen und feststellen, was wir hinsichtlich
des Eichgesetzes und hinsichtlich der Verord-
nung XYZ machen, dann fallen Ihnen die Haare
aus.

(C)

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie haben ja noch
genug!)

In meiner Funktion als Berichterstatter will ich zu dieser Bürokratie noch etwas beitragen. Wir ändern mit dem **EWR-Umsetzungsgesetz** auch das deutsche **Futtermittelrecht**. Ich möchte über die Frage der Futtermittelverordnung jetzt nicht in Details gehen, sondern hier eine Erklärung als Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses zu Protokoll geben,*) damit die Bundesregierung unter Umständen einige Anregungen, die wir noch einzubringen haben, beim Futtermittelrecht aufnehmen kann.

Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der F.D.P. und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Ulrich Heinrich.

Ulrich Heinrich (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich bei meiner Fraktion ganz herzlich bedanken, daß ich noch ein paar Minuten Redezeit bekommen habe; denn die Diskussion ist ja schon sehr weit fortgeschritten. Aber ich meine, man kann hier auch einmal einen Bericht und einen Beitrag aus der Praxis hören. Hier darf ich einmal etwas aus der Agrarpolitik sagen. Die **Agrar-**
politik ist selber in diesem Vertrag nicht direkt an-
gesprochen. Aber wir sind natürlich durch das Subsidiaritätsprinzip und vor allen Dingen durch die Währungspolitik, die hier mit eingeführt werden soll, tangiert.

(D)

Wir stehen hier heute an einer wichtigen Wegmarke. Der Maastrichter Vertrag, der eine Zwischenstation zu einer **Europäischen Union** darstellt, kann in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir stehen heute an einer Weiche für eine Europäische Union, die weit mehr ist als nur ein Binnenmarkt. Wir stellen heute die Weichen für ein weiteres, engeres Zusammenwachsen mit der Konsequenz, daß Kompetenzen von den Nationalstaaten abgegeben werden müssen hin zu der höheren Ebene, zu den europäischen Institutionen.

Wenn ich mich an dieser Stelle ganz besonders mit der Agrarpolitik beschäftige, so möchte ich damit unterstreichen, daß gerade in der Vergangenheit die **Agrarpolitik**, die **Klammer des Europäischen Einigungsprozesses** war und heute noch immer ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Agrarpolitik, die von vielen auch hier in diesem Hause als eine lästige Angelegenheit angesehen wird und bei der es nach weit verbreiteter Meinung nur um eine Verteilung von Subventionen geht, wird in ihrer eigentlichen Bedeutung häufig unterschätzt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

*) Anlage 2

Ulrich Heinrich

(A) Ich möchte heute hier ganz deutlich zum Ausdruck bringen, daß es gerade die europäischen Landwirte sind, die in diesem Einigungsprozeß als erste Gruppe das vollzogen haben und am Leib tagtäglich verspüren, was es heißt, wenn Kompetenzen abgegeben werden müssen. Wer eine Europäische Union will, kann sich an diesen teilweise sicher sehr schmerzhaften Prozessen nicht vorbeimogeln. Genau diese Erfahrungen werden die anderen Bereiche, die heute ebenfalls sehr intensiv diskutiert werden, noch machen müssen. Ich kann hier aus unserer Erfahrung sagen, daß wir aber trotzdem alle in der Agrarpolitik voller Erwartung in Richtung Europäische Union blicken.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Herr Abgeordneter Heinrich, der Abgeordnete Conradi erlaubt sich, eine Zwischenfrage zu stellen. Ich gehe einmal davon aus, daß Sie sie gerne beantworten.

Ulrich Heinrich (F.D.P.): Bitte schön.

Peter Conradi (SPD): Herr Kollege, wollen Sie im Ernst behaupten, daß ein Abgeordneter dieses Hauses diesen Gesetzentwurf gelesen hat, in dem so wichtige Fragen geregelt sind wie die Regelung mit Alkohol stummgemachten Mosts aus frischen Weintrauben, die Regelung über die Pest der kleinen Widerkäufer, die Herstellung von Pfeifenköpfen und die Herstellung — man höre und staune — von Feuerzeugen mit piezo-elektrischer Zündung? Wollen Sie wirklich behaupten, daß ein Abgeordneter dieses Hauses dies alles gelesen hat?

(B) **Ulrich Heinrich (F.D.P.):** Herr Kollege Conradi, Sie geben mir eine hervorragende Chance, darauf einzugehen, was wir unter Subsidiarität verstehen, wie sich nach unserem Verständnis eine Bürokratie eben nicht entwickeln soll. Dazu darf ich noch ein paar Sätze aus meiner vorbereiteten Rede hier zu Gehör bringen.

Wir erwarten, daß den Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Rechtsakten unter Vermeidung von nicht hinnehmbaren Wettbewerbsverzerrungen ein größtmöglicher Gestaltungsspielraum eingeräumt wird. Das heißt auf gut deutsch: Wir sind gegen eine immer weiter ausufernde **Eurobürokratie**.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Wir wollen, daß die Durchführungsverordnungen, die selbstverständlich den regionalen Belangen Rechnung tragen müssen, die Ausführungsbestimmungen z. B. über Flächenstillegungen oder die Einrichtung verschiedener Ertragsregionen in nationalstaatlicher und bei uns selbstverständlich auch in Länderhoheit verbleiben müssen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich bin furchtbar eng in der Zeit. Ich möchte nur noch einige Sätze zur **Wirtschafts- und Währungsunion** sagen, und dies ganz besonders aus agrarpolitischer Sicht. Es gibt kaum einen Bereich, der so von schwankenden Währungskursen betroffen ist wie die **Landwirtschaft**. Ich möchte daran erinnern, daß wir bereits heute in der EG einheitliche Preise, Stützungen, Beihilfen und Prämien haben und daß sich natürlich entsprechende Währungsschwankungen bei Aufwertungsländern in

niedrigen Preisen und bei Abwertungsländern in höheren Preisen niederschlagen. (C)

Da die Bundesrepublik Deutschland immer zu den Aufwertungsländern gehört hat, haben sich bei uns die Preisveränderungen immer negativ, zu Lasten unserer Landwirtschaft ausgewirkt. Der gewährte Ausgleich konnte die negativen Auswirkungen nie total wettmachen; denn er kam in der Regel zu spät, oder es gab selbstverständlich auch eine Abbaupflicht. Wir unterstützen deshalb nachdrücklich eine möglichst frühe Einführung einer einheitlichen europäischen Währung.

Ich sehe, hier leuchtet schon das rote Licht; ich möchte daher schließen. Ich möchte aber zum Schluß noch folgendes hinzufügen: Europa wird nur dann eine vernünftige Entwicklung in Richtung Europäische Union nehmen, wenn alle Bevölkerungsgruppen voll dahinterstehen können. Leider Gottes haben wir derzeit in Europa eine Entwicklung in der Landwirtschaft zu verzeichnen, bei der wir unterstellen müssen, daß viele nicht mehr dahinterstehen können. Ich bitte, daß die Politik doch so gestaltet wird, daß auch unsere Bauern wieder voll hinter Europa stehen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Ich erteile nunmehr der Abgeordneten Frau Dr. Barbara Höll das Wort.

Dr. Barbara Höll (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! (D) Meine Damen und Herren! In der letzten Lesung zum Maastricht-Vertrag im Oktober dieses Jahres hat meine Kollegin Petra Bläss auf ein ganz entscheidendes Defizit des Maastrichter Vertrages hingewiesen. Sehr zum Unwillen einiger Abgeordneter sprach sie damals als einzige Rednerin die fehlenden **Aussagen zu frauenpolitischen Belangen** an.

Obwohl das Europäische Parlament die Maastrichter Regierungskonferenz dringend aufgefordert hatte, den Art. 119 des EWG-Vertrages dahin gehend zu ändern, daß in die Gemeinschaftsaktion auch die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Bereichen eingezogen werden soll, blieb Frauenpolitik im Prozeß der europäischen Einigung bisher auf der Strecke.

Wenn man den Verlauf der heutigen Debatte, die vor allem von Männern getragen wurde, bewerten möchte, so kann man sagen, daß diese Tendenz leider auch von der Mehrheit des deutschen Parlamentes mitgetragen wird.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Während Anfang der 80er Jahre dank der verstärkten Repräsentanz von Frauen im Europaparlament eine beschleunigte Gangart in puncto Gleichbehandlungspolitik eingeschlagen und dafür mit Aktionsprogrammen der Gemeinschaft auch neue Instrumente geschaffen wurden, scheint sich in den letzten Jahren eine Art länderübergreifende Verzögerungstaktik bei der Verwirklichung der bereits existierenden **Richtlinien** durchzusetzen, wobei nicht unerwähnt bleiben darf, daß sich diese Richtlinien bisher

Dr. Barbara Höll

(A) ausschließlich auf die Problematik der **Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Erwerbsleben** beschränkten.

So wichtige Aspekte einer tatsächlichen gesellschaftlichen Gleichstellung wie die **Familienfragen**, die **Gleichstellung von Alleinerziehenden** usw. bleiben nach wie vor ungeklärt und der nationalen Regelung überlassen.

Über die Probleme der **Kinderbetreuung** haben wir ja vor kurzem schon diskutiert, und wir haben auf die gravierenden Mängel der Empfehlung des Rates hingewiesen. Bezeichnenderweise geht das gesamte dritte Aktionsprogramm der Gemeinschaft hinter die ohnehin geringe Verbindlichkeit der vorhergehenden beiden Programme sogar noch zurück. Das äußert sich z. B. darin, daß das dritte Aktionsprogramm nicht von einer Entschließung des Rates begleitet wurde und auch hinsichtlich der Finanzen der neuen Lage in Europa nicht entspricht.

Dennoch will auch ich nicht verkennen, daß sich in den letzten 20 Jahren auf europäischer Ebene ein fundamentaler Wandel hinsichtlich der Ideen der **wirtschaftlichen Gleichstellung von Frauen** vollzogen hat: weg von der ausschließlichen Hausfrauenorientierung hin zur Frau, die „ihren Mann steht“. Genau da liegt der Hase im Pfeffer: Die Frau soll auf individueller Ebene den Mann ein- und überholen, ohne daß die strukturellen Voraussetzungen dafür überhaupt gegeben sind.

Wenn die Frauen aus Brüssel aufgefordert werden, sich marktgerecht zu entwickeln, ohne daß man ihre strukturelle und systematische Diskriminierung in jedem Land beseitigt, und wenn man statt dessen wesentliche kollektive Frauenrechte abbaut, stehen die Verliererinnen dieser Art von Arbeitsmarktwettbewerb von vornherein fest.

(B) Angesichts dieser frauenpolitischen Misere ist die Aussparung von Festlegungen zur Weiterentwicklung der Gleichstellung von Frau und Mann im Maastrichter Vertrag ein so grundsätzlicher Mangel, daß eine Zustimmung schon aus diesem Grunde nicht vertretbar ist.

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Das sind die richtigen Relationen!)

Von den bereits mehr als 180 Millionen Frauen, die damit vergessen werden, ist in dem uns vorliegenden Dokument in keiner einzigen Zeile die Rede.

Dabei stellen sich angesichts der über Europa hereinbrechenden politischen, sozialen und kulturellen Veränderungen für die weitere Entwicklung der weiblichen Bevölkerungsmehrheit viele Fragen: Wie werden die Frauen vom Europäischen Binnenmarkt, von der am 1. Januar in Kraft tretenden Stufe der Einigung, betroffen?

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Sie haben in Ihrer komischen DDR jahrzehntelang die Frauen geknechtet!)

Welche Auswirkungen hat die **europäische Umstrukturierung** auf die **Arbeitsmarktchancen der Frauen** innerhalb der Festung Europa, wo sie bereits heute 80 % der teilzeitarbeitenden und 90 % der ungeschützt Beschäftigten ausmachen? Welche Auswir-

kungen ergeben sich für **Arbeitsimmigrantinnen und Frauen** aus der sogenannten Dritten Welt und Osteuropa? (C)

Wird das geplante gemeinsame Haus Europa ein unwirtliches Herrenhaus im vergrößerten Männerland, oder wird es ein auch für Frauen bewohnbares Zuhause?

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Wer hat Ihnen denn diese Schlagworte aufgeschrieben?)

Für letzteres spricht angesichts der undemokratischen Art und Weise, in der zwölf patriarchale Gesellschaften zusammengenagelt werden sollen, sehr wenig.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Aus der Perspektive der Brüsseler Machtpolitiker scheinen die Frauen auch weiterhin ein Heer unbezahlter Familienarbeiterinnen und Hausfrauen, unterbezahlter Erwerbstätiger oder eine flexibel verfügbare Arbeitskraftreserve zu sein,

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Sie vergraulen doch die Frauen mit Ihrer Rede!)

die je nach Marktlage mal erwerbstätig ist und mal an Heim und Herd zurückgeschickt wird. Erforderlichenfalls werden Frauen auch für Kriegsdienste in Uniformen gesteckt oder mit regenerativen Aufgaben zugeeckt. Die Zauberformel, mit der all das mit Frauen gemacht werden kann, heißt Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fällt nach Brüsseler Ansicht in die Zuständigkeit der Einzelstaaten.

Ende 1990 hat der **Ausschuß für die Rechte der Frau** einen Bericht vorgelegt, in dem er feststellte — ich zitiere —: (D)

Alle bereits von der EG-Kommission, vom Wirtschafts- und Sozialausschuß und vom Europäischen Parlament ausgearbeiteten Berichte über Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit, Armut und gesellschaftliche Zurücksetzung enthielten Hinweise auf die deutliche Schlechterstellung der Frau in den Mitgliedstaaten, die in den Randgebieten der Gemeinschaft noch ausgeprägter ist. Es ist infolgedessen zu prüfen, welche Maßnahmen getroffen werden sollten, um den Rückstand vor 1992 aufzuholen und negative Auswirkungen des großen europäischen Binnenmarktes auf die Situation der Frauen zu vermeiden.

Daß die Hohen Vertragsschließenden Seiten diese Aufforderung in den Wind geschlagen und die durch Klassenunterschiede, Rassismus und Sexismus gesicherte Ungleichbehandlung der Menschen fortgesetzt haben, ist für uns einer der Gründe, weshalb wir beim Nein zu Maastricht bleiben.

Ein zweiter, sehr wesentlicher Mangel ist die mit dem Maastrichter Vertrag vertiefte **Abkoppelung der Wirtschafts- und Währungsunion von der erforderlichen Sozialunion**. Die Festlegungen im Maastrichter Vertrag werden einschneidende Folgen für das soziale Beziehungsgefüge in den Mitgliedsländern haben, ohne daß dafür Regelmechanismen vorgesehen sind. Der Sozialpolitik, die als Stiefkind in das Anhangprotokoll verbannt wurde, kommt hier die

Dr. Barbara Höll

- (A) Aufgabe zu, zumindest schadensbegrenzend zu wirken. Notwendig wäre allerdings, der **Sozialpolitik** im europäischen Einigungsprozeß eine **Gestaltungsaufgabe** zu übertragen.

Das vereinte Europa wird zwar zur Revitalisierung der Entwicklung beitragen, dabei aber ein wirtschaftliches, soziales, qualifikatorisches und kulturelles Gefälle in Kauf nehmen. Schon die gegenwärtige Entwicklung in der Bundesrepublik weist darauf hin, daß **Deregulierungskonzepte** immer stärker in den Mittelpunkt der Sozialpolitik treten und sie sich damit zum Pendant der neokonservativen Wirtschaftspolitik mausert.

Bis in die 90er Jahre fand in allen europäischen Ländern eine Ausrichtung auf eine Zweidrittelgesellschaft statt. Ökonomische Strukturunterschiede wurden dabei ebenso in Kauf genommen wie Armut und Verarmung.

Bis in liberale Kreise hinein wird jetzt die Befürchtung geäußert, daß durch den sich vergrößernden Arbeitsmarkt und zunehmenden Konkurrenzdruck ein **Verdrängungswettbewerb der abhängig Beschäftigten** in Europa droht. Bedroht werden davon vor allem diejenigen, die mit einer geringen Qualifikation um ihren Verbleib im Erwerbsleben konkurrieren müssen. Es wird im Zuge des europäischen Binnenmarktes zu größeren Wanderungsbewegungen der Beschäftigten kommen. Dies eröffnet vielen die Chance zur besseren materiellen Absicherung, ist aber auch mit dem Verlust der sozio-kulturellen Identität verbunden.

- (B) Dem europäischen **Regional- bzw. Sozialfonds** liegt der Gedanke notwendiger Steuerung zugrunde. Diese kann aber bei der dürftigen finanziellen Ausstattung der Fonds ernsthaft nicht stattfinden. Sie machen lediglich die marktgerechte Entwicklung komfortabler. Wenn, wie viele erwarten, tiefgreifende soziale Verwerfungen im Gefolge des großen Binnenmarktes eintreten, verkommen die Fonds zu bloßen Reparaturmechanismen.

Der sozialpolitische Ansatz im Maastrichter Vertrag ist ohnehin rein kompensatorischer Natur; er konzentriert sich auf das Arbeitsleben und den Erhalt der Arbeitsfähigkeit. Weder dem gestalterischen Auftrag noch dem sichernden Aspekt von Sozialpolitik wird im Maastrichter Vertrag Raum gegeben. Das Subsidiaritätsprinzip hat ebenso Vorrang wie die Privatisierung sozialer Risiken.

Eine Differenzierung, die den sozio-kulturellen und ökonomischen Besonderheiten der jeweiligen Länder entspricht, ist nicht vorgesehen. Die PDS/Linke Liste ist der Auffassung, daß die Bundesregierung die Pflicht hat, die Versäumnisse im Maastrichter Vertrag wenigstens durch ein offensives Vorgehen bei der **Verabschiedung von Richtlinien** auszugleichen. Gerade im Bereich Arbeit, Umwelt und Gesundheit erwarten wir von der Bundesregierung konkrete Vorschläge. Eine europäische Verständigung über Arbeitsbedingungen, über Mitbestimmungsrechte der abhängig Beschäftigten und ihrer Vertretungen, über Arbeitsschutz und Integration von aus dem Erwerbsleben Ausgegrenzten ist enorm wichtig für den Einigungsprozeß. Hier sind Initiativen gefragt.

Gerade weil für die **Entscheidungsebenen** im zukünftigen Europa ein **demokratisches Vakuum** entsteht, sind Zielvorgaben für die Richtlinienpolitik durch die Mitgliedstaaten dringend geboten. (C)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Frau Abgeordnete, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie meinen Hinweis beachten würden.

Dr. Barbara Höll (PDS/Linke Liste): Ich komme zu meinem letzten Satz. — Auf dem Gebiet der Frauenpolitik versuchen die betroffenen Organisationen Druck für die Verabschiedung verbindlicher Gleichstellungsrichtlinien zu entfalten; auf dem Gebiet der Sozialpolitik fehlen diese Initiativen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Franz Möller.

Dr. Franz Möller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Durch das Vertragswerk von Maastricht erreicht der Prozeß der europäischen Einigung in Gestalt der Europäischen Union eine Entwicklungsstufe, die eine **Angleichung des Grundgesetzes an die veränderten politischen und rechtlichen Gegebenheiten** notwendig macht. Wir haben das heute schon gehört.

Bereits in der Gemeinsamen Verfassungskommission und später auch im Sonderausschuß „Europäische Union“ hat von Anfang an Konsens darüber bestanden, daß es verfassungspolitisch wünschenswert ist, einen eigenen **Europa-Artikel** als Ermächtigungsgrundlage für die Übertragung weiterer Hoheitsrechte auf die Europäische Union in das Grundgesetz aufzunehmen. Es bot sich an — das haben wir Ihnen auch vorzuschlagen —, als Standort dafür Art. 23 des Grundgesetzes auszuwählen, der seine ursprüngliche Aufgabe als Artikel der deutschen Wiedervereinigung Gott sei Dank erfüllt hat. Ihn mit einem neuen, nunmehr europäischen Inhalt zu füllen ist eine politische Botschaft unserer Verfassung nach innen, aber auch nach außen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Botschaft lautet: Die deutsche Wiedervereinigung findet ihre Vollendung in der Einigung Europas. Das vereinte Deutschland ist gewillt, seine historische Rolle bei der Integration Europas weiter zu erfüllen — zum Nutzen unserer europäischen Partner, aber auch zum eigenen Nutzen Deutschlands.

Der neue Europa-Artikel enthält deshalb das Staatsziel „Verwirklichung eines vereinten Europas“ und unterstreicht damit das Bekenntnis des deutschen Volkes in der Präambel des Grundgesetzes, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Bundeskanzler hat heute zu Beginn seiner beeindruckenden Rede gerade auf die Präambel des Grundgesetzes verwiesen.

Dr. Franz Möller

(A) Der neue Art. 23 verbindet die Ausrichtung unseres Gemeinwesens auf ein vereintes Europa mit einer Aussage über die **Verfassungsarchitektur der Europäischen Union**. Die Europäische Union soll demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und auch dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet sein. Sie soll ferner einen dem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleisten.

Mit dieser sogenannten **Struktursicherungsklausel** ist nicht etwa der Anspruch verbunden, daß wir damit der Europäischen Union das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland überstülpen wollen. Wohl aber soll durch die Nennung dieser Grundsätze die Bundesregierung darauf verpflichtet werden, im weiteren Integrationsprozeß den Kernbereich unserer Verfassungsordnung zum Maßstab ihrer Politik zu machen und für das vereinte Europa die Grundprinzipien, wie sie in Art. 79 Abs. 3 des Grundgesetzes niedergelegt sind, anzustreben. Das ist Inhalt der Struktursicherungsklausel und ihre politische Botschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Der neue Europa-Artikel trägt dem Umstand Rechnung, daß die Europapolitik nicht mehr klassische Außenpolitik, sondern ein Aliud, eine Daueraufgabe zwischen Außen- und Innenpolitik geworden ist. Wir sind auf dem Wege zu einer europäischen Innenpolitik, die die innerstaatliche Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern, aber auch zwischen Bundesregierung und Bundestag in vielfältiger Weise berührt.

(B) Im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration werden immer mehr **Regelungsmaterien der nationalen Kompetenz** entzogen und europäisiert. Durch diesen Vergemeinschaftungsprozeß erfahren Bundestag und Bundesländer einen entscheidenden Verlust ihrer legislativen Aufgaben, während der Bundesregierung diese Aufgaben im Rahmen ihrer Mitwirkung an der Rechtsetzung der Europäischen Union zu wachsen. Deshalb bestimmt Art. 23 Abs. 2 folgerichtig, daß in Angelegenheiten der Europäischen Union der Bundestag und — durch den Bundesrat — auch die Länder mitwirken sollen.

Die Länder haben bereits sehr frühzeitig ihre Mitwirkungsrechte eingefordert, ich will nicht sagen: eingeklagt. Bereits in der Verfassungskommission ist es gelungen, die weitgehenden, streckenweise als überzogen betrachteten Maximalforderungen der Länder auf ein für den Bund noch akzeptables Maß zurückzuschrauben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich muß auch hier sagen, daß die Länder — wenn auch nach anfänglichem Zögern — überzeugend mitgemacht haben.

Die **Mitwirkungsrechte der Länder** sind nunmehr in ihrer Intensität abgestuft und orientieren sich an der innerstaatlichen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern nach Maßgabe des Grundgesetzes. Dort, wo schwerpunktmäßig Gesetzgebungsbefugnisse der Länder, die Einrichtung ihrer Behörden oder ihre Verwaltungsverfahren betroffen sind, ist bei der Willensbildung des Bundes insoweit die Auffassung des Bundesrates maßgeblich zu berücksichtigen. Das

bedeutet, daß die Länder hier ein Letztentscheidungsrecht haben. Das ist, meine Damen und Herren, auch sachgerecht und entspricht dem föderalen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundeskanzler hat eben dazu das Richtige gesagt. Wo die Länder bisher Gesetzgebungszuständigkeiten hatten, sollen sie in Zukunft die deutschen Verhandlungspositionen bei der europäischen Rechtssetzung mitbestimmen können.

Ich freue mich darüber, daß die Gemeinsame Verfassungskommission und der Sonderausschuß eine Anregung von mir aufgegriffen haben, auch die **Mitwirkungsrechte des Bundestages in europäischen Angelegenheiten** klarzustellen und zu stärken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich glaube, daß das ein wichtiger Schritt war. Die Rechte des Bundestages werden also ebenfalls im neuen Art. 23 verfassungsrechtlich verankert. Zu ihrer institutionellen Absicherung wird ein **Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union** eingerichtet, der in Art. 45 Verfassungsrang erhält. Der Bundestag kann diesen Ausschuß — das ist etwas parlamentarisch Neues — ermächtigen, seine Mitwirkungsrechte gegenüber der Bundesregierung selbst wahrzunehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang des Art. 23 spielt gerade das **Subsidiaritätsprinzip** des Maastrichter Vertrages eine wichtige Rolle. Es hat deshalb auch Eingang in die genannte Struktursicherungsklausel gefunden. In der Gemeinsamen Verfassungskommission und im Sonderausschuß „Europäische Union“ waren wir uns darin einig, Herr Kollege Dr. Scholz und Herr Kollege Verheugen, daß das Subsidiaritätsprinzip die **kommunale Selbstverwaltung** mit umfaßt. Im Maastrichter Vertrag ist für die europäische Entwicklung ein **Ausschuß der Regionen** vorgesehen, der die besonderen Belange und den Erfahrungsschatz der kommunalen Selbstverwaltung in den Meinungsbildungsprozeß der Europäischen Union einbringen soll.

Der Sonderausschuß hat beschlossen, daß die kommunalen Spitzenverbände mit je einem Mitglied im Ausschuß für die Regionen Europas beteiligt sein müssen. Ich finde das eine gute Regelung. Ich finde es auch gut, daß in Zukunft Vertreter des Städte- und Gemeindebundes, des Deutschen Städtetages und des Deutschen Landkreistages an dieser Arbeit für Europa teilnehmen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, gegen die Mitwirkungsrechte der Bundesländer, aber auch des Bundestages sind vielfach Bedenken geltend gemacht worden. Ich will das nicht verhehlen. Ich meine aber, sie sind ein wohlaustarierter Kompromiß zwischen den Interessen von Bund und Ländern einerseits und von Bundestag und Bundesregierung andererseits. Sie stellen insbesondere die **Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland in den Gremien der Europäischen Union** nicht in Frage, Herr Bundesaußenminister; sie verhindern, daß sich die vertikale und horizontale **Gewaltenteilung** und Gewaltbalancierung in unse-

Dr. Franz Möller

- (A) rer **Verfassungsordnung** verschiebt. Wir nehmen dabei in Kauf, daß der Art. 23 vielleicht nicht höchsten verfassungsmäßigen Ansprüchen genügt. Doch war es uns wichtiger, daß sich die Interessen aller Beteiligten in dieser Vorschrift wiederfinden konnten. Ich glaube, daß uns das gelungen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Deshalb, meine Damen und Herren, kann ich und können wir Maastricht mit gutem Gewissen ratifizieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Hermann Scheer.

Dr. Hermann Scheer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die elementare **Bedeutung demokratischer Entscheidungsprozesse** ist, daß allein diese die Lernfähigkeit einer politischen Ordnung gewährleisten, indem die dauernde Möglichkeit zur Selbstkorrektur von Fehlentwicklungen und zur Einstellung auf neue Herausforderungen gegeben ist, und daß über die für die gesamte Gesellschaft verbindlichen Rechtsakte von gewählten Repräsentanten entschieden wird, mit nachvollziehbaren Verantwortlichkeiten und im durchschaubaren Verfahren. Nur so erhält und behält eine politische Ordnung ihre innere Zustimmung. Die Demokratiegeschichte lehrt uns, daß — um mit Dolf Sternberger zu sprechen — unverzichtbare Legalität nicht aufrechterhalten werden kann ohne Legitimität, die immer wieder neu im demokratischen Verfahren erworben werden muß. Wer diese Grundlagen einer politischen Ordnung ignoriert, riskiert deren Bestand.

(B)

Daß diese Hinweise nicht so selbstverständlich sind, wie sie sein müßten, zeigt sich seit Jahren am europäischen Integrationsprozeß. Seit Jahren wird die **Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft** gefordert. Schon mit der Zunahme der gesetzgeberischen Entscheidungskompetenz des Ministerrats auf der Basis der Einheitlichen Europäischen Akte, die vor fünf Jahren in Kraft trat, war die zwingende Notwendigkeit gegeben, dem seit 1979 direkt gewählten Europaparlament diejenige Entscheidungskompetenz zu geben, die die nationalen Parlamente abgeben müssen.

Mit dem Beschluß über einen einheitlichen europäischen Binnenmarkt, dessen Gesetze bereits die Mehrzahl der die Wirtschaft betreffenden Fragen zu solchen des Ministerrats machen, wurde das demokratische Erfordernis dringlicher. Noch dringlicher wird es mit dem Vertrag von Maastricht.

Aber die Realität ist, daß zwar die **Rechte des Europäischen Parlaments** geringfügig verstärkt werden, demgegenüber aber ein enormer **Kompetenzzuwachs des Ministerrats** steht. Statt weiterer Demokratisierung ist das Ergebnis deshalb ein Substanzverlust an Demokratie, also das Gegenteil des prinzipiell Geforderten und Erforderlichen.

Daneben fehlt es auch an einer durchdachten Aufteilung der Gestaltungskompetenz zwischen den politischen Institutionen der Gemeinschaft und denen der Mitgliedsländer, wie sie für jede föderale Ordnung

unverzichtbar ist. Zwar sieht der Vertrag das Subsidiaritätsprinzip vor, aber es bleibt im Konkreten unausgefüllt. Der Ministerrat kann, wenn er sich einigt ist, künftig viel mehr Kompetenzen an sich ziehen, als es etwa der Bundesregierung gegenüber den Bundesländern erlaubt wäre. (C)

Mit der Grundgesetzänderung werden sich der Bundestag und der Bundesrat zwar das konkrete Recht einräumen, beliebigen Kompetenzverlagerungen einen Riegel vorzuschieben. Aber die Fragen bleiben, welchen praktischen Stellenwert das haben wird, wenn wir auf der nationalen Ebene immer wieder einem psychologischen Zustimmungszwang zu mühselig ausgehandelten Ministerratskompromissen ausgesetzt bleiben, weil im Falle der Ablehnung Europa angeblich stets insgesamt gefährdet sei, und was mit den jetzt schon korrekturbedürftigen EG-Gesetzen geschieht, die weder von nationalen Parlamenten noch vom Europaparlament korrigiert werden können.

Keiner kann heute wissen, ob und wann es zu einem dem Vertrag von Maastricht folgenden weiteren Vertrag kommt, der die grundsätzliche **Demokratielücke** überwindet. Bis dahin sind in der EG demokratische Rechte auf schwerwiegende Weise vom Ministerrat usurpiert — möglicherweise, wenn es keinen weiteren Vertrag gibt, ad infinitum.

Weil das Bestehen einer Demokratielücke Legitimationsverlust bedeutet, befürchte ich, daß diese Lücke gerade im jetzigen Stadium des Integrationsprozesses den Keim für Desintegration, für antieuropäische Protestbewegungen, für kommende Spaltungs- oder gar Abspaltungstendenzen bilden kann. Ich hoffe, daß dies so nicht eintritt, aber es gibt schon Anzeichen aus dem letzten Jahr, die genau in diese Richtung weisen. (D)

Es ist deshalb ein historischer Punkt erreicht, an dem man sich nicht länger mit dem Versprechen auf eine eventuelle demokratische Struktur Europas bei künftigen Vereinbarungen vertrösten lassen darf. An Worten mangelte es nie, wohl aber an vehementem Einsatz. Oft erleben wir in der Gemeinschaft hartnäckige und zugespitzte Konflikte um Agrarpreise, Währungsfragen oder das Welthandelsabkommen. Aber nie wurde versucht, die alles überragende Demokratieforderung zu einem solchen zugespitzten Streitfall zu machen.

Die **Vereinigten Staaten von Amerika** verdanken ihre **Existenz den Integrationsmitteln** der gemeinsamen Sprache, demokratischen Bundesinstitutionen und festgeschriebenen Gestaltungskompetenzen ihrer Staaten.

Die **einheitliche Sprache in Europa** wird es nie geben können. Die Mitgliedsländer der EG werden in manchen zentralen Fragen künftig erst einmal weniger originäre Kompetenzen haben, als amerikanische Bundesstaaten sie haben, aber eben auf unabsehbare Zeit ohne demokratische Gemeinschaftsinstitutionen inmitten eines historisch einmaligen Strukturwandels mit vielfachem, ständigem Entscheidungsbedarf.

(Vorsitz: Vizepräsident Helmuth Becker)

Dr. Hermann Scheer

(A) Weil die vorhandene Demokratielücke wahrscheinlich schon aktuell nicht folgenlos bleibt, muß man befürchten, daß wir wegen der deshalb eintretenden und teilweise bereits eingetretenen inneren Turbulenzen in der Gemeinschaft in manchen Ländern nie bei den auch von mir ersehnten Vereinigten Staaten von Europa ankommen.

Der erste große Versuch zu einer europäischen Friedensordnung, das Metternichsche **Europa des Wiener Kongresses**, scheiterte am Legitimationsdefizit der obrigkeitlich verfaßten europäischen Großstaaten. Diese Ordnung war gegen die junge Demokratiebewegung gerichtet, weil man von dieser ein Zerbrechen der inneren und der äußeren Stabilität befürchtete. Die Demokratiebewegungen sprengten dieses Europa, aber sie lösten auch — größtenteils ungewollt — das **Zeitalter nationalistischer Exzesse** aus. Die Vermutung liegt nahe, daß ein integriertes Europa, das sich durch ein demokratisches Minus ausweist, deshalb gesprengt werden könnte und das ungewollte Ergebnis nationalistische Rückfälle wären. Deren tiefere Ursache wird dann sein, daß der Integrationsprozeß der Europäischen Gemeinschaft im Jahr nach dem demokratischen Aufbruch in Ost- und in Ostmitteleuropa in demokratischer Geschichtsvergessenheit konstruiert wurde.

Um seiner unaufschiebbaren demokratischen Grundrechte willen hätte nach meiner Auffassung das **Europaparlament** gegen den Vertrag stimmen müssen. Keiner hätte ein solches Votum als nationalistisch mißinterpretieren können. Nie wurden parlamentarische Demokratierechte verliehen. Immer mußte man dafür kämpfen, Brüche und Verfassungskonflikte riskieren.

(B) Ich werde mich der Stimme beim Maastricht-Vertrag enthalten, weil ich damit verdeutlichen will, daß keinesfalls demokratische Parlamentsrechte länger suspendiert werden dürfen und ihre Suspendierung schon gar nicht ausgeweitet werden darf. Ich stimme dabei nicht in erster Linie als deutscher Staatsbürger mit parlamentarischem Mandat, sondern als europäischer Bürger. Wäre ich Italiener, Franzose oder Brite, würde ich zu demselben Ergebnis kommen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt das Wort unserem Kollegen Dr. Rupert Scholz.

Dr. Rupert Scholz (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Kollege Dr. Möller hat die verfassungsrechtlichen Positionen der CDU/CSU hier bereits sehr deutlich vorgetragen. Ich möchte lediglich einige ergänzende Bemerkungen machen.

Das Vertragswerk von Maastricht bedeutet den **Einstieg in die Europäische Union**. Es bedeutet damit auch einen fundamentalen Wandel in unserer nationalen Verfassungsstaatlichkeit. Man kann es auch so sagen: Der nationale Verfassungsstaat Bundesrepublik Deutschland wächst hinüber in eine supranationale Verfassungsstaatlichkeit Europäische Union.

(C) Dies, meine Damen und Herren, muß **verfassungsrechtliche Konsequenzen** haben. Dies hat vor allem zu dem bereits heute vielfältig diskutierten und mit viel Zustimmung bedachten Art. 23 geführt.

Eigentlich könnte man natürlich sagen: Alles das, was vor allem in jener **Struktursicherungsklausel** im Art. 23 gesagt ist, ist ein Thema, das in eine europäische Verfassung hineingehört. In der Konsequenz muß das auch so sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Europäische Union muß ein Verfassungsstaat werden, und der braucht eine Verfassung. Das heißt, die **europäische Verfassung** muß der nächste Entwicklungsschritt sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dieser Entwicklungsschritt, meine Damen und Herren, muß aber auch von den entscheidenden, aus deutscher Sicht maßgebenden verfassungspolitischen Vorgaben begleitet und vorbereitet sein. Dazu gehören die **Grundprinzipien der Grundrechte**. Es geht auf Dauer nicht, daß Grundrechte in der Europäischen Union, in der Europäischen Gemeinschaft allein auf Richterrecht beruhen — **Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes**. Es geht nicht, daß das Subsidiaritätsprinzip, daß ein entsprechend dezentrales Europa letztlich an einer **Kompetenzkompetenz der Europäischen Gemeinschaft** selbst hängt.

(D) Wir haben bekanntlich auch jetzt versucht, den Art. 235 EWG-Vertrag etwas weiter einzufangen, man könnte auch sagen: zu disziplinieren. Aber das ist nur ein Beispiel. Es geht nicht, daß dieses Europa kein föderatives ist. Deshalb haben wir ausdrücklich in Art. 23 das Prinzip des Föderalismus aufgenommen. **Föderalismus** bedeutet hier zweierlei, meine Damen und Herren. Es bedeutet, daß das Europa der Zukunft ein dreistufiges sein muß: Union, Mitgliedstaaten, Regionen, in unserer Sprache: Bundesländer. Es bedeutet zum anderen, daß innerstaatlich auch unser Föderalismus erhalten und gewahrt sein muß. Deshalb natürlich auch die vielfältig kritisierten, aber offen diskutierten und letztlich zum Kompromiß geführten Regelungen im Rahmen der künftigen Beteiligungen. Meine Damen und Herren, auch das ist natürlich etwas grundlegend Neues.

Der Bundeskanzler hat vorhin darauf hingewiesen: Der Bundesstaat Bundesrepublik Deutschland darf natürlich kein Staatenbund werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist absolut richtig, und das stand nie und steht auch jetzt nicht zur Diskussion. Aber eines muß man dabei immer wissen: Ein Kompromiß dieser Art muß inhaltlich, materiell-rechtlich und auch verfahrensrechtlich tragbar sein. Er muß — mit anderen Worten — auch funktionieren. Denn auch die **Funktionsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland** als Mitglied der Union muß natürlich erhalten bleiben. Aber ich denke, daß wir in diesem Sinne das Prinzip der gesamtstaatlichen Belange, der gesamtstaatlichen Interessen, ausdrücklich in Art. 23 aufgenommen haben. Dieses Prinzip bedeutet, daß Außenpolitik, Sicherheitspolitik und insbesondere Integrationspoli-

Dr. Rupert Scholz

- (A) tik genuine gesamtstaatliche, also vom Bund zu repräsentierende Interessen und Schutzgüter bleiben.

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Kollege Dr. Scholz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Klejdzinski?

Dr. Rupert Scholz (CDU/CSU): Selbstverständlich.

Vizepräsident Helmuth Becker: Bitte sehr, Herr Kollege Klejdzinski.

Dr. Karl-Heinz Klejdzinski (SPD): Herr Kollege Scholz, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Sie haben eine Reihe von Fragen an die Bundesregierung gestellt. Darf ich Sie fragen: Gab es nicht vorher Möglichkeiten, Ihre Gedanken, in denen Sie zum Ausdruck bringen, daß dieses und jenes nicht geht bzw. fehlt, in die Regierungsvorlage einfließen zu lassen?

Dr. Rupert Scholz (CDU/CSU): Sie wissen, glaube ich, Herr Kollege, daß ich nicht Mitglied der Bundesregierung bin. Wir leben bekanntlich in einer Gewaltenteilung. Ich bin Mitglied des Parlaments, ebenso wie Sie. Wie Sie wahrscheinlich auch wissen, hat die Gemeinsame Verfassungskommission, der anzugehören ich das Vergnügen habe, hier ganz entscheidende Vorarbeiten geleistet, im übrigen im wesentlichen Konsens gerade auch mit Ihrer Partei.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Meine Damen und Herren, eines muß bei alledem gesehen und beachtet werden. Um es noch einmal aufzunehmen: Es kommt auf die Inhalte an, vor allem auf die Inhalte im Bereich der Zuständigkeiten. Und es kommt auf die Verfahren an. Unser Föderalismus ist schon von unserem Grundgesetz auf das **Prinzip des kooperativen Föderalismus** festgelegt. Das heißt, es geht um faire Kooperation. Es geht um Bundestreue auf beiden Seiten. Wir haben darüber hinaus künftig ein Verfahren, das notwendig ist. Bundestag, Bundesregierung, Bundesrat, alle drei Verfassungsorgane treten im Rahmen der europäischen Entwicklungs- und Umsetzungsprozesse in ein sehr viel dichteres, zuständigkeitsmäßig konkretisiertes Verhältnis. Hier geht es künftig ganz entscheidend um das, was wir **Organtreue** nennen, Organtreue auch insofern: faires Verfahren, Rücksichtnahme allseitig und Rücksichtnahme vor allem auch auf die jeweils von der Bundesregierung, vom Bundesrat und vor allem vom Bundestag zu wahren Rechte und Zuständigkeiten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, eine kurze Bemerkung zur Geschäftslage: Nach den mir jetzt hier vorliegenden Wortmeldungen wird die erste namentliche Abstimmung etwa um 16 Uhr erfolgen.

Nun erteile ich das Wort unserem Kollegen Ludwig Stiegler.

Ludwig Stiegler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier wurde viel vom demokrati-

schon Defizit gesprochen. Alle meinten damit das demokratische Defizit betreffend die **Rechte des Europäischen Parlaments**. Ich glaube, wir müssen uns Rechenschaft darüber ablegen, daß die innerdeutsche Entwicklung auf Europa hin und der gegenwärtige Zustand ebenfalls durch ein **demokratisches Defizit** gekennzeichnet sind.

Wir haben am Rande der Legalität im Rahmen von Art. 24 des Grundgesetzes immer mehr Rechte an die Bundesregierung und die Europäischen Gemeinschaften abgegeben, ohne daß die **nationale parlamentarische Kontrolle** entsprechend gewährleistet war. Es ist gut, daß wir uns an Hand der Diskussion über Maastricht über unsere innerstaatliche Verantwortung und über unser innerstaatliches demokratisches Defizit wieder klargeworden sind.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß die europäische Integration die gesamte Statik des Grundgesetzes schwer belastet, um nicht zu sagen: in eine Schiefelage gebracht hat. Die Länder haben Kompetenzen abgegeben, ebenso der Bundestag an die Bundesregierung. Wir hatten im Grunde nur noch einen Gesetzgeber, nämlich die Bundesregierung. Hier geht es nicht immer nur um die Ministerräte, sondern oft sind es die Ministerialräte, die die täglichen Geschäfte betreiben. Es ist wichtig, daß der neue Art. 23 die parlamentarische Verantwortung und die Verantwortung der Länder wieder betont.

Hier wurde wiederholt der **Bundesrat** gescholten. Es wurde mehrfach gesagt, die Länder hätten sich mehr Rechte geholt, als ihnen zusteht. Ich meine, die Länder waren im Ergebnis außerordentlich kooperativ. Es kann keine Rede davon sein, daß sie über den Zaun gefressen hätten.

(Beifall bei der SPD)

Hier ist beispielsweise in der Kontroverse zwischen dem Bundeskanzler und Ministerpräsident Eichel über die Frage gesprochen worden, warum sich die Länder darüber beschwert haben, daß jetzt auch die **Vertretung der Gemeinden** durch Bundesgesetze ausdrücklich vorgeschrieben wird. Ich kann die Länder verstehen. Wer den Bundeskanzler in seiner zweiten Intervention gehört hat, weiß, daß er sehr nahe an einem **dreigliedrigen Bundesstaatsbegriff** ist.

So aber ist es nicht ausgestaltet. Wir haben nun einmal die **Vertretung der Gemeinden durch die Länder**. Ich glaube, man hätte den Ländern durchaus vertrauen können, daß sie selber in der Lage sind, die geeigneten Entscheidungen zu treffen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir gehen davon aus, daß die Mitbeteiligungsrechte ein Surrogat für die Abgabe der Gesetzgebungskompetenzen von Bundestag und Bundesrat an die europäischen Institutionen und innerstaatlich an die Bundesregierung sind. Wir legen Wert auf die Feststellung, daß durch Art. 23 des Grundgesetzes nicht etwa Rechte des Bundestags neu begründet wurden, sondern die originären Rechte des Bundestags bekräftigt wurden. Wir meinen, daß durch das, was in den Ausführungs- und in den

Ludwig Stiegler

- (A) Begleitgesetzen steht, der Spielraum des Bundestags längst nicht voll ausgeschöpft ist.

Wir haben gesehen: Durch die Begleitentscheidung zur Wirtschafts- und Währungsunion ist klargestellt worden, daß der Bundestag in seiner Stellungnahme soweit gehen kann, daß er die Bundesregierung an ein zustimmendes Votum binden kann. Darum müssen wir uns erinnern. Ich verstehe wirklich nicht, wieso gerade das Auswärtige Amt seine alleinige Verhandlungskompetenz mit Zähnen und Klauen verteidigen wollte.

Wir brauchen uns nicht zu wundern, daß in der Öffentlichkeit die europäischen Dinge nicht mit der gebotenen Akzeptanz versehen sind, wenn alles im Arkanbereich der Bundesregierung bleibt. Parlamentarisierung bedeutet öffentliche Diskussion, bedeutet Beteiligung der Opposition, bedeutet Beteiligung der Länder und volle Öffentlichkeit. Deswegen haben wir hier eine **stärkere Beteiligung des Bundestags** durchgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedaure es, daß die Kollegen der Union nicht noch mutiger waren. Sie hätten sich gern mehr getraut, haben aber sozusagen unter dem Druck der Regierung, vor allem unter dem Druck der Koalition, leider Gottes nicht das getan, was viele von ihnen gern getan hätten.

Ich muß sagen: Der Bundesrat hat dadurch, daß er so frei war, sich seine Rechte zu nehmen, dem Bundestag geholfen, seine Rechte ebenfalls deutlich zu machen. Es war wie bei zwei Kindern: Wenn sich das eine auf seine Rechte besinnt, kommt das andere plötzlich auch auf die Idee, daß es Rechte hat. Ohne die „Unverschämtheit“ des Bundesrates, seine Rechte geltend zu machen, hätte sich der Bundestag gar nicht getraut, künftig Beteiligungsrechte im Rahmen des Art. 235 geltend zu machen. Insofern gebührt der Länderseite Dank dafür, daß sie dem Bundestag auf die Sprünge geholfen hat, aber kein Tadel.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in Zukunft mit dem Ausschuß deutlich machen müssen, daß wir zumindest in der Zeit, solange das Europäische Parlament nicht die vollen Rechte hat, das demokratische Defizit auch auf der nationalen parlamentarischen Seite ausgleichen müssen. Wir müssen natürlich auch gegenüber dem Bundesrat dort — hier denke ich an die Frau Kollegin Dr. Hellwig —, wo der Bund seine Hauptkompetenzen hat, unser Vorrecht geltend machen. Deshalb haben wir, auch wenn die Länder darüber nicht glücklich sind, durchgesetzt, daß im Konfliktfall die Bundesregierung bei der Wahrnehmung der Rechte des Bundes vorrangig an den Bundestag gebunden ist. Wir wollen aber nicht etwa in das Krongut der Länder eingreifen. Dort, wo die Länder ihre Rechte zu wahren haben, sollen diese auch in Zukunft geachtet werden.

Meine Damen und Herren, hier wurde mehrfach mit beschwörendem Unterton bekräftigt, man müsse jetzt die Länder und auch den Bundestag sozusagen daran erinnern, daß die Bundesregierung international handlungsfähig bleiben müsse. Ich glaube, die Erfah-

runge aus der Geschichte der Bundesrepublik rechtfertigen es in keiner Weise, den Verdacht zu erheben, Bundesrat oder Bundestag seien nicht bereit gewesen, dem Ziel des neuen Art. 23 Abs. 1 des Grundgesetzes, nämlich dem **Staatsziel der Europäischen Union**, näherzukommen. Bisher haben das alle durch ihre Praxis unter Beweis gestellt. Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, daß die Länder ihre Rechte und ihre Interessen nicht aufgeben müssen. Wir müssen uns alle miteinander darauf einrichten, daß in Zukunft mit dem Europaausschuß die Europavorlagen nicht nur, wie es in der Vergangenheit häufig der Fall war, negligiert werden, daß sie vielleicht nur weitsichtig zur Kenntnis genommen werden und die Kollegen in furchtbare Aufregung verfallen, wenn Richtlinien umzusetzen sind. Wir müssen diese Rechte wahrnehmen und ernst nehmen. Auch das entspricht unserem innerstaatlichen Demokratiegebot. Wir können nicht erwarten, daß die Bundesregierung dies allein macht.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen unsere politische Willensbildung, ob in den Parteien oder im Parlament, insgesamt umorientieren, und zwar weg vom reinen nationalen Blickwinkel hin zum europäischen Blickwinkel. Dazu gehören auch die Kooperation und die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen anderer nationaler Parlamente, aber auch mit unseren Landesparlamenten. Wir sind mehr als bisher gefordert, nicht nur zu klagen, sondern an den Vorlagen auch zu arbeiten.

Die Bundesregierung und gerade das Auswärtige Amt werden nicht in volle Verzweiflung verfallen müssen, daß sie in Zukunft womöglich nicht mehr handlungsfähig sind, sondern sie werden im Gegenteil national Rückendeckung bekommen. Es nützt ihnen ja nichts, in Brüssel die schönsten Dinge zu tun, aber zu Hause gibt es niemanden, der draußen in den Versammlungen dafür einsteht. Die Herren Ministerialräte gehen ja nicht in die Dörfer und verkünden die europäischen Wahrheiten. Das müssen die Abgeordneten machen, und sie müssen sich diesbezüglich ansprechen lassen. Sie müssen in der Lage sein, sozusagen die zusätzliche Legitimation zu geben.

Die Bundesregierung sollte sich als großzügig erweisen, wenn sich Maastricht anders verwirklichen sollte, als es geplant und gewünscht ist, wenn Art. 23 des Grundgesetzes und die Begleitgesetze schrittweise in Kraft treten sollen, und sie sollte nicht versuchen, die Rechte des Parlaments, die, wie Günter Verheugen immer sagt, längst schon bei der Einheitlichen Europäischen Akte hätten festgeschrieben werden müssen, engherzig abzuwehren, sondern es sollte vielmehr in Partnerschaft zwischen Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat versucht werden, unsere deutschen Interessen in europäischer Verantwortung einzubringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Helmut Becker: Ich erteile jetzt das Wort unserem Kollegen Dr. Wolfgang Ullmann.

(A) **Dr. Wolfgang Ullmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An Gesagtes anknüpfend — ich hoffe, damit gegenüber Vorrednern nicht unhöflich zu sein —, möchte ich behaupten: Die Diskussion der europäischen Verfassung ist nicht gerade weit fortgeschritten. Sie fängt gerade erst an. Darum möchte ich mich speziell zu diesem Thema äußern.

Der Herr Bundeskanzler hat die Präambel des Grundgesetzes zitiert; er hätte auch auf Art. 24 verweisen können. Er hat es mit Recht getan. Ich möchte nun gegenüber der Skepsis, die in der Verfassungsdiskussion ständig hinsichtlich der Staatsziele verbreitet wird, eines unterstreichen, meine Damen und Herren: Wir sehen heute, daß Staatsziele politisch realisiert werden können, wenn man sie deutlich genug vor Augen hat und eine entsprechende Politik betreibt. Kann es eine bessere Besiegelung des deutschen Einigungsprozesses geben, als daß wir mit den Demokraten — ich hoffe, aller zwölf EG-Staaten — einen Schritt zur Verwirklichung des **Staatszieles eines vereinten Europas** gehen, das dem Frieden in der Welt dient?

Ich möchte zum **Verfassungsproblem Europa** Stellung nehmen und tue dies ganz anders als der Kollege Conradi und auch als meine Kollegin Köppe.

Ich glaube, daß die Vorwürfe bezüglich des **Demokratiedefizites**, wie sie von dieser Seite erhoben werden, nicht zutreffen. Ich brauche nicht noch einmal zu wiederholen, was von den Kollegen aus der Gemeinsamen Verfassungskommission vorgetragen worden ist: Wir haben Art. 23 so formuliert, um klarzumachen, daß die Grundnormen unserer Verfassung das Kriterium sind, an dem Maastricht und auch der weitere Integrationsprozeß unter unserer Mitwirkung gemessen werden müssen und gemessen werden. Ich verstehe einfach nicht, warum hier eine Kritik geübt wird, die sich eigentlich gegen die Gemeinsame Verfassungskommission richten müßte.

(B) Punkt zwei ist, daß nach meinem Dafürhalten Maastricht an einer ganz wichtigen Stelle ein Demokratiedefizit aufzubrechen beginnt, an dem wir laborieren. Ich kann hier nur auf das verweisen, was von Ministerpräsident Eichel zum **Unionsbürgertum** als ersten Schritt in ein neues Staatsbürgerrecht auf der Basis nicht mehr der Nationalität, sondern der Zugehörigkeit — der Schritt vom *ius sanguinis* zum *ius soli* — gesagt worden ist.

Nun aber komme ich zu dem Punkt, der mir der allerwichtigste ist. Meines Erachtens haben alle Kritiker, die vom Maastrichter Demokratiedefizit gesprochen haben, einen Punkt überhaupt nicht beachtet, daß nämlich das Entstehende eine **Union der Völker Europas** sein soll — so lautet der Maastrichter Vertrag selbst —, in der die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden. Das ist ein Verfassungstyp, der etwas ganz Neues darstellt.

Es ist vorhin schon darauf hingewiesen worden, daß wir uns damit in einem Bereich jenseits von Bundesstaat und Staatenbund bewegen. Eine Union der Völker — was ist denn das? Darüber müssen wir verfassungsrechtlich ganz neu nachdenken. Eine Verfassung dieser Union der Völker Europas kann nur eine Verfassung sein, die im Kern nicht mehr Staats-

organisation, sondern Organisation der **Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgern und Bürgerinnen** ist. (C)

Ich greife gerne den Hinweis des Herrn Bundeskanzlers von heute vormittag hinsichtlich Kreisau auf. Das war sehr wichtig. Ich denke, es stünde dem Deutschen Bundestag sehr gut an, wenn er in diese Tradition eintritt.

Nur muß ich dem Wort des Kanzlers eines hinzufügen: Der **Europaentwurf von Kreisau** von Theodor Steltzer erfaßt die mittel- und osteuropäischen Nationen gleich im Ansatz, betrachtet sie nicht nur in einer Art Fernperspektive, freilich freundlicher Art, im kommenden Jahrtausend, sondern als integralen Bestandteile einer europäischen Union und der Völker.

Darum lassen Sie mich zum Schluß eines unterstreichen, meine Damen und Herren: Es gibt keine Alternative zu Maastricht, es sei denn die eine, die immer die der Republikaner sein wird, ganz gleich, von wo aus sie vorgebracht wird. Sie denunziert Maastricht als neues Versailles und leugnet damit die Tatsache, daß gerade jene Europäischen Gemeinschaften, auf denen Maastricht aufbaut, es gewesen sind, die die nationalistischen Erbfeindschaften im Westen Europas aufgelöst haben. Diese Kräfte der Demokratisierung gilt es mittels Maastricht nach Osteuropa zu leiten.

Wir müssen dabei unsere deutsche Verantwortung wahrnehmen; denn — das sage ich mit Nachdruck — deutsch sind nicht diejenigen, die auf der Straße herumschreien, durch ihre Untaten schließlich Frauen und Kinder ermorden und sich als Feiglinge den Gewalttaten hingeben, deutsch sind die, die mit Johann Gottfried Herder die Stimme der Völker zu hören vermögen, die nach Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Freiheit in einem vereinten Europa rufen. (D)

Die Völker Mittel- und Osteuropas warten darauf, daß wir sie hören. Ich denke, Europa ist so stark, wie die Kraft ist, diese Völker zu hören.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt unserer Frau Kollegin Dr. Renate Hellwig das Wort.

Dr. Renate Hellwig (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines der Schlüsselworte im Zusammenhang mit Maastricht, mit denen wir versuchen, es unseren Bürgern attraktiv zu machen, ist das Wort **Subsidiarität**.

Der Präsident der Kommission, Herr Delors, hat einen Preis ausgesetzt — Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, können sich beteiligen. Er hat gesagt: Wenn jemand in der Lage ist, auf einer Schreibmaschinen-seite das Wort „Subsidiarität“ verbindlich zu definieren, dann bekommt er 10 000 DM. Bis jetzt hat sich noch niemand an diesem Preisausschreiben von Herrn Präsident Delors beteiligt. Das mag daran liegen, daß es natürlich in jeder Nation, in jedem Zuständigkeits-

Dr. Renate Hellwig

(A) bereich eigene Definitionen gibt, die Definition aber, die zumindest in allen Mitgliedstaaten anerkannt wird, noch nicht gefunden ist.

Ich möchte es Ihnen an einem Beispiel zeigen. Es gibt viele Bereiche in der Umweltpolitik, in denen wir dringend europäische Regelungen einfordern, weil wir sagen: Mit nationalen Regelungen kommen wir nicht weiter — aus den verschiedensten Gründen: Der Wind weht über die Grenzen; zu strenge nationale Regelungen im Umweltbereich machen unsere Wettbewerbsfähigkeit kaputt. Eine europäische Regelung ist daher wünschenswert.

Andere, die Südeuropäer, sind hier ganz anderer Meinung. Sie sind gegen zu strenge Umweltnormen, weil sie glauben, diese wirtschaftlich nicht verkraften zu können.

Das Thema „Subsidiarität“ wird uns dennoch sehr intensiv begleiten; denn es steht meines Erachtens in engstem Zusammenhang mit dem „Moloch Europa“ und Überregelung.

(B) Letztlich sind Maastricht und der Binnenmarkt überhaupt nicht auf **Überregelung** eingestellt. Sie sind eingestellt auf ein Abstreifen der nationalen Schutzhülle, indem man Waren in den Binnenmarkt, in die Union, hereinläßt, die nicht rein den nationalen Schutz-, Ver- und Gebotsgesetzen entsprechen, aber jetzt nicht aus Furcht davor, die eigenen nationalen Waren könnten nicht wettbewerbsfähig sein, verlangt, sicherheitshalber ein gesamteuropäisches Netz, ein verdichtetes europäisches Regelungskonzept, zu errichten, wodurch die nationale Schutzhülle sozusagen ersetzt wird. Wenn wir dieses Prinzip der gegenseitigen Anerkennung, das jetzt da ist — Öffnung, aber Hereinlassen von Waren, die nach anderen Regelungen hergestellt sind —, tatsächlich durchhalten, dann tun wir etwas zugunsten der eigenen Identität, der Aufrechterhaltung und des Nicht-Zuviel an Regelungen.

Ich bin mal gespannt, ob der Bundestag mit den zusätzlichen Rechten, die er eigentlich schon immer hatte, die er jetzt zur Selbstverpflichtung festgeschrieben hat, um nicht erst bei der Umsetzung europäischer Regelungen in nationales Recht, wenn sie schon da sind, sondern schon bei ihrer Schaffung mitzureden, das nötige Maß an Interesse aufweist. Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich bitte daran, wie es in Ihren Ausschüssen läuft. Ist dort das notwendige Maß an Interesse und auch Engagement im rechten Zeitpunkt vorhanden?

Es wird von uns ein zweiseitiges Engagement erwartet werden, einmal als Hüter der Subsidiarität zu sagen: Das muß nicht unbedingt europäisch geregelt werden, das kann auch national geregelt oder in Länderkompetenz bleiben. Wir werden uns auch mit diesen Fragen befassen, genauso wie der Bunderrat.

Wenn wir aber andererseits einsehen, daß eine europäische Regelung kommen muß, würde es auch unsere Aufgabe sein, den gefundenen europäischen Kompromiß, der nicht immer nur sein kann „An deutschem Wesen muß Europa genesen“, sondern der

auch französische, englische und dänische Elemente (C) mit aufnimmt, offensiv zu vertreten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, das ist unsere Aufgabe; die können wir nicht allein den Europaabgeordneten überlassen.

Schauen Sie sich einmal die Aufteilung der Bundesrepublik an. Ein **Europawahlkreis** umfaßt sechs bis sieben Bundestags- und zehn bis zwölf Landtagswahlkreise. Das heißt, die Überzeugungsarbeit dieses einen Europaabgeordneten muß von den 14 bis 15 Landtags- und Bundestagsabgeordneten mitgetragen werden.

Ich sage dies für die noch sehr, sehr große Mehrheit in diesem Bundestag: Möge uns nicht die nächste Wahl eine antieuropäische, nicht zu unterschätzende Minderheit hier in den Bundestag hereinschwemmen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr wahr!)

Wir werden das offensiv nur verhindern können, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir, die wir hier im Bundestag und für Europa sind, vor diesen Schlechtwettermachern, die überall mit einem für mich erschreckenden Erfolg in unserem Volk herumlaufen und gegen Europa reden, nicht den Kopf einziehen, sondern hinausgehen zum Volk und für Europa, für diese sinnvollen Kompromisse werben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Erfolg, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Hause, Ihre Wiederwahl, Ihr Wiedereinzug in diesen Bundestag hängt davon ab, ob Sie sich dieser Aufgabe ausreichend unterziehen oder nicht. Die Lage ist ernst; ich sage es mit allem Nachdruck. (D)

Vizepräsident Helmuth Becker: Frau Kollegin Dr. Hellwig, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jan Oostergetelo?

Dr. Renate Hellwig (CDU/CSU): Ja.

Vizepräsident Helmuth Becker: Bitte, Kollege Oostergetelo.

Jan Oostergetelo (SPD): Frau Kollegin, gerade weil ich teile, was Sie zuletzt gesagt haben — auch was die Akzeptanz in der Bevölkerung und das Mitwirken der Abgeordneten des Bundestages und der Landtage betrifft —, frage ich Sie: Wäre es nicht wenigstens mittelfristig wünschenswert, uns auch über die Wahlmodusregelungen zu unterhalten? Denn ich denke, daß es nur Huckepack gibt und eigentlich nur ein paar Kollegen die Chance haben, zusätzlich hineinzukommen, daß man nur ein Kreuz auf der Liste macht und keiner nachrücken kann.

Wie kann eigentlich ein Wahlkampf positiv ablaufen, wenn es nur ein paar Betroffene gibt, die die Chance haben oder auch nicht haben? Müssen wir dann nicht etwas tun, damit die Bevölkerung bestimmen kann, wer nun hineinkommt und wer nicht?

(A) **Dr. Renate Hellwig** (CDU/CSU): Lieber Herr Kollege, was die **Wahl des Europäischen Parlaments** anbelangt, stehen noch einige Formeln, die auch heute angesprochen worden sind, aus. Aber ich gebe gern zu: Das ist eine sehr, sehr schwierige Frage, und zwar deswegen, weil wir uns hier unter zwölf einigen müssen und weil es hier leider noch nicht in ausreichendem Maße das Bewußtsein für die Wichtigkeit, aber auch für die richtigen Wahlformeln — nicht national, sondern europäisch geregelt — des Europäischen Parlamentes gibt.

Der britische Außenminister sagte mir vor einiger Zeit, das englische Parlament habe hundert Jahre um seine Rechte kämpfen müssen, das Europäische Parlament habe annähernd so viel Zeit.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie ausdrücklich — wir alle haben auch europäische Parteien —: Werben Sie bei den Schwesterparteien in den Mitgliedsländern für die **demokratische Kontrolle** durch das Europäische Parlament, werben Sie dafür, daß das Europäische Parlament mehr Macht bekommt.

Ein wichtiger, aus meiner Sicht unverzichtbarer Aspekt der europäischen Einigung muß in der Diskussion im Vordergrund sein und bleiben — das ist der **Friedensaspekt**. Wir müssen unseren Bürgern bewußt machen, daß die Außenpolitik nicht mehr national zu machen ist. Seltsamerweise war unser Volk dieser Meinung, solange es die Bedrohung durch die Sowjetunion gab. Jetzt erscheint die Illusion, als könnte man noch national Außenpolitik machen.

(B) Bitte werben Sie um den Frieden. Der Wohlstand ist im Eimer, wenn der Frieden im Eimer ist; Jugoslawien sollte uns ein drohendes Beispiel bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. —
Zuruf von der CDU/CSU: Eine sehr gute
Rede!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, der nächste Redner ist unser Kollege Otto Schily.

Otto Schily (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Europäische Gemeinschaft hat in Europa Frieden gestiftet; das ist gewiß eine der größten politischen Leistungen dieses Jahrhunderts, der niemand seine Anerkennung versagen kann.

Angesichts des Wiedererwachens nationalistisch-rassistischer Kräfte auf unserem Kontinent gebe ich allen recht, die eine **Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit** befürworten. Wir können uns also gemeinsam auf Europa vereidigen lassen. Europäische Eidgenossenschaft kann und darf aber nicht bedeuten, daß Kritik an den Verhandlungsergebnissen, die heute ratifiziert werden sollen, als europafeindlich abgetan werden.

(Beifall des Abg. Peter Conradi [SPD])

Frau Kollegin Hellwig, ich stimme vielem von dem, was Sie soeben gesagt haben, zu. Aber wir werden gerade das, was Sie verhindern wollen, nicht vermeiden, wenn die Kritik hier im Parlament nicht unter den europafreundlichen Kräften geführt wird.

(C) Einen „schlechten Vertrag des guten Willens“ nannte eine große Tageszeitung zu Beginn dieser Woche das **Maastrichter Abkommen**.

(Karl Lamers [CDU/CSU]: Das ist ein schlechter Zeuge!)

In der Tat: Reichliche und gute Absichten, die mit dem Maastrichter Vertragswerk verbunden werden, sind nicht zu bestreiten. Ob die zahlreichen ökonomischen und währungspolitischen Bedenken, die gegen die konkreten Regelungen erhoben werden, deshalb gegenstandslos sind, ist zumindest zweifelhaft.

Die geäußerten Bedenken sind nicht zuletzt deshalb sehr ernst zu nehmen, weil z. B. in der Frage der Unabhängigkeit der künftigen Europäischen Zentralbank ein nur mühsam verdeckter Dissens zwischen den Vertragspartnern besteht.

Mit Recht wird aber auch von Umweltverbänden die Sorge geäußert, daß ungeachtet aller umweltfreundlichen Erklärungen, mit denen der Vertragstext dekoriert wurde, keine klare **Zielvorgabe** auf eine **ökologische Ökonomie** erkennbar ist.

Daß diese Skepsis wahrlich nicht unbegründet ist, beweist nicht zuletzt die dem Vertragswerk beigegebene Erklärung zur Beurteilung der Umweltverträglichkeit der Gemeinschaftsmaßnahmen. Mit dieser Erklärung wird die Europäische Kommission auf den Grundsatz „des nachhaltigen Wachstums“ verpflichtet. Das ist ein Wechselbalg, der nichts Gutes verheißt.

(D) Wer das Nachhaltigkeitsprinzip, das das Leitbild einer umweltverträglichen Wirtschaft sein sollte, im Sinne eines ewig währenden Wachstums verbalhornet, hat von Ökologie nichts verstanden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die größten Bedenken gegen das Maastrichter Vertragswerk ergeben sich jedoch aus **verfassungsrechtlichen Mängeln**, die durch die Verfassungsänderungen, die heute verabschiedet werden sollen, nicht behoben werden. Ich verkenne nicht, daß dank der Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion die heute zu verabschiedenden **Grundgesetzänderungen** einen Fortschritt bedeuten.

Das **Demokratiedefizit**, das auch nach Meinung der Bundesregierung unbestritten vorhanden ist — ich habe die entsprechenden Publikationen gelesen —, wird dadurch jedoch nicht ausgeglichen.

In der Plenardebatte vom 8. Oktober 1992 hat mein Fraktionskollege Verheugen wörtlich erklärt: „Weder der alte noch der neue Verfassungstext erhebt den Vertrag von Maastricht über den fundamentalen Einwand der Verletzung des Demokratiegebotes.“ Weil aber der Vertrag nicht mehr zu ändern sei, müssen wir uns nach Meinung von Günter Verheugen mit dem Demokratiedefizit abfinden. Das verbietet uns aber das Grundgesetz nach Art. 79 Abs. 3 GG in Verbindung mit Art. 20 GG.

Zu den tragenden Demokratieprinzipien unserer Verfassung gehört nach ständiger Rechtsprechung das Bundesverfassungsgerichts auch die **Gewaltenteilung**. Dem Parlament als der Legislative sind damit Rechte zugewiesen, die es nicht an die Exekutive

Otto Schilly

(A) abtreten kann. Die Europäische Union — das räumt die Bundesregierung ein — ist noch keine parlamentarische Demokratie, aber — so will man uns trösten — irgendwann werde sie es wohl sein.

Die Entparlamentarisierung der Politik kann aber auf diese Weise nicht gerechtfertigt werden. Der **Verlust an Befugnissen des Bundestages** zugunsten der europäischen Ebene könnte nur dadurch kompensiert werden, daß in gleichem Umfang ein **Zuwachs an Kompetenzen des Europäischen Parlaments** stattfindet; das ist jedoch bekanntlich nicht der Fall. Statt dessen haben wir mit dem Europäischen Rat ein mächtiges Exekutivorgan, das hinter verschlossenen Türen tagt und unzureichend kontrolliert wird.

Es heißt auch, die Kritiker seien zu spät aufgewacht, die Auszehrung der parlamentarischen Demokratie sei schon vor Maastricht weit fortgeschritten. Dieser Einwand ist nicht schlüssig. Wenn es stimmt — und ich glaube, daß es stimmt —, daß sich mit Maastricht eine ganz neue Dimension europäischer Politik eröffnet, dann erhält das Demokratieprinzip in dieser neuen Phase ein ganz neues Gewicht.

Wenn Parlamente in ihren Rechten so degradiert werden, daß sie bloß einen Anspruch auf rechtzeitige Information haben, verbunden mit den gütigen und etwas herablassenden Versprechen der Regierung, sie werde die Äußerungen des Parlaments bei ihren Entscheidungen angemessen berücksichtigen, ist die Balance der Gewaltenteilung gestört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B) Aus diesem Grunde ist auch die Neufassung von Art. 23 Abs. 2 Grundgesetz, die heute verabschiedet werden soll, zu kritisieren.

Die verfassungsrechtliche Beurteilung der sich entwickelnden Strukturen ist gewiß dadurch erschwert, daß erhebliche Unklarheiten bestehen, was die **Europäische Union** ist und was aus ihr werden soll. Ist sie ein Bundesstaat, soll sie ein Bundesstaat werden, oder wird sie ein Staatenbund? Oder ist sie ein Zwitter? Wir haben leider versäumt, rechtzeitig die Arbeit an einer europäischen Verfassung aufzunehmen; da stimme ich Herrn Professor Ullmann ausdrücklich zu. Es ist dringend geboten, das Versäumte nachzuholen und uns mit den Fragen auseinanderzusetzen, die u. a. Dieter Grimm in seinem „Spiegel“-Essay „Der Mangel an europäischer Demokratie“ aufgeworfen hat. Das nächste Europäische Parlament sollte daher als verfassungsgebende Versammlung gewählt werden.

(Beifall bei der SPD)

Dann wird vielleicht deutlich werden, daß die künftige Struktur Europas nicht nur staatlich definiert werden kann.

Es ist gut, wenn sich Staaten entgrenzen und nationale Eigenbrötelei aufgeben. Es wäre aber schlecht, wenn an Stelle einer europäischen Demokratie nur ein europäisches Direktorat zustande käme. Europa ist viel zu wichtig, als daß wir es nur den

Regierungen und einer wuchernden Bürokratie überlassen dürften. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Maastricht oder Sarajevo — das ist die falsche Alternative. Die blutigen Ereignisse auf dem Balkan lehren uns, daß ein künstliches, undemokratisches Staatsgebilde, das nicht fest im Konsens der Völker verankert ist, einen übersteigerten Nationalismus wie eine Krankheit aus sich her austreibt. Wer Europa gegen Nationalismus und Rassismus schützen will, muß es mit tragfähiger Architektur ausstatten. Das heißt, **Europa** muß sich in **kultureller Autonomie**, in **wirtschaftlicher Kooperation** und als **vollständige Demokratie** entfalten.

Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt das Wort dem Kollegen Ulrich Briefs.

Dr. Ulrich Briefs (fraktionslos): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es besteht kein Zweifel: Mit den **Verträgen von Maastricht** wird die große europäische Idee regelrecht kleingekocht. Die Vision vom offenen, demokratisch-volksnahen, von der Vielfalt der europäischen Völker und Landschaften geprägten europäischen Gemeinwesen soll von einer bürokratisch-zentralistischen **EG** eingelöst werden, in der die wirtschaftlich starken Staaten den Rest Europas beherrschen. Diese Vision soll von einer **EG** eingelöst werden, mit der dieses Europa einen möglichst großen Teil der Welt ökonomisch beherrschen möchte. (D)

Angesichts dieses Charakters der Maastrichter Verträge, die insbesondere über die **Wirtschafts- und Währungsunion** auch die deutsche Hegemonie festschreiben, muß man geradezu froh darüber sein, daß in der Innen- und Rechtspolitik, in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht der gleiche Integrationsgrad erreicht wurde wie in der Wirtschafts- und Währungspolitik. Überträgt man die ökonomische Organisationsform der Maastrichter Verträge nämlich auf andere Gebiete, so muß man sagen: Europa würde unter deutscher Führung ein militärisch noch stärker hochgerüstetes aggressives Mitglied der Triade USA-Japan-Europa sein, als es das so schon ist.

(Zurufe von der CDU/CSU: Hören Sie doch auf! — Fiese Schlachtrufe!)

Es würde sich noch stärker in eine Festung mit dem Ziel der Abweisung und der Abschreckung nach außen und insbesondere gegenüber dem armen Süden dieses Planeten verwandeln.

Nein, meine Damen und Herren, diese Maastrichter Verträge sind wahrhaftig nicht die Erfüllung des langjährigen europäischen Traums, jenes **europäischen Traums**, der aus Krieg und Zerstörung geboren wurde. Vergessen wir als Deutsche in dieser Zeit neuer deutscher Pogrome nicht, daß die größten politischen Verbrechen der Menschheitsgeschichte in jener Zeit des Krieges und der Zerstörung von Deut-

Dr. Ulrich Briets

(A) schen im Namen Deutschlands begangen worden sind!

Diese Verträge sind nicht die rechtliche, die staatliche, die institutionalisierte, die politische Vollendung der gewünschten und teilweise längst Tatsache gewordenen Integration, die die europäischen Bevölkerungen in Teilbereichen inzwischen als Lebenswirklichkeiten leben. Die Menschen der europäischen Länder — zumindest die große Mehrheit — sind sich viel näher, als es in diesem bürokratisch-starren Vertragswerk erscheint, das von den Wirtschafts- und Machtinteressen der großen führenden europäischen Länder und deren Zentralen geprägt ist. Die reizvolle **Vielgestaltigkeit Europas**, die zum Teil so weit auseinanderliegenden kulturellen und historischen Traditionen der europäischen Regionen, die z. B. meine Familie, die im niederländischen Grenzgebiet ansässig ist, wenige Kilometer von der deutschen und der belgischen Grenze entfernt und auch wenige Kilometer vom französischen Sprachraum entfernt, alltäglich erlebt, diese Vielfalt und diese Vielfalt der Traditionen Europas werden — das ist zu befürchten — durch die Dampfwalze der ökonomischen Dynamik der führenden großen europäischen Länder und insbesondere Deutschlands weitgehend aplaniert.

Dazu ist aber auch ein skeptisches Wort notwendig; an dieser Stelle deshalb eine Anmerkung zur Wirtschafts- und Sozialunion und zur **gegenwärtigen Situation in Deutschland**: Daß die deutsche Politik die EG nur unter dem Motto „DM, DM über alles“ sieht, zeugt von besonders kleinem Geist in der vielberufenen politischen Klasse dieses Landes.

(B) Im übrigen: Wenn die Pogrome in Deutschland weitergehen, wenn wir es zulassen, daß nationalsozialistische Kräfte hier wieder Politik machen können, dann ist es bald auch mit der harten DM aus. Ein internationaler Warenboykott z. B. gegen die Bundesrepublik würde die pralle DM — jenen Nationalstolz der Deutschen — schlaff werden lassen wie nur irgend etwas.

Wir wollen die europäische Zentralbank nach Frankfurt holen.

(Beifall des Abg. Karsten D. Voigt [Frankfurt] [SPD])

Wir vergessen aber, daß sich die ausländischen Mitarbeiter dieser europäischen Zentralbank in Deutschland unter Umständen gar nicht sicher fühlen können. Was bleibt von Europa, wenn die ausländerfeindlichen Übergriffe auch auf die Arbeitergruppen übergreifen, die z. B. aus europäischen Ländern zu uns gekommen sind?

Daß das **Europäische Parlament** in den Maastrichter Verträgen schlecht wegkommt, daß es kaum zusätzliche Rechte — außer bei Untersuchungen und Petitionen — erhält, ist dabei eher eine Randgeschichte. Damit die EG wirklich zu einem Europa der Bevölkerung wird, muß wohl die Tradition der europäischen Revolutionen irgendwie fortgeführt werden.

Ein Parlament für 320 Millionen Menschen kann so oder so kaum der Garant für kulturelle und regionale Vielfalt sein, aber diese Vielfalt wird sowieso in den

Verträgen dem ökonomischen Wachstum und der vereinheitlichenden strukturellen Gewalt der großen Konzerne geopfert. Bürgerliche und wirksame demokratische Rechte für überschaubare regionale Lebens- und Arbeitsgemeinschaften, von den Bürgerinnen und Bürgern möglichst direkt und in eigener Initiative ausgeübt, fehlen eben in den Verträgen. Bürgerfreundlichkeit ist ein Fremdbegriff für die Maastrichter Verträge. Die Maastrichter Verträge sind im Grunde ein Hohn auf Europa und seine vielfältigen Möglichkeiten. Sie sind das Ergebnis des konzertierten Egoismus und des ökonomischen Geschacheres der nationalen Regierungen, die zudem die politische Macht weiterhin fast vollständig für sich monopolisieren.

Und doch — das ist das Dilemma, in dem man in dieser Zeit steckt — ist es nicht möglich, die Maastrichter Verträge mit diesen riesigen Defekten zu diesem Zeitpunkt abzulehnen. Die Gründe liegen in der Rechtsentwicklung in den europäischen Ländern, insbesondere im **Wiederauftauchen von Nationalismus und Nationalsozialismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerhaß in Deutschland**, in diesem Land. Kein linker, kein sozial und politisch Verantwortlicher, kein historisch bewußter Zeitgenosse könnte es verantworten, daß Europa zerbricht und Deutschland, sich selbst überlassen, vollends den Weg in die 30er Jahre zurück beschreiten kann. Europa bedeutet gerade auch eine Sicherung gegen die Gefahr eines neuen deutschen Nationalismus. Deshalb darf Europa gerade auch aus der Sicht des humaneren, weltoffenen Deutschland nicht scheitern.

(D) Deshalb, wenn auch mit großem Widerstreben wegen des undemokratischen, bürgerfeindlichen, wirtschaftsimperialistischen Grundcharakters der Maastrichter Verträge stimme ich als unabhängiger linker Abgeordneter, der dem ökologisch-alternativen Spektrum zugehörig ist, für die Ratifizierung der Verträge von Maastricht.

Damit aber beginnt sofort der weitere Kampf um Verbesserungen dieser Verträge, gerade und insbesondere um der weiteren Umweltzerstörung durch den Wirtschafts- und Industriegiganten Europas entgegenzuwirken.

Ökologische und soziale Ziele der Nach-Maastricht-Politik müssen sein:

Erstens. Die Müll-, Emissions- und Transportlawine in Europa muß gestoppt werden.

Zweitens. Ökologische Reformen und der ökologische Umbau müssen Vorrang haben vor dem weiteren Anheizen des wirtschaftlichen Wachstums.

Drittens. Arbeitsmarkt- und Arbeitsplatzprobleme müssen auf sozialverträgliche Weise, d. h. insbesondere durch Arbeitszeitverkürzung und durch einklagbare Rechte für die abhängig Beschäftigten, erreicht werden.

Viertens. Beschäftigungsinitiativen müssen in die Richtung sozial und ökologisch sinnvoller lokaler und regionaler Ansätze gelenkt werden, statt die prallvollen Kassen der Wirtschaft mit zusätzlichen Subventio-

Dr. Ulrich Briefs

(A) nen für umwelttriskante High-tech-Entwicklungen auch aus EG-Töpfen noch voller zu machen.

Fünftens. In der Energiepolitik muß ein Paradigmenwechsel, d. h. weg vom Atomstrom und weg von den fossilen Energieträgern hin zur Effizienzsteigerung der Energieerzeugung, zur Energieeinsparung und zu erneuerbaren Energieträgern, durchgesetzt werden.

Sechstens. In der europäischen Verkehrspolitik muß der Vorrang der Straße beseitigt werden; sonst steigen bis zum Jahre 2010 die verkehrsbedingten Kohlendioxid- und Schwefeldioxidemissionen um fast die Hälfte weiter an, die Stickoxid- und Kohlenwasserstoffemissionen um weiterhin 10 % an.

Forschungs- und Technologiepolitik, Bildungs- und Wissenschaftspolitik der EG müssen als oberstes Ziel die **Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen** der Menschen in ihrer Region zum Ziel haben, statt unaufhörlich das weitere umweltzerstörerische wirtschaftliche Wachstum zu stimulieren.

Die europäischen Staaten und die Regionen müssen auch nach Maastricht das Recht auf eine eigene Umweltpolitik haben, die im Interesse eines wirksamen Umweltschutzes über die EG-Normen hinaus gehen kann. Die Maßnahmen der regionalen Wirtschaftsförderungspolitik müssen an Umweltverträglichkeitsnormen gebunden werden. Die ökonomische Dynamik und der Freihandel müssen durch ökologische Kriterien reguliert werden. Gerade mit den Verträgen von Maastricht gilt: Das ökologische Europa und auch das soziale Europa müssen erst noch erkämpft werden. Mit Maastricht wird im wesentlichen die Verwirklichung des Europa des Kapitals weiter vorangetrieben.

(B)

Aber, wie gesagt, mit dem steigenden Nationalismus in Europa und vor allem mit dem erneuten Hochkommen nationalistischer und nationalsozialistischer Kräfte in Deutschland ist selbst dieses unvollendete, dieses politisch so unbefriedigende, so mangelhafte Europa zu etwas geworden, was es zu bewahren gilt.

Deshalb stimme ich — mit großen Bauchschmerzen — den Verträgen von Maastricht zu.

(Unruhe und Lachen bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Ruhe. Wir haben jetzt die letzte Wortmeldung.

Ich erteile das Wort unserer Frau Kollegin Ulrike Mehl.

Ulrike Mehl (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, um noch einmal einige grundsätzliche **ökologischen Bedenken zur Konzeption der Europäischen Gemeinschaft** darzulegen, die im Kern von der SPD-Fraktion im Sonderausschuß eingebracht worden sind. Ich spreche hier gleichzeitig für 39 Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion, die sich ausdrücklich meinem Text und meinen Positionen angeschlossen haben; die Namen gebe ich anschließend zu Protokoll.*)

*) Anlage 3

Die Fraktion der SPD hat zu Beginn der Beratungen **des Vertrages von Maastricht** festgestellt, die **Europäische Union** dürfe nicht an Deutschland und werde nicht an der SPD scheitern. Diese Festlegung hat unter dem Eindruck der jüngsten Entwicklung in der Bundesrepublik besondere Bedeutung gewonnen.

(C)

Auf dem Boden einer verfehlten Politik und neuer nationalistischer Parolen ist rechtsradikaler Terror gewachsen. Wir wollen keinen Rückfall der Politik in den Nationalismus und wollen denjenigen nicht Vorschub leisten, die die notwendige Debatte um den Vertrag von Maastricht für die Verbreitung von rechtsradikalem Gedankengut mißbrauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir stimmen aus grundsätzlichen Erwägungen, und zwar innen- und außenpolitischer Art, diesem Vertrag zu. Unabhängig davon gibt es jedoch, ungeachtet einer Reihe von Fortschritten in der Zielsetzung und in den Instrumenten, im Bereich der **Umweltpolitik** erhebliche Defizite, deren Beseitigung wir für die weitere europäische Politik einfordern.

Die bisherige Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ihre Fortschreibung zum europäischen Binnenmarkt ist von Anfang an — —

(Unruhe)

Ich könnte meinen Beitrag auch singen. Möglicherweise hören dann mehr zu;

(Heiterkeit und Beifall)

aber mir fehlt jetzt die Melodie dazu. Ich probier's mal ohne Singen.

(D)

Die bisherige Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ihre Fortschreibung zum europäischen Binnenmarkt ist von Anfang an auf hohes quantitatives Wirtschaftswachstum und damit auf einen unverantwortlichen Ressourcenverbrauch ausgerichtet gewesen. Umweltpolitische Erfordernisse wurden lange Zeit überhaupt nicht berücksichtigt. Im **Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie** wurde und wird im Zweifel in der praktischen Politik der Gemeinschaft stets zugunsten eines expansiven Wirtschaftswachstums entschieden. Auch der Vertrag von Maastricht führt in dieser Grundsatzfrage zu nur wenig verbindlichen Änderungen.

Der von der EG-Kommission in Auftrag gegebene Task-Force-Bericht über Umwelt und Binnenmarkt von 1990 kommt zu dem Ergebnis, daß ohne starken politischen Willen und ohne eine Neuorientierung der bisherigen Wirtschaftsformen der „schrackenlose Binnenmarkt mit einem schmutzigen Wachstum verbunden sein“ wird. Es müsse befürchtet werden, daß die Chancen, die ökologischen Belange in die Regelungen des schrankenlosen Binnenmarktes mit einzu beziehen, vertan würden.

Der heutige Kenntnisstand reicht aus, um sicher zu wissen, daß unsere Industriestaaten den Wohlstand eben auf der Basis des Ausbeutens gewonnen haben und daß dieses unser Wirtschaftssystem die Welt in eine **ökologische Katastrophe** führen kann. Dieses

Ulrike Mehl

- (A) Wissen wird heute von einer großen Mehrheit der Bevölkerung geteilt. Sie hat begriffen, daß es lebensbedrohende, weiter wachsende Ozonlöcher und von Menschen gemachte Klimaveränderungen mit kaum vorstellbaren Folgen gibt. Wir wissen, daß der unwiederbringliche Verlust von Tier- und Pflanzenarten ungebremst anhält, daß unser Trinkwasser — in einigen Regionen sogar dramatisch — knapp wird und außerdem zunehmend mit Schadstoffen belastet ist. Wir wissen, daß weltweit ungeheuer große Flächen durch falsche Nutzung unwiederbringlich verlorengehen, die wir angesichts der wachsenden Weltbevölkerung für Nahrungsmittelproduktion, aber auch für die Erhaltung natürlicher Lebensräume, dringend brauchen.

Da wir wissen, daß die Ursachen für die heute eintretenden ökologischen Schäden zum Teil Jahrzehnte zurückliegen, ist es höchste Zeit für eine grundlegende **Wende in allen Politikbereichen:**

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

von Verkehrs- über Energie- bis Naturschutzpolitik, von Abfall- bis Wasserpolitik, von Landwirtschafts- bis Lebensmittelpolitik.

Diese Chance ist mit dem **Vertrag von Maastricht** nicht genutzt worden. Von einer dringend notwendigen ökologischen Effizienzrevolution ist nichts in Sicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

- (B) Zwar sieht der Vertrag von Maastricht im Vergleich zu den früheren Verträgen Verbesserungen für die Umweltpolitik in Europa vor, aber diese basieren nach wie vor in erster Linie auf Reparaturdenken, nicht jedoch darauf, Umweltverträglichkeit und ökologische Effizienz zur Grundlage unseres Wirtschaftens zu machen.

Bei den vorgesehenen Regelungen kann im übrigen keinesfalls davon ausgegangen werden, daß Europa jetzt auf einen — die Erde langfristig erhaltenden — neuen Weg einschwenken wird. Statt dessen bestimmen, wenn es um Konflikte im Spannungsverhältnis zwischen **Ökologie** und **Ökonomie** geht, weiterhin Wirtschaft, Wachstum und Währung die europäische Entwicklung. Dagegen bleibt der Umweltschutz schmückendes Beiwerk.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Im Sinne dieses Denkens ist zu befürchten, daß er häufig sogar als unakzeptables Handelshemmnis verdrängt wird. Wir können nicht akzeptieren, daß die Umweltpolitik nur ein rhetorisches Feigenblatt bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Vielmehr muß die Ökologie, d. h. eine dauerhafte Entwicklung im Gleichgewicht sozialer, ökonomischer und ökologischer Faktoren, Leitlinie und Ziel der europäischen Politik werden.

(Beifall bei der SPD)

Die politische Wirklichkeit spiegelt sich auch in durch den Strukturfonds finanzierten, umweltzerstörerischen **Großprojekten** wider. Mangelnde ökologische Kenntnisse, schlechte Koordination der Verwaltungen und mangelhafte demokratische Entscheidungsabläufe lassen auch zukünftig häufige, katastrophale Mißgriffe befürchten.

In der Erkenntnis, daß **Umweltschutz** nur über Grenzen hinweg wirksam betrieben werden kann, erwarten wir, daß bei baldigen Verhandlungen zu einem **Folgevertrag der Europäischen Union** die Weichen in Richtung auf eine dauerhafte Entwicklung gestellt werden,

(Beifall bei der SPD)

die die ökologischen Erfordernisse in die Vertragstexte und in das politische Handeln der Gemeinschaft — und das ist der wichtige Punkt — integriert.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen ein geeinigtes Europa. Aber dieses Europa muß von einer ökologischen, demokratischen und sozialen Politik geprägt sein. Der Vertrag von Maastricht ist dafür noch keine ausreichende Grundlage.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen jetzt zu vier namentlichen Abstimmungen. Interfraktionell ist vereinbart worden, daß wir über — ich nenne die Stichworte — den Maastrichter Vertrag, den Entschließungsantrag „feierliche Resolution“, den Entschließungsantrag zur Wirtschafts- und Währungsunion und über die Grundgesetzänderung namentlich abstimmen, und zwar in dieser Reihenfolge.

Es liegen 23 schriftliche Erklärungen nach § 31 unserer Geschäftsordnung zur Abstimmung vor.*) Lediglich vom Kollegen Konrad Weiß liegt eine Wortmeldung zu einer mündlichen Erklärung von fünf Minuten vor. Diese wird er nach der Abstimmung über den Maastrichter Vertrag — weil er dazu Stellung nehmen möchte — abgeben.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

— Gut, dann wird er diese Erklärung nach den vier namentlichen Abstimmungen abgeben.

Ich rufe als erstes den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Vertrag über die Europäische Union auf den Drucksachen 12/3334 und 12/3895 in der Ausschußfassung auf. Ich mache darauf aufmerksam, daß nach der Einleitung zu diesem Gesetzentwurf für die Annahme die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages notwendig ist. Das sind 442 Stimmen.

Die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD haben **namentliche Abstimmung** verlangt. Ich bitte die

*) Anlagen 4 und 5

Vizepräsident Helmuth Becker

(A) Schriftführer, ihre Plätze einzunehmen. — Das ist geschehen.

Ich eröffne die Abstimmung. —

(Abgeordnete der PDS/Linke Liste entrollen ein Transparent)

— Ich bitte Sie, sich an die Regeln des Hauses zu halten und das Transparent wieder einzurollen. Wir brauchen doch dafür nicht den Ordnungsdienst. — Danke.

Meine Damen und Herren, ist jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? — Das ist nicht der Fall. Dann ist der Abstimmungsvorgang geschlossen.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekanntgegeben. *)

Bevor wir zur nächsten namentlichen Abstimmung kommen, haben wir eine Reihe von einfachen Abstimmungen vorzunehmen. — Meine Damen und Herren, ich bitte darum, die notwendige Übersicht und Ruhe herzustellen. Dann können wir zügig weitermachen; sonst geht das nicht. Das gilt ganz besonders für die linke Seite des Hauses. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über den Entwurf eines Europaabstimmungsgesetzes der Gruppe PDS/Linke Liste. Der Sonderausschuß Europäische Union empfiehlt unter Nr. 2 seiner Beschlußempfehlung auf Drucksache 12/3895, den Gesetzentwurf abzulehnen.

(B) Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf der Gruppe PDS/Linke Liste auf Drucksache 12/3353 abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Wir stimmen jetzt über die Beschlußempfehlung des Sonderausschusses Europäische Union zu dem Antrag der Fraktion der SPD „Wider den Rückfall in den Nationalismus — Für ein demokratisches Europa mit stabiler Währung“ auf Drucksache 12/3366 ab.

Der Sonderausschuß empfiehlt unter Nr. 3 seiner Beschlußempfehlung auf Drucksache 12/3895, diesen Antrag der Fraktion der SPD abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Gegenprobe! — Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und einigen Stimmen auf der linken Seite des Hauses gegen die Stimmen der PDS/Linke Liste und bei Stimmenthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN mit großer Mehrheit angenommen.

Unter Nr. 4 seiner Beschlußempfehlung empfiehlt der Sonderausschuß, den Antrag der Gruppe PDS/Linke Liste auf Drucksache 12/3322 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Gegen die Stim-

men der PDS/Linke Liste und bei Stimmenthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist die Beschlußempfehlung angenommen. (C)

Wir stimmen jetzt über die Beschlußempfehlung des Sonderausschusses zu dem Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 12/3367 ab. Der Sonderausschuß empfiehlt unter Nr. 5 seiner Beschlußempfehlung, den Antrag abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Diese Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung eines großen Teils der SPD-Fraktion angenommen.

Wir stimmen jetzt über die Beschlußempfehlungen zu den Entschließungen des Europäischen Parlaments zum Europäischen Rat von Lissabon und zu den Folgen des in Dänemark durchgeführten Referendums ab. Das sind die Nrn. 6 und 7 der Beschlußempfehlung. Wer stimmt dafür? — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Die Beschlußempfehlungen sind mit großer Mehrheit angenommen.

Wir stimmen jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P. für ein bürgernahes, starkes und handlungsfähiges Europa auf Drucksache 12/3905 ab.

Die CDU verlangt dazu **namentliche Abstimmung**. Ich stelle fest, die Urnen sind besetzt.

Dann ist der Abstimmungsvorgang eröffnet. —

Meine Damen und Herren, ist ein Mitglied im Saal, oder vorne in der Wandelhalle, das an der Abstimmung noch nicht teilnehmen konnte? — Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist der Abstimmungsvorgang geschlossen. (D)

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. —

Meine Damen und Herren, das Ergebnis auch dieser namentlichen Abstimmung wird Ihnen später bekanntgegeben. *)

Ich möchte jetzt gern die dritte namentliche Abstimmung über einen Entschließungsantrag zur Währungsunion eröffnen. Dieser Entschließungsantrag ist von den Fraktionen der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P. auf Drucksache 12/3906 vorgelegt worden. Er ist inhaltsgleich mit der Nr. 8 der Beschlußempfehlung des Sonderausschusses.

Die Fraktion der SPD verlangt **namentliche Abstimmung** über diesen Entschließungsantrag. Die Urnen sind wieder besetzt.

Ich eröffne die Abstimmung. —

Meine Damen und Herren, ich darf fragen: Haben alle Mitglieder des Hauses ihre Stimme abgegeben? — Das ist offensichtlich der Fall.

Meine Damen und Herren, mir liegt das von den Schriftführern ermittelte **Ergebnis der ersten namentlichen Abstimmung** vor. Abgegebene Stimmen für

*) Seite 10880A

*) Seite 10882D

Vizepräsident Helmuth Becker

(A) den Vertrag über die Europäische Union: 568. Davon ungültige Stimmen: keine. Mit Ja haben gestimmt: 543.

(Anhaltender Beifall)

Mit Nein haben gestimmt: 17 Mitglieder des Hauses. 8 Mitglieder des Hauses haben sich der Stimme enthalten.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 567;
davon:

ja: 543
nein: 16
enthalten: 8

Ja**CDU/CSU**

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Bayha, Richard
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Dr. Blank, Joseph-Theodor
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnson (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Brähmig, Klaus
Brodlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Dr. Fäthhauser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert

Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Geiger, Michaela
Dr. Geiger (Darmstadt) Sissy
Geis, Norbert
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünwald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena-Ost), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörksen, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Jagoda, Bernhard
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf

Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Dr. Krause (Bonese),
Rudolf Karl
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Dr. Lehr, Ursula
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Louven, Julius
Dr. Luther, Michael
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Dr. Mayer (Siegertsbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Dr. Meseke, Hedda
Dr. Meyer zu Bentrop,
Reinhard
Michalk, Maria
Micheis, Meinolt
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Einar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeffermann, Gerhard O.
Pfeifer, Anton
Dr. Pfenning, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Preibus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm

Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Romer, Franz
Rossmanith, Kurt J.
Roth (Cießen), Adolf
Rother, Heinz
Dr. Ruck, Christian
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
Sauer (Salzgitter), Helmut
Sauer (Stuttgart), Roland
Scharrenbroich, Heribert
Schätzle, Ortrun
Dr. Schäuble, Wolfgang
Schartz (Trier), Günther
Schemken, Heinz
Scheu, Gerhard
Schmalz, Ulrich
Schmidbauer, Bernd
Schmidt (Fürth), Christian
Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke),
Joachim
Schmidt (Mülheim), Andreas
Schmidt (Spiesen), Trudi
Schmitz (Baesweiler),
Hans Peter
Dr. Schneider (Nürnberg),
Oscar
Dr. Schockenhoff, Andreas
Graf von Schönburg-
Glauchau, Joachim
Dr. Scholz, Rupert
Frhr. von Schorlemer,
Reinhard
Dr. Schreiber, Harald
Schulhoff, Wolfgang
Dr. Schulte (Schwäbisch
Gmünd), Dieter
Schulz (Leipzig), Gerhard
Schwalbe, Clemens
Schwarz, Stefan
Dr. Schwarz-Schilling,
Christian
Dr. Schwörer, Hermann
Seehofer, Horst
Seesing, Heinrich
Seibel, Wilfried
Seiters, Rudolf
Sikora, Jürgen
Skowron, Werner H.
Dr. Sopart, Hans-Joachim
Sothmann, Bärbel
Spilker, Karl-Heinz
Spranger, Carl-Dieter
Dr. Sprung, Rudolf
Steinbach-Hermann, Erika
Dr. Sterken, Hans
Dr. Frhr. von Steffen,
Wolfgang
Stockhausen, Karl
Dr. Stoltenberg, Gerhard
Strube, Hans-Gerd
Stübgen, Michael
Dr. Süsmuth, Rita
Susset, Egon
Tillmann, Ferdi
Dr. Töpfer, Klaus
Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
Uldall, Gunnar
Verhülshonk, Roswitha

(D)

Vizepräsident Helmuth Becker

- (A) Vogel (Ennepetal), Friedrich
Vogt (Düren), Wolfgang
Dr. Voigt (Northeim),
Hans-Peter
Dr. Vondran, Ruprecht
Dr. Waffenschmidt, Horst
Dr. Waigel, Theodor
Graf von Waldburg-Zeil, Alois
Dr. Warnke, Jürgen
Dr. Warrikoff, Alexander
Werner (Ulm), Herbert
Wetzel, Kersten
Wiechatzek, Gabriele
Dr. Wiczorek (Auerbach),
Bertram
Dr. Wilms, Dorothee
Wilz, Bernd
Dr. Wisniewski, Roswitha
Wissmann, Matthias
Wittmann (Tännesberg),
Simon
Wonneberger, Michael
Wülfing, Elke
Würzbach, Peter Kurt
Yzer, Cornelia
Zeitlmann, Wolfgang
Zöller, Wolfgang
- SPD**
Andres, Gerd
Becker (Nienberge), Helmuth
Becker-Inglaß, Ingrid
Bernath, Hans Gottfried
Beucher, Friedhelm Julius
Bindig, Rudolf
Blunck, Lieselott
Dr. Böhme (Unna), Ulrich
Börnsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elsweier, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ursula
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Dr. Däubler-Gmelin, Herta
Dr. Diederich (Berlin), Nils
Diller, Karl
Dreßler, Rudolf
Duve, Freimut
Dr. Eckardt, Peter
Dr. Ehmke (Bonn), Horst
Eich, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Esters, Helmut
Ewen, Carl
Ferner, Elke
Fischer (Homburg), Lothar
Fuchs (Köln), Anke
Fuchs (Verl), Katrin
Fuhrmann, Arne
Gansel, Norbert
Dr. Gautier, Fritz
Gülges, Konrad
Gleicke, Iris
Graf, Günter
Großmann, Achim
Haack (Extertal),
Karl Hermann
Haber mann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hanewinkel, Christel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hüsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
- Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Jaunich, Horst
Jung (Düsseldorf), Volker
Jungmann (Wittmoldt), Horst
Kastner, Susanne
Kastning, Ernst
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Koltzsch, Rolf
Kretkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Dr. Kübler, Klaus
Kuessner, Hinrich
Kuhlwein, Eckart
Lambinus, Uwe
Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev
Lennartz, Klaus
Dr. Leonhard-Schmid, Elke
Lohmann (Witten), Klaus
Dr. Lucyga, Christine
Maab (Herne), Dieter
Mascher, Ulrike
Matschie, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Heide
Meckel, Markus
Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop),
Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmär
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Schweinfurt), Rudolf
Müller (Völklingen), Jutta
Müntefering, Franz
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Ostertag, Adolf
Dr. Otto, Helga
Paterna, Peter
Dr. Penner, Willfried
Peter (Kassel), Horst
Dr. Pfaff, Martin
Poß, Joachim
Rappe (Hildesheim), Hermann
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Roth, Wolfgang
Schanz, Dieter
Scheffler, Siegfried
Schloten, Dieter
Schluckebier, Günter
Schmidbauer (Nürnberg),
Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Schreiner, Ottmar
Schütz, Dietmar
- Schulte (Hameln), Brigitte
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaff, Horst
Simm, Erika
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Tietjen, Günther
Urbaniak, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Kersten D.
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Waltemathe, Ernst
Walter (Cochem), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Günter
Weisskirchen (Wiestrich), Gert
Dr. Wernitz, Axel
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Dr. Wiczorek, Norbert
Wiczorek (Duisburg), Helmut
Wiczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapt, Uta
- Heinrich, Ulrich
Dr. Hirschler, Walter
Dr. Hoth, Sigrid
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Koppelin, Jürgen
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Möllemann, Jürgen W.
Dr. Ortleb, Rainer
Otto (Frankfurt),
Hans-Joachim
Paintner, Johann
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva
Richter (Bremerhaven),
Manfred
Kind, Hermann
Dr. Röhl, Klaus
Schafer (Mainz), Helmut
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmie der, Jürgen
Dr. Schnittler, Christoph
Schübler, Gerhard
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Sehn, Marita
Seiler-Albring, Ursula
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Solms, Hermann Otto
Dr. von Teichman, Cornelia
Dr. Thoma, Dieter
Timm, Jürgen
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolgramm (Göttingen),
Torsten
Würtel, Uta
Zywietz, Werner
- (C)
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Pappe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
- Fraktionslos**
Dr. Briefs, Ulrich
Henn, Bernd
- Nein**
- SPD**
Conrad, Peter
Ebert, Eike
- PDS/Linke Liste**
Dr. Enkelmann, Dagmar
Dr. Fischer, Ursula
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
- (D)
- F.D.P.**
Albowitz, Ina
Dr. Babel, Gisela
Beckmann, Klaus
Dr. Blunk, Michaela
Bredehorn, Günther
Cronenberg (Arnsberg),
Dieter-Julius
Eimer (Fürth), Norbert
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedhoff, Paul K.
Friedrich, Horst
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Gallus, Georg
Ganschow, Jörg
Giescher, Hans-Dietrich
Gries, Ekkehard
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Gutmacher, Karlheinz
Hackel, Heinz-Dieter
Hansen, Dirk
Dr. Haussmann, Heimit

Vizepräsident Helmuth Becker**(A) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Enthalten**

Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Schenk, Christina
Weiß, (Berlin), Konrad

CDU/CSU

Clemens, Joachim
Lummer, Heinrich

SPD

Adler, Brigitte
Dr. Hartenstein, Liesel
Müller (Pleisweiler), Albrecht
Dr. Scheer, Hermann
Schily, Otto
Toetemeyer, Hans-Günther

Fraktionslos

Lowack, Ortwin

Der Gesetzentwurf ist damit mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß wir über die Nr. 8 der Beschlußempfehlung des Sonderausschusses nun nicht mehr abzustimmen brauchen, nachdem über den inhaltsgleichen interfraktionellen Entschließungsantrag soeben abgestimmt wurde. — Ich stelle fest, das ist die Auffassung des Hauses.

Bevor wir die Beratungen fortsetzen, schließe ich den Wahlgang und bitte die Schriftführer, die in der dritten namentlichen Abstimmung abgegebenen Stimmen auszuzählen *) und sich für die vierte schon bereitzuhalten.

(B) Wir kommen jetzt zur Einzelberatung und Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes Drucksachen 12/3338 und 12/3896. Das ist der Tagesordnungspunkt 1 b.

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit einer sehr großen Mehrheit angenommen.

Wir treten in die

dritte Beratung

ein und kommen zur Schlußabstimmung. Ich weise darauf hin, daß nach Art. 79 des Grundgesetzes zur Annahme die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages erforderlich ist.

Die Fraktion der CDU/CSU und die Fraktion der SPD verlangen namentliche Abstimmung. Die Urnen sind besetzt.

Ich eröffne die **vierte namentliche Abstimmung**. —

Meine Damen und Herren, ich mache darauf aufmerksam, daß wir nach dieser namentlichen Abstimmung noch über eine ganze Reihe von weiteren Vorlagen abzustimmen haben.

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob noch ein Mitglied hier im Saal oder in der Wandelhalle ist, das die Stimmkarte nicht abgegeben hat? — Sind alle Stimmkarten abgegeben? — Nein. — Ich stelle fest,

daß jetzt offenbar alle Stimmkarten abgegeben sind. **(C)**

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, auch mit dieser Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis wird später bekanntgegeben. *)

Die Schriftführer arbeiten schnell. Deswegen kann ich Ihnen das **Ergebnis der zweiten namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. auf der Drucksache 12/3005, Stichwort: feierliche Erklärung, bekanntgeben. Abgegebene Stimmen: 569; ungültige Stimmen: keine; mit Ja haben gestimmt: 547 Mitglieder des Hauses; mit Nein haben gestimmt: 16; mit Enthaltung haben gestimmt: 6.**

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 568;
davon:

ja: 547
nein: 15
enthalten: 6

Ja

CDU/CSU

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Bayha, Richard
Beile, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Dr. Blank, Joseph-Theodor
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Brähmig, Klaus
Brdlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörtlinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen

Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Dr. Falthäuser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Geiger, Michaela
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geis, Norbert
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena-Ost), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörksen, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Flornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Jagoda, Bernhard
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin

(D)

*) Seite 10885B

*) Seite 10888 C

Vizepräsident Helmuth Becker

- (A) Dr. Jobst, Dionys
 Dr. Jüttner, Egon
 Jung (Limburg), Michael
 Junghanns, Ulrich
 Dr. Kahl, Harald
 Kalb, Bartholomäus
 Kampeter, Steffen
 Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
 Karwatzki, Irmgard
 Kauder, Volker
 Keller, Peter
 Kiechle, Ignaz
 Kittelmann, Peter
 Klein (Bremen), Günter
 Klein (München), Hans
 Klinkert, Ulrich
 Dr. Köhler (Wolfsburg),
 Voikmar
 Dr. Kohl, Helmut
 Kors, Eva-Maria
 Koschyk, Hartmut
 Kossendey, Thomas
 Kraus, Rudolf
 Dr. Krause (Börgerende),
 Günther
 Dr. Krause (Bonese),
 Rudolf Karl
 Krause (Dessau), Wolfgang
 Krey, Franz Heinrich
 Kriedner, Arnulf
 Kronberg, Heinz-Jürgen
 Dr.-Ing. Krüger, Paul
 Krziskewitz, Reiner
 Lamers, Karl
 Dr. Lammert, Norbert
 Lamp, Helmut
 Lattmann, Herbert
 Dr. Laufs, Paul
 Laumann, Karl-Josef
 Lehne, Klaus-Heiner
 Dr. Lehr, Ursula
 (B) Dr. Lieberoth, Immo
 Limbach, Editha
 Link (Diepholz), Walter
 Lintner, Eduard
 Dr. Lippold (Offenbach),
 Klaus W.
 Dr. Lischewski, Manfred
 Lohmann (Lüdenscheid),
 Wolfgang
 Louven, Julius
 Dr. Luther, Michael
 Maaß (Wilhelmshaven), Erich
 Männle, Ursula
 Magin, Theo
 Dr. Mahlo, Dietrich
 Marienfeld, Claire
 Marschewski, Erwin
 Dr. Mayer (Siegertsbrunn),
 Martin
 Meckelburg, Wolfgang
 Meinel, Rudolf
 Dr. Merkel, Angela
 Dr. Meseke, Hedda
 Dr. Meyer zu Bentrup,
 Reinhard
 Michalk, Maria
 Michels, Meinolf
 Dr. Mildner, Klaus
 Dr. Möller, Franz
 Molnar, Thomas
 Müller (Kirchheim), Elmar
 Müller (Wadern),
 Hans-Werner
 Müller (Wesseling), Alfons
 Nelle, Engelbert
 Dr. Neuling, Christian
 Neumann (Bremen), Bernd
 Nitsch, Johannes
 Nolte, Claudia
 Dr. Olderog, Rolf
 Ost, Friedhelm
 Oswald, Eduard
 Otto (Erfurt), Norbert
 Dr. Päselt, Gerhard
 Dr. Paziorek, Peter
 Pesch, Hans-Wilhelm
 Petzold, Ulrich
 Pfeffermann, Gerhard O.
 Pfeifer, Anton
 Dr. Pfennig, Gero
 Dr. Pflüger, Friedbert
 Dr. Pinger, Winfried
 Pofalla, Ronald
 Dr. Pohler, Hermann
 Priebus, Rosemarie
 Dr. Probst, Albert
 Dr. Protzner, Bernd
 Pützhofer, Dieter
 Rahardt-Vahldieck, Susanne
 Raidel, Hans
 Dr. Ramsauer, Peter
 Rau, Rolf
 Rauen, Peter Harald
 Rawe, Wilhelm
 Reddemann, Gerhard
 Regenspurger, Otto
 Reichenbach, Klaus
 Dr. Reinartz, Bertold
 Reinhardt, Erika
 Repnik, Hans-Peter
 Dr. Rieder, Norbert
 Dr. Riedl (München), Erich
 Riegert, Klaus
 Dr. Riesenhuber, Heinz
 Ringkamp, Werner
 Rode (Wietzen), Helmut
 Rönsch (Wiesbaden),
 Hannelore
 Romer, Franz
 Rossmann, Kurt J.
 Roth (Gießen), Adolf
 Rother, Heinz
 Dr. Ruck, Christian
 Rühe, Volker
 Dr. Rüttgers, Jürgen
 Sauer (Salzgitter), Helmut
 Sauer (Stuttgart), Roland
 Schätzle, Ortrun
 Dr. Schäuble, Wolfgang
 Scharrenbroich, Heribert
 Scharzt (Trier), Günther
 Schenken, Heinz
 Scheu, Gerhard
 Schmalz, Ulrich
 Schmidbauer, Bernd
 Schmidt (Fürth), Christian
 Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke),
 Joachim
 Schmidt (Mülheim), Andreas
 Schmidt (Spiesen), Trudi
 Schmitz (Baesweiler),
 Hans Peter
 Dr. Schneider (Nürnberg),
 Oscar
 Dr. Schockenhoff, Andrea-
 Graf von Schönburg-
 Glauchau, Joachim
 Dr. Scholz, Rupert
 Frhr. von Schorlemer,
 Reinhard
 Dr. Schreiber, Harald
 Schulhoff, Wolfgang
 Dr. Schulte (Schwäbisch
 Gmünd), Dieter
 Schulz (Leipzig), Gerhard
 Schwalbe, Clemens
 Schwarz, Stefan
 Dr. Schwarz-Schilling,
 Christian
 Dr. Schwörer, Hermann
 Seehofer, Horst
 Seesing, Heinrich
 Seibel, Wilfried
 Seiters, Rudolf
 Sikora, Jürgen
 Skowron, Werner H.
 Dr. Sopart, Hans-Joachim
 Sothmann, Bärbel
 Spilker, Karl-Heinz
 Spranger, Carl-Dieter
 Dr. Sprung, Rudolf
 Steinbach-Hermann, Erika
 Dr. Stercken, Hans
 Dr. Frhr. von Stetten,
 Wolfgang
 Stockhausen, Karl
 Dr. Stoltenberg, Gerhard
 Strube, Hans-Gerd
 Stübgen, Michael
 Dr. Süßmuth, Rita
 Susset, Egon
 Tillmann, Ferdi
 Dr. Töpfer, Klaus
 Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
 Uldall, Gunnar
 Verhüsdonk, Roswitha
 Vogel (Ennepetal), Friedrich
 Vogt (Düren), Wolfgang
 Dr. Voigt (Northeim),
 Hans-Peter
 Dr. Vondran, Ruprecht
 Dr. Waffenschmidt, Horst
 Dr. Waigel, Theodor
 Graf von Waldburg-Zeil, Alois
 Dr. Warnke, Jürgen
 Dr. Warrkoff, Alexander
 Werner (Ulm), Herbert
 Wetzel, Kersten
 Wiechatzek, Gabriele
 Dr. Wiczorek (Auerbach),
 Bertram
 Dr. Wilms, Dorothee
 Wilz, Bernd
 Dr. Wisniewski, Roswitha
 Wissmann, Matthias
 Wittmann (Tannesberg),
 Simon
 Wonneberger, Michael
 Wülfig, Elke
 Würzbach, Peter Kurt
 Yzer, Cornelia
 Zeitlmann, Wolfgang
 Zöller, Wolfgang
 Esters, Helmut
 Ewen, Carl
 Ferner, Elke
 Fischer (Homburg), Lothar
 Fuchs (Köln), Anke
 Fuchs (Verl), Katrin
 Fuhrmann, Arne
 Gansel, Norbert
 Dr. Gautier, Fritz
 Gilges, Konrad
 Gleicke, Iris
 Graf, Günter
 Großmann, Achim
 Haack (Extertal),
 Karl Hermann
 Habermann, Michael
 Hacker, Hans-Joachim
 Hanewinkel, Christel
 Dr. Hartenstein, Liesel
 Hasenfratz, Klaus
 Dr. Hauchler, Ingomar
 Heyenn, Günther
 Hiller (Lübeck), Reinhold
 Hilsberg, Stephan
 Dr. Holtz, Uwe
 Horn, Erwin
 Huonker, Gunter
 Jäger, Renate
 Janz, Ilse
 Jaunich, Horst
 Jung (Düsseldorf), Volker
 Jungmann (Wittmoldt), Horst
 Kastner, Susanne
 Kastning, Ernst
 Kirschner, Klaus
 Klappert, Marianne
 Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz
 Klemmer, Siegrun
 Klose, Hans-Ulrich
 Dr. Knaape, Hans-Hinrich
 Körper, Fritz Rudolf
 Kolbe, Regina
 Koltzsch, Rolf
 Kretkowski, Volkmar
 Kubatschka, Horst
 Dr. Kübler, Klaus
 Dr. Küster, Uwe
 Kuhlwein, Eckart
 Lambinus, Uwe
 Lange, Brigitte
 von Larcher, Detlev
 Dr. Leonhard-Schmid, Elke
 Lohmann (Witten), Klaus
 Dr. Lucyga, Christine
 Maaß (Herne), Dieter
 Mascher, Ulrike
 Matschie, Christoph
 Matthäus-Maier, Ingrid
 Mattischeck, Heide
 Meckel, Markus
 Mehl, Ulrike
 Meißner, Herbert
 Dr. Mertens (Bottrop),
 Franz-Josef
 Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
 Mosdorf, Siegmund
 Müller (Düsseldorf), Michael
 Müller (Schweinfurt), Rudolf
 Müller (Völklingen), Jutta
 Müntefering, Franz
 Neumann (Bramsche), Volker
 Neumann (Gotha), Gerhard
 Dr. Niehuis, Edith
 Dr. Niese, Rolf
 Odendahl, Doris
 Oostergetelo, Jan
 Opel, Manfred
 Ostertag, Adolf
 Dr. Otto, Helga
 Paterna, Peter
 Dr. Penner, Willfried
 Peter (Kassel), Horst

Vizepräsident Helmuth Becker

- (A) Dr. Pfaff, Martin
Poß, Joachim
Rappe (Hildesheim), Hermann
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Roth, Wolfgang
Schanz, Dieter
Scheffler, Siegfried
Schloten, Dieter
Schluckebier, Günter
Schmidbauer (Nürnberg),
Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Schreiner, Ottmar
Schütz, Dietmar
Schulte (Hamel), Brigitte
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaff, Horst
Simm, Erika
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Tietjen, Günther
(B) Toetemeyer, Hans-Günther
Urbaniak, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Waltemathe, Ernst
Walter (Cochem), Ralf
Waltherr (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Dr. Wermitz, Axel
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Dr. Wiczorek, Norbert
Wiczorek (Duisburg), Helmut
Wiczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta

F.D.P.

Albowitz, Ina
Dr. Babel, Gisela

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang

Fraktionslos

Henn, Bernd

Nein**SPD**

Ebert, Eike

PDS/Linke Liste

Dr. Enkelmann, Dagmar
Dr. Fischer, Ursula
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid

Schenk, Christina
Weiß (Berlin), Konrad

Fraktionslos

Lowack, Ortwin

Enthalten**CDU/CSU**

Lummer, Heinrich

SPD

Conradi, Peter
Müller (Pleisweiler), Albrecht
Dr. Scheer, Hermann
Schilly, Otto

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich

Der Antrag ist damit angenommen. Das war das Ergebnis der zweiten namentlichen Abstimmung.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Zu dieser letzten Abstimmung möchte ich Ihnen noch mitteilen, daß uns von Frau Dr. Cornelia von Teichmann eine Erklärung gemäß § 31 unserer Geschäftsordnung zu Protokoll gegeben worden ist.**)

Wir haben vereinbart, daß nunmehr unser Kollege Konrad Weiß zu den Abstimmungen das Wort erhält. Die Redezeit beträgt fünf Minuten; ich erinnere daran. Bitte, Kollege Weiß.

Konrad Weiß (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sage entschieden ja zur Gemeinschaft der Europäer. Deswegen habe ich **nein zu Maastricht** gesagt; denn der Vertrag von Maastricht verfestigt eine westeuropäische Gemeinschaft, die halb Europa ausschließt und an der Oder endet.

Mir und vielen Ostdeutschen geht die westeuropäische Integration zu schnell. Wir sind noch nicht richtig in Deutschland angekommen und sollen es schon wieder verlassen. Es muß verheerende Folgen haben, wenn der mühsame Prozeß der inneren Vereinigung so abrupt unterbrochen wird.

Ich kann mir kein Europa vorstellen, zu dem nicht auch Warschau und Prag, Bratislava und Budapest gehören. Meine Freunde leben dort, nicht in London, Lissabon oder Lyon. Der Vertrag von Maastricht macht meine Freunde auf Jahrzehnte zu **Europäern zweiter Klasse**. Ihm zuzustimmen wäre aus meiner Sicht Verrat.

Den Deutschen wird das Recht vorenthalten, über Maastricht in einer **Volksabstimmung** zu entscheiden. Nach meinem Verständnis aber ist es allein Sache der Bürgerinnen und Bürger, über einen so weitgehenden

**) Anlage 5

(C)

(D)

Konrad Weiß (Berlin)

- (A) Verzicht auf Souveränitätsrechte und eine so tiefgreifende Veränderung ihres Gemeinwesens zu entscheiden.

(Beifall des Abg. Peter Conradi [SPD])

Der Vertrag selbst ist **antidemokratisch**. Das Europäische Parlament wird nicht tatsächlich gestärkt. Den nationalen Parlamenten werden Rechte beschnitten und dann an exekutive Organe übertragen. Den Regionen wird nicht wirklich neue Verantwortung gegeben.

Maastricht ist keine Absage an den Nationalstaat, sondern es schafft eine **Hypernation**, die alle Gefahren und Mängel der Nationalstaatlichkeit potenziert. Der Vertrag von Maastricht, so fürchte ich, wird die Gräben zu den armen Ländern der Erde vertiefen. Europa wird endgültig zur **Wohlstandsfestung** werden, die gegen die Mehrheit der Menschen im Süden und Osten Mauern errichten wird. Die Baupläne für diese Mauern sind im Vertrag von Maastricht bereits skizziert. Nicht ein einziger ernsthafter Vorschlag für ein humanes **Asyl- und Einwanderungsrecht** wurde ausgehandelt.

Ich habe gewissenhaft geprüft, ob in der gegenwärtigen Situation angesichts von Ausländerfeindlichkeit und radikalen Ausschreitungen ein Nein zu den Maastrichter Verträgen verantwortbar ist. Viele halten diese Verträge für das einzig taugliche Bollwerk gegen den Nationalismus. Ich hingegen fürchte. Maastricht wird neue Schleusen für nationale Heilslehren und **nationalen Egoismus** öffnen, nicht nur in Deutschland.

- (B) Ich bin überzeugt, daß dieser schlecht verhandelte embryonale Vertrag von Maastricht der Einigung aller Europäer schweren Schaden zufügen wird. Deshalb habe ich ihn abgelehnt.

(Beifall der Abg. Ingrid Köppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Helmut Becker: Meine Damen und Herren, bevor wir in der Beratung fortfahren, gebe ich das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der dritten namentlichen Abstimmung** über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. auf Drucksache 12/3906. Stichwort: Wirtschafts- und Währungsunion, bekannt. Abgegebene Stimmen: 568; ungültig: keine; mit Ja haben gestimmt: 546, mit Nein: 15; Enthaltungen: 7.

Endgültiges Ergebnis		
Abgegebene Stimmen: 566; davon:		Dr. Altherr, Walter Franz Augustin, Anneliese Augustinowitz, Jürgen Austermann, Dietrich Bargtrede, Heinz-Günter Dr. Bauer, Wolf Baumeister, Brigitte Bayha, Richard Belle, Meinrad Dr. Bergmann-Pohl, Sabine Bierling, Hans-Dirk Dr. Blank, Joseph-Theodor Blank, Renate Dr. Blens, Heribert Bleser, Peter Dr. Blüm, Norbert Bohm (Melsungen), Wilfried
ja:	545	
nein:	14	
enthalten:	7	
Ja		
CDU/CSU		
Dr. Ackermann, Eise Adam, Ulrich		

Dr. Böhmer, Maria Börnsen (Bönstrup), Wolfgang Dr. Bötsch, Wolfgang Bohl, Friedrich Bohlsen, Wilfried Borchert, Jochen Brähmig, Klaus Brudlewsky, Monika Brunnhuber, Georg Bühler (Bruchsal), Klaus Büttner (Schönebeck), Hartmut Buwitt, Dankward Carstens (Emstek), Manfred Dehnel, Wolfgang Dempwolf, Gertrud Deres, Karl Deß, Albert Diemers, Renate Dörflinger, Werner Doss, Hansjürgen Dr. Dregger, Alfred Echternach, Jürgen Ehlers, Wolfgang Ehrbar, Udo Eichhorn, Maria Engelmann, Wolfgang Eppelmann, Rainer Dr. Faltthäuser, Kurt Feilcke, Jochen Dr. Fell, Karl H. Fischer (Hamburg), Dirk Fockenberg, Winfried Francke (Hamburg), Klaus Frankenhauser, Herbert Dr. Friedrich, Gerhard Fritz, Erich G. Fuchtel, Hans-Joachim Ganz (St. Wendel), Johannes Geiger, Michaela Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy Geis, Norbert Gerster (Mainz), Johannes Gibtner, Horst Glos, Michael Dr. Göhner, Reinhard Göttsching, Martin Götz, Peter Grochtmann, Elisabeth Gröbl, Wolfgang Grotz, Claus-Peter Dr. Grünewald, Joachim Günther (Duisburg), Horst Harries, Klaus Haschke (Großhennersdorf), Gottfried Haschke (Jena-Ost), Udo Hasselfeldt, Gerda Haungs, Rainer Hauser (Esslingen), Otto Hauser (Rednitzhembach), Hansgeorg Hedrich, Klaus-Jürgen Heise, Manfred Dr. Hellwig, Renate Dr. h. c. Herkenrath, Adolf Hinsken, Ernst Hintze, Peter Hörksen, Heinz-Adolf Hörster, Joachim Dr. Hoffacker, Paul Dr. Hornhues, Karl-Heinz Hornung, Siegfried Hüppe, Hubert Jäger, Claus Jaffke, Susanne Jagoda, Bernhard Dr. Jahn (Münster), Friedrich-Adolf Janovsky, Georg Jeltsch, Karin Dr. Jobst, Dionys	Dr. Jüttner, Egon Jung (Limburg), Michael Junghanns, Ulrich Dr. Kahl, Harald Kalb, Bartholomäus Kampeter, Steffen Dr.-Ing. Kansy, Dietmar Karwatzki, Irmgard Kauder, Volker Keller, Peter Kiechle, Ignaz Kittelmann, Peter Klein (Bremen), Günter Klein (München), Hans Klinkert, Ulrich Dr. Köhler (Wolfsburg), Volkmar Dr. Kohl, Helmut Kors, Eva-Maria Koschyk, Hartmut Kossendey, Thomas Kraus, Rudolf Dr. Krause (Börgerende), Günther Dr. Krause (Bonese), Rudolf Karl Krause (Dessau), Wolfgang Krey, Franz Heinrich Kriedner, Arnulf Kronberg, Heinz-Jürgen Dr.-Ing. Krüger, Paul Krziskewitz, Reiner Lamers, Karl Dr. Lammert, Norbert Lamp, Helmut Lattmann, Herbert Dr. Laufs, Paul Laumann, Karl-Josef Lehne, Klaus-Heiner Dr. Lehr, Ursula Dr. Lieberoth, Immo Limbach, Editha Link (Diepholz), Walter Lintner, Eduard Dr. Lippold (Offenbach), Klaus W. Dr. Lischewski, Manfred Lohmann (Lüdenscheid), Wolfgang Louven, Julius Dr. Luther, Michael Maab (Wilhelmshaven), Erich Männle, Ursula Magin, Theo Dr. Mahlo, Dietrich Marienfeld, Claire Marschewski, Erwin Dr. Mayer (Siegertsbrunn), Martin Meckelburg, Wolfgang Meinl, Rudolf Dr. Merkel, Angela Dr. Meseke, Hedda Dr. Meyer zu Bentrup, Reinhard Michalk, Maria Michels, Meinolf Dr. Mildner, Klaus Dr. Möller, Franz Molnar, Thomas Müller (Kirchheim), Elmar Müller (Wadern), Hans-Werner Müller (Wesseling), Alfons Nelle, Engelbert Dr. Neuling, Christian Neumann (Bremen), Bernd Nitsch, Johannes Nolte, Claudia Dr. Olderog, Rolf Ost, Friedhelm Oswald, Eduard	(C)
		(D)

Vizepräsident Helmuth Becker

- (A) Otto (Erfurt), Norbert
 Dr. Päselt, Gerhard
 Dr. Paziorek, Peter
 Pesch, Hans-Wilhelm
 Petzold, Ulrich
 Pfeffermann, Gerhard O.
 Pfeifer, Anton
 Dr. Pfennig, Gero
 Dr. Pflüger, Friedbert
 Dr. Pinger, Winfried
 Pofalla, Ronald
 Dr. Pohler, Hermann
 Priebus, Rosemarie
 Dr. Probst, Albert
 Dr. Protzner, Bernd
 Pützhofer, Dieter
 Rahardt-Vahldieck, Susanne
 Raidel, Hans
 Dr. Ramsauer, Peter
 Rau, Rolf
 Rauen, Peter Harald
 Rawe, Wilhelm
 Reddemann, Gerhard
 Regenspurger, Otto
 Reichenbach, Klaus
 Dr. Reinartz, Bertold
 Reinhardt, Erika
 Repnik, Hans-Peter
 Dr. Rieder, Norbert
 Dr. Riedl (München), Erich
 Riegert, Klaus
 Dr. Riesenhuber, Heinz
 Ringkamp, Werner
 Rode (Wietzen), Helmut
 Rönsch (Wiesbaden),
 Hannelore
 Romer, Franz
 Rossmanith, Kurt J.
 Roth (Gießen), Adolf
 Rother, Heinz
 Dr. Ruck, Christian
- (B) Rüche, Volker
 Dr. Rüttgers, Jürgen
 Sauer (Salzgitter), Helmut
 Sauer (Stuttgart), Roland
 Scharrenbroich, Heribert
 Schätzle, Ortrun
 Dr. Schäuble, Wolfgang
 Schartz (Trier), Günther
 Schemken, Heinz
 Scheu, Gerhard
 Schmalz, Ulrich
 Schmidbauer, Bernd
 Schmidt (Fürth), Christian
 Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke),
 Joachim
 Schmidt (Mülheim), Andreas
 Schmidt (Spiesen), Trudi
 Schmitz (Baesweiler),
 Hans Peter
 Dr. Schneider (Nürnberg),
 Oscar
 Dr. Schockenhoff, Andreas
 Graf von Schönburg-
 Glauchau, Joachim
 Dr. Scholz, Rupert
 Frhr. von Schorlemer,
 Reinhard
 Dr. Schreiber, Harald
 Schulhoff, Wolfgang
 Dr. Schulte (Schwäbisch
 Gmünd), Dieter
 Schulz (Leipzig), Gerhard
 Schwalbe, Clemens
 Schwarz, Stefan
 Dr. Schwarz-Schilling,
 Christian
 Dr. Schwörer, Hermann
 Seehofer, Horst
 Seesing, Heinrich
 Seibel, Wilfried
 Seiters, Rudolf
- Sikora, Jürgen
 Skowron, Werner H.
 Dr. Sopart, Hans-Joachim
 Sothmann, Bärbel
 Spilker, Karl-Heinz
 Spranger, Carl-Dieter
 Dr. Sprung, Rudolf
 Steinbach-Hermann, Erika
 Dr. Stercken, Hans
 Dr. Frhr. von Stetten,
 Wolfgang
 Stockhausen, Karl
 Dr. Stoltenberg, Gerhard
 Strube, Hans-Gerd
 Stübgen, Michael
 Dr. Süsmuth, Rita
 Susset, Egon
 Tillmann, Ferdi
 Dr. Töpfer, Klaus
 Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
 Uldall, Gunnar
 Verhulsdonk, Roswitha
 Vogel (Ennepetal), Friedrich
 Vogt (Düren), Wolfgang
 Dr. Voigt (Norheim),
 Hans-Peter
 Dr. Vondran, Ruprecht
 Dr. Waffenschmidt, Horst
 Dr. Waigel, Theodor
 Graf von Waldburg-Zeil, Alois
 Dr. Warmke, Jürgen
 Dr. Warrikoff, Alexander
 Werner (Ulm), Herbert
 Wetzol, Kersten
 Wiechatzek, Gabriele
 Dr. Wiczorek (Auerbach),
 Bertram
 Dr. Wilms, Dorothee
 Wilz, Bernd
 Dr. Wisniewski, Roswitha
 Wissmann, Matthias
 Wittmann (Tannesberg),
 Simon
 Wonneberger, Michael
 Wülfing, Elke
 Würzbach, Peter Kurt
 Yzer, Cornelia
 Zeitlmann, Wolfgang
 Zöllner, Wolfgang
- SPD**
 Adier, Brigitte
 Andres, Gerd
 Becker (Nienberge), Helmuth
 Becker-Inglau, Ingrid
 Bernrath, Hans Gottfried
 Beucher, Friedhelm Julius
 Bindig, Rudolf
 Blunck, Lieselott
 Bock, Thea
 Dr. Böhme (Unna), Ulrich
 Börnsen (Ritterhude), Arne
 Brandt-Elsweiler, Anni
 Dr. Brecht, Eberhard
 Büchler (Hof), Hans
 Büchner (Speyer), Peter
 Bulmahn, Edelgard
 Burchardt, Ursula
 Bury, Hans Martin
 Caspers-Merk, Marion
 Catenhusen, Wolf-Michael
 Dr. Däubler-Gmelin, Heria
 Dr. Diederich (Beriin), Nils
 Diller, Karl
 Dreßler, Rudolf
 Duve, Freimut
 Dr. Eckardt, Peter
- Dr. Ehmke (Bonn), Horst
 Eich, Ludwig
 Dr. Elmer, Konrad
 Esters, Helmut
 Ewen, Carl
 Ferner, Elke
 Fischer (Homburg), Lothar
 Fuchs (Köln), Anke
 Fuchs (Verl), Katrin
 Fuhrmann, Arne
 Gansel, Norbert
 Dr. Gautier, Fritz
 Gilges, Konrad
 Gleicke, Iris
 Graf, Günter
 Großmann, Achim
 Haack (Extertal),
 Karl Hermann
 Habermann, Michael
 Hacker, Hans-Joachim
 Hanewinkel, Christel
 Dr. Hartenstein, Liesel
 Hasenfratz, Klaus
 Dr. Hauchler, Ingomar
 Heyenn, Günther
 Hiller (Lübeck), Reinhold
 Hülsberg, Stephan
 Dr. Holtz, Uwe
 Horn, Erwin
 Huonker, Gunter
 Jäger, Renate
 Janz, Ilse
 Jaunich, Horst
 Jung (Düsseldorf), Volker
 Jungmann (Wittmoldt), Horst
 Kastner, Susanne
 Kastning, Ernst
 Kirschner, Klaus
 Klappert, Marianne
 Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz
 Klemmer, Siegrun
 Klose, Hans-Ulrich
 Dr. Knaape, Hans-Hinrich
 Körper, Fritz Rudolf
 Kolbe, Regina
 Koltzsch, Rolf
 Kretkowski, Volkmar
 Kubatschka, Horst
 Dr. Kübler, Klaus
 Dr. Küster, Uwe
 Kuhlwein, Eckart
 Lambinus, Uwe
 Lange, Brigitte
 von Larcher, Detlev
 Dr. Leonhard-Schmid, Elke
 Lohmann (Witten), Klaus
 Dr. Lucyga, Christine
 Maaß (Herne), Dieter
 Mascher, Ulrike
 Matschie, Christoph
 Matthäus-Maier, Ingrid
 Mattischeck, Heide
 Meckel, Markus
 Mehl, Ulrike
 Meißner, Herbert
 Dr. Mertens (Bottrop),
 Franz-Josef
 Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
 Mosdorf, Siegmund
 Müller (Düsseldorf), Michael
 Müller (Pleisweiler), Albrecht
 Müller (Schweinfurt), Rudolf
 Müller (Völklingen), Jutta
 Müntefering, Franz
 Neumann (Bramsche), Volker
 Neumann (Gotha), Gerhard
 Dr. Niehuis, Edith
 Dr. Niese, Rolf
 Odendahl, Doris
 Oostergetelo, Jan
 Opel, Manfred
 Ostertag, Adolf
- Dr. Otto, Helga
 Paterna, Peter
 Dr. Penner, Willfried
 Peter (Kassel), Horst
 Dr. Pfaff, Martin
 Poß, Joachim
 Rappe (Hildesheim), Hermann
 Reimann, Manfred
 Rennebach, Renate
 Reschke, Otto
 Reuschenbach, Peter W.
 Reuter, Bernd
 Rixe, Günter
 Roth, Wolfgang
 Schanz, Dieter
 Dr. Scheer, Hermann
 Scheffler, Siegfried
 Schloten, Dieter
 Schluckebier, Günter
 Schmidbauer (Nürnberg),
 Horst
 Schmidt (Aachen), Ursula
 Schmidt (Nürnberg), Renate
 Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
 Schmidt-Zadel, Regina
 Dr. Schmude, Jürgen
 Schreiner, Ottmar
 Schütz, Dietmar
 Schulte (Hamein), Brigitte
 Dr. Schuster, R. Werner
 Schwanhold, Ernst
 Schwanitz, Rolf
 Seidenthal, Bodo
 Seuster, Lisa
 Sielaff, Horst
 Simm, Erika
 Singer, Johannes
 Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrud
 Sorge, Wieland
 Dr. Sperling, Dietrich
 Steen, Antje-Marie
 Stiegler, Ludwig
 Dr. Struck, Peter
 Dr. Thalheim, Gerald
 Thierse, Wolfgang
 Tietjen, Günther
 Toetemeyer, Hans-Günther
 Urbaniak, Hans-Eberhard
 Vergin, Siegfried
 Verheugen, Günter
 Dr. Vogel, Hans-Jochen
 Voigt (Frankfurt), Karsten D.
 Wagner, Hans Georg
 Wallow, Hans
 Waltemathe, Ernst
 Walter (Cochem), Ralf
 Walther (Zierenberg), Rudi
 Wartenberg (Berlin), Gerd
 Dr. Wegner, Konstanze
 Weiermann, Wolfgang
 Weiler, Barbara
 Weis (Stendal), Reinhard
 Weisheit, Matthias
 Weißgerber, Gunter
 Weisskirchen (Wiesloch), Gert
 Dr. Wernitz, Axel
 Wester, Hildegard
 Westrich, Lydia
 Wettig-Danielmeier, Inge
 Dr. Wetzel, Margrit
 Weyel, Gudrun
 Dr. Wiczorek, Norbert
 Wiczorek (Duisburg), Helmut
 Wiczorek-Zeul, Heidemarie
 Wiefelspütz, Dieter
 Wimmer (Neuötting),
 Hermann
 Dr. de With, Hans
 Wittich, Berthold
 Wohlleben, Verena
 Wolf, Hanna
 Zapf, Uta
- (C)
- (D)

Vizepräsident Helmuth Becker

(A)	F.D.P. Albowitz, Ina Dr. Babel, Gisela Beckmann, Klaus Dr. Blunk, Michaela Bredehorn, Günther Cronenberg (Arnsberg), Dieter-Julius Eimer (Fürth), Norbert Engelhard, Hans A. van Essen, Jörg Dr. Feldmann, Olaf Friedhoff, Paul K. Friedrich, Horst Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret Gallus, Georg Ganschow, Jörg Genscher, Hans-Dietrich Gries, Ekkehard Grüner, Martin Günther (Plauen), Joachim Dr. Guttmacher, Karlheinz Hackel, Heinz-Dieter Hansen, Dirk Dr. Haussmann, Helmut Heinrich, Ulrich Dr. Hirschler, Walter Dr. Hoth, Sigrid Dr. Hoyer, Werner Irmer, Ulrich Kleinert (Hannover), Detlef Kohn, Roland Koppelin, Jürgen Dr. Graf Lambsdorff, Otto Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine Lüder, Wolfgang Lühr, Uwe Dr. Menzel, Bruno Mischnick, Wolfgang Möllemann, Jürgen W. Dr. Ortleb, Rainer Otto (Frankfurt), Hans-Joachim Paintner, Johann Peters, Lisa Dr. Pohl, Eva Richter (Bremerhaven), Manfred Rind, Hermann Dr. Röhl, Klaus Schäfer (Mainz), Helmut Schmalz-Jacobsen, Cornelia Schmidt (Dresden), Arno Dr. Schmieder, Jürgen Dr. Schnittler, Christoph Schüßler, Gerhard Dr. Schwaetzer, Irmgard Sehn, Marita Seiler-Albring, Ursula Dr. Semper, Sigrid Dr. Solms, Hermann Otto Dr. Starnick, Jürgen Dr. von Teichman, Cornelia Dr. Thoma, Dieter Timm, Jürgen Türk, Jürgen	Walz, Ingrid Dr. Weng (Gerlingen), Wolfgang Wolfgramm (Göttingen), Torsten Würfel, Uta Zywiets, Werner Fraktionslos Henn, Bernd Lowack, Ortwin Nein SPD Ebert, Eike PDS/Linke Liste Dr. Enkelmann, Dagmar Dr. Fischer, Ursula Dr. Fuchs, Ruth Dr. Höll, Barbara Jelpke, Ulla Dr. Keller, Dietmar Lederer, Andrea Dr. Modrow, Hans Philipp, Ingeborg BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Köppe, Ingrid Schenk, Christina Weiß (Berlin), Konrad
(B)	Fraktionslos Dr. Briets, Ulrich Enthalten CDU/CSU Clemens, Joachim Lummer, Heinrich SPD Schily, Otto BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dr. Feige, Klaus-Dieter Poppe, Gerd Schulz (Berlin), Werner Dr. Ullmann, Wolfgang	

Der Antrag ist damit angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Wir fahren in den Beratungen fort und stimmen jetzt über den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Bundestag sowie über den

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD über die Unter- (C)
 richtung und Mitwirkung des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union ab. Es handelt sich um die Drucksachen 12/3614, 12/3609 und 12/3896.

Der Sonderausschuß Europäische Union hat die beiden Gesetzentwürfe in der Ausschußfassung zusammengeführt. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist dieser Gesetzentwurf in zweiter Beratung angenommen.

Wir kommen zur

dritten Beratung

und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Bei drei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung ist der Gesetzentwurf angenommen.

Wir kommen jetzt zur Einzelberatung und Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Es handelt sich um die Drucksachen 12/3540 und 12/3896. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung angenommen.

Wir kommen zur

dritten Beratung

und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Bei vier Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung ist der Gesetzentwurf mit der großen Mehrheit des Hauses angenommen. (D)

Wir kommen zu dem Tagesordnungspunkt 1 c: Einzelberatung und Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum. Es handelt sich um die Drucksache 12/3202. Der Ausschuß für Wirtschaft empfiehlt auf Drucksache 12/3743, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Bei einzelnen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen ist der Gesetzentwurf angenommen.

Wir kommen zu dem Tagesordnungspunkt 1 d: Einzelberatung und Abstimmung über den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum. Es handelt sich um die Drucksachen 12/3319 und 12/3752. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Bei einzelnen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung angenommen.

Wir kommen zur

dritten Beratung

Vizepräsident Helmuth Becker

(A) und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Stimmenthaltungen ist dieser Gesetzentwurf angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Tagesordnungspunkte 1 e bis h, und zwar zu den Beschlußempfehlungen des Haushaltsausschusses zur künftigen Ausgestaltung der Finanzen der Europäischen Gemeinschaften auf den Drucksachen 12/3664 bis 12/3667. Wenn Sie damit einverstanden sind, lasse ich über die vier Beschlußempfehlungen gemeinsam abstimmen. — Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Wir können so verfahren. Wer stimmt für die Beschlußempfehlungen des Haushaltsausschusses? — Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Bei einer Gegenstimme und zwei Stimmenthaltungen sind die Beschlußempfehlungen angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 1 i, und zwar zu der Beschlußempfehlung des EG-Ausschusses zur Entschließung des Europäischen Parlaments zum Vertrag über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion auf der Drucksache 12/3792. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen ist diese Beschlußempfehlung angenommen.

(B) Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 1 j, und zwar zu der Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zur Stellungnahme der Kommission der EG zu dem Beitrittsantrag Österreichs auf Drucksache 12/3397. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Ich kann — bei einer Stimmenthaltung — die einstimmige Annahme dieser Beschlußempfehlung feststellen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 1 k, und zwar zu der Beschlußempfehlung des EG-Ausschusses zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur Regierungserklärung zur aktuellen Entwicklung in der Europapolitik auf Drucksache 12/3849. Der Ausschuß empfiehlt, den Entschließungsantrag abzulehnen. Wir stimmen über diese Beschlußempfehlung ab. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Diese Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 1 l, und zwar zu der Beschlußempfehlung des EG-Ausschusses zu dem Entschließungsantrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zur aktuellen Entwicklung in der Europapolitik auf Drucksache 12/3850. Der Ausschuß empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen. Wer stimmt für die Beschlußempfehlung? — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Die Beschlußempfehlung ist gegen die Stimmen der Antragsteller angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 1 m, und zwar zu der Beschlußempfehlung des EG-Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD zu Perspektiven der europäischen Integration auf Drucksache 12/3851. Der Ausschuß empfiehlt,

diesen Antrag abzulehnen. Wir stimmen über die Beschlußempfehlung ab. Wer stimmt für die Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen. (C)

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 1 n. Die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Europäischen Union und zur Ratifizierung des Vertrags von Maastricht auf Drucksache 12/3602 soll an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse überwiesen werden. Gibt es anderweitige Vorschläge? — Ich sehe das nicht. Es ist so beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe das von den Schriftführern und Schriftführerinnen ermittelte **Ergebnis der vierten namentlichen Abstimmung** über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Grundgesetzes, Drucksache 12/3338, bekannt. Abgegebene Stimmen: 566; ungültige Stimmen: keine. Mit Ja haben 547 Abgeordnete gestimmt; mit Nein haben 18 Abgeordnete gestimmt; Enthaltungen: eine.

Endgültiges Ergebnis	
Abgegebene Stimmen 566;	Deres, Karl
davon:	Deß, Albert
ja: 547	Diemers, Renate
nein: 17	Dörlinger, Werner
enthalten: 1	Doss, Hansjürgen
	Dr. Dregger, Alfred
	Echternach, Jürgen
	Ehlers, Wolfgang
	Ehrbar, Udo
	Eichhorn, Maria
	Engelmann, Wolfgang
	Eppelmann, Rainer
	Dr. Falthäuser, Kurt
	Feilcke, Jochen
	Dr. Fell, Karl H.
	Fischer (Hamburg), Dirk
	Fockenberg, Winfried
	Francke (Hamburg), Klaus
	Frankenhauser, Herbert
	Dr. Friedrich, Gerhard
	Fritz, Erich G.
	Fuchtel, Hans-Joachim
	Ganz (St. Wendel), Johannes
	Geiger, Michaela
	Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
	Geis, Norbert
	Gerster (Mainz), Johannes
	Gibtner, Horst
	Glos, Michael
	Dr. Göhner, Reinhard
	Göttsching, Martin
	Götz, Peter
	Grochtmann, Elisabeth
	Gröbl, Wolfgang
	Grotz, Claus-Peter
	Dr. Grünewald, Joachim
	Günther (Duisburg), Horst
	Harries, Klaus
	Haschke (Großhennersdorf), Gottfried
	Haschke (Jena-Ost), Udo
	Hasselheldt, Gerda
	Haungs, Rainer
	Hauser (Esslingen), Otto
	Hauser (Rednitzhembach), Hansgeorg
	Hedrich, Klaus-Jürgen
	Heise, Manfred
	Dr. Hellwig, Renate
	Dr. h. c. Herkenrath, Adolt
	Hinsken, Ernst
	Hartmut
	Buwitt, Dankward
	Carstens (Emstek), Manfred
	Clemens, Joachim
	Dehnel, Wolfgang
	Dempwolf, Gertrud

Ja**CDU/CSU**

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfriede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Bayha, Richard
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Dr. Blank, Joseph-Theodor
Blank, Renate
Dr. Blens, Herbert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Brähmig, Klaus
Brodlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bübler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud

(D)

Vizepräsident Helmuth Becker

- (A) Müller (Schweinfurt), Rudolf
Müller (Völklingen), Jutta
Müntefering, Franz
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Ostertag, Adolf
Dr. Otto, Helga
Paterna, Peter
Dr. Penner, Willfried
Peter (Kassel), Horst
Dr. Pfaff, Martin
Poß, Joachim
Rappe (Hildesheim), Hermann
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Roth, Wolfgang
Schanz, Dieter
Dr. Scheer, Hermann
Scheffler, Siegfried
Schily, Otto
Schloten, Dieter
Schluckebier, Günter
Schmidbauer (Nürnberg),
Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Schreiner, Ottmar
Schütz, Dietmar
Schulte (Hamel), Brigitte
(B) Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaff, Horst
Simm, Erika
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Tietjen, Günther
Toetemeyer, Hans-Günther
Urbanik, Hans-Eberhard
Verjin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Waltemathe, Ernst
Walter (Cochem), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Dr. Wernitz, Axel
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
- Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Dr. Wieczorek, Norbert
Wieczorek (Duisburg), Helmut
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
- F.D.P.**
Albowitz, Ina
Beckmann, Klaus
Dr. Blunk, Michaela
Bredenhorn, Günther
Cronenberg (Arnsberg),
Dieter-Julius
Eimer (Fürth), Norbert
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedhoff, Paul K.
Friedrich, Horst
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Gallus, Georg
Ganschow, Jörg
Genscher, Hans-Dietrich
Gries, Ekkehard
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Guttmacher, Karlheinz
Hackel, Heinz-Dieter
Hansen, Dirk
Dr. Haussmann, Helmut
Heinrich, Ulrich
Dr. Hitschler, Walter
Dr. Hoth, Sigrid
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Koppelin, Jürgen
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Lutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Mölleman, Jürgen W.
Dr. Ortleb, Rainer
Otto (Frankfurt),
Hans-Joachim
Paintner, Johann
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva
Richter (Bremerhaven),
Manfred
Rind, Hermann
Schäfer (Mainz), Helmut
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
Dr. Schnittler, Christoph
Schüller, Gerhard
Dr. Schwaetzer, Ingrid
Sehn, Marita
Seiler-Albring, Ursula
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Solms, Hermann Otto
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Corneila
Dr. Thomae, Dieter
Timm, Jürgen

- Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolfgang (Göttingen),
Torsten
Würfel, Uta
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Fraktionslos

- Dr. Briefs, Ulrich
Henn, Bernd

Nein**SPD**

- Conradi, Peter
Ebert, Eike

F.D.P.

- Dr. Röhl, Klaus

PDS/Linke Liste

- Dr. Enkelmann, Dagmar
Dr. Fischer, Ursula
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Schenk, Christina
Weiß (Berlin), Konrad

Fraktionslos

- Lowack, Ortwin

Enthalten**SPD**

- Adler, Brigitte

Der Gesetzentwurf ist damit mit der erforderlichen
Zweidrittelmehrheit angenommen

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der
SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN)

Wir sind damit am Ende dieser umfangreichen
Beratungen.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

- a) Zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines
Gesetzes zur Anpassung von Verbrauchsteuer-
und anderen Gesetzen an das Gemeinschafts-
recht sowie zur Änderung anderer Gesetze
(Verbrauchssteuer-Binnenmarktgesetz)
— Drucksachen 12/3432, 12/3773 —

- aa) Beschlußempfehlung und Bericht des
Finanzausschusses (7. Ausschuß)
— Drucksache 12/3893 —
Berichterstattung: Abgeordnete Dank-
ward Buwitt
Detlev von Larcher
Hermann Rind
Gerhard Schulz (Leipzig)
Gunter Weißgerber

- bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Aus-
schuß) gemäß § 96 der Geschäftsord-
nung
— Drucksache 12/3894 —
Berichterstattung: Abgeordnete Helmut
Wieczorek (Duisburg)
Adolf Roth (Gießen)
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

(Erste Beratung 115. Sitzung)

Vizepräsident Helmuth Becker

- (A) b) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses

zu dem Antrag der Abgeordneten Joachim Poß, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Ulrich Böhme (Unna), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Wirksame Investitionszulage für die neuen Bundesländer

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/12/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 über das allgemeine System, den Besitz, die Beförderung und die Kontrolle verbrauchsteuerpflichtiger Waren

— Drucksachen 12/3531, 12/3747, Nr. 2.2, 12/3893 —

Berichterstattung: Abgeordnete Dankward Buwitt

Detlev von Larcher

Hermann Rind

Gerhard Schulz (Leipzig)

Gunter Weißgerber

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die gemeinsame Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. — Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem unserem Kollegen Dankward Buwitt das Wort.

- (B)
- Dankward Buwitt**
- (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für alle Verfechter Europas in Deutschland ist heute mit Sicherheit ein großer Tag. Aber über die heftigen Beratungen und Debatten über die Ratifikation des Vertrags von Maastricht ist der Beginn des
- vollendeten Binnenmarkts**
- schon im nächsten Monat in den Hintergrund geraten. Bei aller verständlicher Konzentration auf Maastricht darf die Aufgabe, den gemeinsamen Markt mit Leben zu erfüllen, nicht zu kurz kommen.

Ab 1993 werden wir eine Gemeinschaft ohne Grenzposten haben, in der jeder der 340 Millionen Einwohner Freizügigkeit und das Recht auf freie Wohnortwahl hat. Parallel zum Binnenmarkt wird ab Januar nächsten Jahres der Europäische Wirtschaftsraum zwischen der EG und den EFTA-Ländern verwirklicht werden. Der EWR wird mit 380 Millionen Einwohnern und einem Sozialprodukt von mehr als 7 Billionen US-Dollar der stärkste Wirtschaftsraum der Welt sein. Die gemeinsame Wirtschaftskraft wird selbst die der NAFTA, der Nordamerikanischen Freihandelszone, übertreffen.

Ab 1. Januar werden an den Binnengrenzen der EG keine Zölle mehr erhoben. Ab 1993 werden im innergemeinschaftlichen Warenverkehr die Kontrollen und Abfertigungen an den Binnengrenzen durch innerstaatliche — ich sage — aufwendige Mitteilungs- und Kontrollverfahren ersetzt.

Um jedoch Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und den Binnenmarkt somit überhaupt erst möglich zu machen, muß eine **Annäherung der Steuerstrukturen und vor allem der Steuersätze** erfolgen. Anfang dieses Jahres haben wir dies im Bereich der Mehrwertsteuer bereits geregelt.

Mit der Verabschiedung des uns vorliegenden Entwurfs des Verbrauchsteuer-Binnenmarktgesetzes setzen wir die EG-Richtlinie, die die Harmonisierung der Verbrauchsteuern regelt, in unser nationales Recht um. Entgegen unserer Vorstellung gilt bei den Verbrauchsteuern in Zukunft das Bestimmungslandprinzip. Das heißt, daß die spezielle Steuer in dem Land zu entrichten ist, in dem das Produkt verbraucht wird. Dies ist nicht das endgültige Ziel; es ist kein Binnenmarkt, wie wir ihn kennen und für Europa wollen.

Mit dem Festhalten an den Steuersätzen des Bestimmungslandes ist keine wirkliche Beseitigung der steuerlichen Hindernisse im Binnenmarkt erfolgt. Die Logik des gemeinsamen Marktes hätte es erfordert, die Waren nach dem Ursprungslandprinzip zu besteuern, sie also wie einheimische Waren zu behandeln.

(Detlev von Larcher [SPD]: Sehr gut! —
Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Das jetzt vereinbarte Verfahren ist ein Kompromiß. Auf EG-Ebene muß weiter daran gearbeitet werden, damit wir zu einem Binnenmarkt kommen, den wir wirklich als vollendet bezeichnen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Trotzdem denke ich, daß wir einen Weg gefunden haben, der uns unserem endgültigen Ziel ein großes Stück näherbringt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die spezielle Verbrauchsbesteuerung beschränkt sich in der EG in Zukunft auf Bier, andere alkoholische Getränke, Mineralöl und Tabakwaren. Als rein nationale, aber nicht harmonisierte Steuer bleibt uns die Kaffeesteuer erhalten. Die Steuern auf Schmierstoffe, Zigarettenpapier, Kau- und Schnupftabak werden ebenso abgeschafft wie schon im EG-Binnenmarktgesetz die Steuern auf Zucker, Tee, Salz und Leuchtmittel. Im privaten innergemeinschaftlichen Reiseverkehr sowie im Versandhandel wird das Ursprungslandprinzip eingeführt, während, wie ich schon sagte, im gewerblichen Handel mit verbrauchsteuerpflichtigen Waren das Bestimmungslandprinzip beibehalten wird. Der Ausschuß empfiehlt, auf die wie im ursprünglichen Entwurf vorgesehene generelle Sicherheitsleistung von Seiten der abgebenden Firmen zu verzichten und diese nur dann zu erheben, wenn die steuerlichen Belange gefährdet erscheinen.

Kommt man nun von den allgemeinen zu den speziellen Regelungen, ist es wichtig, zu erwähnen, daß der Weinhandel zwar grundsätzlich in das steuerliche Überwachungssystem eingebunden wird, die Bundesrepublik aber darauf verzichtet hat, eine Weinsteuer zu erheben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wein wird bei uns also mit dem Mindeststeuersatz Null besteuert. Der Finanzausschuß schlägt hierzu jedoch einstimmig vor, das im ursprünglichen Gesetzentwurf vorgesehene Konzept für die steuerliche Überwachung von Wein auf das unbedingt notwendige Maß zurückzuführen.

(Dr. Kurt Faltlhauser [CDU/CSU]: Sehr gut!
Das ist ganz wichtig!)

Dankward Buwitt

- (A) Die Steueraufsicht soll sich dann nur noch auf den Weinhandel mit Abnehmern aus den anderen Mitgliedsländern erstrecken. Diejenigen, die nur innerhalb Deutschlands handeln, werden nicht erfaßt.

Bei den Beratungen der Änderung des Gesetzes über die Besteuerung von Schaumwein- und Zwischenerzeugnissen ist der Finanzausschuß darin übereingekommen, daß die Zahlungsfrist bei der Schaumweinsteuer gegenüber dem Gesetzentwurf um einen Monat verlängert werden soll.

(Dr. Kurt Faltlhauser [CDU/CSU]: Jawohl!)

Diese Änderung stellt sicher, daß die Steuern in aller Regel nicht vor dem Zahlungseingang beim Steuerschuldner abzuführen sind. Gerade beim Schaumwein, wo der Steueranteil einen beträchtlichen Anteil des Verkaufspreises ausmacht, schien uns diese Verlängerung angebracht.

Die Regelungen in bezug auf die Besteuerung der Feinschnittrollen, der sogenannten Steckzigaretten oder „Rolls“ hat uns einiges Kopfzerbrechen bereitet und viel Zeit gekostet.

(Gunnar Uldall [CDU/CSU]: Das kann man wohl sagen!)

Es muß ein Kompromiß zwischen den arbeitsmarkt-, den wettbewerbs- und den haushaltspolitischen Erfordernissen gefunden werden. Anstelle der ursprünglich vorgesehenen Gleichbehandlung der Steckzigarette mit der gewöhnlichen Zigarette schon ab 1. Januar 1994 hat der Ausschuß mit großer Mehrheit beschlossen, ab 1. Februar 1993 einen bis Ende 1995 befristeten Zwischensteuersatz einzuführen. Die gleiche Anzahl an Steckzigaretten wird steuerlich deutlich günstiger angeboten, bei einer automatenüblichen Packung Fabrikzigaretten 70 Pfennig billiger.

- (B)

(Dr. Kurt Faltlhauser [CDU/CSU]: Der Ausschuß erwartet eine Einladung nach Baden-Württemberg!)

— Dort ist nämlich der entsprechende Wahlkreis.

(Detlev von Larcher [SPD]: Das verstehe ich! Mit der Arbeit habt ihr euch schwergetan!)

Es sind noch einige andere Änderungen bei diesem Gesetz beabsichtigt. Die kurze Redezeit ermöglicht es mir nicht, darauf einzugehen. Mein Kollege Schulz wird noch zu einem wesentlichen Punkt reden, nämlich der Investitionszulage.

Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, bevor sich die Zahl der Zuhörer im Saal weiter verringert, wollte ich noch auf etwas Bemerkenswertes hinweisen. Unter den vier namentlichen Abstimmungen war keine, bei der es nicht wenigstens 82,3 % Zustimmung gab.

(Dr. Reinhard Meyer zu Bentrup [CDU/CSU]: Wieviel?)

— 82,3 %.

(C)

(Dr. Reinhard Meyer zu Bentrup [CDU/CSU]: Das sind mehr als zwei Drittel! — Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Das war der Beweis, daß jemand in der Bundestagsverwaltung rechnen kann! Oder war es der Präsident selber?)

Als nächstem erteile ich unserem Kollegen Gunter Weißgerber das Wort.

Gunter Weißgerber (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu dem hier behandelten Gesetzentwurf etwas sage, ein Wort zu der vorigen Abstimmung. Ich gehöre zu den Ostdeutschen, die im Herbst 1989 nicht nur für Deutschland, sondern vor allem für Europa auf die Straße gegangen sind.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Bei allen Problemen, die wir miteinander in diesem Haus sehen, möchte ich doch sagen: Dieser Schritt war ganz wichtig. Ich war immer neidisch, daß sich diese Entwicklung im Westen schon vollzogen hatte und wir davor standen.

Zum Thema: Mit der heutigen zweiten und dritten Lesung des Verbrauchsteuer-Binnenmarktgesetzes soll die **Harmonisierung der Verbrauchsteuern** in der EG in nationales Recht umgesetzt werden. Vielfach wird behauptet, daß damit die letzten Hürden zur Verwirklichung des Binnenmarkts genommen sind.

Dies ist eine optische Täuschung. Ich erwähnte die Mängel, die wir da noch sehen. Immerhin werden Reisende auch nach dem 1. Januar 1993 Kontrollen über sich ergehen lassen müssen.

(D)

(Detlev von Larcher [SPD]: Sehr schade!)

Die hehren Grundsätze und politischen Absichtserklärungen zur Verwirklichung des Binnenmarktes werden in den nächsten Monaten ihre Nagelprobe zu bestehen haben.

Was die einzelnen im Verbrauchsteuer-Binnenmarktgesetz enthaltenen Maßnahmen betrifft, möchte ich nur einen einzigen Punkt ansprechen: die künftige Besteuerung von Steckzigaretten — obwohl ich eigentlich gar nicht dafür bin; ich sage lieber: Macht Aschenbecher zu Blumentöpfen! — Ich glaube, wir haben hier einen tragbaren Kompromiß gefunden, indem für die Steckzigaretten bis Ende 1995 ein Zwischensteuersatz eingeführt wird.

(Detlev von Larcher [SPD]: Auch wenn es den Koalitionsfraktionen schwergefallen ist!)

Zur **Investitionszulage**. Erfreulich sind die Wege zur besseren Einsicht. Wir redeten uns bereits bei der Diskussion zum Steueränderungsgesetz 1991 die Lippen fusselig. Bereits im Mai 1991 forderte die SPD eine höhere Investitionszulage, damals 25 %.

(Detlev von Larcher [SPD] und Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr wahr!)

Vernachlässigen wir die Differenz von 5 % zwischen der damals geforderten und heute erreichten Höhe, so kann ich den geistigen Vorsprung der SPD gegenüber der Koalition mit rund 18 Monaten beziffern. Da wir

Gunter Weißgerber

- (A) ohne den Aufstand der Ost-Abgeordneten in der CDU heute den großen Fortschritt in der Sache nicht beschließen könnten, möchte ich der Koalition zur späten Einsicht trotzdem gratulieren.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Barbara Höll [PDS/Linke Liste])

Den Opfern der langatmigen Förderpolitik, den Investitionswilligen im Osten, mein Beileid und meinen Trost. Es hätte noch länger dauern können. Scherz beiseite,

(Dr. Kurt Falthäuser [CDU/CSU]: Jetzt lobt er uns einmal, und dann sagt er, das war ein Scherz!)

anzuerkennen ist der tatsächlich als Durchbruch zu bezeichnende Fortschritt, die Zulage für **Ostdeutschland** auf 20 % zu erhöhen und ein Fördervolumen von 1 Million DM zu bewilligen. Das läßt uns die Möglichkeit der Zustimmung zum Gesetz, obwohl es uns schon schmerzt, unsere weitergehenden Forderungen nicht durchgesetzt zu sehen.

Zur Erinnerung: Wir beantragen unter anderem die Aufnahme der zu betrieblichen Zwecken genutzten Gebäuden in die Zulage, ein Kumulationsverbot von Zulage und Sonder-AfA sowie den Ausschluß von Versicherungsvertretern, Notaren und Rechtsanwälten aus der Vergünstigung.

Gerade die **Privilegierung von Notaren und Rechtsanwälten bei Diskriminierung der Tante-Emma-Läden** ist nicht einsichtig.

(Beifall bei der SPD und PDS/Linke Liste)

- (B) Warum bemüht sich die Koalition um diese zusätzliche Förderung der genannten Berufe? Immerhin gab man sich schon in der verfehlten Eigentumspolitik alle Mühe, diesen Berufsständen die Konjunktur für die nächsten 30 Jahre zu sichern.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste)

Die einen werden in Wohltaten ertränkt, die anderen — siehe Tante-Emma-Läden — dürfen sich in Luft auflösen. Abgesehen vom arbeitsmarktpolitischen Effekt geht es hier um den Verlust von Identität und um kulturelle Brache.

(Lachen bei der F.D.P.)

— Man kann ja lachen, aber muß bedenken: Der Tante-Emma-Laden war auf dem Dorf immer ein kulturelles Zentrum. Das ist jetzt gefährdet. Dies darf man nicht vergessen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Schließlich stand auch ein Versorgungsnotstand zur Debatte.

Welcher Geschäftsinhaber soll denn bei Gewerberaummieten wie im Westen, bei Investitionskosten wie im Westen — und dies alles in Anbetracht von Einnahmen wie im Osten — Lust auf Investitionen verspüren? Eventuelle Kapitaldienste machen hier sicher keinen finanziellen Mut.

Was die abgelehnte Aufnahme von Gebäuden in die Zulage angeht, prophezeie ich wie schon im Ausschuß

in wenigen Monaten dicke Köpfe zu diesem Problem. (C) Dann wird man wohl oder übel zustimmen, aber leider wieder viel zu spät.

Uns bleibt nichts anderes übrig, als die Bundesregierung aufzufordern, dieses heute verabschiedete Gesetz in Brüssel durchzusetzen, damit wir keine weitere Luftblase produziert haben.

(Dr. Kurt Falthäuser [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Das Ansehen der Politik und das Vertrauen in die europäische Einigung stehen auf dem Spiel.

Ich komme zu einem weiteren Mangel. Befremdlich — nicht nur bei diesem Gesetz — ist für mich der Umstand, daß eine **europäische Kommission aus nicht demokratisch gewählten Bürgern** ein Gesetz, das durch demokratisch gewählte Abgeordnete verabschiedet wurde, so einfach zensieren kann. Das sehe ich als problematisch an. Trotzdem habe ich vorhin zugestimmt.

Ein letztes Wort zu den Kosten: Es wird teuer, sehr teuer; doch viel, viel teurer wird mit Sicherheit ein Abrutschen des Staates in Chaos oder Diktatur. Bei einem Schiefgehen des Aufschwungs in Ostdeutschland kann uns dies alles passieren. Rattenfänger mit einfachen Antworten stehen jedenfalls zur Genüge bereit. Verhindern wir durch Klugheit deren Erstarren!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Helmuth Becker: Der nächste Redner ist unser Kollege Hermann Rind. (D)

Hermann Rind (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Die Verabschiedung des Verbrauchsteuer-Binnenmarktgesetzes gibt Gelegenheit, noch einmal festzustellen, daß wir bereits mit dem Umsatzsteuer-Binnenmarktgesetz drei **Verbrauchssteuern** abgeschafft haben, nämlich die Leuchtmittel-, die Salz- und die Zuckersteuer. Wohltaten kann man nicht oft genug erwähnen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube, wir sollten dies bei der Verabschiedung des Verbrauchsteuer-Binnenmarktgesetzes in Erinnerung rufen. Regelungsbedarf im Hinblick auf die Harmonisierung für den Binnenmarkt 1993 bestand daher nur noch für die Verbrauchsteuer auf Mineralöl, Tabak und alkoholhaltige Getränke.

Hinzuweisen ist darauf, daß deutsche Bürger ab 1. Januar 1993 für ihren privaten Bedarf Güter aus den anderen Ländern der Gemeinschaft einführen dürfen, ohne vom deutschen Zoll behelligt zu werden und ohne deutsche Verbrauchsteuern entrichten zu müssen; denn für den privaten Verbrauch gilt ab 1. Januar 1993 in der EG das Herkunftslandprinzip.

Anders sieht es beim Erwerb für unsere deutschen Unternehmen aus. Hier wird bei der Besteuerung von Mineralöl, Tabak, Alkohol und alkoholhaltigen Getränken das **Bestimmungslandprinzip**, also bei Einführen die Besteuerung mit deutschen Verbrauchsteuern, auf Dauer beibehalten.

Hermann Rind

(A) Im Gesetzgebungsverfahren haben wir uns bemüht, den Eintritt in den Binnenmarkt für die deutsche Wirtschaft erträglich zu gestalten und Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft zu vermeiden. Dies gilt z. B. für **Übergangsregelungen** für die mittelständische Mineralölwirtschaft ebenso wie für die Zigarrenindustrie und für die schon ausführlich dargestellte Übergangsregelung bei den Steckzigaretten. Ich gelobe Ihnen: Für das nächste halbe Jahr habe ich heute zum letzten Mal das Wort Steckzigaretten erwähnt. Ich kann es nicht mehr hören.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr gut!)

Gleichzeitig haben wir dieses letzte in diesem Jahr zu verabschiedende Steuergesetz benutzt, um noch einige andere Regelungen anzufügen. Zu erwähnen ist die Umsatzsteuerbefreiung von Goldmünzen und Goldbarren, um die Verlagerung dieses Geschäfts in die benachbarten anderen Länder der EG zu vermeiden, sowie die Verlängerung der erhöhten Absetzung bei Aus- und Umbauten zur Schaffung neuer Mietwohnungen nach § 7c des Einkommensteuergesetzes.

(Dr. Walter Hitschler [F.D.P.]: Sehr gut!)

Neben den Verbrauchsteuern betrifft die wichtigste Änderung dieses Gesetzes die **Investitionszulage** für die **neuen Bundesländer**. Die Verlängerung der 8%igen Zulage für Investitionen mit Investitionsbeginn vor dem 1. Juli 1994 und mit 5 % für Investitionen nach dem 30. Juni 1994 erfordert in den Jahren 1993 bis 1996 14,1 Milliarden DM Mittel. Durch Herausnahme von Banken, Versicherungsgesellschaften, dem Handel und Teilen der Energiewirtschaft konnte gegenüber dem Regierungsentwurf mit 16,8 Milliarden DM hier eine Einsparung von 2,7 Milliarden DM erreicht werden.

Ich bin mir darüber im klaren, daß die Herausnahme bestimmter Branchen, insbesondere des Handels, für so manchen Betrieb nicht unproblematisch ist. Wir waren jedoch zu dieser Maßnahme gezwungen, um die nun ins Gesetz aufgenommene Förderung mit einer 20%igen Zulage für Investitionen von Bürgern aus den neuen Ländern im produzierenden Gewerbe und Handwerk durchführen zu können

(Zuruf des Abg. Dr. Kurt Faltilhauser [CDU/CSU])

— und Handwerk; sagte ich, Herr Kollege Faltilhauser —; denn diese Maßnahme erfordert in den Jahren 1993 bis 1996 zusätzlich 10,4 Milliarden DM an Mitteln.

Unter Berücksichtigung der Einsparungen bei der Verlängerung der 8%igen Zulage von 2,7 Milliarden DM verbleibt also ein nicht gedeckter Betrag von 7,7 Milliarden DM in den Jahren 1993 bis 1996. Dieser Betrag — das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen — muß nach Überzeugung der F.D.P.-Fraktion ebenso wie noch zu beschließende weitere Fördermaßnahmen für die neuen Bundesländer aus **Haushaltseinsparungen** finanziert werden. Steuererhöhungen für dieses Maßnahmenpaket kommen für uns nicht in Frage.

(Beifall bei der F.D.P. — Dr. Kurt Faltilhauser [CDU/CSU]: Das gilt nicht nur für die F.D.P.!

— Detlev von Larcher [SPD]: Da sind wir gespannt!)

Ebenso wie bei den internen Beratungen und im (C) Finanzausschuß möchte ich hier für meine Fraktion erklären, daß wir die Notwendigkeit der besonderen Förderung ostdeutscher Betriebe und Existenzgründer bejahen. Ihnen muß Hilfe geboten werden, das gegenüber westdeutschen Investoren fehlende Eigenkapital zu ersetzen. Uns wären dabei andere Maßnahmen, insbesondere ein Ausbau des Eigenkapitalhilfeprogramms, lieber gewesen als die erhöhte Investitionszulage.

Ich freue mich deswegen ganz besonders, daß sich die Koalitionsfraktionen im Grundsatz bereits geeinigt haben, das **Eigenkapitalhilfeprogramm** zu verlängern und auszubauen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Dabei sollen insbesondere Betriebsgebäude verstärkt gefördert werden. Dies zu dem Einwand, Kollege Weißgerber — der nicht unberechtigt ist —, daß Betriebsgebäude nicht in der Förderung im Zusammenhang mit der Investitionszulage enthalten sind. Wie gesagt, hier setzen wir auf das Eigenkapitalhilfeprogramm und seinen Ausbau.

Zusammenfassend ist trotz dieser Kritik festzustellen: Das umfangreiche Gesetzeswerk ist insgesamt gelungen und findet deshalb die Zustimmung meiner Fraktion.

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsident Helmuth Becker: Ich erteile jetzt das (D) Wort unserer Kollegin Dr. Barbara Höll.

Dr. Barbara Höll (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich in meinem kurzen Beitrag auf die Frage der Investitionszulage konzentrieren. Die PDS/Linke Liste unterstützt das Bestreben der Bundesregierung, mit diesem Instrument gezielt klein- und mittelständische Betriebe des verarbeitenden Gewerbes zu fördern. Aber dies ist leider nur ein zögerliches Bekenntnis zu staatlicher Wirtschaftspolitik.

(Jochen Borchert [CDU/CSU]: Für Geld vom Staat seid ihr immer zu haben!)

— Das ist notwendig. Das Ergebnis sehen wir

Es ist eine Tatsache, daß in Deutschland derzeit eine schwierige wirtschaftliche Situation besteht. Auf der einen Seite sind in den neuen Ländern 1,1 Millionen und

(Zuruf des Abg. Dr. Kurt Faltilhauser [CDU/CSU])

— Herr Faltilhauser, fragen Sie mich gerne etwas, aber ansonsten möchte ich reden — in Gesamtdeutschland über 3 Millionen Menschen ohne Erwerbsarbeit. Die Prognosen sagen ein weiteres Ansteigen voraus. Andererseits können Banken und deutsche Produktionsunternehmen auf beachtliche, überdurchschnittlich gestiegene Gewinne verweisen. Die Banken realisierten bekanntermaßen 1991 einen Jahresüberschuß von 27 Milliarden DM, und das Geldvermögen

Dr. Barbara Höll

(A) des deutschen Kapitals wuchs seit der Wende um ein Viertel an.

Nicht allein 40 Jahre angeblicher sozialistischer Mißwirtschaft, sondern politische Konzeptionslosigkeit, Fehlentscheidungen, bewußte Zerstörung wirtschaftlicher Produktionseinheiten

(Jochen Borchert [CDU/CSU]: SED-Erb-last!)

und anderes als Ergebnis der **Treuhandpolitik** haben zur Folge, daß sich die Menschen in den fünf neuen Bundesländern mit solider Grundausbildung und einem Fundus von Kenntnissen und Erfahrungen in zahlreichen Technologiebereichen nicht mehr durch ihre eigene Arbeit selbst eine Existenzgrundlage erarbeiten und zur Vergrößerung des Wohlstands der Gesellschaft beitragen können.

(Detlev von Larcher [SPD]: Wo sie recht hat, hat sie recht!)

Wir sind für diese Investitionspauschale. Wir sind aber dafür, bei der Frage der Finanzierung endlich auch einmal die Gewinner der deutschen Einheit zur Kasse zu bitten.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die SED ist auch Gewinner der deutschen Einheit!)

Wir sind für einen **Solidarzuschlag** für die **Unternehmen** in den alten Ländern zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den neuen Ländern, die Rücknahme der ab 1993 wirksamen Senkung der Vermögen- und Gewerbesteuer, die den Unternehmen zusätzliche Steuergeschenke von 4,5 Milliarden DM für die nächsten Jahre beschert, und wir sind für eine Anleihezeichnungspflicht für Banken und Versicherungen.

(B)

Eine andere Frage ist, ob allein die Erhöhung der **Investitionszulage** die erwünschte Entwicklung in den neuen Ländern bringen kann. Wir halten es für erforderlich: erstens die stärkere Einbeziehung der Länder und Kommunen einschließlich ihrer entsprechenden Ausstattung mit Mitteln. Ein entsprechender Antrag der PDS/Linke Liste liegt vor.

Zweitens fordern wir, daß die Förderung der Investitionen mit der Anzahl der entstehenden **Arbeitsplätze** gekoppelt wird. Da die Bundesregierung diese Forderung bisher abgelehnt hat, möchte ich ausdrücklich auf das Jahresgutachten des Sachverständigenrates verweisen, in dem gleichfalls eine solche Möglichkeit zur Berücksichtigung der Zahl der durch die Investition entstehenden Arbeitsplätze vorgeschlagen wird. Die Bundesregierung sollte nicht immer nur die Passagen zitieren, die in ihr Konzept passen.

Drittens würden wir es begrüßen, wenn nicht jede weitere Hilfe den „Wildwuchs“ des Flusses von Steuergeldern verstärken würde, sondern an ihrer Stelle ein zusammenhängendes Förderkonzept entstehen würde. Dabei wäre auch das Gießkannenprinzip zu ersetzen durch eine in sich koordinierte Förderung zum Erhalt von Industriestandorten mit allen daraus erwachsenden Möglichkeiten für den Mittelstand, den Dienstleistungssektor, die Nahrungs- und Ernährungswirtschaft, weitere Bereiche und die Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte.

Das Beispiel der **Tante-Emma-Läden** ist sehr schlagend; denn wie Sie wissen, sind große Einkaufszentren, die in den neuen Bundesländern aus dem Boden schießen, wirklich wahre Hammer für die Umwelt und zerstören weitere große Bereiche, produzieren Verkehr und verbessern nicht die Versorgung der Bevölkerung. In einem solchen Konzept sollten unserer Meinung nach die Regionen ein besonderes Mitspracherecht erhalten.

Wir unterstützen den vorliegenden Gesetzentwurf trotz aller Mängel.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste — Zuruf von der CDU/CSU: Die roten Socken wollen wieder Geld!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur letzten Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt. Es ist unser Kollege Gerhard Schulz (Leipzig), der jetzt das Wort erhält.

Gerhard Schulz (Leipzig) (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Barbara Höll, ich glaube nicht, daß unser Finanzminister etwas gegen den „Wildwuchs“ beim Zufluß von Steuern hätte. Er würde wahrscheinlich sehr dankbar sein. Wild genug kann es nicht sein.

Mit der heutigen Verabschiedung dieses Gesetzes und der darin enthaltenen **Änderung des Investitionszulagengesetzes** von 1991 geht ein auch von mir langgehegter Wunsch in Erfüllung. Das will ich nicht verhehlen.

Die wichtigsten Punkte dieser Änderung sind — jetzt kommt das kurze Zahlenwirrwortspiel —: Für Investitionen, die ab dem 1. Januar 1993 begonnen werden und bis zum 31. Dezember 1994 abgeschlossen werden, und für Investitionen, die ab dem 1. Januar 1993 erfolgen und bis zum 31. Dezember 1996 abgeschlossen werden, besteht ein Anspruch auf eine Zulage in Höhe von 8 %. Für Investitionen, die ab dem 1. Juli 1994 begonnen werden und bis zum 31. Dezember 1996 abgeschlossen sind, besteht ein Anspruch auf eine Investitionszulage in Höhe von 5 %.

Mit Ausnahme der Investitionen, die vor dem 31. Dezember 1992 begonnen und vor dem 1. Januar 1994 abgeschlossen werden, gilt das eben Gesagte, allerdings nicht für Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Gasversorgungsunternehmen, den Handel und das ehemalige West-Berlin.

Ich empfehle, das noch einmal nachzulesen, damit die Zahlen nicht durcheinandergebracht werden.

Die Versicherungsvertreter und Makler wurden nicht aus der 8%igen Förderung herausgenommen, weil diese Herausnahme eine Ausgrenzung eines speziellen Bereichs der **Freiberufler** bedeutet hätte, während sämtliche anderen Freiberufler davon hätten partizipieren können. Das ist schlicht und einfach nicht im Sinne dieses Gesetzes.

Zur Herausnahme des **Handels** aus dieser Förderung ist zu sagen, daß es starke Versuche gab, es auf den großflächigen Handel oder auf große Handels-

(C)

(D)

Gerhard Schulz (Leipzig)

- (A) unternehmen zu beschränken. Die Abgrenzung zwischen Großen und Kleinen aber hat sich schlichtweg als unmöglich erwiesen. Im übrigen war man im Ausschuß der Ansicht, daß es dem Handel in den neuen Ländern so schlecht gar nicht geht. Wir weisen auch auf die Nutzung des Eigenkapitalhilfeprogrammes hin.

Als drittes besteht ein Anspruch auf eine Investitionszulage in Höhe von 20 %, wenn mit der Investition zwischen dem 1. Januar 1993 und dem 30. Juni 1994 begonnen und diese bis zum 31. Dezember 1996 abgeschlossen wird, die Investition je Wirtschaftsjahr 1 Million DM nicht übersteigt, die Inanspruchnehmer am 9. November 1989 — Fall der Mauer, ein bedeutendes Datum — ihren Wohnsitz in den neuen Bundesländern hatten und die Betriebe, für die die Investition gilt, zum verarbeitenden Gewerbe oder zum Handwerk zählen.

Mit dieser Regelung ist es möglich — das muß ich ganz deutlich sagen —, zwei empfindliche Lücken bei der Förderung von Handwerk und verarbeitendem Gewerbe in Ostdeutschland zu schließen. Eine Lücke besteht darin, daß ein überwiegender Teil dieser Unternehmen die sehr großzügig gestalteten **Sonderabschreibungen** nicht nutzen kann, weil sie schlichtweg noch nicht die Gewinne erwirtschaften, die notwendig sind, um Sonderabschreibungen wirksam werden zu lassen. Die andere Lücke besteht darin, daß es Gründern oder Betriebsweiterführenden an **Eigenkapital** mangelt und sie nicht in der Lage sind, die von den Banken gewünschten Sicherheiten zu bieten. Wer aber einen Rechtsanspruch auf die Auszahlung von 20 % seiner Investition hat, hat de facto auch 20 % Eigenkapital.

Da es aus Kostengründen nicht möglich war, in diese Förderung auch Betriebsgebäude einzubeziehen, wurde mehrfach — auch von mir — der Wunsch ausgesprochen, parallel zur neuen Investitionszulagenregelung eine Aufbesserung und Umgestaltung des **Eigenkapitalhilfeprogrammes** vorzunehmen. In der Arbeitsgruppe „Finanzen“ der CDU/CSU wurden Grundzüge für die Ausgestaltung des EKH beschlossen. Im Zusammenhang mit der Abstimmung im Finanzausschuß wurde fraktionsübergreifend — völlig richtig — auf Handlungsbedarf in diesem Bereich verwiesen. Hier besteht meines Erachtens die Möglichkeit, eventuelle Mängel des Investitionszulagen-gesetzes noch auszubügeln.

(Detlev von Larcher [SPD]: Da haben wir ja noch Chancen!)

Zum Schluß noch einige Worte zur Begrenzung der **förderungsfähigen Investitionssumme**. Angesichts der Tatsache, daß die hier zur Rede stehenden Unternehmen 1992 durchschnittlich 71 000 DM je Betrieb investiert haben, ist der zur Verfügung stehende Rahmen von 1 Million DM alles andere als eine Begrenzung. Im Gegenteil: Jeder, der in den Genuß dieses Gesetzes kommt, kann im Bereich seiner Möglichkeiten, wenn man so will, aus dem vollen schöpfen. Ich hoffe sehr, er tut es.

Zu den Kosten: Sie betragen für die nächsten vier Jahre rund 25 Milliarden DM. Das ist eine Menge Geld, wie schon gesagt worden ist. Wenn diese

25 Milliarden DM aber wirklich ausgegeben werden, hat das zur Folge, daß allein im Handwerk und im verarbeitenden Gewerbe, also in diesem eng umgrenzten Bereich 125 Milliarden DM investiert werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das ist eine Summe, die uns das Herz höher schlagen lassen sollte und die die Sorgenfalten auf den Stirnen der Ordnungspolitiker und auf der Stirn des Finanzministers glätten sollte.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Helmuth Becker: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen jetzt zur Einzelberatung und Abstimmung über den Entwurf eines Verbrauchsteuer-Binnenmarktgesetzes auf den Drucksachen 12/3432, 12/3773 und 12/3893. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur

dritten Beratung

und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. — Eine weitere Frage erübrigt sich. Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Unter Nr. 2 seiner Beschlußempfehlung auf Drucksache 12/3893 empfiehlt der Finanzausschuß, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/3531 für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der Antragsteller angenommen.

Unter Nr. 3 seiner Beschlußempfehlung empfiehlt der Finanzausschuß schließlich, den Richtlinienvorschlag der EG in der aktuellen Fassung zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Eine weitere Frage erübrigt sich. Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 3 auf:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts der Enquete-Kommission „Zukunft der älter werdenden Generation“

zu dem Antrag der Fraktion der SPD

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukunftssicherung unserer älter werdenden Gesellschaft — Herausforderungen des demographischen Wandels“

zu dem Antrag der Abgeordneten Maria Michalk, Hans-Joachim Fuchtel, Dr. Joseph-Theodor Blank, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Gisela Babel, Hans A. Engelhard, Dr. Eva Pohl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

Vizepräsident Helmuth Becker**(A) Einsetzung einer Enquete-Kommission
„Chancen und Zukunftsperspektiven der älter
werdenden Generation“**

— Drucksachen 12/2272, 12/3460, 12/3717 —

Berichterstattung:

Abgeordnete Peter Keller

Arne Fuhrmann

Hans A. Engelhard

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb gleich zur Abstimmung. Wer stimmt für die Beschlußempfehlung? — Die Fragen nach Gegenstimmen und Stimmenthaltungen erübrigen sich. Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Wir sind damit am Schluß unserer heutigen Tages- (C)
ordnung.

Ich bestätige Herrn Kollegen Dr. Rüttgers, daß natürlich die Verwaltung, die vielfach viel besser arbeitet, als wir glauben, die Prozentzahl ausgerechnet hat.

Meine Damen und Herren, ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, 9. Dezember 1992, 9 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 17.17 Uhr)

(B)

(D)

J. 10898

12/126

J. 10898

Anlagen zum Stenographischen Bericht (C)

(A)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Antretter, Robert	SPD	02. 12. 92 *
Barbe, Angelika	SPD	02. 12. 92
Bartsch, Holger	SPD	02. 12. 92
Baum, Gerhart Rudolf	F.D.P.	02. 12. 92
Bayha, Richard	CDU/CSU	02. 12. 92
Böhm (Melsungen), Wilfried	CDU/CSU	02. 12. 92 *
Dr. von Bülow, Andreas	SPD	02. 12. 92
Büttner (Ingolstadt), Hans	SPD	02. 12. 92
Carstensen (Nordstrand), Peter Harry	CDU/CSU	02. 12. 92
Daubertshäuser, Klaus	SPD	02. 12. 92
Dr. Dobberthien, Marliese	SPD	02. 12. 92
Erler, Gernot	SPD	02. 12. 92
Eylmann, Horst	CDU/CSU	02. 12. 92
Falk, Ilse	CDU/CSU	02. 12. 92
Fischer (Unna), Leni	CDU/CSU	02. 12. 92 *
Formanski, Norbert	SPD	02. 12. 92
Funke, Rainer	F.D.P.	02. 12. 92
Gattermann, Hans H.	F.D.P.	02. 12. 92
Dr. Geißler, Heiner	CDU/CSU	02. 12. 92
Dr. Glotz, Peter	SPD	02. 12. 92
Dr. Götzer, Wolfgang	CDU/CSU	02. 12. 92
Grünbeck, Josef	F.D.P.	02. 12. 92
Dr. Grünewald, Joachim	CDU/CSU	02. 12. 92
Dr. Gysi, Gregor	PDS/LL	13. 11. 92
Hämmerle, Gerlinde	SPD	02. 12. 92
Hampel, Manfred Eugen	SPD	02. 12. 92
Hollerith, Josef	CDU/CSU	02. 12. 92
Homburger, Birgit	F.D.P.	02. 12. 92
Dr. Janzen, Ulrich	SPD	02. 12. 92
Köhler (Hainspitz), Hans-Ulrich	CDU/CSU	02. 12. 92
Dr. Kolb, Heinrich Leonhard	F.D.P.	02. 12. 92
Kolbe, Manfred	CDU/CSU	02. 12. 92
Koschnick, Hans	SPD	02. 12. 92
Kuessner, Hinrich	SPD	02. 12. 92
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans	F.D.P.	02. 12. 92
Leidinger, Robert	SPD	02. 12. 92
Lenzer, Christian	CDU/CSU	02. 12. 92 *
Marten, Günter	CDU/CSU	02. 12. 92 *
Marx, Dorle	SPD	02. 12. 92
Dr. Mattered, Dietmar	SPD	02. 12. 92
Dr. Müller, Günther	CDU/CSU	02. 12. 92 *
Müller (Zittau), Christian	SPD	02. 12. 92
Nolting, Günther-Friedrich	F.D.P.	02. 12. 92
Oesinghaus, Günther	SPD	02. 12. 92
Pfeiffer, Angelika	CDU/CSU	02. 12. 92
Pfuhl, Albert	SPD	02. 12. 92 *

(B)

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Purps, Rudolf	SPD	02. 12. 92
Rempe, Walter	SPD	02. 12. 92
Roitzsch (Quickborn), Ingrid	CDU/CSU	02. 12. 92
von Schmude, Michael	CDU/CSU	02. 12. 92 *
Dr. Schöfberger, Rudolf	SPD	02. 12. 92
Dr. Schumann (Kroppenstedt), Fritz	PDS/LL	02. 12. 92
Schuster, Hans Paul Hermann	F.D.P.	02. 12. 92
Dr. Seifert, Ilja	PDS/LL	02. 12. 92
Dr. Soell, Hartmut	SPD	02. 12. 92 *
Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia	SPD	02. 12. 92
Steiner, Heinz-Alfred	SPD	02. 12. 92 *
Thiele, Carl-Ludwig	F.D.P.	02. 12. 92
Vosen, Josef	SPD	02. 12. 92
Wieczorek (Duisburg), Helmut	SPD	02. 12. 92
Wimmer (Neuss), Willy	CDU/CSU	02. 12. 92
Zierer, Benno	CDU/CSU	02. 12. 92 *
Dr. Zöpel, Christoph	SPD	02. 12. 92

* für die Teilnahme an Sitzungen der Westeuropäischen Union

Anlage 2

**Erklärung des Abgeordneten
Dr. Fritz Gautier (SPD) als Berichterstatter
des Wirtschaftsausschusses
zum EWR-Ausführungsgesetz
(Tagesordnungspunkt 1 d) *)**

Als Berichterstatter des federführenden Wirtschaftsausschusses zum EWR-Ausführungsgesetz bitte ich für den Ausschuß die Bundesregierung, so bald wie möglich dem Bundestag einen Bericht zu erstatten, ob die Vorschriften des Art. 76 EWR-Ausführungsgesetzes praktikabel sind oder ob es nicht sinnvoller wäre, anstelle des gespaltenen Marktes für Einzelfuttermittel zu einheitlichen Vorschriften für alle Verwendungsbereiche zu kommen.

Anlage 3

**Erklärung nach § 31 GO
der Abgeordneten Eckart Kuhlwein, Friedhelm Julius Beucher, Lieselotte Blunck, Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Hans Martin Bury, Dr. Eberhard Brecht, Marion Caspers-Merk, Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Marliese Dobberthien, Dr. Peter Eckardt, Dr. Konrad Elmer, Monika Ganseforth,**

*) Vgl. Seite 10863C

(D)

- (A) **Michael Habermann, Reinhold Hiller (Lübeck), Susanne Kastner, Karl-Heinz Klejdzinski, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Detlev von Larcher, Klaus Lennartz, Ulrike Mascher, Christoph Matschie, Jutta Müller (Völklingen), Michael Müller (Düsseldorf), Renate Rennebach, Gudrun Schaich-Walch, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Dr. R. Werner Schuster, Dietmar Schütz, Ernst Schwanhold, Antje-Marie Steen, Uta Titze, Ralf Walter (Cochem), Dr. Margrit Wetzels, Barbara Weiler, Reinhard Weis (Stendal), Uta Zapf, Sigmar Mosdorf (alle SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)**

Wir machen uns die Rede der Abgeordneten Ulrike Mehl*) (SPD) als Erklärung zur Abstimmung zu eigen.

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Günther Heyenn,

Ottmar Schreiner, Ulrike Mascher, Renate Jäger,
Adolf Ostertag, Renate Rennebach, Barbara Weiler,
Ursula Burchardt, Hildegard Wester,
Hans-Eberhard Urbaniak, Antje-Marie Steen
(alle SPD)

zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes
zum Vertrag vom 7. Februar 1992
über die Europäische Union
(Vertrag von Maastricht)**)

(B)

Die Fraktion der SPD hat zu Beginn der Beratungen des Vertrags von Maastricht festgestellt, die Europäische Union dürfe nicht an Deutschland und werde nicht an der SPD scheitern. Diese Festlegung hat unter dem Eindruck der jüngsten Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland besondere Bedeutung gewonnen. Es darf keinen Rückfall der Politik in den Nationalismus geben und nicht denen Vorschub geleistet werden, die die notwendige Debatte um den Vertrag von Maastricht für die Verbreitung von rechtsradikalem Gedankengut mißbrauchen. Wir stimmen daher aus grundsätzlichen innen- und außenpolitischen Gründen dem Vertrag zu. Dies bedeutet allerdings nicht, daß der Vertrag von Maastricht trotz Fortschritten in vielen Bereichen alle Fragen im Zusammenhang mit der weiteren europäischen Integration zufriedenstellend regelt. Dazu gehören nach unserer Auffassung insbesondere die unzureichende Verankerung der sozialen Dimension der Gemeinschaft und die weiterhin völlig ungenügenden parlamentarischen Befugnisse des Europäischen Parlaments.

Der bisherige europäische Integrationsprozeß bis hin zur Herstellung des Europäischen Binnenmarktes ist in ganz entscheidendem Maße von ökonomischen Interessen und Zielsetzungen dominiert worden.

*) Vgl. Seite 10877 B

***) Vgl. Seite 10878 D

(C) Obwohl bereits die Römischen Verträge die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet hatten, auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte hinzuwirken und dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen, blieb der Sozialpolitik in der Gemeinschaft — bei allen unbestreitbaren Einzelerfolgen — eine eigenständige, wirklich bestimmende Rolle versagt. Bezeichnenderweise enthielt das Weißbuch der Kommission zur Vollendung des Binnenmarktes keinen sozialpolitischen Teil.

Auch wenn die Verabschiedung der Charta der sozialen Grundrechte 1989 durch den Rat einen ersten Schritt zur Stärkung der sozialen Dimension darstellte und als Aufforderung für ein Aktionsprogramm zur konkreten Umsetzung der in dieser Charta definierten Rechte anzusehen war, sind — sieht man von wirklich bedeutenden Fortschritten beim Gesundheitsschutz und bei der Sicherheit der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz ab — entscheidende Durchbrüche bis heute ausgeblieben. Das Fehlen einer eindeutigen Rechtsgrundlage für eine gemeinsame Sozialpolitik und die bislang vorhandenen Möglichkeiten einzelner Mitgliedstaaten, die Verabschiedung von Richtlinien im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts zu blockieren, machten es geradezu zwingend, im Rahmen der Maastrichter Verträge für die Verwirklichung der sozialen Dimension neue Perspektiven zu eröffnen.

(D) Leider sind die Ergebnisse von Maastricht im sozialpolitischen Bereich völlig unbefriedigend. Wie schon so oft in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft blieb die Sozialpolitik zugunsten von Kompromissen in anderen Bereichen erneut auf der Strecke. Das als Kompromiß zustandekommene Protokoll zur Sozialpolitik wird weder den Erfordernissen gerecht, noch ist akzeptabel, daß es nur von 11 Mitgliedstaaten paraphiert wurde. Gerade für Sozialpolitiker ist zudem enttäuschend, daß der Vertrag kaum Schritte zum Abbau des demokratischen Defizits auf europäischer Ebene beinhaltet. Dies trifft um so mehr, als es in der Vergangenheit vor allem das Europäische Parlament war, das sich der Interessen der Menschen in der Gemeinschaft in besonderer Weise angenommen und Kommission und Rat immer wieder gedrängt hat, endlich zugunsten der Verbesserung der sozialen Bedingungen und der Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb der Gemeinschaft tätig zu werden. Daß nunmehr die weitere Übertragung nationaler parlamentarischer Befugnisse auf den Rat ohne einen adäquaten Zuwachs an europäischer parlamentarischer Kontrolle erfolgen soll, ist für uns nur schwer hinnehmbar.

Unsere Zustimmung zu dem Vertrag verbinden wir daher mit der Aufforderung, in den weiteren Verhandlungen auf europäischer Ebene in Fragen der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Situation der Bürger in der Gemeinschaft auf rasche und sichtbare Fortschritte zu drängen. Vor allem ist sicherzustellen, daß von einem Binnenmarkt ohne Grenzen nicht nur die Wirtschaft profitiert, sondern auch die Arbeitnehmer und die Bürger der Mitgliedstaaten einen Nutzen haben. Zugleich muß alles unternommen werden, um die mit dem Ausscheiden Großbritanniens aus der gemeinschaftlichen

(A) Sozialpolitik eingeleitete Auseinanderentwicklung in diesem Bereich alsbald zu korrigieren. Die für alle Mitgliedstaaten geltenden wettbewerblichen Wirtschaftsbedingungen müssen durch eine für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen verbindliche gemeinschaftliche Sozialpolitik flankiert werden. Es darf nicht hingenommen werden, daß einzelne Mitgliedstaaten in Zukunft soziale Mindeststandards haben werden, die unterhalb des verbindlichen Gemeinschaftsniveaus liegen.

So unabdingbar für die Zukunft ein geeinigtes Europa auch ist, so unstrittig ist, daß es nur dann mit einer Akzeptanz und Identifikation der Menschen rechnen kann, wenn es außer von Gemeinsamkeiten in Wirtschafts-, Handels-, Währungs- und Finanzfragen von im alltäglichen Leben deutlich sichtbaren demokratischen und sozialen Konturen geprägt wird.

Anlage 5

Erklärungen nach § 31 GO zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)*

(B) **Dr. Cornelia von Teichman (SPD):** Die hier zur Abstimmung stehende Änderung des Grundgesetzes bildet die Voraussetzung für eine zeitgerechte Zustimmung des Bundesrates zum Ratifizierungsgesetz des Maastrichter Vertragswerkes.

Um diese Ratifizierung nicht zu gefährden, stimme ich der Grundgesetzänderung trotz schwerer Bedenken zu. Ich möchte die Bedenken hier wie folgt festhalten:

Bei dem Art. 23 GG geht es um tiefe Eingriffe in das bundesstaatliche Gefüge, die das bisher so gelungene verfassungsrechtliche Gleichgewicht zwischen Bund und Ländern dauerhaft zugunsten der Länder zu verschieben drohen. Die europäische Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik wird dadurch erheblich beeinträchtigt, aber die Auswirkungen reichen weit über die Europapolitik hinaus. Letztlich besteht hier die Gefahr, daß sich die Bundesrepublik vom Bundesstaat zum Staatenbund entwickelt.

Als besonders fragwürdig empfinde ich den Umstand, daß der Bundestag den geplanten „Aus-schuß für die europäische Union“ (Art. 45 neu), „ermächtigen“ (!) kann, seine Rechte gem. Art. 23 GG gegenüber der Bundesregierung wahrzunehmen. Hier entmachtet sich das Parlament selbst zugunsten eines exklusiven Klubs von Insidern — gewiß keine Maßnahme, die der ständig im Munde geführten Bürgernähe der Politik im allgemeinen und der Europapolitik im besonderen dient.

Wenn ich mich in meinem Abstimmungsverhalten gleichwohl nicht von diesen Bedenken leiten lasse, so ausschließlich aus dem übergeordneten Interesse, den

weiteren Fortgang der europäischen Einigung nicht durch eine Verzögerung oder ein Scheitern der Maastrichter Ratifizierung zu gefährden. (C)

Joachim Clemens (CDU/CSU): Bei der Abstimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf zum Vertrag vom 7. Februar über die Europäische Union werde ich mich der Stimme enthalten.

Ich bin mir der Bedeutung der Einigung der europäischen Staaten bewußt. Nicht zuletzt der Zusammenhalt in der europäischen Gemeinschaft hat uns in den vergangenen Jahrzehnten Frieden und Freiheit bewahrt und Wohlstand geschaffen. Ebenso sehe ich die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit in der Gemeinschaft zu verstärken. Auf Dauer werden wir Probleme wie Zuwanderung, Kriminalitätsbekämpfung oder Umweltschutz nur gesamteuropäisch lösen können. Den Weg, der durch Teilbereiche des Maastrichter Vertrages vorgezeichnet wird, kann ich jedoch nicht unterstützen.

Meine Bedenken beziehen sich vor allem auf die geplante Währungsunion. Für den Eintritt in die Endstufe der Währungsunion hat man strenge Kriterien vorgesehen. Niemand glaubt aber ernsthaft, daß diese Kriterien in auch nur annähernd der gleichen Zeit von den Mitgliedstaaten erfüllt werden können. Dennoch wird stets darauf bestanden, daß es kein Europa der zwei Geschwindigkeiten geben werde. Ich sehe daher die ernste Gefahr, daß die vorgesehenen Regelungen auf entsprechenden Druck der noch nicht integrationsfähigen Länder aufgeweicht werden. Opportunismus dieser Art haben wir auf europäischer Ebene schon mehrfach erlebt. In bezug auf die Währungspolitik wäre er fatal. (D)

Darüber hinaus kommt diese Währungsunion zu früh. Die Währungsunion trifft auf eine Europäische Gemeinschaft, deren politische Ausgestaltung noch in den Sternen steht. So gibt der Vertrag von Maastricht keine befriedigende Antwort auf die Frage: Gemeinschaftseuropa oder Europa der Staaten? Die Väter der Römischen Verträge sahen die Währungsunion stets als die Krönung der europäischen Einigung an, nicht jedoch als deren Wegbereiter. Erst wenn das Ziel definiert ist, sollte man sich auf den Weg machen. Solange wir dieses Ziel nicht eindeutig — beispielsweise in einer europäischen Verfassung — festgelegt haben, werden wir keinem Bürger wirklich verständlich machen können, warum er statt der vertrauten D-Mark künftig den ECU im Geldbeutel haben wird.

Auch hat man es im Maastrichter Vertrag erneut nicht geschafft, Außen- und Sicherheitspolitik sowie wichtige Bereiche der Innen- und Rechtspolitik (z. B. die Asylgesetzgebung) unter das Dach der Gemeinschaft zu bringen. Auf den Gebieten, wo Koordination dringend nötig ist, werden viele Mitgliedstaaten also weiterhin ihre nationalen Egoismen pflegen. Auf der anderen Seite werden sie jedoch alle Vorteile einer durch die wirtschaftlich starken Staaten gestützten Euro-Währung genießen.

Aus den genannten Gründen kann ich dem Gesetz zum Vertrag von Maastricht meine Zustimmung nicht erteilen.

*) Vgl. Seite 10878D

(A) **Dr. Ruprecht Vondran (CDU/CSU):** Die EG-Stahlkrise darf nicht zum Menetekel für „Maastricht“ werden.

Ein wichtiges Ziel des Vertrages von Maastricht ist es, die gemeinsamen europäischen Entscheidungskompetenzen zu stärken. Darauf zielen viele der heute zur Abstimmung stehenden vertraglichen Vereinbarungen. Mit hinreichender Genauigkeit kann heute noch niemand voraussehen, wie sich die vertraglichen Veränderungen in der politischen Praxis auswirken werden.

Allerdings gibt es einige Hinweise. Sie können leider nicht zuversichtlich stimmen. So besitzt die Europäische Kommission bereits heute weitreichende Vollmachten im Bereich einiger Industrien. Der Pariser Vertrag, durch den die Montan-Union begründet worden ist, hat einen stark ausgeprägten Integrationscharakter. Daran gemessen haben die nachfolgenden Römischen Verträge, die die Zusammenarbeit auf eine breitere Grundlage gestellt haben, deutlich weniger an europäischer Substanz. So gesehen lebt die Stahlindustrie schon seit 40 Jahren in der „Nach-Maastricht-Zeit“. Die in der Montan-Union gesammelten Erfahrungen könnten einen Hinweis geben, in welche Richtung die Entwicklung laufen wird.

Trotz weitreichender Kompetenzen hat es die Europäische Kommission bisher nicht vermocht, für die ihr im Rahmen der Montanunion in besonderem Maße bereits anvertrauten wirtschaftlichen Sektoren eine in sich schlüssige Politik zu entwickeln. Dazu lediglich zwei Beispiele:

(B) In den letzten Jahren hat die Europäische Kommission die Zahlung von 120 Milliarden DM an Subventionen, mit denen nationale Regierungen in den Markt interveniert haben, genehmigt oder stillschweigend toleriert. Sie hat es dabei hingenommen, daß der Wettbewerb grob verzerrt worden ist. Der Marktmechanismus ist dadurch fast völlig außer Funktion gesetzt worden.

Dies hat in so schwere Krisen geführt, wie sie im Augenblick die europäische Stahlindustrie erschüttern. Trotz aller Vollmachten hat die Europäische Kommission nicht die Kraft gehabt gegenzusteuern, als dies möglich und notwendig war. Für politische Entscheidungen auf nationaler Ebene ist andererseits kaum noch Raum, weil die Kompetenzen bereits seit langem nach Brüssel abgegeben worden sind. In der europäischen Stahlindustrie herrschen nahezu chaotische Verhältnisse. Das kostet die betroffenen Unternehmen viel an Substanz. Zehntausende Arbeitsplätze werden verlorengehen.

Wir müssen alles daransetzen, daß die europäische Stahlkrise nicht zu einem Menetekel für „Maastricht“ wird. Eines erscheint sicher: Durch Zuweisung zusätzlicher Kompetenzen an Brüssel wächst das Risiko, daß die Politik an Handlungsfähigkeit verliert. Darüber hinaus wiegt der Mangel an demokratischer Legitimation noch schwerer als zuvor.

Andererseits stellt „Maastricht“ natürlich auch eine Chance dar, den europäischen Gedanken weiter zu entwickeln. Der Name dieser Stadt ist mittlerweile zu einem Synonym für europäischen Fortschritt geworden. An dieser politischen Tatsache kann niemand vorbeigehen. Eine Stimme gegen Maastricht könnte

als eine Stimme gegen Europa mißverstanden werden. Einem solchen Mißverständnis möchte auch ich keinen Vorschub leisten. Trotz erheblicher Bedenken habe ich deshalb meine Stimme für eine Ratifizierung des Vertrages gegeben. (C)

Dr. Uwe Jens (SPD): Die ständig stärker gewordene Kritik am Maastrichter Vertrag hat zweifellos Verbesserungen zur Folge gehabt. Erwähnen will ich nur den von Sozialdemokraten durchgesetzten Parlamentsvorbehalt. Danach wird es für den Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion eine erneute Bewertung und Entscheidung des Bundestages geben. Geprüft wird, ob die in Maastricht festgelegten Kriterien für eine stabile europäische Währung wirklich eingehalten werden können. Klargestellt wurde auch, daß die Bundesregierung vor ihrer Zustimmung zum Übergang in die dritte Stufe der Währungsunion eines zustimmenden Votums von Bundestag und Bundesrat bedarf.

Dennoch sind meine ökonomischen Bedenken gegen die zur Zeit praktizierte EG-Politik und einige Vertragsbestimmungen so groß, daß ich dem Vertragsentwurf nicht zustimmen kann. Meine Kritik richtet sich nicht gegen das Ziel einer Europäischen Union, meine Kritik richtet sich ausschließlich gegen den Vertrag, der schlecht ausgehandelt wurde und der die Weichen für ein Europa der Zukunft falsch stellt.

Der Maastrichter Vertrag dient in erster Linie der Einbindung der D-Mark und der Deutschen Bundesbank, vor allem auf Wunsch der Franzosen. Wenn die im Vertrag vorgesehenen Kriterien für die Europäische Währungsunion eingehalten und verwirklicht werden, wird die neue europäische Währung — aus meiner Sicht — nicht weniger stabil sein als die D-Mark. Dies führt jedoch zwingend zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten, bei dem nach jetziger Datenlage selbst Belgien und Italien nicht mehr zum Kern-Europa mit einheitlicher Währung gehören. (D)

Ich glaube im übrigen nicht, daß es sinnvoll ist, die monetaristische und zum Teil fehlerhafte Geldpolitik der Deutschen Bundesbank auf ein Kern-Europa zu übertragen. Dies kann jedenfalls keine sozialdemokratische Politik sein. Eine einheitliche Geldpolitik in einem Kern-Europa und eine nach dem Vertragstext abgestimmte Finanzpolitik erdrücken im übrigen die Lohnpolitik. Die Lohnpolitik wird auf diese Weise zum wichtigsten abhängig-variablen Politikbereich in der Volkswirtschaft. Dieses politische Korsett ist jedoch zu eng; es kann auf Dauer nicht halten; Verwerfungen sind zwangsläufig vorprogrammiert.

Daß auf europäischer Ebene durch die Kommission in Zukunft Industriepolitik betrieben werden soll, ist völlig unakzeptabel. Mit einer europäischen Politik für bestimmte Wirtschaftszweige bzw. -bereiche hat die EG-Kommission bisher keinen Erfolg gehabt. Die Verkehrspolitik ist insbesondere deshalb nicht kritisierbar, weil sie weitgehend nicht stattgefunden hat. Die Agrarpolitik ist dagegen seit Jahren ein einziges Desaster, und dennoch kann die Kommission nur sehr zögerlich Korrekturen vornehmen. Wann wird die EG wohl begreifen, daß die Bundesrepublik mit ihren wettbewerbs- und industriepolitischen Grundsätzen

(A) bisher gut gefahren ist? Es ergibt wirklich keinen Sinn, merkantilistische Vorstellungen auf europäischer Ebene zum Tragen zu bringen. Der einzig richtig Weg wäre deshalb, die entsprechenden Bestimmungen über die Industriepolitik im Maastrichter Vertrag ersatzlos zu streichen.

Das Vertragswerk von Maastricht stärkt im übrigen einseitig die europäische Exekutive, und dieser Weg muß bald beendet werden. Es mangelt an dem Ausbau demokratischer Mitgestaltungsrechte durch das Europäische Parlament; es mangelt an einer klaren Regelung über die Verantwortlichkeiten auf den verschiedenen politischen Ebenen; einer Verankerung des Subsidiaritätsprinzips.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß es für mich unerträglich ist, daß die GATT-Verhandlungen wegen kleinlichem Egoismus der Europäer nicht abgeschlossen werden konnten. Hieran, an dem Streit über Bananen-Importkontingente, an der lächerlichen protektionistischen Politik für einige Automobilhersteller, wird u. a. exemplarisch deutlich, wohin dieses Europa abdriften kann. Ich will kein französisches Europa und auch keine Festung Europa. Das Europa der Zukunft muß eine offene Völkergemeinschaft sein, die ihren Pflichten in der Welt nachkommt. Es wäre sicherlich gut, wenn Deutschland in ein Europa eingebunden wird, um einem aufkommenden Nationalismus die Schlagkraft zu nehmen. Eine Beseitigung eines möglichen deutschen Nationalismus durch einen europäischen Nationalismus, durch einen neuen Nationalismus auf vergrößertem europäischem Raum, ergibt jedoch auch keine zukunftssträchtige Perspektive.

(B)

Zu einem neuen Europa gehört zwingend auch Osteuropa. Bevor wir die Vertiefung durch Maastricht betreiben, meine ich, muß es bindende Absprachen über die Erweiterung geben, und zwar nicht nur durch die ehemaligen EFTA-Länder, sondern insbesondere auch durch Polen, der zerfallenden CSFR und Ungarn.

Dr. Liesel Hartenstein (SPD): „Europa kann nur entstehen, wenn es nicht nur in Verträgen, sondern auch in den Herzen seiner Bürger verankert ist.“ Diesem Satz — er stammt von Herrn Bundesaußenminister Dr. Kinkel — kann in diesem Hause sicherlich jeder zustimmen. Genauso ist es.

Aber weil dies so ist, müssen Parlament und Regierung sich fragen, woher es denn kommt, daß in der Bevölkerung eine zunehmende Verunsicherung um sich greift, daß die Vorstellung „Europäische Union“ häufig mehr Ängste und Sorgen als Hoffnungen auslöst, und das nicht nur wegen der weitverbreiteten Furcht um den Verlust der D-Mark.

Wir haben es zugelassen, daß viele Menschen den Eindruck haben, „die da oben“, d. h. Parlament und Regierung, handelten über ihre Köpfe hinweg. Das ist nicht gut.

Für die übergroße Mehrheit unserer Bürger ist das Vertragswerk von Maastricht ein Buch mit sieben Siegeln. Bei der ersten Lesung am 8. Oktober haben viele Redner, von allen Seiten des Hauses, eine umfassende Aufklärungskampagne gefordert. Ein-

verstanden. Wir brauchen den offenen Dialog mit den Bürgern, wenn Europa ein solides Fundament bekommen soll.

(C)

Aber dieser Dialog hat bis jetzt nicht stattgefunden. Ein paar großformatige Anzeigen der Bundesregierung und die eine oder andere Broschüre genügen nicht. Wer die Wirtschafts- und Währungsunion, einschließlich der Politischen Union, wirklich will, muß die Menschen dafür gewinnen. Diese Arbeit ist aber erst noch zu leisten. Die Europa-Debatte hat erst begonnen, und die Ratifizierung eines solchen Vertragswerks sollte am Ende, nicht am Anfang dieses Prozesses stehen. Weder Frankreich noch Dänemark noch Großbritannien haben sich diese Prozedur erspart. Sie ist nicht nur da nötig, wo per Volksabstimmung entschieden wird. Sie ist um Europas willen nötig.

Bei einer solchen öffentlichen Diskussion muß über die Vorteile und Ziele des Maastricht-Vertrags ebenso ausführlich geredet werden wie über dessen gravierende Schwächen und Mängel. Auch die Pferdefüße müssen aufgedeckt werden, und die Politik muß glaubhaft machen, daß sie bemüht ist, diese herauszuoperieren. Zu diesen Pferdefüßen gehört — und das ist mehr als ein Schönheitsfehler! —, daß der Vertrag die Ökologie in dieser Gemeinschaft nicht wirklich voranbringt. Er ist, ebenso wie das Binnenmarkt-Konzept, auf quantitatives Wirtschaftswachstum fixiert und zurrt damit die bisherige Grundstruktur der EG fest. Daran ändert auch die wohlwollende Hinzufügung des Wörtchens „umweltverträglich“ in Art. 2 nichts. Man will künftig ein „beständiges (!), nichtinflationäres und umweltverträgliches Wachstum“ erreichen. Von einer nachhaltigen oder dauerhaften Entwicklung im Sinne des Brundtland-Berichts ist nicht die Rede.

(D)

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser überkommene Wachstumsbegriff, wie er bereits den EWG-Verträgen von 1957 zugrundeliegt, heute überholt ist. Er taugt nicht als Richtschnur für ein Europa des Jahres 2000. Dennoch hält Maastricht starr daran fest. Dem Vorrang des freien Warenverkehrs werden im Binnenmarkt alle anderen Belange untergeordnet, auch die ökologischen und sozialen. Dies gilt zum mindesten so lange, wie der Grundwiderspruch in Art. 100a Abs. 3 und 4 nicht aufgelöst ist. Da wird einerseits ein „hohes Schutzniveau im Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz“ verlangt, andererseits können jedoch verschärfte Umweltauforderungen praktisch jederzeit als „Handelshemmnisse“ diskreditiert und damit abgeschmettert werden, wie diverse Urteile des Europäischen Gerichtshofes beweisen.

Nur scheinbar erfahren die Menschen, wie tief Brüsseler Beschlüsse in ihren Alltag eingreifen und ihn verändern. Daß künftig bestrahlte und gentechnisch veränderte Lebensmittel ohne klare Kennzeichnung in die Regale der Geschäfte kommen dürfen, beunruhigt nicht nur die Verbraucherverbände. Auch der sich bereits anbahnende ungeheuerliche Verkehrsboom, der im Binnenmarkt zu einer Verdoppelung der Zahl der Schwerlastler auf unseren Straßen führen wird, stärkt nicht gerade die Europa-freundlichkeit der Bürger, insbesondere nicht derer,

(A) die direkt betroffen sind von mehr Luftverschmutzung und mehr Lärmbelastung.

Es besteht kein Zweifel: die Regierungen, die Maastricht ausgehandelt haben, haben mit einer europäischen Umweltunion nichts im Sinn. Man kann nicht zuerst die Wirtschafts- und Währungsunion schaffen und dann den Umweltschutz hinten dranhängen. Ich bezweifle, ob diese verhängnisvolle Weichenstellung noch reparabel ist.

Ich frage mich, und ich frage Sie: wie können die Europäer von der übrigen Welt, insbesondere von den Entwicklungsländern, eine ökologische Neuorientierung erwarten oder gar verlangen — d. h. eine Wende zu einer Wirtschaftsform, die weniger Energie verbraucht, weniger Rohstoffe verschwendet, weniger Abfälle erzeugt —, wenn sie selbst nicht bereit sind, die ersten Schritte zu tun?

Maastricht ist eine politische Zäsur. Unsere Zukunft, besonders für uns Deutsche, kann nur zu einem gemeinsamen Europa führen. Dazu gibt es keine Alternative. Wir brauchen ein großes Ja unserer Bürger zu Europa, wir brauchen eine Perspektive, die aufzeigt, daß sich die EG nicht als rein wirtschaftlich orientierter Machtblock versteht, nur darauf angelegt, die Konkurrenz mit den USA und Japan aufzunehmen und erfolgreich durchzuhalten. Das künftige Europa muß als demokratisches, sozial gerechtes und ökologisch orientiertes Europa ausgestaltet sein. Nur dann kann es seine Verpflichtung erfüllen, Vorreiter eines neuen zukunftsfähigen Entwicklungsmodells zu sein.

(B) Der Vertrag von Maastricht eröffnet diese Perspektive nicht. Hier wird eine große Chance vertan. Deshalb werden wir darauf hinarbeiten, daß ein revidiertes Maastricht endlich diese Voraussetzungen schafft.

Ich werde mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Jürgen Augustinowitz (CDU/CSU): 1. Meine Zustimmung zu dem Vertrag beruht auf dem Vorbehalt, daß es sich bei der Politischen Union in Europa nicht um die Bildung eines Bundesstaates handelt. Auch wenn bestimmte Souveränitätsrechte an Europa abgegeben werden, darf dies auf keinen Fall zu einer Verringerung von Demokratie und Kontrolle durch nationale Parlamente führen. Mein Ziel ist ein vereintes Europa der Vaterländer und nicht ein europäischer Bundesstaat mit einer zentralen EG-Regierung. Die nationale Identität der jeweiligen Staatsbürger muß strikt gewahrt bleiben. Durch die derzeitige vertiefende europäische Politik darf ein baldiger Beitritt von EFTA-Staaten und ein langfristiger Beitritt von mittel- und osteuropäischen Staaten nicht verhindert werden.

2. Besonders wichtig ist die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Europa darf wirklich nur das gemeinsam regeln, was Europa nachweislich besser regeln kann als die Nationalstaaten.

3. Bei der Währungsunion sind die Stabilitätskriterien strikt einzuhalten, und jegliche politische Beeinflussung ist zu unterbinden. Nur die Mitgliedstaaten dürfen eine Europäische Währungsunion bilden, die

(C) hierzu auch wirklich reif sind. Die Europäische Zentralbank muß unabhängig und der Preisstabilität verpflichtet sein. Es ist wichtig, daß die Bundesregierung für ihr Stimmverhalten zum Eintritt in die dritte Stufe der Währungsunion der Zustimmung des Deutschen Bundestages bedarf.

Es darf keine automatische Entwicklung zu einer einheitlichen europäischen Währung gebe. Erst am Ende eines Prozesses, in dem die Volkswirtschaften, die Haushaltspolitik und die Stabilitätspolitik sich angeglichen haben, darf nach einem Beschluß des Deutschen Bundestages die europäische Währung eingeführt werden. Und dies nur dann, wenn wirklich nachgewiesen ist, daß eine europäische Währung genau so stabil ist wie die Deutsche Mark. Die D-Mark ist für mich mehr als eine Währung. Sie ist ein nationales Symbol, ein Symbol für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstieg Deutschlands aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs.

4. Die Einführung eines Ausländerwahlrechtes halte ich für bedenklich. Ein Ausländerwahlrecht bei Kommunalwahlen ist kein Mittel zur Integration von bei uns lebenden Ausländern. Vielmehr ist das Wahlrecht eines der vornehmsten Rechte eines Staatsbürgers, das nur der ausüben sollte, der auf Dauer der Schicksalsgemeinschaft einer Nation zugehört. Statt dessen wäre es notwendig, die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit für — über viele Jahre in Deutschland lebende — Ausländer zu erleichtern.

5. Neue finanzielle Mittelanforderungen für die EG dürfen die eigene deutsche Leistungsfähigkeit nicht überschreiten. In Deutschland sind die Sonderbelastungen aus der Aufarbeitung von 40 Jahren kommunistischer Diktatur zu berücksichtigen.

(D) 6. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß es besser gewesen wäre, an der sogenannten Krönungstheorie festzuhalten, die besagt, daß die Währungs- und Wirtschaftsunion eben den Abschluß einer engen europäischen Zusammenarbeit bildet und nicht den Anfang.

7. Es ist wichtig, daß die Grundgesetzänderungen, die tatbestandlich an die Existenz der Europäischen Union anknüpfen, erst dann anwendbar sind, wenn diese Europäische Union entstanden ist.

8. Der Vertrag und seine innerstaatliche Umsetzung stellen einen Kompromiß dar. Nach langer Abwägung meiner z. T. erheblichen Bedenken stimme ich dem Vertrag dennoch zu.

Wilhelm Schmidt (Salzgitter) (SPD): Ich empfinde eine immer größer werdende Unruhe darüber, in welcher schnellen, zum Teil umfangreichen und oft nicht ausreichend untersuchten Weise der Deutsche Bundestag in dieser Zeit staatliche Grundsätze „über Bord kippt“, die über viele Jahre Grundpfeiler unserer Demokratie gewesen sind.

Ich will eine weitere Fortführung der europäischen Einigung. Dennoch merke ich an:

Der Maastrichter Vertrag über die Weiterführung der Europäischen Union wird durch die vorbereitete Beschlußfassung vom Deutschen Bundestag vollinhaltlich übernommen. Lediglich in Zusatzklärungen

(A) gen und Entschließungen werden besondere deutsche Interessen und politische Ansichten formuliert. Auf die formale Wirkung der Vertragsinhalte hat dies aber keine konkreten Wirkungen. Daraus ergeben sich für mich eine Reihe von Problemen, die bei ehrlicher Betrachtung viele Sorgen bestehen lassen.

Die Demokratie in Deutschland auf der Basis des Grundgesetzes hat sich bewährt. Für mich ist es unverständlich, daß über den Vertrag mit wachsender Tendenz Hoheitsrechte von demokratischen Organen in Deutschland auf nicht demokratisch legitimierte Organe der EG übertragen werden. Das ist aus meiner Sicht möglicherweise sogar verfassungswidrig, auf jeden Fall aber politisch nicht zu akzeptieren.

Viele problematische Entwicklungen in Deutschland und im übrigen Europa, insbesondere der wachsende Nationalismus, werden durch den Vertrag nicht im Ansatz ernsthaft angegangen. Die notwendigerweise im europäischen Rahmen zu klärende Asylrechts-Lösung ist noch weit entfernt.

In allen EG-Mitgliedsländern sind die Bedenken aus den unterschiedlichsten Gründen sehr stark in den Vordergrund gerückt. Der Maastrichter Vertrag nimmt darauf keine Rücksicht, durch die Ratifizierung in Deutschland und anderen Ländern werden die noch zurückhaltenden oder ablehnenden Länder vielmehr stark unter Druck gesetzt, was ein schlechter Ausdruck von Partnerschaft ist und sich künftig als „Bumerang“ erweisen könnte.

(B) Insbesondere die weiter ungehemmt umweltbelastende und meist auf vordergründige kurzfristige Wirtschaftsinteressen ausgerichtete Europapolitik wird durch die Vertragsbestimmungen keiner strukturellen Veränderungen zugeführt. Im Vertrag nicht zu finden sind sozialorientierte Aspekte. Daß die EG-Sozialunion erst weit später auf den Weg gebracht werden soll, ist in der Zeit hoher Arbeitslosigkeit und großer sozialer Belastungen für viele Millionen Menschen in Europa nicht hinnehmbar. Obwohl es die derzeitige Verfassungslage nicht hergibt, hätte ich es für angemessen gehalten, in dieser sehr bedeutsamen Entscheidung über die weitere Entwicklung — wenigstens informell — eine Bürgerbefragung durchzuführen.

Nicht nur aus deutscher Sicht ist festzuhalten: Die Bundesregierung hat diesen Vertrag zweifellos schlecht verhandelt.

Trotzdem stimme ich dem Ratifizierungsgesetz und damit dem Vertrag zu. Ich erwarte jedoch, daß Regierung, Bundestag und Bundesrat intensiv für Verbesserungen auf dem weiteren Weg zu einem geeinigten Europa eintreten.

Wolfgang Schulhoff (CDU/CSU): Bis zur Abstimmung über die Maastrichter Verträge in Dänemark hat man sich eigentlich mit Europa und den weiteren Integrationsritten wenig beschäftigt. Wenn man sich politisch mit Europa befaßte, war es meist Thema exklusiver Kreise, des Europäischen Parlaments, der Administrationen, der Regierungschefs, des Ministerrats oder der direkt durch Beschlüsse Betroffenen, wie z. B. der Bauern, und da wurde das Thema gleich negativ belegt. Die Bürger in ihrer Mehrzahl nahmen

das politische Europa weitgehend nur bei den Wahlen zum Europäischen Parlament wahr, aber meistens nicht ernst. (C)

Anders war es bei den alltäglichen Begegnungen von Bürger zu Bürger. Da wurde Europa zu etwas Selbstverständlichem. Man reist von Land zu Land, ohne sich behindert zu fühlen, man genießt die Vielfalt der einzelnen Länder und Regionen, entschließt sich sogar, anderswo sesshaft zu werden. Aus der Fremde wird dann oft Heimat. Deshalb ist es unstrittig, daß die Bürger in Europa aufeinander zugegangen sind und das ohne Zwang in Freiheit. Hier unterscheidet sich der westliche Integrationsprozeß wesentlich vom östlichen Zwangszusammenschluß.

Ein knappes Nein in Dänemark und ein knappes Ja in Frankreich — die Stimmung in Deutschland ist nicht anders — mahnen, innezuhalten. Die Menschen in Europa haben nämlich begriffen, daß wir uns jetzt in einer Entscheidungsphase von grundsätzlicher Bedeutung befinden, und reagieren sensibler als Politiker. Sie haben Angst, ihre Identität zu verlieren. Der freiwillige Integrationsprozeß droht in Zwang überzugehen. Diese Sorgen und Nöte der Bevölkerung müssen ernst genommen werden. Es geht nicht nach dem Motto „Augen zu und durch“, denn sowohl ein Scheitern von Maastricht als auch ein bloßes Durchpaucken hinterlassen gleich große Schäden, deshalb war es richtig und wichtig, daß sowohl die Diskussion im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen als auch die Arbeit im Sonderausschuß Europäische Union breiten Raum eingenommen haben.

(D) Wichtig war dies auch schon deshalb, um dem Anschein zu begegnen, die Maastrichter Verträge sollten in einem Hau-Ruck-Verfahren ratifiziert werden. Aktionismus schafft kein Einheitsgefühl. Europa sollte Hoffnungen wecken, aber keine Angst erzeugen.

In diesem Zusammenhang kann man die Ankündigung unseres Außenministers Kinkel nur begrüßen: „Wir müssen die Probleme mit einer Erklärung oder Entscheidung auffangen, die das enthält, was wir dazugelernt haben.“ Dies ist durch die Arbeit am Maastrichter-Vertrag und die daran anschließende ausführliche Berichterstattung überzeugend gelungen.

Das intensive Nachdenken über Europa hat erfreuliche Ergebnisse gezeitigt. Weitgehend ist man sich nämlich einig, daß einiges bisher schiefgelaufen ist.

Die institutionalisierte Gemeinschaft hat sich nämlich anders entwickelt, als wir es uns gewünscht haben: nicht als ein freiheitliches, innovatives und damit zutiefst demokratisches Europa, sondern viel mehr als ein Gebilde unsinniger bürokratischer und unifizierender Reglementierungen, bei der die Vielfalt teilweise auf der Strecke bleibt.

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers, stellte kürzlich zutreffend fest, daß die Bürger Europapolitik fast ausschließlich als Kabinettpolitik wahrnehmen, in der zum Perfektionismus neigende Technokraten fernab jeder parlamentarischen Kontrolle über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden. Das Zusam-

(A) menspiel zwischen EG-Kommission, Ministerrat und Europäischem Parlament ist nicht mehr nachzuvollziehen. Es ist aber noch viel schlimmer. Die europäische Bürokratie läßt die Gemeinschaft zu einem durch Dirigismus und Planwirtschaft bewegungsunfähigen Moloch verkümmern. Hier muß zuallererst angesetzt werden. Der Reparaturbedarf ist immens.

Trotzdem bleiben noch Restbedenken, die durchaus erwähnt werden müssen:

1. Die Einführung des Subsidiaritätsprinzips in die Verträge dürfte der richtige Ansatzpunkt sein. Jedoch bestehen hier erhebliche Bedenken, ob dieser Begriff von allen Mitgliedstaaten gleich definiert wird (Dieter Grimm).

Die Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ bezieht das Subsidiaritätsprinzip auf Tätigkeiten, der EG-Vertrag auf Ziele. Da der EG durch ihre Aufgabenstellung, der Schaffung eines gemeinsamen Marktes, kein Aufgabengebiet, sondern ein Zukunftsziel zugewiesen ist, fällt potentiell alles in ihre Kompetenz (Allzuständigkeit); das Subsidiaritätsprinzip wird dadurch begrenzt.

Als nicht justiziable Norm ist das Subsidiaritätsprinzip zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten umstritten, jeder definiert es aus seinen traditionellen Ordnungsvorstellungen anders. Während Briten und Deutsche sich erhoffen, daß die Aktivitäten der EG dadurch limitiert werden, glauben andere Staaten, daß die Lösung der Probleme durch ein Verlagern nach Brüssel besser gelöst würde.

(B) Fazit: Das Kräfteverhältnis zwischen Einzelstaat und Gemeinschaft und deren Aufgabenverteilung ist durch das Subsidiaritätsprinzip nicht gelöst. Hier muß Klarheit geschaffen werden, damit nicht der Europäische Gerichtshof zu anderen Ergebnissen kommt, als wir sie aus unserem erlebten Subsidiaritätsverständnis mit tragen können. Im übrigen muß über die Rolle des Europäischen Gerichtshofs, insbesondere die Wirkungsbreite seiner Entscheidungen intensiv nachgedacht werden. Auch auf europäischer Ebene sollte das Gewaltenteilungsprinzip außer Frage stehen.

2. Der Prozeß europäischer Beschlußfassung muß demokratischer und transparenter werden. Dies gilt sowohl für die EG-Kommission wie auch für die nationalen Administrationen. Die Parlamente sind schon im Vorfeld der Entscheidung mit zu berücksichtigen, ja, sie müssen künftig darüber entscheiden, was harmonisiert wird. Hier wäre auch zu überlegen, inwieweit die Kompetenzen des Europäischen Parlaments zu erweitern sind.

3. Wir verlassen mit der vorgezogenen Währungs- und Sozialunion den Weg der Krönungstheorie. Es ist ein fataler Trugschluß, daß man mit der Währungsunion nun glaubt, über die Fehlentwicklungen im ökonomischen und währungspolitischen Bereich — die Bedenken der 60 namhaften Nationalökonomien sind sehr ernst zu nehmen — hinwegtäuschen zu können. Einer der großen Gestalter der Römischen Verträge, Müller-Armack, sah immer die Währungsunion als die Krönung des europäischen Integrationsprozesses und niemals als dessen Motor. Dieser bedeutende Nationalökonom wußte, warum er erst nach vollzogener politischer Integration eine gemein-

same Währung einführen wollte. Was ökonomisch richtig ist, kann politisch nicht falsch sein. (C)

Wenn man diesen umgekehrten Weg nun einschlagen will — der Vertrag dürfte wohl hier nicht mehr grundsätzlich zu ändern sein —, muß jedoch gewährleistet werden, daß neben einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auch die Finanz- und Wirtschaftspolitik stärker als bisher koordiniert wird.

4. Wenn dieser Vertrag so in Kraft treten wird, wie er konzipiert wurde, wird es automatisch ein Europa mehrerer Geschwindigkeiten geben, denn nur wenige Länder werden die Konvergenzkriterien bis zum Ende dieses Jahrhunderts erfüllen können. Dies muß jetzt in aller Deutlichkeit angesprochen werden, damit es später nicht zu unnötigen Reaktionen führt. Die Konvergenzkriterien dürfen auch aus politischem Opportunitätsdenken nicht verändert werden.

5. Es muß allen Partnern noch einmal deutlich gemacht werden, daß eine europäische Zentralnotenbank nur der Geldwertstabilität verpflichtet sein darf. Sie muß wie die Deutsche Bundesbank unabhängig sein und bleiben.

6. Nach Vollzug einer Währungsunion — mit wie vielen Staaten auch immer — muß institutionell garantiert werden, daß die Konvergenzkriterien auch zukünftig bindend bleiben.

7. Die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft müssen Grundlage auch der europäischen Wirtschaftspolitik werden. Die im Vertrag geforderte Industriepolitik paßt nicht in dieses Konzept. Vor Vollzug der Währungsunion muß hierüber Klarheit geschaffen werden. Wir Deutschen können und dürfen uns nicht mit planwirtschaftlichen Regelungsmechanismen abfinden. Eine Marktordnung (Agrarmarkt) ist schon zuviel. (D)

Es zeigt sich, daß das Schiff Maastrichter Vertrag, mit dem wir uns auf die Reise in die Deutsch-Europäische Zukunft begeben wollen, eine Reihe von Konstruktionsfehlern aufweist.

In den letzten Monaten, insbesondere in den intensiven Beratungen im Sonderausschuß Europäische Union — ich erwähnte es bereits —, konnten wir nicht die Fehler der Ingenieure beheben; dafür war der Bau des Schiffes zu weit vorangekommen. Wir haben aber für klare Interpretationen gesorgt, die für die Auslegung später wichtig sind. Somit haben wir versucht, uns die Werkzeuge zu beschaffen, die notwendig sind, die sich schon jetzt abzeichnenden Reparaturen — notfalls auf hoher See — auszuführen.

Wir haben des weiteren versucht, Mechanismen zu entwickeln, die das Vertrauen der Passagiere, der Menschen Europas, für die gewagte Reise gewinnen und die eine Panik auf hoher See von vorneherein ausschließen.

Nicht zuletzt haben wir — ich meine, erfolgreich — auch versucht, dem Parlament ungehindert Zugang zur Brücke zu verschaffen, um notfalls nicht unbedingt den Weg zurück, aber einen anderen Kurs durchzusetzen: mit dem sogenannten „Parlamentsvorbehalt“, auf dessen Eindeutigkeit ich persönlich immer großen Wert gelegt habe. Mir ist bewußt, daß dieser Vorbehalt völkerrechtlich auf schwankendem

(A) Boden steht, da er nicht notifiziert wird. Also hat er de jure nur eingeschränkte Bindungswirkung. Aber de facto ist er so schwerwiegend, daß keine Regierung an ihm vorbeikommt. Dies führt letztlich dazu, daß das Parlament über die dritte Stufe der Währungsunion noch zu entscheiden hat.

Nicht zuletzt werde ich trotz meiner Bedenken dem Vertrag zustimmen müssen, weil ich von der Politik des Bundeskanzlers und seiner Vision, daß die Europäische Integration zu unser aller Zukunftssicherung weiter fortschreiten muß, zutiefst überzeugt bin.

Dr. Peter Paziorek (CDU/CSU): Mit der Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union in der Fassung vom 7. Februar 1992 (Maastricht-Vertrag) durch den Deutschen Bundestag wird ein entscheidender Schritt zur weiteren Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft unternommen. Es handelt sich um eine folgenreiche Entscheidung, die die Europäische Gemeinschaft immer stärker zu einer politischen Union ausgestaltet, wodurch sich das bisherige europäische Staatensystem qualitativ verändern wird.

Aus meiner Sicht weist der Vertrag viele Schwächen an den Stellen auf, in denen die Elemente der politischen Union beschrieben werden. Trotz dieser offenkundigen Schwächen werde ich dem Vertrag zustimmen.

Der Vertrag vom 7. Februar 1992 kann m. E. nur die Grundlage darstellen, auf der die politische Union Europas aufzubauen ist. Dieser Aufbau der Europäischen Union wird nur dann erfolgreich sein, wenn auch in Deutschland die Bevölkerung diese Weiterentwicklung bejaht. Gegen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung werden wir Europa nicht gestalten können.

(B) Ich halte es daher für dringend geboten, beim Umsetzungsprozeß zum Vertrag von Maastricht folgendes zu berücksichtigen:

1. Es muß alles vermieden werden, was auf die Schaffung eines europäischen Zentralstaates oder eines Bundesstaates mit bundesstaatlichen Kompetenzen im Sinne einer Überregierung hinausläuft. Damit stellt sich die Frage nach der inneren verfassungsrechtlichen Ausgestaltung der Europäischen Union. Es ist zu begrüßen, daß der Grundsatz der Subsidiarität in Art. 3b des Vertrages niedergelegt worden ist. Entscheidend wird aber sein, welche Bedeutung dieser Grundsatz bei der Lösung der anstehenden Detailfragen erhält. Europa wird nur dann seine innere Kraft bewahren können, wenn es die nationale Identität, Kultur und Lebensweise eines jeden Landes achtet und diese Gesichtspunkte bei der Ausgestaltung der inneren Verfassung berücksichtigt.

2. Wesentlich für meine Zustimmung ist, daß der Bundestag hinsichtlich des Übergangs zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion einen Zustimmungsvorbehalt ausgesprochen hat. Die Deutsche Mark darf erst dann aufgegeben werden, wenn zu erwarten ist, daß die neue Europa-Währung so stabil ausgerichtet ist wie die Deutsche Mark. Eine Automatik auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion unter Aufweichung der Stabilitätskriterien lehne ich ab. Gegenüber unseren Vertragspartnern ist aus völkerrechtlichen Gründen zu erklären, daß die Bundesregierung dieses Votum des Deutschen Bundestages respektieren wird.

(C) 3. Durch die Verankerung der Industriepolitik in Art. 130 des Vertrages darf keine schleichende Aushöhlung des Grundprinzips der marktwirtschaftlichen Ordnung erfolgen. Die vorgesehene Europäische Zentralbank muß mit einem solchen Instrumentarium ausgestattet werden, daß sie zu einer konsequenten Stabilitätspolitik befähigt ist. Sitz der europäischen Zentralbank sollte Frankfurt a. M. werden.

Europa ist für uns alle eine wichtige politische Idee. Nur eine einzige Gemeinschaft wird in der Lage sein, die wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Das Ja zum Maastrichter Vertrag hat für mich aber nur dann einen Sinn, wenn es ausgeht von einem Bekenntnis zu der jeweiligen nationalen Identität der Mitgliedstaaten und einer konsequenten Stabilitätspolitik im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion.

Albrecht Müller (Pleisweiler) (SPD): Ich bin vorbehaltlos für die Europäische Einigung. Ich bin für die Zusammenarbeit der Völker in Europa und für die internationale Zusammenarbeit insgesamt, weil wir damit Nationalismus und völkisches Denken überwinden können. Engstirniger Nationalismus war zu häufig in unserer Geschichte das Elend der Völker Europas, der Anlaß von Streit und Krieg. Das zeigt sich leider auch heute wieder. Alles was möglich ist, um künftig solche Konflikte zu vermeiden, muß getan werden. Über dieses Ziel herrscht Einigkeit.

(D) Der Weg, der in den letzten Jahrzehnten mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften eingeschlagen wurde, hat viele Erfolge gebracht. Es hat aber auch eine Vielzahl schwerwiegender Fehlentwicklungen gegeben.

Die Änderung der Römischen Verträge und die Aushandlung des Vertrags über die Europäische Union wären eine gute Gelegenheit gewesen, über die strukturellen Mängel der Europäischen Gemeinschaft, ihrer Institutionen und ihrer Politik nachzudenken und sie zu korrigieren.

Diese Chance ist nach meiner Einschätzung nicht ausreichend genutzt worden:

Es ist die Chance nicht genutzt worden, die Willensbildung in der EG wirklich demokratisch zu gestalten. Die „Gewalt“ der EG geht auch weiterhin vor allem von Regierenden und nicht vom Volke aus. Das Europäische Parlament wird weiterhin viel zu wenig Rechte haben.

Es ist die Chance nicht genutzt worden, das „Wertesystem“ der Europäischen Gemeinschaft zu korrigieren. Bisher herrscht die ökonomische Sichtweise vor. Das hat schon nachteilige Folgen gehabt und wird weitere haben. Ich nenne ein Beispiel: Die Verbreitung von Informationen und Meinung im Fernsehen wird nach den Regeln des gemeinsamen Marktes als eine Ware/Dienstleistung wie jede andere betrachtet. Diese Sichtweise und ihre Durchsetzung hat in den letzten zehn Jahren wesentlich dazu beigetragen, das

(A) deutsche Rundfunkwesen zu kommerzialisieren und der „Amerikanisierung“ des Fernsehens in Europa insgesamt den Weg zu bereiten. Die EG ist so mit-schuldig daran, daß der Artikel 5 des Grundgesetzes (Meinungsfreiheit) und sein auf bitterer geschichtlicher Erfahrung in der Weimarer Zeit gründender Auftrag ausgehöhlt und zur Farce geworden ist. — So wie hier gibt es viele gute Gründe, die ökonomische Sichtweise der Europäischen Gemeinschaft zu korrigieren. Mit dem Maastrichter Vertrag wird dies nicht erreicht.

Auch in den anderen Bereichen geht die Europäische Gemeinschaft bisher Wege, die moderne, soziale und ökologische Einsichten und Belange mißachten:

Wieso sollen wir einen Weg weitergehen, der in der Verkehrspolitik nur das Ziel kennt, möglichst billig und unter Preis Transporte anzubieten, und der die tatsächlichen Kosten für Mensch, Umwelt und Klima so deutlich vernachlässigt, wie dies zur Zeit geschieht?

Wieso sollen wir einen Weg weitergehen, der in der Umweltpolitik und im Verbraucherschutz allzuoft dringend notwendige Maßnahmen zu Wettbewerbs-hindernissen erklärt?

Wieso sollen wir einen Weg weitergehen, der in der Sozialpolitik den abhängig Beschäftigten und den unteren Einkommenschichten eine ungleich größere Last der Harmonisierung aufbürdet als den Besserverdienenden? Während zur Wirtschafts- und Währungsunion klare Vorgaben und Automatismen niedergelegt sind, bleibt es im sozialen Bereich bei unverbindlichen Absichtserklärungen. Die Angst der Menschen mit geringem Einkommen und einer einfachen Ausbildung vor Lohnrückerei, Sozialdumping und erhöhtem Leistungsdruck ist sehr real. Diese Bedrohung wird auch nicht durch strukturpolitische und sozialpolitische Reparaturmechanismen auf EG-Ebene abgewendet. Die Spaltung Europas in Profiteure und Opfer der Wirtschafts- und Währungsunion wird der Verdrossenheit und der Hinwendung zu rechtsradikalen Ideen neue Nahrung geben.

Wieso sollen wir den Weg zu einem Europa weitergehen, das im Kern auch darauf angelegt ist, die Organisation nationalstaatlichen Machtstrebens auf höherer Ebene und die Sicherung gegen den Rest der Welt durch Ausbau der ökonomischen und militärischen Stärke zu gewährleisten? Die Furcht vor der „Festung Europa“ ist so unbegründet nicht.

Auch ich liebe Europa für das, was es sein könnte und was es vielleicht trotz falscher Weichenstellungen in Maastricht werden kann. Heute sollen wir aber schließlich nicht über die Idee und über Möglichkeiten abstimmen, sondern über konkrete Bestimmungen und über die Realität der Gemeinschaft und ihrer Politik. Hierbei habe ich, wie gesagt, große Vorbehalte.

Aus diesen und einer Reihe anderer Gründe stehe ich dem Vertragswerk und einigen der zugrundeliegenden Prinzipien skeptisch gegenüber. Ich enthalte mich der Stimme, weil ich es gerade im Moment für kritisch hielte, das Vertragswerk ausgerechnet an einem deutschen „Nein“ scheitern zu lassen. Jenen Freunden der Einheit Europas, die den Weg von

Maastricht aus guten Gründen skeptisch beurteilen, möchte ich aber signalisieren, daß ihre Sorgen auch im Deutschen Bundestag geteilt werden. (C)

Renate Schmidt (Nürnberg) (SPD): Ich stimme der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht zu, weil ich die Fortentwicklung der europäischen Einigung für so entscheidend halte, daß auch schwerwiegende Bedenken im einzelnen dahinter zurücktreten müssen. Aber diese Bedenken sind zu wichtig, als daß sie verschwiegen werden könnten.

1. Der Vertrag von Maastricht baut das Demokratiedefizit in Europa nicht ab, sondern schafft einen noch größeren demokratiefreien Raum. Bundesregierung und Landesregierungen haben ihre Rechte gesichert, Kommission und Rat erfahren einen Machtzuwachs, während die Rechte des Europäischen Parlaments, der nationalen und der Länderparlamente nicht entsprechend ausgebaut werden. Es entsteht ein Europa der Regierungen und nicht der Parlamente. Ich erwarte, daß spätestens bei der vorgesehenen Vertragsrevision die Parlamentsrechte geschaffen werden.

2. Der Unionsvertrag bewirkt nicht den Ausbau der Europäischen Union zu einer Sozial- und Umweltunion. Die Europäische Union bleibt unbefriedigend, solange nicht auch die soziale und ökologische Dimension gleichrangig neben der ökonomischen Dimension behandelt werden.

3. In den Begleitgesetzen zu den Verfassungsänderungen und in den Verfassungsänderungen selber wird die Rolle der Gemeinden in der europäischen Integration nicht gebührend berücksichtigt. Es wird die Tendenz zu einem Regierungsföderalismus verstärkt, während den Gemeinden — und auch den Landesparlamenten — eine eigenständige Rolle im Prozeß der europäischen Einigung verweigert wird. (D)

4. Ich bedauere, daß es nicht möglich gewesen ist, die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung eines Volksentscheids zum Unionsvertrag von Maastricht zu schaffen. Eine so weitreichende Entscheidung wie die Gründung der Europäischen Union und die deutsche Beteiligung daran kann nach meinem Verständnis nicht ohne direkte Legitimierung durch das Volk getroffen werden. Das gewählte Verfahren verstärkt den Eindruck der Bürgerferne. Für mich kann das vereinte Europa nicht von Regierungschefs hinter verschlossenen Türen geschaffen werden, sondern nur von den europäischen Völkern selber. Ich bin für die Einführung plebiszitärer Elemente in das Grundgesetz; Maastricht wäre ein geeigneter Beginn auf diesem Wege gewesen.

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU): Ich stimme diesem historischen Vertrag zu, weil er Europa als Friedensgemeinschaft sichert, weil er eine ökonomische Stabilitätsgemeinschaft gewährleistet, weil er eine ökologische Gesamtstrategie möglich macht, weil Europa in der Welt damit eine wirkliche Vermittlerrolle einnehmen kann, weil demokratische Freiheiten in zwölf Ländern gestärkt und Menschen- und Bürgerrechte internationalisiert werden.

(A) Dabei weiß ich, daß ein Demokratiedefizit bleibt, das Europäische Parlament gestärkt werden muß und die Ängste vieler Menschen vor einem Europa der dritten Generation nicht ausgeräumt sind. Deshalb gilt von jetzt an sorgfältig und umfassend eine Aufklärungs- und Werbekampagne für Europa in der Gemeinsamkeit der Zwölf zu beginnen, offen zu sein für die Bedenken des Königsreichs Dänemark und den Beitritt besonders auch der skandinavischen Staaten. Europa muß gelebt, darf nicht verwaltet werden, sonst verspielen wir diese historische Chance. Europa ist uns allen aufgegeben, wie es die Europa-Union seit vielen Jahrzehnten propagiert.

Anlage 6

Amtliche Mitteilungen

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 27. November 1992 beschlossen, den nachstehenden Gesetzen zuzustimmen bzw. einen Antrag gemäß Art. 77 Abs. 2 GG nicht zu stellen.

Gesetz zu dem Vertrag vom 3. April 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über den Verlauf der gemeinsamen Staatsgrenze in der Sektion III des Grenzabschnittes „Scheibelberg-Bodensee“ sowie in einem Teil des Grenzabschnittes „Dreieckmark-Dandlbachmündung“ und des Grenzabschnittes „Saalach-Scheibelberg“

Gesetz zur Änderung veterinärrechtlicher, lebensmittelrechtlicher und tierzuchtrechtlicher Vorschriften

Zu dem letztgenannten Gesetz hat der Bundesrat folgende Entschlie-
bung gefaßt:

(B) In § 47 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 des Lebensmittel- und Bedarfsge-
genständegesetzes (Artikel 6 Nr. 11 des Gesetzes zur Änderung

veterinärrechtlicher, lebensmittelrechtlicher und tierzuchtrechtlicher Vorschriften) ist vorgesehen, für Erzeugnisse, die aus anderen EG-Mitgliedstaaten stammen, jedoch bestimmten deutschen Rechtsvorschriften, die zum Schutz der Gesundheit erlassen wurden, nicht entsprechen, die Verkehrsfähigkeit durch Allgemeinverfügungen des Bundesministers für Gesundheit festzustellen, „soweit nicht zwingende Gründe des Gesundheitsschutzes entgegenstehen“.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, die genannten Allgemeinverfügungen vor ihrem Erlaß intensiv mit den Ländern zu beraten und abzustimmen.

Der Bundesrat hält in diesen Fällen ein enges Zusammenwirken von Bund und Ländern für unverzichtbar, da hier durch Verwaltungsakte die Verkehrsfähigkeit von Erzeugnissen festgestellt werden soll, deren Beschaffenheit geltendem, allerdings nicht harmonisiertem Recht zuwiderläuft, das darüber hinaus Ziele des gesundheitlichen Verbraucherschutzes verfolgt.

Der Bundesrat nimmt im übrigen diese rechtlich und verbraucherpolitisch nicht bedenkenfreie Situation zum Anlaß, die Bundesregierung erneut aufzufordern, mit Nachdruck auf die rasche und vollständige Harmonisierung sämtlicher gesundheitsschutzbezogener Bereiche des Lebensmittelrechts unter Beibehaltung der in der Bundesrepublik Deutschland bisher vorhandenen Schutzniveaus hinzuwirken.

Der Vorsitzende des folgenden Ausschusses hat mitgeteilt, daß der Ausschuß gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu der nachstehenden Vorlage absieht:

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Drucksache 12/3132

Der Vorsitzende des folgenden Ausschusses hat mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehenden EG-Vorlagen zur Kenntnis genommen hat:

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Drucksache 12/1681 Nr. 3.10
Drucksache 12/2867 Nr. 2.16

(D)

101 Seiten
4 A Seiten

- 114 -

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

126. Sitzung

Bonn, Mittwoch, den 2. Dezember 1992

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

- a) aa) — Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union** (Drucksache 12/3334)
- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Andrea Lederer und der Gruppe der PDS/Linke Liste eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung eines Volksentscheids über die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in einer Europäischen Union und die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages über eine Europäische Union (**Europa-Abstimmungsgesetz**) (Drucksachen 12/3353, 12/3895)
- bb) Beratung der Beschlüßempfehlung und des Berichts des Sonderausschusses „Europäische Union (Vertrag von Maastricht)“
- zu dem Antrag der Fraktion der SPD: **Wider den Rückfall in den Nationalismus — Für ein demokratisches Europa mit stabiler Währung**
- zu dem Antrag der Gruppe der PDS/Linke Liste: **Maastrichter Vertrag über die Europäische Union**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Gerd Poppe, Werner Schulz (Berlin), Dr. Wolfgang Ullmann, weiterer Abgeordneter und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Stillstand führt zum Rückschritt — Hin zu einer demokratischen, ökologischen und sozialen Union Europa**
- zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament: **Entschließung zum Europäischen Rat von Lissabon**
- zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament: **Entschließung zu den Folgen des in Dänemark durchgeführten Referendums über den Vertrag vom 7. Februar 1992** (Drucksachen 12/3366, 12/3322, 12/3367, 12/3129, 12/3004, 12/3895)
- b) — Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes** (Drucksache 12/3338)
- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Peter Kittelmann, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Dr. Franz Möller, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der CDU/CSU sowie den Abgeordneten Ulrich Irmer, Detlef Kleinert (Hannover), Jörg van Essen, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union** (Drucksache 12/3614)
- Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Unterrichtung und Mitwirkung des Deutschen Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union** (Drucksache 12/3609)

- Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union** (Drucksachen 12/3540, 12/3896)
- c) Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 2. Mai 1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen)** (Drucksachen 12/3202, 12/3743)
- d) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Abkommens vom 2. Mai 1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum (**EWR-Ausführungsgesetz**) (Drucksachen 12/3319, 12/3724, 12/3752, 12/3753)
- e) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung:
Von der Einheitlichen Europäischen Akte zu der Zeit nach Maastricht
Ausreichende Mittel für unsere ehrgeizigen Ziele (Drucksachen 12/3407 Nr. 3.1, 12/3449 [Berichtigung], 12/3664)
- f) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament:
Entschließung zu der Mitteilung der Kommission „Von der Einheitlichen Europäischen Akte zu der Zeit nach Maastricht: Ausreichende Mittel für unsere ehrgeizigen Ziele“ (Drucksachen 12/3003, 12/3666)
- g) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung:
Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die öffentlichen Finanzen der Gemeinschaft in der Zeit bis 1997 (Drucksachen 12/3240 Nr. 3.4, 12/3665)
- h) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Bericht der Kommission über das System der Eigenmittel** (Drucksachen 12/2774 Nr. 2.4, 12/3667)
- i) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des EG-Ausschusses zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament: **Entschließung zum Entwurf des Vertrags über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion** (Drucksachen 12/1788, 12/3792)
- j) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Beitrittsantrag Österreich — Stellungnahme der Kommission** — (Drucksachen 12/1339 Nr. 2.1, 12/3397)
- k) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des EG-Ausschusses zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD **zur Erklärung der Bundesregierung zur aktuellen Entwicklung in der Europapolitik** (Drucksachen 12/3311, 12/3849)
- l) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des EG-Ausschusses zu dem Entschließungsantrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **zur Erklärung der Bundesregierung zur aktuellen Entwicklung in der Europapolitik** (Drucksachen 12/3310, 12/3850)
- m) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des EG-Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD: **Perspektiven der europäischen Integration** (Drucksachen 12/2813, 12/3851)
- n) Beratung der Unterrichtung durch das Europäische Parlament: **Entschließung zur Europäischen Union und zur Ratifizierung des Vertrags von Maastricht** (Drucksache 12/3602)
- Peter Kittelmann CDU/CSU 10811 C
Heidmarie Wieczorek-Zeul SPD 10813 A
Peter Kittelmann CDU/CSU 10816 B
Ulrich Irmer F.D.P. 10817 A
Dr. Hans Modrow PDS/Linke Liste 10819 C
Gerd Poppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN . . . 10821 D
Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler BK 10823 D,
10851 A
Günter Verheugen SPD 10831 C
Dr. Klaus Kinkel, Bundesminister AA . . . 10835 B
Peter Conradi SPD 10835 D, 10864 A
Karsten D. Voigt (Frankfurt) SPD 10838 A
Dr. Theodor Waigel, Bundesminister BMF . . 10839 C
Dr. Wolfgang Ullmann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10841 C
Dr. Norbert Wieczorek SPD 10842 D

Dr. Kurt Faltlhauser CDU/CSU	10845 C
Dr. Helmut Haussmann F.D.P.	10847 B
Hans Eichel, Ministerpräsident des Landes Hessen	10848 C, 10852 D
Dr. Renate Hellwig CDU/CSU	10849 C
Dr. Thomas Goppel, Staatsminister des Freistaates Bayern	10853 B
Peter Conradi SPD	10854 A
Ingrid Köppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10856 A
Dieter Schloten SPD	10856 C
Karl Lamers CDU/CSU	10857 D
Karsten D. Voigt (Frankfurt) SPD	10858 C
Ortwin Lowack fraktionslos	10859 D
Hartmut Koschyk CDU/CSU	10861 C
Dr. Fritz Gautier SPD	10862 B
Ulrich Heinrich F.D.P.	10863 C
Dr. Barbara Höll PDS/Linke Liste	10864 D
Dr. Franz Möller CDU/CSU	10866 C
Dr. Hermann Scheer SPD	10868 A
Dr. Rupert Scholz CDU/CSU	10869 D
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski SPD	10870 A
Ludwig Stiegler SPD	10870 B
Dr. Wolfgang Ullmann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10872 A
Dr. Renate Hellwig CDU/CSU	10872 D
Jan Oostergetelo SPD	10873 D
Otto Schily SPD	10874 B
Dr. Ulrich Briefs fraktionslos	10875 C
Ulrike Mehl SPD	10877 B
Namentliche Abstimmungen 10879 A, D, 10882 B	
Ergebnisse 10880 A, 10882 C, 10885 B, 10888 C	
Konrad Weiß (Berlin) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Erklärung nach § 31 GO) . . .	10884 D

Tagesordnungspunkt 2:

- a) Zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Anpassung von Verbrauchsteuer- und anderen Gesetzen an das Gemeinschaftsrecht sowie zur Änderung anderer Gesetze (**Verbrauchssteuer-Binnenmarktgesetz**) (Drucksachen 12/3432, 12/3773, 12/3893, 12/3894)
- b) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Joachim Poß, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Ulrich Böhme (Unna), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: **Wirksame Investitionszulage für die neuen Bundesländer**

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung:

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/12/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 über das allgemeine System, den Besitz, die Beförderung und die Kontrolle verbrauchsteuerpflichtiger Waren (Drucksachen 12/3531, 12/3747 Nr. 2.2, 12/3893)

Dankwart Buwitt CDU/CSU	10891 A
Gunter Weißgerber SPD	10892 C
Hermann Rind F.D.P.	10893 D
Dr. Barbara Höll PDS/Linke Liste	10894 D
Gerhard Schulz (Leipzig) CDU/CSU . . .	10895 C

Tagesordnungspunkt 3:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts der Enquete-Kommission „Zukunft der älter werdenden Generation“

zu dem Antrag der Fraktion der SPD:

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukunftssicherung unserer älter werdenden Gesellschaft — Herausforderungen des demographischen Wandels“

zu dem Antrag der Abgeordneten Maria Michalk, Hans-Joachim Fuchtel, Dr. Joseph-Theodor Blank, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Gisela Babel, Hans A. Engelhard, Dr. Eva Pohl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.:

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Chancen und Zukunftsperspektiven der älter werdenden Generation“ (Drucksachen 12/2272, 12/3460, 12/3717)

10896 D

Nächste Sitzung	10897 C
---------------------------	---------

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten . .	10899* A
---	----------

Anlage 2

Erklärung des Abgeordneten Dr. Fritz Gautier (SPD) als Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses zum EWR-Ausführungsgesetz (Tagesordnungspunkt 1d)

10899* D

Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Eckart Kuhlwein, Friedhelm Julius Beucher, Lieselotte Blunck, Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Hans Martin Bury, Dr. Eberhard Brecht, Marion Caspers-Merk, Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Marieliese Dobberthien, Dr. Peter Eckardt,

Dr. Konrad Elmer, Monika Ganseforth, Michael Habermann, Reinhold Hiller (Lübeck), Susanne Kastner, Karl-Heinz Klejdzinski, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Detlev von Larcher, Klaus Lennartz, Ulrike Mascher, Christoph Matschie, Jutta Müller (Völklingen), Michael Müller (Düsseldorf), Renate Rennebach, Gudrun Schaich-Walch, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Dr. Werner R. Schuster, Dietmar Schütz, Ernst Schwanhold, Antje-Marie Steen, Uta Titze, Ralf Walter (Cochem), Dr. Margrit Wetzels, Barbara Weiler, Reinhard Weis (Stendal), Uta Zapf, Siegmard Mosdorf (alle SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht) 10899* D

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Günther Heyenn, Ottmar Schreiner, Ulrike Mascher, Renate Jäger, Adolf Ostertag, Renate Rennebach, Barbara Weiler, Ursula Burchardt, Hildegard Wester, Hans-Eberhard Urbaniak, Antje-Marie Steen (alle SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht) 10900* A

Anlage 5

Erklärungen nach § 31 GO zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)

Dr. Cornelia von Teichman SPD 10901* A
Joachim Clemens CDU/CSU 10901* C
Dr. Ruprecht Vondran CDU/CSU 10902* A
Dr. Uwe Jens SPD 10902* C
Dr. Liesel Hartenstein SPD 10903* B
Jürgen Augustinowitz CDU/CSU 10904* B
Wilhelm Schmidt (Salzgitter) SPD 10904* D
Wolfgang Schulhoff CDU/CSU 10905* B
Dr. Peter Paziorek CDU/CSU 10907* A
Albrecht Müller (Pleisweiler) SPD 10907* C
Renate Schmidt (Nürnberg) SPD 10908* C
Wolfgang Börnsen (Bönstrup) CDU/CSU 10908* D

Anlage 6

Amtliche Mitteilungen 10909* A